

DAS ARGUMENT 114

20 Jahre <i>Argument</i>	169
<u>Editorial</u>	170
Notiz zu Vietnam	331
Zum Spionageverdacht gegen Friedrich Tomberg	331
 Dritte Welt und Erste Welt	
Wolfgang Fritz Haug	
Marxismus, Dritte Welt und das Problem des Eurozentrismus	172
Guillermo Hoyos-Vásques	
Theologie der Befreiung: Christentum oder Marxismus?	187
Gerhard Hauck	
Typen kolonialer Produktionsweise	194
Tatjana Chahoud	
Der Entwicklungsbericht der Weltbank	206
Frank Suffa-Friedel	
China: Der große Sprung zurück?	215
<u>Stalinismus-Forschung</u>	
Richard Lorenz: Politische Säuberungen und Massenterror	224
<u>Aktuelle Analyse</u>	
Ulrich Hampicke: Das neue Umweltgutachten	234
<u>Gegenargumente</u>	
Karl-Heinz-Götze	
<i>Beiträge oder Betrüge?</i> Die Kritik-Praxis einer Zeitschrift	243
Gideon Freudenthal: Replik auf Haug	250
<u>Kongreßbankündigungen und -berichte</u>	
II. Kongreß Kritische Psychologie; Stalinismus-Kongreß; Soziologentag; NS-Pädagogik; Entsorgung von Kernbrennstoffen; Verhaltenstherapie	253
<u>Besprechungen</u>	
Wissenschaftstheorie und Dialektik; Literaturgeschichte; Soziologie der Gewerkschaften; Stadt- und Regionalsoziologie; Imperialismus und Faschismus; Dritte Welt; Geheimdienste und organisiertes Verbrechen; Jura; Entwicklungsländer und Weltwirtschaft	261
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	X

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61

Besprechungen

Philosophie

<i>Hempel, Carl G.: Aspekte wissenschaftlicher Erklärung (M. Jäger)</i>	261
<i>Kambartel, Friedrich: Theorie und Begründung (U. Enderwitz)</i>	262
<i>Plath, Peter, und Hans-Georg Sandkühler (Hrsg.): Theorie und Labor (M. Jäger)</i>	263
<i>Canguilhem, Georges: Idéologie et rationalité dans l'histoire des sciences de la vie (H.-J. Rheinberger)</i>	265
<i>Günther, Gotthard: Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik (J. Ditterich)</i>	267
<i>Günther, Gotthard: Idee und Grundriß einer nicht-Aristotelischen Logik (J. Ditterich)</i>	267
<i>Friedrich, Jürgen, u. a. (Hrsg.): Marxismus und Kybernetik (U. Degen) . .</i>	268

(Fortsetzung auf Seite XIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1979 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,- DM, + Versandkosten. – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Berliner Disconto Bank 721/7722, Bank für Gemeinwirtschaft 11 14 40 13 00, Postscheckkonto Berlin West 5745-108. – Satz: Hellmich KG, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1.-10. Tausend März 1979

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält – in Teilaufgabe – einen Zahlkartenprospekt des Argument-Verlages.

Verlagsmitteilungen

Am 4. Mai 1959 verteilten einige Studenten vor der Mensa der Freien Universität Berlin Flugblätter gegen die Atombombe. Titel: *Das Argument*. Den zehnten Geburtstag hatten wir mit dem ersten Sonderband, *Argument 50*, begangen. Zum zwanzigsten Geburtstag bringen wir ein *Argument-Beiheft 1979* heraus, das zum 4. Mai 1979 erscheinen soll. Um eine – weithin anerkannte, von manchen allerdings erst noch zu entdeckende, auf jeden Fall noch der Verbesserung fähige – Besonderheit dieser Zeitschrift ins Rampenlicht zu rücken, ist dieses Beiheft als reiner Rezensionsband konzipiert, der über 120 Buchbesprechungen enthält. *Das Argument* ist die einzige Zeitschrift der deutschsprachigen Linken mit dieser Breite und Kontinuität der Buchkritik. – Wir bitten, zur Bestellung des Beihefts von der dieser Nummer beigelegten Zahlkarte Gebrauch zu machen. Abonnenten überweisen nur den ermäßigten Abo-Preis.

Zum 20. Geburtstag unserer Zeitschrift finden in einer Reihe von Universitätsstädten Veranstaltungen zu *Argument*-Themen mit *Argument*-Autoren (und anderen) statt. Dies ist der Stand der Vorbereitungen:

Berlin: *Massenlieder – Musik ohne Massen?* Musik-Workshop mit Mitgliedern des Eisler-Chors, Satansbraten, W. F. Haug, H. W. Heister, H. Hodek, D. Stern, 3. Mai, 20 Uhr, Staatsbibliothek Vortragssaal;

Bremen: Diskussion über *alternative Wirtschaftspolitik*;

Frankfurt: Erich Wulff wird einen Vortrag über *Psychiatrie in West und Ost* halten;

Freiburg: Diskussion über *Entstehung und Aktualität des Stalinismus* mit H. Coenert, G. Erler, V. Gransow, H. Haumann, evtl. R. Lorenz und G. Meyer, 4. Mai abends, Mitveranstalter ist der BdWi;

Hamburg: Podiumsdiskussion zu *methodologischen Problemen der wissenschaftlichen Arbeitergeschichtsschreibung* mit G. Beier, H. Grebing, L. Lambrecht, evtl. D. Peukert, C. Stephan, 3. Mai in der Hochschule für Wirtschaft und Politik;

Heidelberg: Veranstaltung über *Arbeitslosigkeit* am 4. Mai abends in der Stadtbibliothek;

Marburg: Diskussion über *Probleme fortschrittlicher Literaturwissenschaft* (Fortsetzung der *Faust-Diskussion* in *Argument 99*), mit Mattenklott, Metscher, Pickeroth, Schlaffer, 30. April, Hörsaalgebäude Biegenstraße, Mitveranstalter ist der BdWi;

in Hannover oder Frankfurt soll eine Diskussion über *Reformpädagogik* stattfinden (vgl. AS 21).

In weiteren Städten sind Vorbereitungen im Gange. Weitere Ideen zu Themen, Teilnehmern, Veranstaltungsformen sind willkommen. Am besten sind dezentrale Initiativen.

Argument-Studienhefte SH: Zum Beginn des Sommersemesters wird die Frühjahrsproduktion ausgeliefert. Das Programm wird auf der beigehefteten Zahlkarte bekanntgegeben. Wiederverkäufer-Rabatt und Ermäßigung bei Sammelbestellungen bitte beim Vertrieb erfragen!

Argument-Sonderverkauf: Wir erinnern daran, daß wir die älteren Hefte bis Nr. 100 ausverkaufen (bis auf einen Rest von Archivexemplaren). Es wird keine Nachauflage mehr geben. Dies ist das letzte Mal, daß man seine Sammlung vervollständigen kann und dies zu Preisen, die fast geschenkt sind. Wir denken, das jeder, der durch die Studentenbewegung »sozialisiert« wurde, ein vitales Interesse daran haben muß, daß die nächste Generation von Intellektuellen den Anschluß an den Diskus-

sionszusammenhang kritischer Universität gewinnt. Bitte fordert bei uns Prospekte für diesen Sonderverkauf an und gebt sie an Eure Kommilitonen oder Kollegen weiter. Wir haben außerdem einen Sonderprospekt der Zeitschrift, bestehend aus den ersten 16 Seiten von Heft 113, hergestellt und bieten ihn ebenfalls zur Verteilung an.

Abo-Rechnungen: Noch immer haben ca. 2000 Abonnenten nicht bezahlt. Wir bitten sie dringend, uns die Mahnkosten zu ersparen. Vorliegendes Heft ist jedenfalls das letzte, welches die Noch-nicht-Zahler ausgeliefert erhalten.

Absender-Angaben: Die Kollegen von der *Argument-Auslieferung* bitten dringend, bei Bestellungen und Überweisungen in deutlicher Druckschrift zu schreiben und nicht nur den Namen, sondern auch die Adresse anzugeben – unter den Abonnenten gibt es viele Fälle von Namensgleichheit! Ferner bitten die Kollegen von der Auslieferung, sie sofort von Adressenänderungen zu informieren; auch wenn Nachsendeantrag gestellt ist, kommen die Hefte zunächst an den Verlag zurück und dadurch entstehen zusätzliche Portokosten.

Bitte um Hilfe bei Adressensuche: Der Vertrieb bittet die Leser wieder einmal um Hilfe beim Auffinden der neuen Adressen *unbekannt verzogener* Abonnenten. Jede Adresse bedeutet ein Abonnement:

Franz Acker, Bonn; Gerhard Ackermann, Kassel; Hermann Althaus, Siegen; Michael Bamberg, Meppen; Rolf Bender, Münster; Ulrich Böhm, Bergisch Gladbach; Dr. Burisch-Wieler, CH Kreuzlingen; Eckhard Dietz, Berlin 31, Sylvana Dimitriade, Frankfurt; Beate Dozenroth, Berlin 31; Wolfgang Eichenberg, Hannover; Angela Federlein, Frankfurt; Rainer Fischer, Kassel; Bernd Freisberg, Bonn; Edgar Gärtner, Frankfurt; Bernd Georg, Berlin 62; W. Harlandt, Münster; Claudia Helm, Frankfurt; Werner Hofmann, A-Linz; Klaus Hühne, Bad Zwischenahn; Klaus Janss, Oldenburg; Hans-Rainer Kaiser, Kassel; Hartmut Kiesling, Marburg; Christiane Kinzler, Gießen; Hans G. Klatt, Tübingen; Heidrun Kloppenburg, Berlin 31; Gottfried Kößler, Heidelberg; Ch. Kotowski, Frankfurt; Sybille Krotzin, Göttingen; Beate Lahmann-Hartung, Bremerhaven; Christoph Kunkel, Garbsen; Thomas Löbl, Frankfurt; Walter Mangold, Freiburg; Wolfgang Marciniak, Bochum; Rüdiger Menzler, Kassel; Lutz Meyer, Hannover; Norbert Middendorf, Marburg; Angela Nitschkowski, Bremen; Antonio Pasinato, Würzburg; Inga Peter, Bremen; Günther Polzer, Hamburg; Dr. Rasper, Konstanz; Herbert Reitz, Frankfurt; Pedro Ribas, Braunschweig; A. Seidel, Marburg; Franz Selesnow, Frankfurt; Wolfgang Schnaubelt, Emden; W. Schumacher, Dortmund; Helmut Schwalbach, Hamburg; Arnim Steil, Marburg; Arnold Strunz, Marbach; Stephan Wackwitz, Stuttgart; Jakob Wahl, Tübingen; Klaus Wasum, Bremen.

Spenden: Immer wieder erreichen uns Spenden. Ein Abonnent überweist statt der 55,- DM Abo-Gebühr 100,- DM mit einem lakonischen »Rest Spende«. Auch wenn es sich um kleinere Beträge handelt, manchmal um 5 Mark – sie helfen uns, den aufwendigen Verteilungsapparat zu finanzieren und unser Defizit zu verkleinern. Wir danken!

Editorial

Zu diesem Heft

Der im letzten Heft angekündigte Themenschwerpunkt »Kultur« mußte um ein Heft hinausgeschoben werden, da nicht alle Beiträge rechtzeitig fertig wurden. Obwohl es bei einer Zweimonatszeitschrift, sofern sie nicht völlig bewegungsunfähig werden will, immer Änderungen geben wird, wollen wir doch weiterhin riskieren, das nächste Heft anzukündigen.

Probleme der Entwicklungsländer – dieses Thema wurde einst vom *Argument* für

die westdeutsche Linke erschlossen, als die Zeitschrift noch allein auf weiter Flur war (1965, mit einer Auflage von 4000). Heute gibt es eine differenzierte Vielfalt von linken Zeitschriften, viele davon spezialisiert auf bestimmte Themenbereiche. Für eine allgemeine Zeitschrift wie das *Argument* bleibt die Aufgabe, theoretische Rahmenanalysen zu entwickeln.

Das Heftthema heißt nicht mehr »Probleme der Entwicklungsländer«, weil wir sie zunächst auch als *unsere* Probleme analysieren. Die Einbettung unserer Gesellschaft in den ökonomischen und politischen Weltzusammenhang gilt es zu untersuchen. Haugs Beitrag über Eurozentrismus versucht zur fälligen Selbstkritik der europäischen marxistischen Theorie beizutragen. Aus einer Analyse der globalen Kräfteverhältnisse kommt er zu einer neuen theoretischen Fassung des oft nur plakativ gebrauchten Begriffs der »Dritten Welt«. Gerhard Haucks Antrittsvorlesung trägt zu einem besseren Verständnis der unterschiedlichen Typen der kolonial oder neokolonial abhängigen Produktionsweise bei. Tatjana Chahouds kritische Auswertung des ersten Entwicklungsberichts der Weltbank beleuchtet die Macht- und Wirkungszusammenhänge auf dem kapitalistischen Weltfinanzmarkt. Der Sinologe Frank Suffa-Friedel, der kürzlich von einer mehrwöchigen Studienreise durch China zurückkehrte, wertet in seinem Beitrag Bettelheims Abrechnung mit der chinesischen Politik aus. Bettelheim war ein kritikloser Anhänger der chinesischen Linken; nach ihrem Sturz unterzog er aber nicht nur die Politik der jetzt an die Macht gekommenen Richtung einer scharfen Kritik, sondern nachträglich auch die linke Politik, deren Niederlage er zu begreifen versuchte. Nach langer Schwärmerei bringt dieser Text Momente der Wahrheit. Suffa-Friedel bereitet einen weiteren Artikel zur Frage der Einschätzung der ökonomischen und innenpolitischen Entwicklung Chinas für's *Argument* vor.

Aus Platzgründen mußten zwei Beiträge verschoben werden: Paul Josephs Analyse der Strategien der herrschenden Klasse der USA gegenüber der Dritten Welt und der politischen Einstellung der US-amerikanischen Arbeiterklasse zur Politik des Imperialismus. Wir bringen diesen Beitrag, weil er den Gerüchten vom korrupten Einverständnis einer bestochenen »Arbeiteraristokratie« mit Ausbeutung und Gewaltanwendung gegenüber den schwächeren Ländern empirisch zu Leibe rückt und sie ins Reich bloßer Phantasie verweist. Desgleichen mußte ein Exkurs zum Aufsatz von Haug über »Das Problem des Eurozentrismus bei Bahro und Dutschke« verschoben werden. Wir setzen daher den Schwerpunkt »Dritte Welt und Erste Welt« u. a. mit diesen beiden Texten im nächsten Heft fort. In einem der nächsten Hefte wird auch die Rubrik »Arbeitergeschichtsschreibung« fortgeführt.

Eines der Hauptprobleme für die Erforschung des »Stalinismus« besteht darin, den Zusammenhang von ökonomischer Problemlage, Bewegung der Massen und ihrer politischen Steuerung von oben durch Staat und Partei so zu rekonstruieren, daß dabei das Verhältnis von Notwendigkeit und Dysfunktionalität stalinistischer Politik wissenschaftlich bestimmt werden kann. Lorenz arbeitet die Seite der Dysfunktionalität anhand des politischen Terrors in den 30er Jahren heraus und nötigt uns dazu, das Problem in voller Kenntnis der blutigen Tatsachen zu untersuchen. Das ist für die Linke besonders wichtig: nur wenn wir auch die schmerzhaften Tatsachen von uns aus anpacken und verarbeiten, können wir ihrer antikommunistischen Ausschlachtung wirksam entgegenreten.

Gert Meyer forderte in seinem programmatischen Aufsatz dazu auf, »die Prozesse und Repressionen der 30er Jahre (. . .) nicht zu exkulpieren, sondern in historisch-wissenschaftlicher Analyse aus den Besonderheiten des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses zu erklären« (*Argument* 108, 203). Inwiefern Lorenz' These dazu beiträgt, muß im Fortgang der Untersuchungen geprüft werden.

(Fortsetzung auf Seite 331)

Wolfgang Fritz Haug

Marxismus, Dritte Welt und das Problem des Eurozentrismus*

»Nimmt man das ernsthaft und verlangt eine zentrumslose Wissenschaft, so stoppt man *alle* Wissenschaft. Es genügt uns zu wissen, daß unter gleichen Umständen überall das Gleiche erfolgen muß . . .« (Friedrich Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 506).

Den Begriff der *Dritten Welt* begleitet oft die Illusion, dem großen Gegensatz der sozialen Systeme entgegen zu können. In Wirklichkeit ist der Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus zentral in unserer Epoche. Er hat längst die ganze Erde ergriffen. Längst hat alle Politik zumindest globale Aspekte bekommen. Aus dieser antagonistischen Welt in eine nichtantagonistische Welt aussteigen zu wollen, käme einer religiösen Jenseitshoffnung gleich, entspräche nicht der Realität.

Wahrscheinlich ist dies der Grund dafür, daß in bestimmten sozialistischen Staaten der Begriff der »Dritten Welt« zum Teil geradezu gemieden wird. (Zum Beispiel vermeidet das »Sachwörterbuch der Geschichte und der deutschen Arbeiterbewegung« der DDR von 1969 diesen Begriff ebenso sehr wie das »Ökonomische Lexikon« der DDR von 1970.) Umgekehrt gibt es in der Dritten Welt die Tendenz, den Marxismus als etwas abzulehnen, was mit der eignen Realität nichts zu tun hat. Auf der Tagung der OAU in Karthum 1978 bezeichnete ein afrikanisches Staatsoberhaupt den Marxismus als »eine sterile Ideologie, die mit Afrika nichts zu tun hat«.

Auch ein Marxist sollte nicht die Augen verschließen vor den Evidenzen, auf die eine solche Ablehnung sich beruft. Dabei geht es nicht in erster Linie um die deprimierenden Beispiele der Transformation von Marxismus in etwas, das man in der Tat sterile Ideologie nennen kann. Sondern auf den ersten Blick gibt es solche Evidenzen in Gestalt der Divergenz zwischen Thesen und Vorhersagen der marxistischen Klassiker und der Realität der Welt, in der wir heute leben.

Im Werk von Marx und Engels ist eine begriffliche *Ordnung* hergestellt und sind *Gesetze* behauptet, von denen nicht wenige – wie von den Feinden des wissenschaftli-

* Beitrag zur 3. Internationalen Konferenz »Sozialismus in der Welt« (Cavtat/Jugoslawien), 1978. Diese 3. Konferenz stand unter dem Thema »Sozialismus und Entwicklungsländer«. Sie brachte über 70 Vertreter von Parteien, Zeitschriften und wissenschaftlichen Institutionen aus 5 Kontinenten zusammen mit rund 60 Theoretikern und Politikern des Gastgeberlands Jugoslawien. Die Konferenz bietet in ihrer Art eine einmalige Chance freimütiger theoretisch-politischer Diskussion unter Sozialisten und Kommunisten fast aller wesentlichen Richtungen (leider fehlte noch immer die VR China). Eindrucksvoll war vor allem die selbstbewußt gewordene Stimme der afrikanischen Delegierten. Es wurde sehr deutlich vor Augen geführt, daß der Sozialismus heute beginnt, viele »Zentren« in der Welt zu haben, die eigenschöpferisch ihre Erfahrungen machen. – Der Argument-Verlag beabsichtigt, eine Auswahl der Beiträge zur letztjährigen Konferenz von Cavtat auf deutsch zu veröffentlichen (Im Sonderband AS 46). Auf englisch und französisch erscheinen sämtliche Beiträge ungekürzt in der Zeitschrift »Socialism in the World«, die seit 1977 erscheint und über die Cavtat-Beiträge hinaus Berichte und Rezensionen veröffentlicht. (Siehe Argument-Zeitschriftenschau; »Socialism in the World« wird in der BRD vom Argument-Verlag ausgeliefert.) – Zur 1. Konferenz von Cavtat vgl. den Kongreßbericht von Elmar Altwater, Christl Neusüß und W. F. Haug in *Argument* 102/1977, S. 240 ff.

Die hier veröffentlichten Thesen werden im nächsten Heft fortgesetzt mit Exkursen zur Frage des Eurozentrismus bei Bahro und Dutschke sowie zur sowjetischen Ideologie und ihrem Gegenstück, der jugoslawischen Ideologie.

chen Sozialismus zur Genüge ausgeschlachtet – von der heutigen Wirklichkeit auf den ersten Blick dementiert werden. Dogmatische Anhänger eines marxistischen *law and order* haben daran keine Freude: Die Weltgeschichte ging weniger »ordentlich« weiter, als sie von Marx vorgedacht worden war. Dies betrifft vor allem den heute global dominierenden Systemgegensatz und die Dritte Welt.

Die sozialistische Revolution wurde von Marx und Engels bekanntlich als *Weltrevolution* gedacht. Sie sollte simultan in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausbrechen. Ökonomisch sollte sie dadurch ausgelöst werden, daß der Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse für die entwickelten Produktivkräfte zu eng würde und daß durch ihre Entwicklung zuungunsten des »variablen Kapitals« (d. h. des Lohnanteils am Gesamtkapital) die »organische Zusammensetzung« des Kapitals wachsen und somit die Profitrate langfristig immer mehr sinken mußte. Es gibt zumindest die Tendenz im Werk von Marx – und erst recht in der auf ihn folgenden Geschichte der marxistischen Arbeiterbewegung –, einen rein ökonomisch bedingten gesetzmäßigen *Zusammenbruch* des Kapitalismus zu behaupten. Rosa Luxemburg kritisierte Marx, weil er die unbedingte Notwendigkeit des kolonialistisch-imperialistischen Griffs der kapitalistischen Länder nach den noch auf vorkapitalistischem Niveau befindlichen Gebieten (dem »historischen Milieu« des Kapitalismus) für die Akkumulation des Kapitals wenn nicht übersehen, so doch ungenügend gewürdigt hatte. Mit Marx teilte sie die Auffassung, daß der Kapitalismus die Tendenz habe, die nichtkapitalistischen Länder kapitalistisch zu entwickeln. Sie war sich mit Marx, Engels und Lenin darin einig, daß es die historische Mission und »transitorische Notwendigkeit« des Kapitals war, mit der kapitalistischen Entwicklung der ganzen Welt die objektiven und subjektiven »Baulemente« der sozialistischen Gesellschaft im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft heranzubilden. Für Marx und Engels war es unvorstellbar, daß einmal eine »sozialistische Warenproduktion« entwickelt werden würde, statt beim Übergang zum Sozialismus mitsamt dem Kapital auch Warenproduktion und Geld abzuschaffen.¹

Jeder weiß, daß die Geschichte keineswegs in diesen Formen abgelaufen ist. Statt der in den Zentren der kapitalistischen Welt entschiedenen Weltrevolution siegte die Revolution zunächst nur in einem kapitalistisch erst partiell entwickelten Land. »Die Kette des Imperialismus brach an ihrem schwächsten Glied.« Aber nach Marx sollte gerade die Stärke der Entwicklung die Schwäche kapitalistischer Herrschaft hervorbringen. Die Entwicklung der Produktivkräfte stagnierte im Kapitalismus–Imperialismus *nicht*, und die dem Fall der Profitrate entgegenwirkenden Ursachen erwiesen sich stärker als von Marx angenommen. Das Proletariat in den kapitalistischen Zentren verelendete keineswegs in dem Ausmaß, das Marx angenommen hatte.² Auf die Existenz einer marxistischen Arbeiterbewegung reagierten die bürgerlichen Politiker nicht nur mit Sozialistenverfolgungen, sondern auch mit Sozialpolitik, um den Sozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. K. R. Popper erklärt den Marxismus daher zu einer Theorie, die moralisch engagiert die Tendenzen des klassischen, noch nicht reformistisch-sozialpolitisch gewordenen Kapitalismus *beschreibe*, die allerdings in ihrem engeren Sinn wissenschaftlichen Annahmen und Ergebnissen verfehlt sei. In der Tat, der König Hassan zugeschriebene Satz: »Le Maroc doit être socialiste dans son apparence et capitaliste dans son essence«³, gilt mehr oder weniger für die entwickelten kapitalistischen Länder – mit Ausnahme der USA, in denen mehr als

anderswo der Klassenkampf vonseiten des Kapitals und seines Staates mit den Mitteln der kriminellen Gewalt, des Justizmords und der Korruption ausgefochten wurde. Der entwickelte Kapitalismus transformierte sich zwecks Abwehr der inneren Sozialismusgefahr in »soziale Marktwirtschaft«, mit »Sozialstaat« und »Konsumgesellschaft«. Auf der andern Seite wurde in einem isolierten und rückständigen Land der Weg zum Sozialismus eingeschlagen.

Im Sinne von Marx war das eine verkehrte Welt: Der Weg des Fortschritts wurde im rückschrittlichen Land besritten, die fortgeschrittenen Länder wurden zu Zentren der Reaktion.

Die Gesellschaftsformationen, die im Denken von Marx notwendig nacheinander kommen sollten, existierten jetzt nebeneinander. Zum inneren Klassegegensatz der kapitalistischen Gesellschaften trat der äußere Gegensatz der Systeme. Dieser Gegensatz durchdrang beide Systeme bis ins Mark. Die auf dem sozialistischen Entwicklungsweg engagierte Gesellschaft bedurfte zur militärischen Existenzsicherung eines starken Zwangsapparats; der Rüstungswettlauf diktierte die Bedingungen; die ständige Bedrohung und Herausforderung durch ein unvergleichlich reicheres, technisch und ökonomisch – auch im Lebensstandard der Arbeiterklasse – weit überlegenes System, mußte die Entfaltung sozialistischer Basisdemokratie und Freiheit entscheidend hemmen, wie sie andererseits ständig Maßstäbe der Entwicklung und des Konsums vorgab. Die kapitalistischen Gesellschaften transformierten sich in ihrem gesamten politischen und ideologischen System in antisozialistische Gesellschaften. Die extreme Ausprägung fand diese Orientierung in einigen relativ spät entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, vor allem in Japan, Deutschland und Italien, deren innere Klassegegensätze überdeterminiert (*overdetermined*, *surdéterminé*) wurden durch die imperialistische Konkurrenz um Absatzmärkte und Rohstoffe. Sie wandelten sich in faschistische Staaten. Vor allem der deutsche Faschismus, der mörderischste von allen, war charakterisiert durch diese sich überlagernden Funktionen, die den inneren und äußeren Kräfteverhältnissen entsprangen: Scheinsozialismus und extreme bürgerliche Klassenherrschaft nach innen, aggressiver Antikommunismus und Imperialismus nach außen, der danach strebte, den sozialistischen Staat zu vernichten, einen Kranz von rückständigen Ländern in ökonomische Abhängigkeit zu bringen und unter den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas die Hegemonie zu erringen.

Diese Überdetermination von Interessengegensätzen im Faschismus entfesselte den Zweiten Weltkrieg. Zugleich führte sie auf der Gegenseite zu vorübergehender Neutralisierung von Gegensätzen. Die imperialistischen Konkurrenten Nazideutschlands wurden gezwungenermaßen antifaschistisch, und hinter diesen Gegensatz trat die Systemkonkurrenz vorübergehend zurück.

Dieses antifaschistische Bündnis der »Alliierten« führte zum welthistorischen Sieg über den Faschismus. Nicht nur ging die Sowjetunion trotz nazistischer Vernichtungsstrategie gestärkt aus dem Krieg hervor, sondern es entstand das sozialistische Lager. Auf der andern Seite war ein »bereinigtes« Weltsystem des Imperialismus unter fast unbestrittener militärischer, ökonomischer, politischer und kulturell-ideologischer Hegemonie der USA entstanden. Die Allianz zerfiel mit der sie hervorruhenden Überlagerung von Interessengegensätzen, der Kalte Krieg trat an ihre Stelle, eingeleitet durch die verbrecherische, militärisch überflüssige, als Demonstration gegen die Sowjetunion gemeinte Zündung zweier Atombomben in einem asiatischen Land

durch die USA. Entscheidend wurde, daß wenig später auch die UdSSR über Atomwaffen verfügte. Die Strategie des *roll back* erstarrte im atomaren Patt. Die Konkurrenz der Systeme wird seither in erster Linie mit ökonomischen und ideologischen Mitteln ausgefochten. Der von den USA geführte Block stellte sich dar als Verbindung von höherem Lebensstandard und parlamentarischer Demokratie; der sozialistische Block schien charakterisiert durch Armut und demokratisches Defizit. Die beiden deutschen Staaten⁴ verkörpern diesen Gegensatz besonders drastisch, da er sich hier innerhalb eines sprachlich-kulturellen Zusammenhangs darstellt. – Die »Freie Welt« kreiste das sozialistische Lager ein, das sich mit einem »eisernen Vorhang« umgab.

Der weltweite Gegensatz verleiht den ideologischen Formen, in denen die USA operieren, eine eigentümliche Realität. Zwar *tarnt* sich der Imperialismus nur als »Freie Welt«, aber die Tarnung verlangt ihr Recht, weil sie anders jede Wirksamkeit verlöre. Die wesentlich von den USA mitgetragene Gründung der UNO schuf ein Weltforum und – wenn auch noch schwache – neue Verkehrsformen der Staaten, die auf den Grundsätzen nationaler Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und wechselseitiger Nichteinmischung beruhen. Im Schatten des atomaren Patts entstand eine Weltöffentlichkeit. Die Informationen über Gewalt werden seither funktionalisiert im Systemgegensatz. »Dieser Wettstreit gibt den lokalsten Forderungen eine gleichsam universale Dimension«, heißt es bei Fanon (1966, S. 58). »In Salisbury werden zwei Menschen niedergeknüpelt, und schon gerät ein ganzer Block in Bewegung, spricht von diesen beiden Menschen und wirft, von diesem Fall ausgehend, das besondere Problem Rhodesiens auf – um es mit dem ganzen Afrikakomplex und mit der Gesamtheit der kolonisierten Menschen in Verbindung zu bringen. Doch auch der andere Block ermißt am Ausmaß dieser Kampagne die schwachen Stellen seines Systems. Die kolonisierten Völker machen die Erfahrung, daß keine Mächtegruppe es sich leisten kann, ihre lokalen Zwischenfälle zu ignorieren.«

So setzt der Gegensatz der beiden »Welten«, des imperialistischen Kapitalismus und des sich entwickelnden Sozialismus, eine *Dritte Welt* frei.

Unter den Bedingungen dieses neuen Weltsystems finden die Nationalen Befreiungsbewegungen der kolonialistisch unterjochten Völker ein neues Kampffeld. Zwar können sie die »Mutterländer« selber nicht unmittelbar gefährden. »Entscheidender ist in den Augen des Imperialismus, daß die Chancen der sozialistischen Propaganda, die Massen zu infiltrieren, sie anzustecken, dabei wachsen. Das ist schon in der kalten Periode des Konfliktes eine ernste Gefahr; aber was würde erst im Falle eines heißen Krieges aus dieser durch mörderische Guerillas verpesteten Kolonie werden? Der Kapitalismus sieht also ein, daß seine militärische Strategie ausgespielt hat, wenn sich die nationalen Befreiungskriege ausbreiten. Deshalb müssen im Rahmen der friedlichen Koexistenz alle Kolonien verschwinden, und der Kapitalismus muß im äußersten Fall auch den Neutralismus respektieren . . . Die kolonisierten Völker sind sich dieser Notwendigkeiten, die die internationale Politik beherrschen, vollkommen bewußt. Deshalb entscheiden und handeln selbst die, die gegen die Gewalt wettern, im Sinne dieser globalen Gewalt.« (Fanon, S. 61)

Das gegensätzliche Nebeneinander der von Marx als aufeinanderfolgende Formationen gedachten Systeme des Kapitalismus und des Sozialismus setzt all die Teile der Welt, die nicht unmittelbar den Systemgegensatz mittragen, in die Position einer

Dritten Welt. Dank der revolutionären Gewalt der Nationalen Befreiungsfronten bricht unter den neuen Bedingungen das auf unmittelbare Gewalt gegründete System des Imperialismus zusammen. Fanons Worte sind heute schon historisch. Der Kolonialismus, dessen Ende er seinerzeit anbrechen sah, gehört heute in seiner unmittelbaren Form fast endgültig der Geschichte an.

Keine Folge von Ereignissen seit 1917 ist an welthistorischer Bedeutung zu vergleichen mit dem Zusammenbruch des Kolonialismus unter den Schlägen der Befreiungsbewegungen, trotz modernster Kriegstechnik und genozidärer Hemmungslosigkeit der alten Kolonialmächte. In stürmischer Folge entstanden auf den bisher kolonisierten Gebieten die neuen Staaten.

Aber auf den Trümmern des Kolonialismus setzte sich neben der nationalen Befreiung auch der *Neokolonialismus* durch. Er ist der nicht mehr auf unmittelbarer kolonialer Gewalt beruhende Kolonialismus, der *indirekte Kolonialismus*. Er tritt in vielen Formen und Kombinationen auf. In einigen Ländern nahm er die Form des *abhängigen Faschismus* an, der die Demokratie durch das System der Folter ersetzt und mittels einer Armee herrscht, deren Offiziere in den USA ausgebildet wurden usw.

Aber selbst die formell-politisch uneingeschränkte nationale Unabhängigkeit einer Regierung stellt sie noch immer vor die Aufgabe, das Land ökonomisch zu entwickeln und ökonomisch unabhängig zu halten. Und hier stoßen wir auf weitere Erfahrungstatsachen, die mit der Theorie von Marx nicht ohne weiteres vereinbar erscheinen. Der Kapitalismus hat im Gefolge der gewaltsam-kolonialen »Erschließung« der nichtkapitalistischen Gebiete diese nur ausnahmsweise kapitalistisch entwickelt. Er hat statt dessen Strukturen geschaffen, die der Ausplünderung der Ressourcen und der Erzwingung eines Absatzmarktes dienen. Die historische Mission, die Marx ihm zuschrieb, hat er nur innerhalb enger Grenzen erfüllt. Das historische Erbe des Kolonialismus ist also weithin geprägt durch tiefste Rückständigkeit, allenfalls durch abhängige Teilentwicklung. Wie steht es mit dem Wirken des Wertgesetzes bei Weltmarktbeziehungen unter Bedingungen völliger formeller Freiheit und Gleichberechtigung? Aufgrund der schroff diskrepanten Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte bedeuten die »terms of trade«, wenn freier Preisbildung auf dem Weltmarkt überlassen, Verhältnisse des *ungleichen Tauschs*. Das Wertgesetz der klassischen politischen Ökonomie besagt, daß die Tauschverhältnisse um ein Gleichgewicht schwanken, welches durch die Mengen gesellschaftlich notwendiger Arbeit bestimmt ist, die in den zu tauschenden Produkten enthalten sind. Bei unterschiedlichen Produktivitätsniveaus regelt sich die Tauschbeziehung effektiv aber so, daß für eine bestimmte Menge produktiverer Arbeit eine – umgekehrt proportional zu den Produktivitätsniveaus – entsprechend größere Menge weniger produktiver Arbeit angeeignet wird.

Diese spontan sich durchsetzende Ungleichheit wird verstärkt durch die Monopolstellung der Anbieter von Produkten modernster wissenschaftlich fundierter Technologie bei gegebener Abhängigkeit der ökonomisch rückständigen Länder von diesen Produkten. Über diese »Abhängigkeit« kann man im Einzelfall geteilter Meinung sein. Nicht jedoch darüber: Wenn Teile des landwirtschaftlichen Produkts einer verelendeten Landbevölkerung von ihrer Regierung angeeignet und auf dem Weltmarkt gegen Luxuslimousinen getauscht werden⁵, so verurteilen solche politischen und ökonomischen »terms of trade« ein Land zu absoluter Stagnation. Die Beziehungen auf dem Weltmarkt sind spontan *zentriert* in diesem Sinne: Sie pumpen unter dem

Schein gerechten Tauschs Mehrprodukt aus den ökonomisch rückständigen Ländern und zentrieren dieses Mehrprodukt in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern.⁶

Die Bedingungen des Weltmarkts reproduzieren spontan Zentren und Peripherie. Der Akkumulation in den Zentren entspricht die Dekumulation in den peripheren Ländern.

Anouar Abdel Malek hat auf der ersten Konferenz von Cavtat den Gebrauch der Kategorien »Dritte Welt, Zentrum, Peripherie« als *eurozentrisch* kritisiert:

»Who is the centre for whom and who is the periphery of whom? Is really China the periphery of Europe? Frankly, are we joking or what?

. . . Is the Arab nation fighting against imperialism and Zionism the periphery of the Common Market in Europe, really? Who is the centre of whom and where is the periphery? This is a factionist, western centre imperialist conception . . . Centre and periphery have nothing to do with Marxist-Leninist ideology. It is part of this cosmopolitan, fatherless group of peoples who purport to sell us their own schemes for revolution, themselves being utter failures at home.« (Socialism in the World, Nr. 2/1977, p. 185)

Gewiß, es gibt das Phänomen des revolutionistischen Ausbeutens fremder Revolutionen bei Isolation von den Massen im eignen Land. Aber ökonomisch gesehen ist die Struktur von »Zentrum und Peripherie« keine des Denkens, keine primär ideologische Frage, sondern sie ist die Struktur des Weltmarkts. Die Niederlage der sozialistischen Revolutionen nach 1917 in den hochentwickelten Ländern hat deren sozialistische Bewegung aus dem politischen Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung an die Peripherie gedrängt. Der Systemgegensatz erstarrte unterm atomaren Patt im *Stellungskrieg*. Er setzte aber zugleich eine Dritte Welt in eine Sonderstellung, so daß sich der *Bewegungskrieg* in diesen Teil der Welt verlagerte. Vom Standpunkt des politisch-revolutionären Fortschritts traten die Nationalen Befreiungsbewegungen und die sozialistischen Revolutionäre der Dritten Welt ins Zentrum, während die Verhältnisse in den unmittelbar den Systemgegensatz austragenden Ländern in gewisser Hinsicht einem politischen Immobilismus verfielen.

Der Weltmarkt ist auf andere Weise zentristisch. Die Wirkungsweise des Wertgesetzes macht jede ökonomische Entwicklung in »freier« Wechselwirkung mit dem Weltmarkt unmöglich. Alle empirischen Zahlen bestätigen dies. Daher ist der Sozialismus eine objektive Notwendigkeit für die ökonomisch rückständigen Länder. Sonst wird Befreiung zur Nationalisierung der Unterdrückung führen statt zur Organisation der Entwicklung.

Dies wirft weitere Fragen an die klassische marxistische Theorie auf. Ist der Übergang von einem in abhängiger Unterentwicklung oder Teilentwicklung (z. B. Monokultur) gehaltenen Land zum sozialistischen Entwicklungsweg möglich? Oder bedarf es einer kapitalistischen Entwicklungsetappe? Marx scheint das letztere angenommen zu haben. Ist daher der Marxismus = Eurozentrismus des 19. Jahrhunderts? Als ebenso eurozentrische wie veraltete Ideologie wäre er für die heutige Bewegung und vor allem für die Länder der Dritten Welt in der Tat nicht mehr als eine sterile Ideologie, die mit der Realität nichts zu tun hat.⁷

Weiterentwicklung ist etwas anderes als Preisgabe. Die marxistische Theorie bedarf der Weiterentwicklung als ganzer und der Überprüfung bestimmter Annahmen im einzelnen. Diese Weiterentwicklung ist vielfältig im Gange. Betrachten wir noch einmal die Argumente gegen die Ergebnisse der *Kritik der politischen Ökonomie*, also des grundlegenden theoretischen Werks des wissenschaftlichen Marxismus. Die von

Marx entwickelten Elemente einer rein ökonomischen Theorie des Zusammenbruchs des Kapitalismus⁸ sind zu revidieren, zumal sie zur ökonomistischen Unterschätzung der politischen und ideologischen Auseinandersetzungen führen. Aber daß das kapitalistische Weltssystem von Katastrophe zu Katastrophe taumelte, eine Serie verheerender Kriege und Krisen hervorbrachte, verweist auf den zutreffenden Kern der Marxschen Krisentheorie.

Wenn wir Naturgesetze erkennen und diese Erkenntnis technisch benützen, so setzen wir dadurch diese Gesetze keineswegs außer Kraft. Ebenso verhält es sich mit sozialen Gesetzen. Der politisch kalkulierte Eingriff in ökonomische und politische Prozesse setzt deren Gesetze nicht außer Kraft. Er verschiebt ihre Auswirkungen. Der sozialpolitische Reformismus und die keynsianische Wirtschaftspolitik haben die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufgehoben, sondern sie unter neuen Bedingungen wirken lassen. Entweder war die marxsche Theorie schon zu Marx' Zeit falsch oder sie gilt – als Grundlagentheorie – noch heute (in einer im Licht der seitherigen Entwicklung korrigierten Form). Reformismus nach innen und Imperialismus nach außen verschmolzen zum Sozialimperialismus, der das allgemeine Akkumulationsgesetz des Kapitals in seiner Auswirkung auf die rückständigen Länder konzentrierte: Das Weltproletariat, ein immer riesigeres Heer, das vom Kapitalismus zum Elendsdasein einer »konsolidierten Übervölkerung« verurteilt wurde, beweist die Richtigkeit des marxschen Gesetzes im Weltmaßstab. K. R. Poppers »peace-meal technology«, diese von der westdeutschen Sozialdemokratie⁹ angeeignete Ideologie des innerkapitalistischen Reformismus, stellt für die vom Kapitalismus zur Rückständigkeit verurteilten Völker nicht viel mehr dar als einen schlechten Witz. Denn nur wenn sie die gesamten Rahmenbedingungen verändern, hat die Entwicklung ihres Landes eine Chance.

Es genügt, daß die als Rohstofflieferanten funktionalisierten ökonomisch rückständigen Länder ihre natürlichen Ressourcen bewußt im langfristigen Eigeninteresse zu verwalten beginnen und aufgrund ihrer monopolähnlich starken Anbieterstellung die terms of trade verändern¹⁰, – und die Finanzierung der Sozialstaatlichkeit und des Massenkonsums in den imperialistischen Ländern gerät in die Krise. Die sozial-integrative Kraft der hochentwickelten Kapitalismen läßt nach.

Die keynsianistische Wirtschaftspolitik konnte zwar die Krisen in ihrer klassischen Erscheinungsform verhindern, nicht aber das Auftreten neuer Erscheinungsformen mit der Quintessenz der *Stagflation*. Die Stagflation vereint Krisenaspekte, die »früher« auf unterschiedliche Konjunkturzyklen verteilt vorkamen. Die von Marx entdeckten Gesetze der Kapitalbewegung sind auch hier nicht außer Kraft gesetzt, sondern wirken unter anderen Bedingungen. Weniger denn je gibt es eine die Wirtschaftsabläufe befriedigend erklärende bürgerliche Theorie; und schon gar nicht gibt es eine diese Abläufe beherrschende Praxis.

Die sozialistischen Länder dagegen haben trotz vieler negativer Faktoren extrinsischer und intrinsischer Natur ein stetiges Wachstum erreicht.

Die Transformationen der den Systemgegensatz zentral tragenden Gesellschaften schließlich sind keine Widerlegung der marxschen Theorie, sondern lassen sich gerade auf deren Basis als unvermeidliche Kampf- und Ausdrucksformen der gegebenen Kräfteverhältnisse begreifen.

Marx als Propheten verstehen, der bestimmte Ereignisse vorhersagte, hieße ihn

vorwissenschaftlich verstehen. Viele von ihm erwartete Ereignisse sind nicht oder in von seiner Erwartung sehr unterschiedlicher Form eingetroffen. Die wirkliche Probe auf eine Theorie ist aber ihre Kraft, die Ereignisse aus dem Wirken von Bewegungsgesetzen *unter bestimmten Bedingungen* zu erklären. Und Marxismus und Arbeiterbewegung haben die Bedingungen verändert, unter denen die ökonomischen Gesetze wirken.

Durch die Praktizierung der marxistischen Theorie in den sozialistischen Ländern ist dem Kapitalismus seine entscheidende historische Grenze schon zu Lebzeiten gezogen. Diese Grenzziehung durch den Systemgegensatz wirkt auch auf eine Kontraktion der Kapitalakkumulation in den kapitalistischen Zentren hin, dürfte also – mit bestimmten Ausnahmen – die Tendenz der Nichtausbreitung kapitalistischer Entwicklung verstärken.

Wie ein Gleichnis für diese Situation wirkt die folgende kleine Episode, die von der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, dem Organ der westdeutschen Großbourgeoisie, im Sommer 1978 berichtet wurde:

»Der Finanzchef von Krupp bot dem Journalisten etwas Besonderes. Er ließ ihn die Überweisung der Perser für die jüngste Kapitaleinzahlung betrachten. Da stand die runde Summe von 367500000 DM . . .« (FAZ, 2. 8. 78)

Dieser Scheck steht für den Rückfluß des Erlöses von Ressourcen aus der Dritten Welt in die kapitalistischen Zentren. In solchem Fall fließt diesen Zentren zum einen ein Stück Naturressourcen aus den von ihnen zur Peripherie degradierten Ländern zu; zum andern vermittelt dieser Zufluß die Realisation und Akkumulation eines Stücks des Mehrwerts im selben Zentrum. (Ich klammere hier die komplexe Problematik der persischen Sonderstellung als militärisch hochgerüsteter und in feudalabsolutistisch organisierter Teilkapitalisierung begriffener Ordnungsmacht, eines lizenzierten Imperialismus also, aus.¹¹ Während der abhängige Faschismus seine repressive Energie nach innen konzentriert, muß der *abhängige Imperialismus* einen Teil dieser Energie nach außen wenden können.)

Die trübe Ehe von ökonomischem Liberalismus – der das rückständige Land den kapitalistischen Zentren ausliefert – und faschistischem Folterregime verurteilt ein Land dazu, »Hinterhof«, »Einzugsgebiet« des Imperialismus zu bleiben. Die durch einen zwischen die imperialistischen Mächte und das eigne Land tretenden nationalen Agenten ausgebeuteten Naturressourcen vermögen höchstens eine Scheinblüte hervorzubringen und über den wahren Zustand hinwegzutäuschen. Wenn dann eines Tages die Entwicklung des Landes angepackt wird, sind die Erdölressourcen bereits erschöpft, zum Teil von einer nationalen Clique verjubelt, zum größeren Teil in den kapitalistischen Ländern akkumuliert.

Es gibt keinen andern Entwicklungsweg als den, der über die Selbstwerdung der Länder der Dritten Welt führt und das heißt über die revolutionäre Demokratie.¹² Freilich öffnet sich dann ein Arbeitsfeld voll ungeheurer Aufgaben und Probleme. »Die Revolution endet nicht, sondern sie beginnt mit der Eroberung der Macht«, heißt es bei Le Duan. »Engels hat uns gelehrt, »niemals zu vergessen, daß der Sozialismus, seit er zur Wissenschaft geworden ist, unbedingt als Wissenschaft behandelt werden muß. Die Diktatur des Proletariats und die revolutionäre Begeisterung des Volkes sind sehr wichtige Triebkräfte, ohne die man nicht von Sozialismus sprechen könnte. Aber man begeht einen sehr großen Fehler, wenn man den Sozialismus ohne Rücksicht auf die objektiven Gesetzmäßigkeiten, auf die häufig »störrischen und hart-

näckigen ökonomischen Fakten aufbauen will . . .« Le Duan fährt fort: »Unsere Partei ist reif geworden im Studium und in der Erkenntnis der Gesetzmäßigkeiten der nationaldemokratischen Revolution und des Volkskrieges; aber bei der Beherrschung der Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus hat sie noch nicht mehr als die ersten Schritte gemacht. . . Direkt zum Sozialismus übergehen und die Phase der kapitalistischen Entwicklung überspringen bedeutet, daß wir nicht durch die Schule der mechanisierten Großproduktion gegangen sind. . . Durch ihre zersplitterte, uneinheitliche, verstreute und anarchische Natur hat uns die Kleinproduktion auf organisatorischem Gebiet nichts hinterlassen als schädliche Arbeitsgewohnheiten, die in völligem Widerspruch zu den Erfordernissen der Organisation einer sozialistischen Großproduktion stehen . . . Wir stützen uns auf grundlegende Vorteile: . . . die Stärke der neuen Produktionsverhältnisse, den revolutionären Enthusiasmus des Volkes, alle unsere natürlichen Reichtümer und die selbstlose Hilfe der Bruderländer. Was fehlt uns am meisten? Kenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik, Fähigkeiten auf dem Gebiet der Leitung.« (Le Duan 1973, S. 120–124)

Die Phase der kapitalistischen Entwicklung *muß* übersprungen werden. Aber sie *kann* nur übersprungen werden, wenn es gelingt, auf andere Weise bestimmte subjektive und objektive Bedingungen zu entwickeln, auf die sich die sozialistische Entwicklung stützen können muß, soll sie nicht scheitern. Was war an der kapitalistischen Entwicklungsphase so wichtig, daß es zum großen Problem wird (einem nach 1917 tragisch gelebten Problem), sie zu überspringen? Le Duan nennt die Überwindung der Kleinproduktion und die Entwicklung mechanisierter Großproduktion. Um zu begreifen, was das unter kapitalistischen Bedingungen für eine Schule war, muß man sich die Art der Durchsetzung dieser Entwicklung vor Augen führen. Eingerahmt von Gewalt waren es die spontanen, durch das Wertgesetz bestimmten Marktbewegungen selber, die ganze Heerscharen von Produzenten enteigneten und sie der Alternative totaler Verelendung oder Lohnarbeit unter fremdem Kommando auslieferten. Die kapitalistische Phase entwickelte so nicht nur den »materiellen Organismus« der Produktion, sondern auch die Disziplin ihrer subjektiven Agenten. Die Form dieser »Schulung« war charakterisiert durch absolut inhumane Entfremdung der Lohnarbeiter und Verdinglichung der sozialen Beziehungen. Der ganze Kapitalismus läßt sich beschreiben als ein mechanisches System ökonomischer Hebel, das die Individuen dazu zwingt (durch ökonomische Gewalt), mehr zu produzieren als sie brauchen, sich einer das ganze Leben durchdringenden Arbeitsdisziplin zu unterwerfen und sich für die technische Veränderung von Naturstoff zu *qualifizieren*. Die Kapitalisten werden – bei Strafe ihres Untergangs – von diesem System dazu angehalten, erhebliche Teile des angeeigneten Mehrwerts zu kapitalisieren, also das Kapital immer mehr zu vergrößern. Der Profitmechanismus belohnt sie darüber hinaus für jede Produktivkraftentwicklung mit Extraprofiten und bestraft sie für jedes Zurückhinken hinter der Produktivkraftentwicklung anderer mit Profitminderung. So läßt sich das kapitalistische System nach dieser Seite begreifen als ein riesiger entfremdeter Mechanismus zur Entwicklung der subjektiven und objektiven Bedingungen der Produktion. Nach Marx entstehen auf diesem Wege die Elemente einer sozialistischen Gesellschaft, die ohne jeden entfremdeten Mechanismus ihre Selbstentwicklung organisiert. Dazu ist eine bestimmte Entwicklungshöhe notwendig, eine bereits erreichte Verwissenschaft-

lichung der Produktion, eine Produktivität, die die Produzentenmassen dazu befähigen, schon rein zeitlich (Zeit für Politik, Planung, Weiterqualifikation usw.), kenntnismäßig (Lesen, Schreiben, Rechnen, wissenschaftliche Elementarkenntnisse usw.) und dank der Persönlichkeitsstruktur (Selbstdisziplin, Zeitsinn, Affektkontrolle usw.) ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Wo die subjektiven und objektiven Bedingungen des Sozialismus nicht als Erbe des Kapitalismus übernommen werden können, treten außerordentliche Probleme auf. Sie *müssen* lösbar sein, da es keinen andern Weg für die Mehrheit der Menschheit gibt, und es ist ihnen daher auch *allergrößte Aufmerksamkeit* zuzuwenden. Werden diese Probleme nicht gelöst, bricht entweder die Revolution zusammen oder entfremdete, unbeherrschte Lösungsformen der Probleme setzen sich durch (wie in der sowjetischen Geschichte der Stalinismus).

Selbst beim Versuch des Großen Sprungs über die kapitalistische Entwicklungsphase¹³ bleibt also die marxische These von der transitorischen Notwendigkeit des Kapitalismus wahr: nicht im pedantischen Sinn, aber sie definiert Aufgaben. Die von der Weltgeschichte durcheinandergebrachte »Ordnung« der marxischen Theorie entwertet nicht diese Theorie, sondern nur ihre vorwissenschaftliche, »religionsförmige« Lesart. Marx begriff einen gesetzmäßigen *Wirkungszusammenhang*, der sich auch und gerade dort zeigt, wo die Dinge anders ablaufen als von Marx vermutet.

»Kapitalismus« steht in diesem Wirkungszusammenhang für die entfremdete Lösung von Entwicklungsproblemen, die als solche nicht ungelöst bleiben können. Daher bleibt die historische Ordnung – wenn auch entscheidend modifiziert – erhalten, die von Marx erkannt wurde.

Es wäre verhängnisvoll, bestimmte Probleme und das entsprechende Problembewußtsein für »europäisch« zu erklären und statt der universalistischen Perspektive der sozialistischen Menschheit auf den Stand regionaler Partikularismen zurückzufallen.

Es scheint, daß die mexikanischen Indios bei der Gründung der ersten Indio-Universität Lateinamerikas diesen partikularistischen Weg in die Vergangenheit wählen. Die Universität soll (wenn die Informationen der Presse richtig sind, vgl. dazu FAZ, 12. 8. 78) nicht nur ausschließlich in Nahuatl unterrichten, was für die Erhaltung der nationalen Identität notwendig ist, sondern es soll z. B. die überlieferte Indio-Medizin gelehrt werden. »Die Naturwissenschaft soll auf die alte Mathematik zurückgeführt werden, die vor der Kolonisierung durch die Spanier angewandt wurde . . . , ein Doppelsystem, das auf den Zahlenkombinationen sieben mal dreizehn und dreizehn mal zwanzig beruht.« (FAZ, 12. 8. 78) Wenn diese Meldung – aus bürgerlicher Zeitung – zutrifft, dann wird hier der notwendige Aufbruch durch eine konservative völkerverherrlichende Ideologie in die Vergangenheit gelenkt. Der notwendige Antikolonialismus wird hier zur Ideologie eines Zurück-zum-Präkolonialismus. Diese Ideologie verurteilt ein Volk zur Entwicklungslosigkeit. Aber vielleicht ist der Rückweg der Anfang des Vormarschs: Zweifellos werden in einer künftigen Indio-Universität, die der bedingungslosen internationalen Solidarität zur Unterstützung gegen die Übergriffe der Großgrundbesitzer bedarf, die Interessen an der nationalen Entwicklung sich gegen die konservative Stammesideologie artikulieren und den Kampf aufnehmen.

Als allgemeines »Weltgesetz des Kapitalismus« hat Lenin dessen widersprüchliche

Tendenz begriffen, zum einen die Nationwerdung voranzutreiben, zum andern (und zunehmend im Laufe seiner Entwicklung) die nationalen Schranken und Borniertheiten niederzureißen. Bei absoluter Toleranz in Fragen der nationalen Sprachen und Kultur wandte sich Lenin schärfstens gegen jeden Nationalismus, der gegenüber den Tendenzen zur Universalisierung einen gefährlichen Rückschritt bedeutet. Lenins Stellung zur nationalen Frage ist nicht auf eine einfache Formel zu bringen, weil er den unvermeidlichen Widerspruch bejahte, der darin liegt, uneingeschränkt die nationalen Befreiungsbewegungen zu unterstützen vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus. Dieser Widerspruch ist keiner im Sinne einer Ungereimtheit, ist nichts zu Vermeidendes, sondern ein vorantreibender Widerspruch des Lebens selbst. Lenins Lösungsvorschlag für die aus dem Widerspruch von nationaler Befreiung und Internationalismus hervorgehenden Probleme ist der radikale *Demokratismus*, im Sinne einer weitgehenden Selbstorganisation kultureller Einheiten im Rahmen umfassender staatlicher und wirtschaftlicher Zusammenhänge. Die Ausarbeitung dieser Vorstellung von Demokratismus im Sinne von lokaler Volksmacht auf dem Boden spezifischer Gegebenheiten der Dritten Welt und im Rahmen einer Politik nationaler Entwicklung scheint mir außerordentlich wichtig.

Vom Standpunkt der politisch-revolutionären Entwicklung ist Europa in die Peripherie gerückt. Aber es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, daß die »europäischen Stadien« und die durch Europa hervorgebrachten Resultate einfach verworfen werden können. Die Gesellschaftsentwicklung gehorcht Gesetzen, die nicht ungestraft mißachtet werden. Europa tritt an den Rand, aber »was uns vor allem fehlt« sind, wie Le Duan sagte, »Kenntnisse auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik, Fähigkeiten auf dem Gebiet der Leitung«. Wir ergänzen: Und Kenntnisse der allgemeinen Determinanten politischen Handelns in einer Epoche, die vom Systemgegensatz von Kapitalismus und Sozialismus dominiert wird und gerade dadurch spezifische Kampf- und Entwicklungsmöglichkeiten für die nicht unmittelbar den Gegensatz der Systeme tragenden Länder definiert.

Der Rückfall in regionalistische oder geopolitische Ideologien wird Ursache und Ausdruck dessen sein, daß einige Länder der Dritten Welt an die Seite des Imperialismus treiben. »Großmacht« ist keine die entscheidenden Gesetzmäßigkeiten des politischen Handelns wiedergebende Kategorie. »Nord-Süd-Konflikt« ist es ebensowenig. Wer den Gegensatz der ökonomisch rückständigen Länder zu den ökonomisch entwickelten Ländern zum Hauptgegensatz erklärt und den von Kapitalismus und Sozialismus dahinter zum Verschwinden bringt, der schafft künstlich-illusionäre Einheiten. Denn die Dritte Welt ist nur durch ihre globale, welthistorisch bedingte Sonderstellung im Schatten des globalen Systemgegensatzes als Einheit zu betrachten. Außerhalb dieser Beziehung verliert die Einheit ihre Kraft. Die Dritte Welt fällt dann auseinander nicht nur in Staaten mit gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen und nationalistisch gefärbten Konflikten, sondern vor allem auch in an Naturressourcen reiche und arme Länder.¹⁴ Das Denken im Nord-Süd-Gegensatz versucht aus der Logik der Geschichte auszusteigen. Es kann Krieg und Zerfall bedeuten, statt eine neue Weltwirtschaftsordnung, die die Entwicklungschancen einigermaßen gleichmäßig verteilt.

Die von Marx entdeckte Logik der Geschichte ist keine eurozentristische Ideologie, obwohl die europäische Entwicklungsphase des Kapitalismus darin eine zentrale Stel-

lung einnimmt. Doch der Marxismus muß von Eurozentrismen gereinigt werden, d. h. es muß mit ihm umgegangen werden wie mit einer Wissenschaft. Die Theoretiker der Revolutionen der Dritten Welt werden nicht weniger entscheidend zur Entwicklung des Marxismus beitragen, als es Lenin, der Theoretiker der ersten siegreichen sozialistischen Revolution einst getan hat. Sie werden sich in keiner Weise mit bloßem Zitieren, Abschreiben, Übernehmen, Nachahmen begnügen. Sie werden die allgemeinen Gesetze im Licht der konkreten Bedingungen ihrer Länder angehen. Und sie werden den Marxismus als universalistische Wissenschaft nicht verwechseln mit der krawattierten bürgerlichen Kultur des alten Europa. Der marxistische Universalismus muß das Gegenteil kultureller Uniformität werden.

Anmerkungen

1 Zu sagen, daß Marx sich eine »sozialistische Warenproduktion« nicht vorstellen konnte, stimmt zunächst im pedantischen Wortsinn. In den »Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei« (MEW 19, S. 15 ff.) entwickelt Marx die inhaltlichen Notwendigkeiten der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft. Grundnotwendig ist nach ihm die Koppelung der individuellen Konsumtion an die produktive Leistung. Zwischen der kommunistischen Perspektive (»Jeder nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seinem Bedürfnis«) und der heutigen »sozialistischen Warenproduktion« sind hier zumindest vermittelnde Bestimmungen entwickelt (vgl. vor allem S. 20 f.).

2 Zur Frage der »Verelendungstheorie«: Es scheint mir von einem bemerkenswerten Mangel an Vorstellungskraft zu zeugen, wenn man Theorien »relativer Verelendung« hervorbringt, mit denen die Lage der Arbeiter in den sozialdemokratisch regierten hochentwickelten Kapitalismen begriffen werden sollen. Elend ist ein unrelativierbarer Grenzzustand menschlicher Existenz. Mit Recht weist mich dagegen Josef Schleifstein darauf hin, daß, wenn man »Elend« in größerem gesellschaftlichem Zusammenhang faßt, nicht einmal Marx das Elend der Massen z. B. im Ersten und Zweiten Weltkrieg vorausgesehen hat.

3 »Unsere Gesellschaft muß in ihren Manifestationen sozialistisch sein, in ihrer Essenz aber kapitalistisch«. König Hassan II. von Marokko in der Rede zum Erlaß des Code des Investissements Agricoles, Rabat, 18. 1. 1969, z. n. Johansen 1971, S. 394.

4 Die DDR hat nach eigenen Berechnungen durch den »Wirtschaftskrieg« im Rahmen der Systemkonkurrenz mit der BRD ca. 200 Milliarden Mark verloren. Der Schaden ist entstanden durch »Wirtschaftsembargo, Währungsmanipulation, politische und diplomatische Blockade, durch organisierte Sabotage, Abwerbung von Facharbeitern, Spezialisten und Wissenschaftlern« (Peter Wohlmann in der Funktionärszeitschrift der NDPD, z. n. FAZ vom 17. 1. 79). Im Zusammenhang der »Währungsmanipulation« wird der »illegale Geldumtausch« erwähnt. – In Bezug auf die Dritte Welt sind zwei Aspekte hervorzuheben: 1. Die wirksamsten Waffen in diesem »Wirtschaftskrieg« waren Wirkkräfte des Marktes; in Schwarzmarktform wurden die Bemühungen, auf dem weniger entwickelten Niveau der DDR die eigne Wirtschaft gegen die Konkurrenz der entwickelteren westdeutschen Wirtschaft abzugrenzen und zu stabilisieren, unterlaufen und geschwächt. 2. Durch solche Marktkräfte wurde die Abwanderung hochqualifizierter Fachkräfte (Wissenschaftler, Ärzte, Facharbeiter) bewirkt. – Die Länder der Dritten Welt kennen diese Sogwirkung des Wertgesetzes und haben den massenhaften »brain-flow«, die durch Marktkräfte bewirkte Daueremigration ganzer Generationen des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses erfahren.

5 Als »Entwicklungshilfe« wird z. B. folgende Transaktion ausgegeben, für die das »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit«, unter der Leitung eines sozialdemokratischen Ministers, verantwortlich zeichnet: »Nach einer undementierten Meldung erhält der westafrikanische Staat Liberia von der Bundesrepublik 50 Luxuslimousinen und 100 schwere Motorräder.« Die FAZ, der diese Meldung entnommen ist, polemisierte – aus nicht ganz lauteeren Motiven allerdings – gegen dieses Geschenk im Werte von 19 Millionen Mark: »Aber handelt es sich bei dieser Zuwendung nicht um einen eklatanten Mißbrauch von Mitteln der Entwicklungshilfe? Weder trägt die Bundesrepublik mit ihr allgemein zum Wachstum des Empfänger-

landes bei, noch leistet sie damit, wie es ein neueres Konzept verlangt, einen Beitrag zur Dekkung von ›Grundbedürfnissen‹ der Ärmsten. Die Armen sehen nur die von ›weißen Mäusen‹ begleiteten Autos vorbeirasen. Diese Auto- und Motorradhilfe . . . könnte den gleichen unheilvollen negativen Propagandaeffekt bekommen wie vor Jahren die Gerüchte um das goldene Bett.« (Otto Matzke in der FAZ vom 31. 7. 78)

Der FAZ-Glossist verliert kein Wort über die »vier Millionen für polizeispezifische Sicherheitseinrichtungen« (Publik Forum, zit. n. extra dienst vom 8. 9. 78) und über die Interessenmotive. »Das Auswärtige Amt hat zugegeben, daß dieser . . . Vertrag sehr stark von außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen bestimmt ist. . . . zum andern beziehe die Bundesrepublik aus Liberia den größten Teil ihres Eisenerzimportes.« (Ebd.)

6 Max Weber würde hier von »Marktinteressenten« sprechen: »Wir wollen diejenigen Interessen, deren ökonomische Lage sie in den Stand setzt, vermöge der formalen Marktfreiheit zur Macht zu gelangen, die Marktinteressenten nennen.« (Wirtschaft und Gesellschaft, I, Köln/Berlin 1964, S. 492) – Die Marktinteressenten des Weltmarkts stehen in dessen Zentrum.

7 Ein so williger Kämpfer gegen den Marxismus wie der Historiker Ernst Nolte beansprucht seinen Kampfgegenstand geradezu arrogant für den Westen, für Europa. »Denn der Marxismus ist in sich selbst ›westlich‹ . . . Man braucht ja nur versuchsweise einmal Begriffe wie ›östlicher Marxismus‹, ›chinesischer Marxismus‹ oder ›kubanischer Marxismus‹ zu bilden.« (in: FAZ, 17. 11. 78) Nolte scheint so geblendet von der erhofften Selbstevidenz dieser seiner Begriffsbildungsversuche, daß es sich in seinen Augen erübrigt, irgendeine Begründung anzudeuten, wieso das Werk eines Ho Chi Minh, eines Le Duan, eines Mao Tse-tung, eines Fidel Castro, eines Frantz Fanon, Agostinho Neto und Dutzender anderer lateinamerikanischer und afrikanischer Theoretiker nicht zählt. Dafür räumt Nolte großzügig die Existenz von Unabhängigkeitsbewegungen ein: »Selbstverständlich kann man der Auffassung sein, daß die chinesischen Reisbauern und die kubanischen Zuckerrohrpflanzler durch den Einfluß des Imperialismus daran gehindert wurden, ihre Kräfte zu entfalten und die Unabhängigkeit ihres Landes sicherzustellen, und daß sie sich nur dann befreien konnten, wenn sie die einheimische Händlerklasse ausschalteten und einen ›Privatbesitz‹ beseitigten, für den es in ihren Traditionen sowieso keinen rechten Ansatzpunkt gab. Lehren dieser Art würden sich mit Notwendigkeit entwickelt haben. Aber mit Marxismus im eigentlichen Sinne haben sie nichts zu tun.« – In der kubanischen Sozialgeschichte »kein rechter Ansatzpunkt« fürs Privateigentum? Nolte läßt seinen Historiker noch allemal über die Klinge seines Antimarxisten springen. Aber lassen wir das! Zumal hinsichtlich anderer Revolutionen, vor allem des Ostens, der Begriff der »asiatischen Produktionsweise« oder der Begriff der »kolonialen Produktionsweisen« (siehe den Artikel von Gerhard Haug in diesem Heft) herangezogen werden müssen, um die Bedeutung der Reste vorkapitalistischer Produktionsweisen zu erörtern. Und ihnen ist gemeinsam, daß das Privateigentum sich niemals voll durchgesetzt hat, denn dies vermag es nur als kapitalistisches. Nolte kehrt nun – ohne die wirklichen Probleme eines genaueren Blicks zu würdigen – den vermeintlich »orthodoxen« Marxismus heraus; denn der Antimarxist liebt den stupiden marxistischen Dogmatismus. Es ist, als hörten wir die Geisterstimmen des russischen Menschewismus von 1917, der im Namen des »Marxismus« der Revolution in den Rücken zu fallen suchte: »Genuin marxistisch«, verkündet Nolte – der Gegner befindet darüber, was an seinem Gegner »genuin« sein soll! – »genuin marxistisch muß das Postulat indes lauten: Abschaffung des Privateigentums, aber erst nach voller Ausbildung des Privateigentums!«

8 »Elemente« heißt nicht, daß Marx eine rein ökonomische Zusammenbruchstheorie vertreten hat, sondern nur daß es bei ihm in diesem Sinn mißdeutbare Aussagen gibt.

9 Eine wesentliche Determinante der rechtssozialdemokratischen Ideologie ist es, *im Rahmen* der Systemkonkurrenz ihre Politik zu machen, ohne diesen Rahmen ins Bewußtsein zu heben. Die Logik des kapitalistischen Systems-im-Systemgegensatz definiert Möglichkeit und Bedeutung sozialdemokratischer Regierung: Die Sozialdemokratie stellt den optimalen, weil am tiefsten in den inneren und äußeren Klassengegner hineinwirkenden, politischen Repräsentanten des Kapitalismus dar – solange sie keine Politik macht, die demokratisch-sozialistisch radikal ist, d. h. die Wurzeln kapitalistischer Herrschaft angreift. Die Sozialdemokratie gleicht unter diesen Bedingungen einem Vexierbild: man kann in ihr nur das Aushängeschild sehen, aber auch echte demokratisch-sozialistische Bestrebungen, vorwiegend verteilt auf unterschiedliche Fraktionen (nicht immer!). Die Führung vertritt fast einhellig das Aushängeschild und verteidigt energisch

und mit den institutionellen Sanktionen (Parteiverfahren, Ausschluß, Berufsverbot) nicht nur ihre Linie, sondern besonders aggressiv die Bewußtlosigkeit hinsichtlich der objektiven Bedingungen und Bedeutung dieser Linie. Der Systemgegensatz bestimmt Nachfrage und Lizenz sozialdemokratischer Regierung. Die aggressive Bewußtlosigkeit hinsichtlich dieser Determinanten bestimmt die rechtssozialdemokratische Ideologie. So konvergiert die Ideologie der »Realpolitiker« mit den Illusionen derer, die wöhnen, außerhalb der globalen Systemdeterminanten Politik machen zu können. Ein Stück der virulenten Erkenntnis-Abwehr mag auch dem Bedürfnis derer entspringen, die undeutlich spüren, daß ein Zuendedenken ihrer Politik sie an die Alternative von bewußt-heuchlerischem Agententum oder der US-Hegemonie entwachsender, die Aggressivität der Kapitaleseite in Kauf nehmender Verwirklichung demokratisch-sozialistischer Zielvorstellungen heranzuführen könnte.

10 Im Zusammenhang der Versuche, die *terms of trade* für die rohstoffexportierenden Länder der Dritten Welt zu verbessern, spielt die Entwicklung einer neuen internationalen Leitwährung eine wichtige Rolle. Die bisherige Leitwährung, der Dollar, macht den einmal erungenen nominal höheren Anteil etwa der OPEC-Länder durch Inflation real regelmäßig wieder zunichte. Die OPEC versucht daher, eine neue Öl-Leitwährung aufzubauen, die den Dollar durch einen »Währungskorb« ersetzt. »Durch die Aufgabe des Dollars wollen sich die erdölexportierenden Länder vor einem weiteren Rückgang ihrer Einnahmen und Devisenreserven durch einen erwarteten weiteren Kursverfall der amerikanischen Währung schützen.« (FAZ, 2. 8. 78)

11 Seit der Abfassung dieser Thesen hat die Massenbewegung der persischen Revolution infolge der Überdeterminierung sozialökonomischer und ideologischer Gegensätze den Zwangsapparat der Schah-Diktatur unter großen Opfern zurückgedrängt. Vor allem der disziplinierte und kühne Streik der Ölarbeiter, ungeachtet ihrer im Vergleich zu anderen Bevölkerungsschichten privilegierten Einkommen, lähmte mit der Ölförderung das entscheidende Triebwerk des gesamten Systems. Die Interessen der nationalen herrschenden Schicht und des US-amerikanischen Imperialismus (von den Mineralölkonzernen über die Rüstungsindustrie bis zum Militärapparat) verbanden sich über die persische Ölförderung. Ihre Lähmung versetzte der Diktatur und ihrer internationalen Abstützung den entscheidenden Stoß. Der Schah mußte das Land verlassen. Er ging als vielfacher Milliardär (in US-amerikanischen Dollars). »Nach einer . . . Aufstellung . . . der Opposition . . . sind die Pahlevis an 17 Banken und Versicherungen, an 25 Unternehmen der Metallindustrie, an 8 Bergbauunternehmen, 10 Baumaterial- und 45 Baugesellschaften, 43 Nahrungsmittelunternehmen und 26 Handelsgesellschaften beteiligt. . . . (Sie) sollen außerdem 70 Prozent der Hotelkapazität des Landes kontrollieren. Bei manchen dieser Beteiligungen handelt es sich um Joint Ventures mit ausländischen Partnern. Der Wert des gesamten Portefeuilles wird auf mindestens 2,8 bis 3 Milliarden Dollar geschätzt.« (FAZ, 12. 1. 79) Hinzu kommen die Beteiligungen am Kapital der westlichen Metropolen, z. B. an einem Wolkenkratzer auf der Fifth Avenue in New York; in der BRD ist der Schah z. B. mit 25 Prozent an den Kruppschen Hüttenwerken beteiligt. In verschiedenen westlichen Ländern unterhält der Schah Residenzen, die nach Maßstäben eines unvorstellbaren parasitären Luxuskonsums ausgestattet sind (u. a. in der Schweiz, in den USA, in Mexiko). – Die spektakuläre, fremdkörperhafte Teilindustrialisierung Persiens unter dem Diktat dieses von den USA eingesetzten und als gottgesandter Herrscher verkleideten Großkapitalisten bedarf einer eigenen Analyse.

12 Die Ex-Kolonialisten rechnen mit der Gedächtnislosigkeit, wenn ihre Propaganda ausgerechnet dem Sozialismus die Schuld an Armut und Zurückgebliebenheit der ehemaligen Kolonien in die Schuhe zu schieben versucht. So die »Frankfurter Allgemeine« in einer Glosse über das ehemalige deutsche Kolonialgebiet Ostafrikas, das nach dem Ersten Weltkrieg unter britische Herrschaft geriet, erst 1961 unter dem Namen Tansania unabhängig wurde und 1967 mit der Deklaration von Aruscha eine neue Politik in sozialistischer Orientierung einleitete: »Fürwahr ein fruchtbares Land! Warum aber gehört ein so begnadetes Paradies zu den allerärmsten Ländern der Erde? Werden etwa die verschwenderischen Gaben der Natur durch sozialistische Experimente oder durch utopische Versuche, einen neuen Menschen zu formen, weggeplant und vergeudet?« (Otto Matzke in der FAZ, 21. 9. 78)

13 Der jähe und radikale Kurswechsel der chinesischen Innenpolitik kann als Antwort darauf interpretiert werden, daß die Politik des Großen Sprungs nach vorn nicht leistete, was ihr Name besagt, nämlich das Überspringen der Entwicklungsgesetze einer sozialökonomischen Formation. Die neue Politik beinhaltet eine Zuwendung zu einem System, das durch materielle

Hebel und soziale Auslese individuelle Leistungsdifferenzierungen stimuliert, das auf den Import von Technologie und Ausrüstungen aus den hochentwickelten kapitalistischen Ländern setzt und durch seinen Vertrag mit Coca-Cola der Welt demonstriert hat, daß die Grenze auch für westliche Massenkultur geöffnet wird. Von dieser neuen Politik verspricht sich die Regierung die Entwicklung des Landes zur Industriegesellschaft. Sie ist mithin als Entwicklungspolitik zu bewerten. Einer der enthusiastischen Anhänger der Politik des Großen Sprungs beurteilt sie daher als den »Großen Sprung zurück« (Bettelheim, *The Great Leap backward*, in: *Monthly Review*, Aug. 1978; vgl. dazu den kritisch-auswertenden Bericht von Frank Suffa-Friedel, »China: Der Große Sprung – zurück?«, im vorliegenden Heft).

14 Politische Heterogenität der Länder der Dritten Welt ist das eine, unterschiedliche Naturressourcen ökonomischer Entwicklung das andere. Man hat für die an Bodenschätzen armen Länder der Dritten Welt – vor allem der Besitz von Erdöl oder anderen Energieressourcen ist entscheidend – den Begriff der »Marginalen« (der absolut »randständigen« Länder) vorgeschlagen. Irreführend scheint mir der Begriff der »Vierten Welt«, der neuerdings sporadisch Verwendung findet (z. B. bei P. W. Sweezy, in: *Monthly Review*, Nr. 7/1978, S. 9); ungeeignet deshalb, weil er nicht aus den globalen Kräfteverhältnissen abgeleitet ist und daher auf einer anderen Ebene angesiedelt ist als der Begriff der Dritten Welt, den er daher zu Unrecht scheinbar überholt.

Literaturverzeichnis

- Cardoso, Fernando H., und Enzo Faletto: *Abhängigkeit und Entwicklung in Lateinamerika*. Frankfurt 1976
- Gesellschaftsformationen in der Geschichte. Argument-Sonderband AS 32, redigiert von Lars Lambrecht, Berlin/West 1978
- Fanon, Frantz: *Die Verdammten dieser Erde*. Vorwort von J.-P. Sartre. Frankfurt 1966 (Originalausgabe Paris 1961)
- Johansen, Baber: Die feindlichen Städte. Marokkos blockierter Transformationsprozeß, in: *Argument* 65/1971
- Le Duan: *Die vietnamesische Revolution. Grundprobleme und Hauptaufgaben*. Hrsgg. v. Günter Giesenfeld und Frank Werkmeister. Frankfurt 1973
- Luxemburg, Rosa: *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*. Frankfurt/M. 1965
- Preiswerk, Roy, und Dominique Perrot: *Ethnocentrisme et Histoire. L'Afrique, l'Amérique indienne et l'Asie dans les manuels occidentaux*. Paris 1975.
- Ribeiro, Darcy: *Der zivilisatorische Prozeß*. Nachwort von H. R. Sonntag. Frankfurt 1971 (Originalausgabe 1968)
- Wielenga, Bastiaan: *Marxist Views on India in Historical Perspective*. Madras 1976

Zur Dritten Welt erschienen im *Argument* bisher u. a. folgende Aufsätze:

Argument 36: G. W. Alsheimer: Amerikaner in Vietnam; R. Gripenburg/K. Steinhäus: Sozioökonomische und militärische Aspekte des Vietnamkonflikts; G. Anders: Stenogramme (*im Sonderverkauf nur 2,- DM*)

Argument 38: H. D. Boris: Politische Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften; H. Deppe-Wolfinger: Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern (*im Sonderverkauf nur 2,- DM*)

Argument 51: G. Anders: Imperialismus und Kampf dagegen; P. Strothmann: Zusammenbruch der kap. Entwicklungsmodelle; H.-G. Isenberg: Abhängigkeit durch Entwicklungshilfe; B. Schüngel/P. Strotmann: Zum Beitrag von H. G. Isenberg; B. Schüngel: Abhängigkeit von den Rohstoffen der Dritten Welt (I) (*im Sonderverkauf nur 4,- DM*)

Guillermo Hoyos-Vásquez

Theologie der Befreiung: Christentum oder Marxismus?

Der Dialog zwischen Christen und Marxisten hat nach Jahren wieder begonnen. Nicht zufällig kommt eine wichtige Stimme aus einem Land der Dritten Welt. Wie in dem Beitrag des Kolumbianers Hoyos-Vásquez Theorie in den Dienst der wirklichen Bewegung der Menschen gestellt wird, scheint uns ein Lehrstück zu sein auch für hiesige Marxisten. Es zeigt den Eurozentrismus als Illusion, es zeigt uns als Nachhut an der Peripherie der revolutionären Welt, die den Anregungen der Vorhut alle Aufmerksamkeit schenken sollte. Der Beitrag wurde auf einer Veranstaltung vorgetragen, die, in Verbindung mit der Paulusgesellschaft, von der amerikanischen Society for the Philosophical Study of Marxism beim Weltkongreß für Philosophie in Düsseldorf (27. 8. – 2. 9. 78) durchgeführt wurde. Teilnehmer waren u. a. Adam Schaff (Polen), der Vizepräsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Fedossejew, Shingo Shibata (Japan), Walther Zimmerli (Braunschweig/Zürich), Robert Steigerwald (Mitglied des Parteivorstandes der DKP), von Seiten der Paulusgesellschaft u. a. Erich Kellner und Giulio Girardi. Nach dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die ČSSR war der in den Jahren 1963 bis 1967 von der Paulusgesellschaft eingeleitete Dialog nur noch in Büchern und Zeitschriften (u. a. in der von Karl Rahner und Herbert Vorgrimler herausgegebenen »Internationalen Dialog-Zeitschrift«) weitergeführt worden. Der Artikel ist, etwas gekürzt, der Zeitschrift »Die Orientierung«, Zürich, entnommen. – Die Angriffe des Papstes gegen die Theologie der Befreiung (auf der 3. lateinamerik. Bischofskonferenz in Mexiko) geben diesem Beitrag zusätzliche Aktualität.
Die Redaktion

Die Diskussion über die Beziehungen zwischen marxistischer Philosophie und christlichen Werten möchte ich im folgenden hinlenken auf eine spezifische Entwicklung innerhalb der lateinamerikanischen Theologie der letzten zehn Jahre: die Theologie der Befreiung. Sie bedeutet einen entscheidenden Schritt vorwärts im Dialog zwischen Christen und Marxisten, der im Theoretischen zum Stehen gekommen ist. Ich möchte das Thema eher aus philosophischer als aus theologischer Sicht darstellen: ich versuche nicht, die Thesen der Theologie der Befreiung theologisch zu begründen in der Weise, daß ihre dogmatische Berechtigung einsichtig wird; vielmehr beabsichtige ich, den Kontext darzustellen, in dem sich dieser neue Stil des Theologietreibens entwickelt hat und die Methode dieser Theologie zu analysieren, um zu zeigen, was dies – vor allem aus ethischer und politischer Sicht – in Lateinamerika impliziert.

Der Titel meiner Darstellung zeigt an, wie man von einer oberflächlichen, naiven Position aus die Theologie der Befreiung behandeln kann. Das System und die Mehrheit der offiziellen Kirche charakterisieren sie einfach als Marxismus. In Lateinamerika ist das gleichbedeutend damit, daß man ihr nicht nur die theologische Legitimität entzieht, sondern sie auch noch als heterodox und subversiv hinstellt. Diesem Verdacht begegnen die Theologen der Befreiung, indem sie auf ihrer Zugehörigkeit zum Christentum insistieren. Einige von ihnen weisen darauf hin, daß dieser Verdacht gegen die Theologie der Befreiung eine ideologische Verflechtung der traditionellen Theologie mit dem System der Unterdrückung und Dependenz des lateinamerikanischen Volkes anzeigt. Deswegen will der Titel meiner Darstellung nicht einen gegenseitigen Ausschluß suggerieren, als ob die Theologie der Befreiung die Kluft zwischen Christentum und Marxismus noch vertiefen würde, die uns eine dogmatische Theo-

gie und ein orthodoxer Marxismus gebracht haben. Im Gegensatz dazu möchte ich herausstellen, daß die Theologie der Befreiung sehr wohl der privilegierte Ort sein kann, um die gültige Kritik von Marx an dem ideologischen Charakter der Religion zu vergegenwärtigen und um den Sinn der Praxis wiederzufinden, der dem Glauben innewohnt. Für die Theologie der Befreiung ist der Dialog mit dem Marxismus nicht eine vornehmlich theoretische Aufgabe und auch nicht ein Problem, das von ökonomisch-politischen Gegensätzen her zu lösen wäre, wie sie sich in der Konfrontation von West und Ost in Europa präsentieren. Faktisch existiert der Dialog zwischen Christen und Marxisten in Lateinamerika in dem Augenblick, wo sich die einen wie die anderen im Engagement für die gleiche Aufgabe begegnen: die Befreiung des lateinamerikanischen Volkes von den sozio-ökonomischen und politischen Strukturen der Ausbeutung und Dependenz. Die theoretischen Aspekte des Dialogs, wie etwa das Problem der materialistischen Philosophie von Marx, seine Reduktion auf den Atheismus oder die Radikalisierung des Klassenkampfes, werden sowieso durch die Praxis relativiert.

Diese Position hat bereits die traditionelle Polemik zwischen Christen und Marxisten überholt; mehr noch, sie hat den theoretischen Dialog der letzten 20 Jahre überholt, der ohnehin Zeichen der Erschöpfung zeigte. So wurde eine gemeinsame befreiende und, wenn man so will, revolutionäre Haltung gewonnen, von der her der Dialog noch an Sinn gewinnt, ohne natürlich die Identifikation von Theologie der Befreiung und Marxismus zu intendieren. Beide – in ihrer jeweiligen Spezifität und in einer dialektischen Beziehung – sind notwendige Momente im Prozeß der Befreiung des Volkes Lateinamerikas. (. . .)

1. Ursprung in der Basiserfahrung

Die Theologie der Befreiung versteht sich selbst als eine Reflexion über den Glauben, der in einer befreienden Praxis erfahren und gelebt wird. In diesem Sinne wurzelt die Theologie der Befreiung nicht allein in der Geschichte des jüdischen Volkes und Jesu von Nazareth, sondern auch in der Geschichte des lateinamerikanischen Kontinents: diese letztere konstituiert die Besonderheit der theologischen Reflexion, insofern sie nämlich eine Geschichte der Unterdrückung und Dependenz ist. Die Theologie der Befreiung hat von Anfang an ein emanzipatorisches Interesse. Es ergibt sich von jenem Widerspruch her, der in einem Kontinent wahrgenommen wird, in dem die christlichen Werte zwar proklamiert, aber faktisch doch negiert werden.

Die Theologie der Befreiung hat sich seit dem Ende der sechziger Jahre konsolidiert, und zwar als Ergebnis des realen, wirksamen Engagements vieler Christen an der Seite der unterdrückten Bevölkerungsmassen des Kontinents. Dieses politische Engagement wurde oft gemeinsam mit Personen verwirklicht, die sich Marxisten nannten: in dieser befreienden Praxis entstand eine eigenständige Reflexion über das Christentum, und so kam es zu einem konkreten Dialog zwischen Christen und Marxisten. In diesem Dialog spielten die kubanische Revolution und andere sozialistische Vorstöße, wie sie in Chile und Peru stattgefunden haben, eine wichtige Rolle, außerdem die ununterbrochene Geschichte der Repression und der blutigen Verfolgung jener Christen und Marxisten, die sich mit den Kämpfen der Unterdrückten identifizierten. Die konkrete Begegnung in der Praxis ergab als erstes Resultat eine Überholung der ideologisch-dogmatischen Freund-Feind-Beziehung, die das Verhältnis zwi-

schen Christen und Marxisten so lange charakterisiert hatte. Außerdem fing man an, die Notwendigkeit der gegenseitigen Toleranz aus Gründen der gemeinsamen Arbeit zu sehen.

Ein anderes Resultat der konkreten Arbeit der Christen mit den Basisorganisationen war eine immer kritischere Haltung gegenüber dem System der Unterdrückung und den ideologischen Mechanismen, die es legitimieren. Man könnte behaupten, daß auch die Theologie der Befreiung eine konsistente Kritik der verschleiernenden Funktion der Religion ist, wenn diese nicht einen die sozialen und politischen Strukturen verändernden Impetus hat. Die Arbeit unter den Ausgebeuteten hat zu einer gründlicheren Reflexion über die Botschaft des Evangeliums und die Theologie von und über Lateinamerika geführt. Ein wesentliches Ergebnis dieser theologischen Arbeit war ohne Zweifel die 2. Lateinamerikanische Bischofskonferenz von Medellín 1968. In einer Deklaration charakterisiert sie die Situation Lateinamerikas mit folgenden Worten: »Wenn der Christ an die Fruchtbarkeit des Friedens glaubt, um zur Gerechtigkeit zu gelangen, glaubt er auch, daß die Gerechtigkeit eine unumgängliche Bedingung für den Frieden ist. Er übersieht nicht, daß sich Lateinamerika in vielen Gebieten in einer Situation der Ungerechtigkeit befindet, die man institutionalisierte Gewalt nennen kann. Nämlich dann, wenn durch Unzulänglichkeit der Strukturen der industriellen und landwirtschaftlichen Unternehmen, der nationalen und internationalen Wirtschaft, des kulturellen und politischen Lebens ganze Völker das Notwendigste entbehren und in einer Abhängigkeit leben, die sie an der Initiative und Verantwortung sowie am kulturellen Aufstieg hindert, und auf diese Weise fundamentale Rechte verletzt werden.« (. . .)

2. Methodische Optionen

Die Theologie der Befreiung stellt vor den Einsatz der diversen Methoden theologischer Reflexion (Exegese, Kirchengeschichte, Dogmengeschichte usw.) eine *doppelte fundamentale Option*, die gleichzeitig zur Klärung der anderen Methoden der Theologie verhilft:

► *Eine ethische und politische Option:* Im Engagement an der Basis haben wir Christen die Realität des Kapitalismus in seiner Auswirkung auf das abhängige Volk als Ungerechtigkeit, als Unterdrückung und als Negation aller menschlichen Werte erfahren. Eine immer selbständigere Entwicklung der kritischen Sozialwissenschaften in Lateinamerika hat eine schärfere Diagnose der Abhängigkeiten und eine Bewegung hin zu den Möglichkeiten des Sozialismus erlaubt. Gestützt auf diese Orientierung durch die Sozialwissenschaften hat die Theologie der Befreiung eine mehr oder weniger explizite Option in ethischer und politischer Hinsicht für den Sozialismus getroffen, die in jedem Fall einen radikalen Bruch mit dem Kapitalismus bedeutet: man ist der Meinung, daß der Sozialismus die christlichen Werte der Solidarität und der Gerechtigkeit stärker rezipieren kann.

► *Eine epistemologische Option:* Diese zweite Option entspricht der ethisch-politischen. Die traditionelle Theologie nimmt ihren Ansatz in einem theoretischen Rahmen, der im metaphysischen Denken begründet ist. Die moderne Theologie, sowohl die katholische wie die protestantische, inspiriert sich von einer Kulturanthropologie, die ziemlich subjektivistische Züge trägt. Die Theologie der Befreiung hat den durch Marx eingeführten epistemologischen Bruch explizit angenommen und setzt für die

theologische Reflexion die Vermittlung der Sozialwissenschaften als notwendig voraus. Natürlich handelt es sich dabei nicht um eine positivistische Sozialwissenschaft, sondern um eine kritische Sozialwissenschaft, die sich innerhalb des Rahmens des historischen Materialismus ausgebildet hat.

Sicher weiß sich der Christ in seiner sozialen Praxis bestimmt durch die Inspiration des Glaubens; aber dieser Glaube ist nicht ein thematischer, sondern vielmehr ein operativer Glaube, und zwar auf dem Niveau der Motivation. Die Krisis und der Widerspruch, die in der Geschichte des unterdrückten Volkes erlebt werden, lassen einen strukturellen Wandel der Situation als notwendig erscheinen, damit die neue Situation immer mehr den christlichen Werten entspricht, die mit der Sittlichkeit identisch sind. Die Bedeutung der christlichen Werte für die Gesellschaft ergibt sich nicht auf einem theoretischen Niveau, sondern entspringt einer zutreffenden politischen Praxis. Diese impliziert eine wissenschaftliche Analyse der sozialen Realität, die sowohl eine Kritik des Systems als auch eine Motivation zu politischem Handeln darstellt. Auf diese Weise tragen die kritischen Sozialwissenschaften dazu bei, den Glauben in seinem motivierenden Sinn ins rechte Licht zu stellen, und geben die Möglichkeit, den Glauben in der historischen Aktion des Christen zu artikulieren. Die Vermittlung der kritischen Sozialwissenschaften erschöpft den Sinn des Glaubens nicht vollständig, aber sie bestimmt und konditioniert ihn historisch.

Von diesen ethischen und epistemologischen Optionen her versteht man die historische Konkretion der Inhalte der Theologie der Befreiung. Der Titel »Befreiung« zeigt die *politische Option* an, die nunmehr das Thema sein soll. Es ist nicht eine Theologie des Wortes, der Person, der Liebe, der Hoffnung oder der Geschichte. Es ist vielmehr eine bestimmte Aufgabe, die aus der Notwendigkeit der Befreiung erwachsen ist, die sich aus spezifischen historischen Widersprüchen ergeben hat. Allein im Prozeß der tatsächlichen Befreiung kann die theologische Reflexion Bedeutung erlangen als *Wahrnehmung* der christlichen Werte dort, wo sie Geschichte werden, und als *Inspiration* für eben diesen Prozeß. Die Inhalte der Theologie der Befreiung werden nicht einem theoretisch-systematischen Universum entnommen, sondern sie entsprechen den historischen Notwendigkeiten.

Diese thematische Option impliziert die Anstrengung, die theologischen Dualismen zu überwinden: glaubendes Subjekt und historisch bestimmte Gesellschaft, Theorie und Praxis, Hinwendung zur Transzendenz und Wirken in der Welt. Indem man nicht von einer Theorie ausgeht, sondern von einer durch den Glauben inspirierten und durch die kritischen Sozialwissenschaften erklärten Erfahrung, thematisiert die Theologie der Befreiung ihre Reflexion auf eine neue Weise: die Wahrheit *kennen* heißt die Wahrheit in der Geschichte *tun*, Christus *kennen* heißt Christus in der je eigenen Geschichte *nachfolgen*, das Böse kennen heißt die Verantwortlichkeit für die institutionalisierte Ungerechtigkeit annehmen und Wege suchen, um die strukturelle Gerechtigkeit zu schaffen.

Das befreiende Interesse, das die Perspektive und die Inhalte der theologischen Reflexion bestimmt, drückt zugleich das *Ziel* dieser Reflexion aus. Die traditionelle Theologie versuchte, den Glauben und die Inhalte der christlichen Wahrheiten zu erklären; die moderne Theologie versucht, den Sinn des Glaubens wiederherzustellen, eines Glaubens, der seit der Aufklärung durch die liberalen Ideen und das wissenschaftliche Bewußtsein verunsichert und gefährdet ist. Die fundamentale Aufgabe der

Theologie der Befreiung besteht darin, den Sinn einer historischen Realität wiederherzustellen, die nicht allein gefährdet, sondern auch in einer Krisis und in einem Widerspruch befangen ist. Ihre Aufgabe besteht darin, die soziale Realität so zu verändern, daß in ihr der Glaube und die christlichen Werte wieder Sinn stiften können. Deswegen ist für die Theologie der Befreiung der Gegner nicht der Atheismus, sondern die Entfremdung des Menschen. Als Reflexion über eine befreiende Praxis, die vom Christentum inspiriert ist, stellt die Theologie der Befreiung eine Kritik an der Gesellschaft und am System dar. Die scheinbare Wertfreiheit der traditionellen Theologie, die sich in der Kontemplation und der Erkenntnis der offenbaren Wahrheiten erschöpft, ist durch die moderne Theologie noch nicht hinreichend überwunden worden. Die Konzepte von Heilsgeschichte und Hermeneutik als einer Interpretation des Sinnes haben die menschlichen Werte noch in ihrer Allgemeinheit und nicht in ihrer konkreten historischen und politischen Bestimmtheit aufgenommen. Die Theologie der Befreiung versteht die Heilsgeschichte als wesentlich an die politische Befreiung gebunden, so daß die theologische Reflexion bewußt Anteil an der Aufgabe hat, eine menschlichere Geschichte zu machen. Deshalb besteht für die Theologie der Befreiung die Hermeneutik nicht vorrangig in der Interpretation des Sinnes, sondern in der Kritik an der Gesellschaft, in der das System die Negation der authentischen christlichen Werte demonstriert, die zugleich die Werte des Menschen sind. Diese kritische politische Ausrichtung der Theologie der Befreiung zeigt einmal mehr die Notwendigkeit, jene politischen Strukturen der Unterdrückung zu denunzieren und zu bekämpfen und nicht so sehr die institutionalisierte Kirche anzugreifen. Diese sollte man nur in den Fällen angreifen, wo sie ideologisch das System legitimiert.

3. Konsequenzen für den Dialog

Die Geschichte der Theologie der Befreiung und ihre Methode weisen auf neue Grundlagen für den Dialog zwischen Christen und Marxisten hin. In der Situation Lateinamerikas wurde der Dialog nicht aus den politischen und militärischen Gegensätzen und auch nicht aus einem bloß theoretischen Interesse entwickelt. Es gab vielmehr eine Begegnung in den Kämpfen an der Basis, wo das gemeinsame Ziel die Befreiung der Unterdrückten war. Auf dem Niveau der Reflexion betonte man daher eher die Konvergenzen und die Komplementarität als die Divergenzen zwischen Christentum und Marxismus. Die Begegnung im realen und wirksamen Engagement auf der Seite der ausgebeuteten Klassen stellte als Basis des Dialogs ein gegenseitiges Vertrauen her. Dieses entging von vornherein der Verdächtigung, daß einer den anderen ausnutzte, weil der Grund der Kämpfe der Basis nicht die Partei und nicht die Kirche, sondern das Volk selbst war. In dieser Begegnung hat der Christ verstehen gelernt, daß die Vorliebe des Evangeliums für die Armen eine politische, sehr reale Bedeutung in der Erklärung der Klassengesellschaft hat und zugleich eine bestimmte Entscheidung für die ausgebeutete Klasse beinhaltet. Der Christ begreift, daß der Marxismus den Klassenkampf nicht hervorbringt, sondern lediglich die Elemente für eine Analyse einer Gesellschaft bereitstellt, in der die Ungerechtigkeit institutionalisiert ist und der Unterschied zwischen Armen und Reichen immer größer wird. Auf der anderen Seite begreift der Marxist das Klassenkampfproblem auch von einer ethischen Perspektive und nicht allein von einer strategischen oder ökonomischen her. Im Dialog erkennt der Marxist, daß der ältere Marx, also der Wissenschaftler und Politi-

ker, den humanistischen Marx der Frühwerke nicht ausschließt. Die gemeinsame Aktion der Christen und Marxisten gab beiden die Möglichkeit, ihr Engagement auszudrücken, das nicht allein die Konsequenz der Ideologie der Entscheidung ist, sondern auch ein bestimmtes Element für die Desideologisierung und die Kritik der eigenen Theorie darstellt. Der Christ entdeckt immer mehr die praktische Bedeutung des Glaubens und die konkrete Bedeutung der Liebe. Seine politische und soziale Praxis zeigt ihm die gültigen Elemente der Marxschen Ideologiekritik. Der Marxist überwindet die Ebene der bloßen Diskussion und des Aktivismus, um sich mit den eigentlichen Interessen der ausgebeuteten Klassen zu verbinden. In der konkreten Aktion gewinnt das marxistische Kriterium effektiver Politik und das christliche der Nächstenliebe immer mehr an Bedeutung. (. . .)

Für die Theologie der Befreiung ist der ausgezeichnete Ort für die Analyse der sozialen Verhältnisse dort, wo die Widersprüche erfahren werden. Hier hat sie sich mit der *Religiosität des Volkes* getroffen, die nicht immer und nicht notwendigerweise falsches Bewußtsein ist; sie kann vielmehr der Ausdruck tiefer Hoffnungen des Volkes sein, denen konkrete Prozesse der Bewußtwerdung, der Organisation und der Aktion entsprechen. Von diesem Bewußtsein des Volkes inspiriert sich in letzter Instanz die Theologie der Befreiung. Die Radikalität des christlichen Engagements findet dort ihre Motivation und die besten Formen ihrer Artikulation. Die marxistische Wissenschaft hat die Instrumente der kritischen Analyse bereitgestellt, die die konkrete Strategie der historischen Befreiung bestimmt.

Die Interrelation zwischen Christen und Marxisten kann auf dieser Ebene für das Schicksal der Unterdrückten entscheidend werden. *Einerseits* stellt der Marxismus einige zu generelle und zu idealistische Züge der christlichen Liebe und Hoffnung in Frage und macht das christliche Engagement realistischer und konkreter. Dann wird die Radikalität dieses Engagements in vielen Fällen zum Ursprung von Prozessen der Bewußtwerdung und von organisierten Zusammenschlüssen. Wenn *andererseits* im Kampf um gesellschaftliche Veränderung gewisse Dogmatismen und strategische Mißbräuche der Politik auftreten, kann der christliche Impuls nötige Vorbehalte und Selbstkritik vom ethischen Standpunkt her einbringen. Denn über die Befreiung der Unterdrückten hinaus kann die Versuchung politischer Unterdrückung faktisch weiterbestehen.

Trotz aller konvergierenden und komplementären Aspekte kann man nicht bestreiten, daß zwischen Christen und Marxisten weiterhin ein problematisches Verhältnis existiert. Durch praktische Begegnung und Zusammenarbeit werden die Unterschiede nicht beseitigt. Aber sie werden als eine problematische Perspektive behandelt und nicht dogmatisch ausgeschlossen. In der politischen Praxis besteht für viele Christen noch die *Frage nach der Legitimität der revolutionären Gewalt*. Mit anderen Worten: bis zu welchen Grenzen kann der Christ sich auf den Klassenkampf einlassen, ohne den universellen Anspruch christlicher Liebe zu verleugnen? Man könnte sagen, daß der Charakterisierung eines Systems als institutionalisierte Gewalt wohl die Aufgabe entsprechen könnte, eben diese Gewalt zu beseitigen. Das ist allein durch ethische Forderung oder pazifistische Haltung nicht immer möglich. Aber Gewalt und Klassenkampf können für den Christen nicht ein Wert in sich sein. Sie sind es auch nicht für den Marxisten. Dem politisch engagierten Christen begegnet der Klassenkampf jeden Tag eindringlicher, ohne daß er ihn sucht. In dieser Realität muß er

lernen, alle Hilfsmittel zu nützen, bevor er an die Grenze der Gewalt gelangt, einer Grenze, die immer problematisch bleibt.

Die Theologie der Befreiung weiß durchaus, daß ihre Begegnung mit dem Marxismus nicht einen leichtfertigen Kompromiß zwischen zwei in der Tradition diametral entgegenstehenden Ideologien bedeuten kann. Auf dem theoretischen Niveau präsentiert sich das Problem der Marxschen materialistischen Kritik an der Religion, die notwendigerweise zum Atheismus zu führen scheint. Selbst wenn man zeigen könnte, daß die Marxsche Religionskritik über die Kritik an gewissen Manifestationen der Religion hinausgeht, die im Feudalismus, im Kapitalismus und noch heute eine ideologische Legitimation der Gewalt darstellen, dann müßte man darüber hinaus noch zeigen, daß jede Verbindung mit dem Marxismus auf der Ebene der Politik und jeglicher Gebrauch seiner Elemente zur wissenschaftlichen Analyse notwendig und ausdrücklich eine Leugnung Gottes beinhaltet. Dieses Problem ist theoretischer Natur, was nicht heißen soll, daß es ohne Interesse sei. Aber man müßte es von einer mehr historischen als dogmatischen Perspektive her angehen. Die Geschichte könnte ja zeigen, daß gewisse Verwirklichungen des Marxismus eine fundamentale Öffnung der Geschichte zulassen, in dem ein Christ den ursprünglichen Sinn menschlicher Werte begründen könnte. Dies würde bedeuten, daß das Christentum sich nicht von vornherein der Möglichkeit verschließt, daß im Sozialismus seine Werte eine größere Bestätigung und Konsistenz erfahren, wenn sie in einer solchen Gesellschaft verwirklicht werden können. Aus dieser Perspektive heraus hat die Theologie der Befreiung um so deutlicher die faktische Negation der christlichen Werte im Kapitalismus zeigen können, und zwar als explizite Negation in den abhängigen Diktaturen bzw. als materialistisch-funktionaler Individualismus in der Konsumgesellschaft. Die Ideologie der restringierten Demokratien des abhängigen Kapitalismus ist des materialistischen Atheismus wenigstens ebenso verdächtig, wie es der historische Materialismus für seine Kritiker ist. (. . .)

Argument 53: B. Schüngel: Abhängigkeit von den Rohstoffen der Dritten Welt (II); J. Suroso: Indonesien nach der Konterrevolution (*im Sonderverkauf nur 2,- DM*)

Argument 59: Kämpfe in den afrikanischen »Provinzen« Portugals; H. Adam: Einheimischer Kolonialismus: der Fall Südafrika; B. Tibi: »Konstitutioneller Sozialismus« in Tunesien; G. Grohs: Theorien der Revolution in der Dritten Welt (*im Sonderverkauf nur 4,- DM*)

Argument 79: J. Moebus: Entwicklung des Verwertungsstandpunktes bei Kolumbus; B. Johansen: Religiöse Traditionen und koloniale Struktur; D. Ernst: Entwicklung durch importsubstituierende Industrialisierung?; Evers/Wogau: Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung (*im Sonderverkauf nur 6,- DM*)

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Typen kolonialer Produktionsweise*

Seit A. G. Franks »Capitalism and Underdevelopment in Latin America« herrscht über einen Punkt bei nahezu allen Theoretikern der Unterentwicklung Einigkeit: die dualistischen Konzeptionen vom Wirtschaftssystem der peripheren Gesellschaften – hie traditioneller, hie moderner Sektor, dazwischen eine unüberwindliche Kluft – sind nicht zu halten. Abgesehen von einigen wenigen »Modernisierungstheoretikern« weiß inzwischen jeder, daß die sogenannten »traditionellen« Sektoren, auch wenn sie noch so altertümlich wirken, nirgendwo mehr wirklich traditionelle sind, sondern bestenfalls (um Khalatbaris erhellende Bezeichnung zu gebrauchen) hybrid-traditionelle. Denn überall in der Welt sind die alten Produktionsweisen in vielfacher Weise umgemodelt worden durch ihre Einbeziehung in den Weltmarkt, durch das Eindringen von Geld- und Warenbeziehungen sowie durch Kolonialismus und Semi-Kolonialismus.¹ Und die Ausbreitung von Geld- und Warenbeziehungen in immer neue Bereiche ist heute keineswegs abgeschlossen, sie schreitet Tag für Tag weiter voran. Auf der anderen Seite hat (wie v. a. Franks Kritiker Cordova, Laclau u. a. hervorgehoben haben) die Umwandlung der »traditionellen« Formen in der Mehrzahl der Fälle gerade nicht zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen im vollen Sinn des Wortes geführt, also nicht zu verallgemeinerter Warenproduktion; im Gegenteil: ein gewaltiger Anteil an dem materiellen Gesamtprodukt dieser Gesellschaften wird nicht in der Form von Waren produziert, sondern als pure Gebrauchswerte; die Mehrzahl der unmittelbaren Produzenten sind keine freien Lohnarbeiter; erweiterte Reproduktion durch Akkumulation von Kapital findet nicht statt; die technologische Entwicklung stagniert.

Daraus ergibt sich nun aber ein Problem, denn die Auflösung aller altertümlichen Formen der Subsistenzreproduktion zugunsten erweiterter kapitalistischer Reproduktion im Verlaufe der Expansion des Kapitalismus ist das zu Erwartende; es ist beispielsweise auch das, was Marx in seinen Indien-Briefen erwartet hat, wo er davon ausgeht, daß das durch die Engländer eingeführte »Eisenbahnwesen in Indien ganz naturgemäß zum Vorläufer einer modernen Industrie werden« und somit »die überkommene Arbeitsteilung aufheben« wird (MEW 9, 223). Genau das ist über mehr als hundert Jahre hinweg nicht eingetreten. Und, wenn man ökonomisch argumentiert, so müßten doch gerade auch die Industriekapitalisten des »modernen« Sektors an höchstmöglicher Effektivität der agrarischen Produktion interessiert sein, da hierdurch die Kosten der Reproduktion der Arbeitskraft gesenkt und daher Lohnkosten gespart werden können und gegebenenfalls sogar Rohmaterial für die industrielle Produktion verbilligt wird. Warum aber dann die jahrhundertelange Konservierung vorsintflutlicher und viel zu aufwendiger Methoden der Bodenbewirtschaftung in so großen Teilen der »Dritten Welt«?

Zusammengefaßt: wir können Tendenzen der Konservierung wie der Auflösung nichtkapitalistischer Elemente der Produktionsweise (in der Hauptsache: Subsistenzreproduktion, Fehlen freier Arbeit, Fehlen von erweiterter Reproduktion) als Conse-

* Überarbeitete Fassung einer öffentlichen Antrittsvorlesung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg im November 1978.

quenzen der weltweiten Expansion des Kapitalismus identifizieren. Und, da diese Expansion immer weiter voranschreitet, ist das Gleichgewicht zwischen diesen beiden Tendenzen niemals ein statisches, sondern stets vorläufig, prekär und veränderbar.

Um diesen Komplex von Phänomenen theoretisch in den Griff zu bekommen, hat man eine ganze Reihe von Konzepten entwickelt. Am fruchtbarsten und präzisesten erscheint mir die Konzeption der »kolonialen Produktionsweise«, wie sie von Alavi, Banajee und anderen vorgeschlagen wurde; v. a. deshalb, weil in diesem Begriff die *Einheit* der verschiedenen Wirtschaftssektoren in den betroffenen Ländern hervorgehoben wird – ohne Einheit macht die Rede von der Produktionsweise keinen Sinn. Die begriffskonstituierenden Merkmale einer »kolonialen Produktionsweise« sind nach dieser Konzeption die folgenden:

Erstens: Die Wirtschaft ist gespalten in zwei »strukturell heterogene«, aber untereinander verbundene Sektoren: einen kapitalistischen und einen nicht-kapitalistischen. a) Der kapitalistische Sektor ist definiert durch verallgemeinerte Warenproduktion, was bedeutet, daß die materiellen Produkte dieses Sektors in ihrer überwältigenden Mehrzahl als Waren (Tauschwerte) produziert werden, und daß für den größten Teil der unmittelbaren Produzenten die Arbeitskraft selbst zu einer in Geld bezahlten Ware geworden ist. Beides zusammen erfordert ständig erweiterte Reproduktion durch Kapitalakkumulation. (b) Der nicht-kapitalistische Sektor ist genau dadurch definiert, daß verallgemeinerte Warenproduktion nicht vorliegt, d. h. daß die materiellen Produkte in ihrer Mehrzahl nicht als Waren, sondern als pure Gebrauchswerte produziert werden (»Subsistenzreproduktion«)², und daß die meisten der unmittelbaren Produzenten ihre Arbeitskraft nicht als Ware auf dem Markt verkaufen. Hier findet erweiterte Reproduktion durch Kapitalakkumulation in der Regel nicht statt.

Zweitens: Die Wirtschaft ist in einem Zustand der »internen Desartikulation«, d. h. (wie Alavi etwas überpointiert formuliert): »Die Segmente der kolonialen Wirtschaft treiben keinen Handel untereinander; ihre Verbindung untereinander kommt nur durch ihre Beziehungen zu den metropolitanen Ökonomien zustande; daher sind sie diesen subordiniert.« (Alavi 1975, 1253). Eine Produktions- oder Nachfragesteigerung an einer Stelle führt daher nicht zu einer korrespondierenden Zunahme an anderen Stellen der kolonialen, sondern der metropolitanen Ökonomie. Hinzu kommt, daß die kapitalistische Produktion an der Peripherie zu großen Teilen in Betrieben metropolitaner Riesenkonzerne stattfindet, welche nach eigenem Gutdünken darüber entscheiden können, ob sie ihre Profite im Lande investieren oder nach Hause transferieren. Dies sind die wichtigsten Ursachen dafür, daß autozentrierte Entwicklung in diesen Gesellschaften nicht möglich ist.

Drittens: Dennoch besteht eine »unauflöslche Einheit« zwischen dem kapitalistischen Sektor (welcher einheimische wie metropolitane Elemente enthält) und dem nichtkapitalistischen Sektor. Durch die Beispiele, die Alavi gibt, wird angedeutet, daß der Inhalt dieser »Einheit« in ständigem einseitigem Transfer von Werten aus dem nichtkapitalistischen in den kapitalistischen Sektor zu sehen ist. Aber das bleibt ziemlich unklar, weshalb, wie mir scheint, dieser Punkt weiter ausgearbeitet werden muß durch nähere Untersuchung der genauen Bedeutung dieser »Einheit«.

Alavi spricht in diesem Zusammenhang von einem bedeutsamen Unterschied zwi-

schen den Begriffen »Produktionsweise« und »Gesellschaftsformation«: eine »Gesellschaftsformation« könne verschiedene »Produktionsweisen« umfassen, doch in diesem Falle »würde eine marxistische Konzeption einen Widerspruch zwischen beiden postulieren – die eine im Aufstieg, die andere im Prozeß der Desartikulation«. »Aber die Realität der . . . Dritten Welt ist gerade die, daß die »feudale« Produktionsweise in der Landwirtschaft dem Imperialismus zu Diensten ist, statt in antagonistischem Gegensatz zu ihm zu stehen.« (Alavi 1975, 1247) Nun weiß ich nicht, wo – und weshalb – Marx so etwas postuliert haben sollte. Nach meiner Kenntnis benutzte er beide Ausdrücke – »Produktionsweise« und »Gesellschaftsformation« – in nahezu identischer Art und Weise³; und beispielsweise »sklavenhalterische« und »asiatische« Produktionsweise koexistierten in den hellenistischen Imperien und in Rom fraglos viele Jahrhunderte lang Seite an Seite (cf. Finley, 70). In jedem Fall ist festzuhalten, daß sogar in Westeuropa der Aufstieg des Kapitalismus und die korrespondierende Desintegration des Feudalismus ein über viele Jahrhunderte sich erstreckender Prozeß war (von den ersten Manufakturen in Norditalien und den Niederlanden bis hin zur »industriellen Revolution«); und wir sind einfach nicht in der Lage, a priori die Möglichkeit auszuschließen, daß das weitere Vordringen der Warenproduktion in die hybrid-traditionellen Sektoren der »Dritten Welt« diese in zweihundert Jahren so weit desintegriert und transformiert haben wird, daß sie wenigstens ebenso »kapitalistisch« sind wie die landwirtschaftliche Produktion im heutigen Westeuropa. Außerdem können nicht nur in einer aus verschiedenen »Produktionsweisen« bestehenden »Gesellschaftsformation«, sondern auch in einer einzigen »Produktionsweise« (etwa der kapitalistischen) durchaus antagonistische Widersprüche existieren – trotz aller »Einheit«. Es erscheint fruchtbarer, nach den Mechanismen zu suchen, welche (mit Godelier zu sprechen) die »Einheit jener Gegensätze« in den peripheren Gesellschaften zustande bringen.

Ein erster Mechanismus dieser Art ist leicht zu identifizieren – und hier scheint wieder Übereinstimmung zu herrschen: der »traditionelle« Sektor ist ein hochgeschätzter Lieferant von billiger Arbeitskraft; »seine Existenz senkt die Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft und daher das erforderliche Lohnniveau in der kolonialen Ökonomie« (Alavi 1975, 1257; cf. Amin 1973, Cordova, Meillassoux etc.). Der Grund ist – wie Meillassoux am klarsten gezeigt hat – daß der »traditionelle« Sektor die Kosten für die Reproduktion der zukünftigen Arbeitskraft (die Aufzucht der Kinder) übernimmt und ebenso die Kosten für die Erhaltung der Arbeitskraft in Zeiten der Nicht-Beschäftigung (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter), so daß das Kapital diese Kosten, welche in industriell entwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus Gründen der Systemerhaltung im Lohn enthalten sein müssen, einsparen kann. Dies führt zu funktionaler Interdependenz der beiden Sektoren untereinander: das Kapital benötigt den »traditionellen« Sektor als Lieferanten billiger Arbeitskraft, und der »traditionelle« Sektor benötigt das Kapital als Anbieter von Arbeitsplätzen; denn wenn die Emigration aus dem »traditionellen« in den »modernen« Sektor einmal einen gewissen Umfang erreicht hat, nimmt der Umfang der zuhause zur Verfügung stehenden Arbeitskraft notwendigerweise ab, einige der früher selbstgefertigten Produkte können nicht mehr zuhause produziert werden und müssen als Waren importiert werden, so daß ein gewisses Emigrationsniveau um des schieren Überlebens der Gemeinschaft willen aufrecht erhalten werden muß. Hier liegt nun fraglos »Einheit«

vor, und zwar in der Form von funktionaler Interdependenz. Aber es ist keine Einheit ohne Widersprüche (selbst wenn man von dem Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit absehen könnte). Im Gegenteil: Im »traditionellen« Sektor produzierte Werte stehen dem kapitalistischen Sektor zur Verfügung und werden von ihm unentgeltlich angeeignet. Weiterhin: wenn das Kapital in seinem Heißhunger nach billiger Arbeitskraft zu viele junge Leute zur Emigration veranlaßt, wird die Reproduktion im Subsistenzsektor gefährdet, und die Vorteile von dessen Existenz verschwinden. Das gleiche wird passieren, wenn der Verkauf von Waren in diese Gebiete zu rasch ausgeweitet wird, weil auch in diesem Fall die letzten Reste an Subsistenzreproduktion zerstört werden – mit der Konsequenz, daß die Löhne fürderhin die Kosten für die Reproduktion der zukünftigen Arbeitskraft etc. hier ebenfalls enthalten müssen.

Aber billige Arbeitskraft ist nicht die einzige Ware, welche das Kapital an der Peripherie sucht. Auch als Lieferanten von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien sind die Länder der »Dritten Welt« von nicht zu unterschätzender Bedeutung (cf. auch Alavi 1975, 1253). Offensichtlich muß es das Interesse des Kapitals sein, auch diese Waren zu niedrigst möglichen Preisen zu erhalten; und dieses Interesse steht oft genug in direktem und manifestem Gegensatz zur Erhaltung der »traditionellen« Produktionsformen. Aber auch hier muß man differenzieren:

Betrachten wir zuerst den klassischen indischen Landlord, dem mehrere hundert Hektar Land gehören, welche er an Dutzende von Teilpächtern gegen die Abgabe einer Produktenrente von 50% des Ernteertrages verpachtet hat. Dies ist in der Tat eine unökonomische Form der Produktion, denn erstens ist hier weder Landlord noch Teilpächter daran interessiert, Kapital zu investieren, um die Erträge zu erhöhen, da in jedem Fall die Hälfte der Zunahme der jeweils anderen Seite zugute käme; und zweitens kann die moderne agrarische Technologie nur bei großen Bewirtschaftungseinheiten in optimaler Weise genutzt werden, und hier sind die Bewirtschaftungseinheiten äußerst klein, obwohl die Eigentumseinheit groß genug ist (cf. auch Khalatbari, 128 ff.). Daher werden die auf dem Gut dieses Landlords produzierten Waren vermutlich relativ teuer sein, und wenn die Gegend, in der er ansässig ist, in erster Linie für die Produktion von Rohmaterialien für den Weltmarkt von Bedeutung ist (und nicht in erster Linie als Arbeitskräftereservoir), wird es das Interesse des Kapitals sein, die Form der Produktion so zu ändern, daß die Teilpacht unterbunden wird, und größere Bewirtschaftungseinheiten entstehen. Wenn dies verwirklicht wird, zerbricht die »unauflösbare Einheit«; der Imperialismus wird diese »vorkapitalistischen« Ausbeutungsformen weder »hervorbringen« noch »begünstigen« noch »unterstützen« – was Alavi 1975, 1247 als allgemein gültig unterstellt – obwohl er sicherlich immer wieder aus politischen Gründen Kompromisse mit den »traditionellen« Herrschern suchen wird.

Aber das bedeutet selbst für diese Gegenden nicht, daß jede »vorkapitalistische« Form der Produktion im Widerspruch zu den Interessen des Kapitals steht. Wenn derselbe Landlord beginnen würde, sein gesamtes Land beispielsweise mit Hilfe von Schuldklaven⁴ selbst zu bewirtschaften, dann könnte er durchaus in der Lage (wenn auch nicht notwendigerweise gezwungen) sein, die moderne Agrartechnologie in optimaler Weise zu nutzen – und der Widerspruch wäre verschwunden. Das internationale Kapital wie auch die berühmte »nationale Bourgeoisie« hätten allenfalls ein minimales Interesse an der Befreiung der Schuldknechte von ihren »feudalen Ketten«.

Im Gegenteil: die durch die Schuldknechtschaft ermöglichte Überausbeutung der Arbeitskräfte wird es ihnen eventuell sogar erlauben, die Nahrungsmittelpreise noch unter deren Niveau in den Gegenden mit kapitalistischer Landwirtschaft zu senken – und dies, ohne die Profite der Landeigentümer zu schmälern. Die »Einheit« kehrt zurück.

Betrachten wir aber noch einen dritten Fall: nehmen wir an, in traditionell klassenlosen Gesellschaften wird die Produktion von Cash Crops (ausschließlich für den Verkauf produzierte Agrarprodukte) für den Weltmarkt eingeführt (wie z. B. Kaffee und Kakao in manchen west-afrikanischen Gesellschaften oder Opium in Nord-Thailand). Diese Cash Crops werden durch freie Kleinbauern angepflanzt, welche sie direkt an die internationalen Lebensmittelkonzerne (bzw. an monopolitische Heroin-Gangs) verkaufen. Auch diese Form der Produktion ist nicht sonderlich effektiv – wengleich sie nicht so ineffektiv sein wird wie unter Teilpachtverhältnissen, denn die Bewirtschaftungseinheiten sind zwar klein, aber normalerweise nicht so klein wie dort; zudem ist der Bauer Eigentümer seines Landes. Die Nachteile der weniger effizienten Technik können eventuell durch zusätzliche Verwendung von unbezahlter Arbeitskraft (Frauen- und Kinderarbeit; Ausdehnung des Arbeitstags auf 16 und mehr Stunden) ausgeglichen werden – obwohl es für eine derartige Ausdehnung selbstverständlich physische Grenzen gibt, weshalb bei anhaltendem technischem Fortschritt eines Tages der Punkt erreicht sein wird, an dem diese Kleinbauern nicht mehr fähig sein werden, mit diesen Methoden alleine zu konkurrieren. Schließlich können die höheren Produktionskosten in dieser Form der Produktion auch durch die Mechanismen des ungleichen Tausches ausgeglichen werden, welcher unter solchen Bedingungen (stark zersplittertes Angebot, monopolitisch konzentrierte Nachfrage) am besten funktioniert. Die Einheit besteht hier also höchstens in einer sorgfältig auszuwiegenden, immer wieder prekären Balance zwischen Vor- und Nachteilen der Fortexistenz des »traditionellen« Sektors.

Das Gesagte sollte ausreichen, um nachzuweisen, daß sehr verschiedene Mechanismen existieren, die sehr verschiedenartige Formen von »Einheit« zustande bringen. Und diese »Einheit« muß keineswegs statisch sein, sie kann ihre Form im Laufe der Zeit ändern und zudem immer prekär bleiben.

Diese Überlegungen können folgendermaßen systematisiert werden: Die Form, welche die Einheit einer kolonialen Produktionsweise annimmt, variiert (1) mit der Art von Waren, welche der »traditionelle« Sektor für den Weltmarkt zur Verfügung zu stellen hat – handelt es sich dabei in erster Linie um die Ware Arbeitskraft oder um eine andere (materielle) Art von Waren? (2) mit der »traditionellen« Produktionsweise selbst – haben wir es im »traditionellen« Sektor mit klassenlosen oder mit Klassen-Gesellschaften zu tun? Falls letztere: ist für diese Gesellschaften trotz hoher Eigentumskonzentration ein zersplittertes Bewirtschaftungssystem (kleine Bewirtschaftungseinheiten) charakteristisch, oder sind Eigentums- und Bewirtschaftungseinheiten in etwa gleich groß? Somit erhalten wir die folgende Tabelle: (Seite 199)

Nun folgt aus der Tatsache, daß wir in dieser Weise differenzieren *können*, keineswegs daß wir dies auch tun sollten. Welche Art der Differenzierung wir benötigen, hängt ab von unserem Interesse. Wenn dieses Interesse jedoch (wie bei allen genannten Autoren) darin besteht, nach möglichen sozialistischen Strategien für die Überwindung von Abhängigkeit und Unterentwicklung zu suchen, dann benötigen wir

Tabelle 1

»traditioneller« Sektor:	Klassengesellschaft		klassenlose Gesellschaft
	große Eigentumseinh./ kleine Bewirtschaftungseinheit	große Eigentumseinh./ große Bewirtschaftungseinheit	
Lieferant von mat. Gütern	A	B	C
Lieferant von Arbeitskraft	D	E	F

m. E. genau diese Art der Differenzierung. D. h. wir müssen anstelle der Konzeption einer einheitlichen kolonialen Produktionsweise eine Typologie kolonialer Produktionsweisen entwickeln; denn die strategische Situation in einer Gesellschaft variiert in signifikanter Weise entsprechend jenen Kriterien – trotz der Tatsache, daß alle diese Typen auch gemeinsame Merkmale besitzen, wie z. B. »interne Desartikulation und externe Integration in den Weltmarkt« (s. o.).

Betrachten wir zunächst die verschiedenen Unterarten im »traditionellen« Sektor: Wenn die Gesellschaften in diesem Sektor bereits Klassengesellschaften sind (Typ A, B, D, E), müssen die Landarbeiter ein Mehrprodukt erarbeiten, an dessen Aneignung sowohl die »traditionelle« herrschende Klasse als auch (möglicherweise in eher indirekter Weise) das Kapital partizipieren. Und für eine sozialistische Strategie gegen Abhängigkeit und Unterentwicklung ist es von höchster Wichtigkeit zu wissen, ob die Interessen dieser beiden Surplus aneignenden Klassen identisch oder gegensätzlich sind.

In Fall A (man denke etwa an das Landlord-Teilpächter-Beispiel) ist die klassische Hoffnung auf die »progressive Rolle der Bourgeoisie im Kampf gegen den Feudalismus« noch am ehesten angebracht; denn hier gibt es, wie wir sahen, starke Interessengegensätze zwischen beiden – welche sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Form von Druck des Kapitals in Richtung auf eine Landreform äußern werden. Natürlich werden dabei auf eine sozialistische Umgestaltung der agrarischen Produktionsverhältnisse zielende Intentionen kaum eine Rolle spielen; es geht nur um begrenzte kapitalistische Reformen. Und die Landlords können diese Begrenztheit ausnützen. Sie können beispielsweise die Bewirtschaftungseinheiten vergrößern, indem sie den größten Teil ihrer Teilpächter entlassen und den neuen, größeren Betrieb mittels moderner Technologie und freier Lohnarbeit bewirtschaften, während sie gleichzeitig einen anderen Teil ihres Landes weiterhin an Teilpächter verleihen, welchen sie ihrerseits zur Auflage machen, einen Teil der Pachtschulden durch Arbeit auf dem Herrenland während der Spitzenzeiten abzugelten (um die aus den saisonalen Schwankungen der Arbeitskräftenachfrage resultierenden Schwierigkeiten zu vermeiden). So kommen sie in den Genuß der Vorteile beider Systeme: Sie sparen (falls ihre Kalkulation korrekt war) Lohnkosten dadurch, daß sie einem Teil ihrer Arbeitskräfte die Möglichkeit der Subsistenzreproduktion erhalten; und sie können trotzdem die moderne Agrartechnologie in optimaler Weise nutzen. Dennoch wird wahrscheinlich irgendwann einmal der Punkt erreicht sein, an dem die Technologie eine weitere Ausdehnung der Bewirtschaftungseinheiten erfordert, so daß wieder eine der Ausgangssituation ähnliche Lage entsteht. Andererseits gibt es keine Garantie dafür, daß die von ei-

ner derartigen Landreformbewegung schließlich erzielten Ergebnisse mit den ursprünglichen Intentionen *einer* Partei (etwa der Landlords) identisch sein werden. Und auch die Teilpächter haben ein Interesse an einer Landreform – mit den Zielen der Beendigung ihrer Ausbeutung, der Sicherung ihres Zugangs zu den Produktionsmitteln und Bedingungen und deren genossenschaftlicher Nutzung. Daher wäre es ein Fehler, wenn Sozialisten die Widersprüche zwischen den beteiligten Interessen nicht berücksichtigen und auf die Teilnahme an einer derartigen Bewegung verzichten würden – statt zu versuchen, die Bewegung von innen her durch Aufzeigen ihrer immanenten Schranken voranzutreiben, und diese Schranken durch Enteignung der »traditionellen« Ausbeuter und gleichzeitigen Aufbau kooperativer Bewirtschaftungsformen zu überwinden. Zum mindesten sollten sie in der Lage sein, die Transformation eines »traditionellen« Sektors des Typs A in einen von Typ B zu verhindern, denn das wäre die ungünstigste von allen Situationen.

In Typ B (also z. B. der einheitlichen Bewirtschaftung eines agrarischen Großbetriebs mittels Schuldkläven), der in vielerlei Hinsicht dem Fall der ostelbischen Junker im kaiserlichen Deutschland mit dem berühmten »Bündnis von Roggen und Eisen« ähnelt, sind, wie wir sahen, die Gegensätze zwischen den beiden Ausbeuterklassen auf ein Minimum reduziert; auf eine Landreformbewegung wie in Typ A zu setzen, wäre daher sinnlos. Die Landarbeiter sind gleichzeitig kapitalistischen und »vorkapitalistischen« Formen der Ausbeutung unterworfen, eine Situation, die fast immer Überausbeutung bedeutet. Gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter (von politischer ganz zu schweigen) ist infolge der vielfältigen persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen zwischen ihnen und ihren Herren nahezu unmöglich. Wieder anders verhält es sich allerdings, wenn die Transformation einer Landwirtschaft von Typ A in eher kapitalistischer Richtung verläuft, wie im Fall von Indiens »Grüner Revolution« – ein Faktum, welches Alavi durchaus sieht, wenn er beispielsweise »ein starkes Anwachsen der bäuerlichen Militanz« als Konsequenz der Entwicklung des »Kapitalismus« in der indischen Landwirtschaft diagnostiziert und dies mit dem Hinweis auf die Tatsache erklärt, daß »das Band der ökonomischen Abhängigkeit zwischen den ständig beschäftigten Teilpächtern und Lohnarbeitern und ihren Herren zerrissen ist« (Alavi 1975, 1259); trotzdem spricht er auch weiterhin von einer einheitlichen »kolonialen Produktionsweise«, welche selbst diesen Fall einschließt.

Wenn »traditionelle« Klassengesellschaften in erster Linie als Lieferanten von Arbeitskraft genutzt werden (Typ D und E), liegt ebenfalls zweifache Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital und die »traditionellen« Herrscher vor. Die Möglichkeiten zur Organisation der Arbeiterschaft sind im allgemeinen bedeutend besser als in Typ A oder B, wenngleich wahrscheinlich schlechter als im idealtypischen Kapitalismus (denn die meisten Arbeiter werden – wie übrigens auch in Fall F – minimale Nutzungsrechte an ihrem heimatlichen Boden behalten und deshalb nicht völlig frei von Produktionsmitteln sein). Die Gegensätze zwischen Kapital und »traditionellen« Herrschern sind gering, obwohl eine potentielle – bisweilen sogar aktuelle (z. B. im Fall von Uganda, cf. Luig, 202) – Konkurrenzsituation in Bezug auf die Arbeitskräfte-Ressourcen besteht. Aber normalerweise resultiert daraus kein bedeutsamer Widerspruch, denn zumindest anfangs pflegen Arbeitskräfte im Überfluß vorhanden zu sein. Und wenn der Überfluß im Lauf der Zeit abgebaut wird, können die »traditionellen« Herrscher meist leicht befriedet werden, beispielsweise dadurch, daß man sie als

Rekrutierungsagenturen benutzt (und bezahlt), oder dadurch, daß man ihnen nach Art der »indirect rule« Positionen verschafft, die es ihnen erlauben, auch von den industriellen Löhnen ihrer Untertanen Teile anzueignen. Nichtsdestotrotz wird hierdurch die traditionelle Grundlage ihrer Herrschaft allmählich untergraben, so daß sie immer stärker zu einer Art von reaktionären Antikapitalismus tendieren werden – der ideologisch durch jede faschistische Bewegung ausgenützt werden kann (obwohl natürlich kein faschistisches System jemals den Kapitalismus abgeschafft hat; abgeschafft werden nur die bürgerlichen Freiheitsrechte). Außerdem wird hier (wie auch in Typ F, aber nicht in A, B, C) die Einheit von kapitalistischem und »traditionellem« Sektor nur so lange anhalten, wie die Subsistenzreproduktion im »traditionellen« Sektor wenigstens soweit funktioniert, daß dieser Sektor für die Reproduktion der zukünftigen Arbeitskraft und die Versorgung der Arbeiter in Zeiten der Nichtbeschäftigung Sorge tragen kann – und dies wird durch zu starke Ausweitung der Emigration gefährdet. Aber in Typ D und E umschließt die Kategorie »Subsistenzreproduktion« auch die Reproduktion einer Klasse surplusaneignender Nichtarbeiter, so daß hier der Wendepunkt wahrscheinlich früher erreicht wird. Der einzige weitere bedeutsame Unterschied zwischen Typ D und E einerseits, F andererseits ist, daß in F den unmittelbaren Produzenten das Kapital als einziger Gegner gegenübersteht, so daß hier die Fronten klarer und die Organisationsmöglichkeiten besser sind.

Kommen wir nun zum letzten noch verbliebenen Fall, Typ C in unserer Tabelle (also z. B. dem Fall der Cash Crop Production für den Weltmarkt in traditionell klassenlosen Gesellschaften). Auch hier ist das internationale Kapital der einzige Gegner und als solcher leicht zu identifizieren. Aber hier sind die unmittelbaren Produzenten *nicht* Proletarier, die ihre Arbeitskraft verkaufen, sondern Produktionsmittel-Eigentümer, welche materielle Güter als Ware verkaufen. Und sie werden *nicht* im Produktionsprozeß ausgebeutet, sondern allenfalls im Zirkulationsprozeß durch die internationalen Monopole ausgeplündert. Daher ist ihr Interesse nicht – wie das der unmittelbaren Produzenten in allen anderen Fällen von A bis F – auf die Expropriation der Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel gerichtet, sondern auf eine Verbesserung der terms of trade – was man z. B. durch Vereinheitlichung der Angebotsseite mittels nationaler (oder gar übernationaler) Vermarktungsorganisationen zu erreichen suchen könnte. Bezüglich dieses Punktes existieren kaum Interessengegensätze zwischen Kleinbauern, kapitalistischen Farmern und selbst Typ-B-Landlords – obwohl alle derartigen Arrangements den großen Eigentümern mehr Vorteile zu bringen pflegen, als den kleinen. Ernsthafte Interessengegensätze zwischen beiden erwachsen hier nur daraus, daß die – durch den ungleichen Tausch verringerten – Profite der ersteren durch die Aneignung fremder Arbeit, die der letzteren durch eigene Arbeit zustande kommen. Es besteht allenfalls ein ambivalentes Interesse des Kapitals an der Erhaltung des (klassenlosen) Status quo in »traditionellen« Sektoren dieses Typs, zumal sich dort immer wieder spontan kapitalistische Tendenzen durchzusetzen pflegen. Möglicherweise sind die Monopolprofite in dem Fall der klassenlosen Kleinbauerngesellschaft noch höher, da hier die Angebotsseite noch stärker zersplittert ist; andererseits sind im Fall der kapitalistischen (und Typ B) Landwirtschaft die Produktionskosten im Durchschnitt niedriger, so daß die Unterstützung kapitalistischer Tendenzen für das internationale Kapital dennoch profitabler werden kann. Und schließlich könnte es u. U. sogar am meisten dadurch profitieren, daß es eigene

kommen: erstens darf es sich nicht um ein einziges Produkt handeln, sondern um verschiedene (untereinander nach Möglichkeit nicht konkurrierende) Produkte; zweitens muß ein Mechanismus vorliegen, durch den die Preise (und Profite) an der Peripherie künstlich auf ein extrem niedriges Niveau hinabgedrückt werden.

Obwohl Amin diese Notwendigkeit nicht sieht, versucht er an einer Stelle zu erklären, warum die Preise an der Peripherie so extrem niedrig sind. Die Argumentation läuft wie folgt:

1. Theoretisch gesehen müssen Produktivitätsfortschritte entweder a) Preissenkungen bei stabilen monetären Einkommen oder b) steigende monetäre Einkommen bei stabilen Preisen zur Folge haben.
2. Die erste von diesen Entwicklungen (1a) geht an der Peripherie vonstatten, die zweite (1b) in den Metropolen.
3. Wenn die beiden ihre Produkte austauschen, wird die Peripherie deshalb im Lauf der Zeit von den Metropolen immer weniger erhalten.
4. Diese Entwicklung ist eine Folge der Monopolisierung in den Metropolen, denn Monopole sind bei Produktivitätsfortschritten nicht gezwungen, ihre Preise zu senken, sondern können stattdessen die Löhne erhöhen.

Auch diese Argumentation ist absolut inkonsistent. These 2 ist nicht vereinbar mit den viel höheren Inflationsraten an der Peripherie im Vergleich zu den Metropolen. In den ersten beiden Thesen behandelt Amin (korrekterweise) die Summe der monetären Einkommen, aber in der vierten erwähnt er nur noch die Löhne; d. h. ihm unterläuft unbemerkt eine Gleichsetzung von Löhnen und Einkommen, die Gewinne fallen unter den Tisch. These 3 läßt außer acht, daß hohe Inflationsraten in einem Land auch den Wert von dessen Währung auf dem internationalen Währungsmarkt senken werden. Vor allem aber, und dies ist die für unseren Zusammenhang zentrale Ungereimtheit: Die ganze Argumentation betrifft ausschließlich *Nominal*-Löhne (und Preise), nicht reale – definitionsgemäß steigen die Reallöhne im Fall (1a) ebenso wie in (1b); also müßten nach diesem Argument die *Real*-Löhne an der Peripherie ebenso hoch sein wie in den Metropolen. D. h., soweit es um die realen Verhältnisse geht, ist es Amin nicht gelungen, einen Kausalzusammenhang zwischen »ungleichem Tausch« (was immer er darunter verstehen mag) und einem niedrigen *Lohnniveau* an der Peripherie (im Vergleich zu den hohen Löhnen in den Metropolen) herzustellen. Und das ist kein Wunder, denn um einen derartigen Zusammenhang nachzuweisen, wäre es erforderlich zu zeigen, daß die Kapitalisten nicht jederzeit, ziemlich unabhängig von der Entwicklung der Terms of Trade versuchen werden, die Löhne (wie alle anderen Kosten auch) auf dem niedrigst möglichen Niveau zu halten, mögen die Preise der Produkte nun hoch oder niedrig sein – ein Nachweis, der schwerlich gelingen wird.

Auf der anderen Seite werden die tatsächlichen Ursachen des ungleichen Tausches von Amin fast gar nicht behandelt, nicht einmal dort, wo er die Situation der für den Weltmarkt produzierenden Kleinbauern behandelt (z. B. 122 ff.), obwohl diese Ursachen hier ganz offen zutage treten: die Nachfrage *ist* monopolistisch konzentriert, das Angebot unendlich zersplittert; dementsprechend *sind* die Preise Monopolpreise mit der Konsequenz von Monopolprofiten auf der einen, entsprechenden Verlusten auf der anderen Seite. Außerdem *gibt es* zahllose Schranken für die Mobilität des einheimischen (Klein-)Kapitals: Monokulturen, die Zollpolitik der Metropolen usw.

Was sind nun die Konsequenzen aus alledem? Der Unterschied zwischen (freien

oder unfreien, landwirtschaftlichen oder industriellen) Arbeitern auf der einen Seite, ländlichen Kleineigentümern auf der anderen *bleibt bestehen*; die ersteren werden im Produktionsprozeß ausgebeutet, die letzteren allenfalls im Zirkulationsprozeß ausgeplündert. Natürlich bedeutet dies nicht, daß ein Bündnis zwischen beiden gegen das internationale Monopolkapital nicht möglich wäre – es ist möglich und notwendig. Aber es macht einen gewaltigen Unterschied für die strategische Situation, ob der Imperialismus durch eine *einzig Klasse* oder durch ein *Bündnis verschiedener Klassen* bekämpft wird. Die vorgeschlagene Unterscheidung zwischen verschiedenen Typen kolonialer Produktionsweise muß also aufrechterhalten werden.

Noch ein letzter Einwand soll diskutiert werden: in der Realität werden wir die reinen Typen unserer Tabelle kaum einmal vorfinden. Viele Regionen dienen sowohl als Lieferanten von Arbeitskraft wie von materiellen Produkten; und bisweilen werden auch verschiedene Typen »traditioneller« Gesellschaften bunt gemischt in ein und derselben Gegend vorkommen. Der Einwand ist korrekt. Ich würde jedoch erstens behaupten: je stärker die Annäherung der Realität an die reinen Typen, desto ähnlicher wird die reale strategische Situation der für diesen Typus postulierten Situation. Zweitens sollte, wenn in der Realität eine Mischform zwischen zwei Typen vorliegt, die reale Situation auch Elemente der für diese beiden – nicht jedoch für irgendwelche anderen – postulierten Situationen enthalten. Und schließlich *gibt es* Beispiele für das Vorkommen der reinen Typen in der Realität; die Bantu-Homelands in Südafrika, Teile der Sahel-Zone, Anatoliens, der North West Frontier Province von Pakistan, z. B. können keine andere Ware als ihre Arbeitskraft auf dem Weltmarkt verkaufen. Auch dieser Einwand macht also, denke ich, die Unterscheidung nicht wertlos.

Welche politischen Folgerungen sind aus all diesen Überlegungen zu ziehen? Der Glaube, die »nationale Bourgeoisie« der Entwicklungsländer stünde *allüberall* in antagonistischem Gegensatz zu »dem Feudalismus«, sprich den »traditionellen« agrarischen Ausbeuterklassen, ist falsch, die Hoffnung der traditionellen KP-Politik auf die Möglichkeit des Bündnisses von Arbeitern, Bauern und nationaler Bourgeoisie im Kampf gegen »den Feudalismus« daher oftmals trügerisch. Hierbei wird übersehen, daß diese Konstellation nur für einen der verschiedenen Typen kolonialer Produktionsweise charakteristisch ist (den des zersplitterten Bewirtschaftungssystems bei hoher Eigentumskonzentration). Insofern ist die Kritik der »Dependencistas« und »Koloniale-Produktionsweise-Theoretiker« an dieser Konzeption gerechtfertigt. Auf der anderen Seite wird in dieser Kritik das Interesse der (nationalen wie internationalen) Bourgeoisie an der Erhaltung »vorkapitalistischer« Produktionsverhältnisse und feudaler Ausbeuterklassen in unzulässiger Weise verabsolutiert, was nur allzu leicht zum Verzicht auf jegliche Bündnispolitik und zur Bauern-Guerilla-Romantik führen kann. Hier wird nicht nur übersehen, daß der Interessengegensatz in einem bestimmten Typus tatsächlich gegeben ist, sondern auch, daß die in den anderen Typen vorliegenden Formen der Interessenskonvergenz in der Regel prekär sind. Was not tut, ist die konkrete Analyse der je unterschiedlichen historischen Bedingungen. Ein hierfür geeignetes begriffliches Instrumentarium zu schaffen, war das Ziel meiner Überlegungen.

Anmerkungen

1 Um dies anzudeuten, werde ich den Begriff »traditionell« immer nur in Anführungsstrichen verwenden.

2 Natürlich gibt es auch in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften eine Menge von Subsistenzreproduktion, z. B. Frauenarbeit im Haushalt (cf. Evers). Der Unterschied ist jedoch, daß in einer kapitalistischen Gesellschaft nahezu alle Rohmaterialien für diese Art von Produktion als Waren auf dem Markt gekauft werden, während die Mehrzahl der Rohmaterialien in den traditionellen Sektoren einer kolonialen Ökonomie selbst der Subsistenzproduktion entstammen.

3 Vgl. z. B.: »In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformationen bezeichnet werden.« (MEW 13, 9 – meine Hervorhebung).

4 Die Schuldknechtschaft wird in Indien als gewaltiges Problem gerade neu entdeckt. In einem National Sample Survey von 1978 wurde festgestellt, daß in einigen indischen Staaten zwischen 10 und 12% aller Landarbeiter Schuldknechte sind. Von besonderem Interesse ist, daß eine hohe Konzentration von Schuldknechten nicht nur in ökonomisch rückständigen, sondern gerade auch in Cash Crop Regionen festzustellen ist. 60% aller Schuldknechte waren gezwungen, für einen nicht im voraus spezifizierten Zeitraum zu dienen, bis ihr Herr die Schuld für bezahlt erklärte. cf. »Bonded Labour Project«.

Literaturverzeichnis

- Alavi, H.: India and the colonial mode of production. in: Economic and Political Weekly. X, 33–35, 1975
- ders.: Capitalism and colonial transformation. Paper read at the Seminar »Underdevelopment and Subsistence Reproduction in Southeast Asia«. Bielefeld 1978
- Amin, S.: Le développement inégal. Paris 1973
- Banajee, J.: For a theory of colonial modes of production. in: Economic and Political Weekly. VII, 52, 1972
- Barbalet, J.: Underdevelopment and the colonial economy. in: Journal of Contemporary Asia. 6, 2, 1976
- Bo Gua: Opium, bombs and trees: the future of the H'mong tribesmen in Northern Thailand. in: Journal of Contemporary Asia. 5, 1, 1975
- Bonded Labour Project, Gandhi Peace Foundation, New Delhi 1978
- Cordova, A.: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Frankfurt/M. 1973
- Evers, H. D.: Owning the means of subsistence reproduction. Unpublished Manuscript. Bielefeld 1977
- Finley, M. I.: The ancient economy. London 1973
- Frank, A. G.: Capitalism and underdevelopment in Latin America. New York 1967
- Godelier, M.: Horizon, trajets marxistes en anthropologie. Paris 1973
- Hauck, G.: Imperialismus und Unterentwicklung in der gegenwärtigen marxistischen Diskussion. in: Die Dritte Welt. 3, 3–4, 1974
- Khalatbari, P.: Ökonomische Unterentwicklung. Frankfurt/M. 1972
- Laclau, E.: Feudalism and capitalism in Latin America. in: New Left Review. 67, 1971
- Luig, U.: Ugandas Weg über die koloniale in die neokoloniale Abhängigkeit. in: Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika, hg. v. G. Grohs und B. Tibi. Frankfurt/M. 1973
- Marx, K.: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. in: MEW 9
- ders.: Zur Kritik der politischen Ökonomie. in: MEW 13
- Meillassoux, C.: Anthropologie économique des Gouros de Côte d'Ivoire. Paris 1964
- ders.: Femmes, Greniers, Capitaux. Paris 1975
- Rudra, A.: In search of the capitalist farmer. in: Economic and Political Weekly. V, 26, 1970
- Patnaik, U.: Capitalist development in agriculture. in: Economic and Political Weekly. VI, 39, 1971
- Sau, R.: Capitalism, imperialism and underdevelopment. in: Economic and Political Weekly. X, 33–35, 1975
- Sigrist, C., et al.: Indien. Bauernkämpfe: die Geschichte einer verhinderten Entwicklung. Berlin 1976

Der Weltentwicklungsbericht der Weltbank*

I.

Seit Anfang/Mitte der 70er Jahre sieht sich die Weltöffentlichkeit eindringlicher denn je zuvor mit den Problemen der »Dritten Welt« konfrontiert. Die Ergebnisse der Ersten UN-Entwicklungsdekade (1960–1970) waren z. T. weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben und die seither zahlreicher auftretenden Krisenerscheinungen der Weltwirtschaft hatten die Entwicklungsländer in besonderem Maße getroffen (s. Dollarkrise, Erdölkrise, Weltwirtschaftskrise 1974/75, Nahrungsmittelkrise, bes. die Hungerkatastrophe in der Sahel-Zone). Vor diesem Hintergrund einerseits und vor allem ermutigt durch den erfolgreichen Vorstoß der OPEC-Staaten andererseits traten die Entwicklungsländer mit einem Forderungskatalog nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NWWO) an die Öffentlichkeit.

Offenkundig in Reaktion auf diese vehement vorgetragenen Forderungen, aber besonders in der Furcht wirtschaftlich und politisch weiteres Terrain in der »Dritten Welt« zu verlieren, beauftragte der vorjährige Wirtschaftsgipfel in London, zu dem sich die wichtigsten westlichen Industrieländer zusammengefunden hatten, die derzeit unter der Leitung McNamaras stehende, gegenwärtig bedeutendste multilaterale Entwicklungsinstitution, die Weltbank, mit der Erstellung eines sog. Weltentwicklungsberichtes, der die gegenwärtige Lage und die weiteren Perspektiven der Entwicklungsländer eingehend analysieren sollte. Die Ergebnisse jener Weltbank-Studie wurden vor einigen Wochen der Öffentlichkeit präsentiert, sie genauer unter die Lupe zu nehmen soll die Aufgabe des folgenden Beitrags sein.

II.

Der Weltentwicklungsbericht 1978 zerfällt in zwei Hauptteile, von denen der erste die empirisch-analytische Darstellung umfaßt, während im zweiten Teil, dem statistischen Anhang, Kennzahlen der wirtschaftlichen Entwicklung aufgeführt werden. Diese Daten umfassen überwiegend ökonomische Indikatoren (Wachstumsrate des BSP, Daten zur Struktur und Entwicklung des Welthandels, der Produktionsstruktur, Verschuldung, Entwicklungshilfe etc.), aber auch demographische und soziale Indikatoren, allerdings beschränken sich letztere auf das Bildungs- und Gesundheitswesen. Daten zur Entwicklung der Einkommensverteilung, Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung oder etwa Verteilung und Tätigkeit ausländischer Direktinvestitionen, d. h. der multinationalen Konzerne, sucht man vergeblich. Ohne auf die Auswahl und die Aussagefähigkeit jener Datenangaben an dieser Stelle näher eingehen zu können, sei hier nur erwähnt, daß sämtliche Daten nicht weiter als bis 1960 zurückgehen, in vielen Fällen beschränken sich die Angaben sogar nur auf den kurzen Zeitraum von 1970–76.

Der empirisch-analytische Teil des Berichtes gliedert sich in einen allgemein gehaltenen Teil, in dem auf die Erfahrungen mit der Entwicklung in den Jahren 1950–75 sowie ansatzweise auf die Genesis der Unterentwicklung eingegangen wird; ferner werden die globalen Tendenzen der Weltwirtschaft angerissen und schließlich in ei-

* Weltbank (Hrsg.): Weltentwicklungsbericht 1978, Washington D. C. 1978 (135 S., br.).

nem weiteren Abschnitt dieses Teils die allgemeinen Aussichten für Wachstum und Milderung der Armut skizziert. Der folgende Teil des Berichtes versucht demgegenüber die Entwicklungsperspektiven ausgewählter Regionen zu analysieren, konkret handelt es sich um folgende Regionen:

- Länder Asiens mit niedrigem Einkommen,
- Afrika südlich der Sahara,
- Entwicklungsländer mit »mittlerem Einkommen«.

III.

Vorab einige Daten zum Phänomen der Unterentwicklung, die wegen der angesprochenen Mängel des Weltbankberichts aus der gängigen Literatur zusammengestellt werden und vor deren Hintergrund die Schlußfolgerungen des Weltbankberichts zur Entwicklungsstrategie beleuchtet werden sollen. – Der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel ist von 30,9% (1950) auf 17,5% (1972) zurückgegangen (Tietzel, 1977, S. 17), gleichzeitig blieb die einseitige Ausrichtung der Exportstrukturen auf Rohstoffe jedoch weitgehend erhalten (Tietzel, 1977, S. 16). Bis heute setzen sich die Exporte der Entwicklungsländer zu 90% aus Rohstoffen zusammen, dabei bezieht eine Vielzahl von Staaten ihre Exporterlöse sogar fast ausschließlich aus nur zwei oder drei Erzeugnissen (Hasenpflug, 1977, S. 35). Die allgemein ungünstige Preisentwicklung der Rohstoffe in Relation zu den Preisen der industriellen Halb- und Fertigwaren der westlichen Industrieländer manifestiert sich in den sog. Terms of Trade (ToT). Bei einer großen Anzahl von Rohstoffen, die von den Entwicklungsländern exportiert werden, haben sich die Terms of Trade im Verlauf der vergangenen 25 Jahre verschlechtert: Für 28 bzw. 34 ausgewählte Rohstoffe fielen die ToT nach Berechnungen der UNCTAD bzw. der Weltbank von ca. 130 im Jahre 1953/54 auf ca. 85 im Jahre 1972 zurück (Hasenpflug, 1977, S. 38).

Was sich hinter diesen und ähnlich nüchtern erscheinenden Zahlen verbirgt, hat J. Nyerere (Tansania), einer der prominentesten Wortführer der »Dritten Welt«, kürzlich auf einer internationalen Konferenz zum Ausdruck gebracht: »... nehmen wir den Fall von Sisal – früher Tansanias wichtigster Exportartikel – und beziehen ihn auf den Preis von Traktoren. 1965 konnte ich einen Traktor für 17,25 t Sisal kaufen; der gleiche Traktor kostete 1972 indes soviel wie 47 t Sisal; und letzten Monat – nach der so oft beredeten Preissteigerung für Rohstoffe – mußte ich immer noch den Geldwert von 27 t Sisal für diesen Traktor zahlen, mithin 57% mehr Sisal als 1965« (Nyerere, 1977, S. 16).

Diese bedrohlich fortdauernde Verschlechterung der Stellung der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt manifestiert sich schließlich nirgendwo so drastisch wie anhand der Daten zur Verschuldung: allein in der Zeit von 1970–76 haben sich die öffentlichen Auslandsschulden von 96 Entwicklungsländern verdreifacht (!), sie stiegen von 75 Mio. US \$ (1970) auf insgesamt 227 Mio. US \$ (1976) (Weltbank, Jahresbericht 1978, S. 133).

Welche Auswirkungen lassen sich nun im Hinblick auf die Masse der betroffenen Menschen festhalten? Konnten Wachstum des BSP und Entwicklungshilfe – die amtliche Entwicklungshilfe aus DAC-Ländern¹ stieg immerhin von 7,93 Mrd. US \$ (1970) auf mehr als das Doppelte, sie betrug 1977 17,95 Mrd. US \$ (Weltbank, Jahresbericht, 1978, S. 132) – die weitere Verarmung aufhalten? Die jüngste ILO-Studie

(1976) kommt zu dem Ergebnis, daß trotz der ungeheueren Anstrengungen, die bislang unternommen wurden, die Verelendung großer Teile der Bevölkerung eher zu als abnimmt, die positiven Auswirkungen auf die Lebenssituation der Masse der Bevölkerung (der vielgerühmte »Trickle-down-Effekt«) sich also nicht einstellte (Internationales Arbeitsamt 1976, S. 24): Die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in den sog. marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungsländern liegt beispielsweise bei gegenwärtig 300 Millionen (!) (Internationales Arbeitsamt 1976, S. 19), die Zahl der erwachsenen Analphabeten hat sich im Zeitraum von 1960–1970 von 700 Millionen auf 760 Millionen erhöht (!), in Lateinamerika, wo sich die meisten Entwicklungsländer mit einer relativ hohen Wachstumsrate des BSP befinden, hat sich die bestehende ungleiche Einkommensverteilung nicht verbessert, vielmehr haben die Einkommenskonzentrationswerte in der Zeit von 1961–1971 gemessen anhand des Gini-Koeffizienten sogar noch weiter zugenommen (Bohnet/Betz, 1976, S. 36) und wie der Weltentwicklungsbericht selbst ausführt, zeigen die Wachstumsraten auf dem Industrialsektor auch auf dem Agrarsektor seit Beginn der 70er Jahre eine verstärkt rückläufige (!) Tendenz (90). Darüber hinaus kommt die Weltbank zu dem Ergebnis, daß der Index der Nahrungsmittel-Produktion pro Kopf in den Entwicklungsländern mit »niedrigem Einkommen« in den Jahren 1974–76 sogar unter das Niveau von 1965–67 (= Basisjahr) gefallen ist (88 f.).

Das verheerende Ausmaß der Armut in den Entwicklungsländern wird auch an anderer Stelle des ILO-Berichtes deutlich: Nach diesen Angaben, die sich weitgehend mit den üblichen Daten der Weltbank decken, waren 1972 ca. 1,2 Mrd. Menschen in den marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungsländern (67% der gesamten Bevölkerung) »ernstlich arm«, was einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet 180 US \$ in Lateinamerika, 115 US \$ in Afrika und 100 US \$ in Asien entspricht. Zu den »völlig Verarmten« (ca. 700 Millionen Menschen) gehören nach diesen Berechnungen alle jene Personen mit einem Einkommen von 90 US \$ in Lateinamerika, 59 US \$ in Afrika und 50 US \$ in Asien (Internationales Arbeitsamt 1976, S. 23).² Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser katastrophalen Lage erlangt die Frage, worin die Weltbank bzw. der Weltentwicklungsbericht die Ursachen der Unterentwicklung und eng damit verknüpft die Perspektiven für die »Dritte Welt« sieht, ein besonderes Gewicht.

IV.

Trotz einiger Unterschiede im Detail und trotz differierender Interessen etwa zwischen USA/BRD und anderen kapitalistischen Industriestaaten hinsichtlich der NWWO können Analyse und Stoßrichtung des Weltbankberichts als repräsentativ für die strategischen Interessen der kapitalistischen Industrieländer angesehen werden. Daher sollen im folgenden deren Analyse der Genese von Unterentwicklung und die vorgeschlagenen Entwicklungsstrategien untersucht werden.

Bereits in den ersten Abschnitten, die v. a. detaillierte Angaben zu den Entwicklungserfahrungen in den Jahren 1950–1975 sowie zu den zentralen Problemen der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen enthalten, deuten sich die wissenschaftstheoretischen Positionen der Weltbank an. So heißt es zum gegenwärtigen Stand der Unterentwicklung: »Die bisherigen Ergebnisse sind sowohl ermutigend als auch ernüchternd. Das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer hat die ur-

sprünglichen Erwartungen übertroffen (. . .) Trotz dieser Erfolge leben jedoch in der sich entwickelnden Welt noch immer etwa 800 Millionen Menschen in absoluter Armut« (3).³

In diesen und ähnlichen Passagen wird in fast naiver Weise ein am durchschnittlichen Wachstum des BSP orientierter Zweckoptimismus verbreitet, es wird dem Leser suggeriert, als bliebe jetzt nur noch die Bekämpfung der Armut, quasi als Restaufgabe, zu bewerkstelligen. Die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse, die diese Situation, die vielfach mit dem Terminus »Wachstum ohne Entwicklung« charakterisiert wurde, hervorgebracht haben und täglich weiter reproduzieren, bleiben in der gesamten Weltbank-Studie vollständig ignoriert.⁴

Weder originell noch hilfreich sind auch die im Bericht aufgeführten Begründungsversuche zur Genesis der Unterentwicklung; die Weltbank kommt über die von der herrschenden Entwicklungsländerforschung erstellten stereotypen Addition diverser Einzel-Phänomene nicht hinaus: Bevölkerungsexplosion, Mangel an unternehmerischem und technischem know-how, Kritik des zu hohen Lohnniveaus, Kritik der einseitigen wirtschaftspolitischen Orientierung auf die städtischen Agglomerationszentren sowie unzureichende Verfügung über Produktionsfaktoren seitens der ärmeren Bevölkerungsschichten, um nur die wichtigsten zu nennen.

Wenn auch diese Einzelphänomene zweifelsohne in diesem oder jenem Ausmaß im Durchschnitt in den meisten Entwicklungsländern anzutreffen sind, so erschöpft sich diese kanonartige Auflistung schließlich in der bekannten *circulus vitiosus*-Version, deren Erklärungswert aber auch bei ständiger Wiederholung nicht über blasse Tautologien hinausgelangen dürfte.

Besonders hervorhebenswert scheint jedoch m. E. die in diesem Abschnitt dargelegte ahistorische Betrachtungsweise der Weltbank: »Die ersten Bemühungen um eine systematische und beschleunigte Entwicklung gehen in den meisten Entwicklungsländern auf die Mitte dieses Jahrhunderts (sic!) zurück. 25 Jahre (. . .) sind eine kurze Zeit . . .« (3).

Mit solchen Ausführungen versperrt die Weltbank nicht nur allgemein den Zugang zu den Ursachen der Unterentwicklung bzw. den Maßnahmen zu deren Überwindung, sondern trägt eher noch zu deren Verschleierung bei: dem Leser wird suggeriert, daß die Regionen, die heute unter dem Begriff »Entwicklungsländer« oder »Dritte Welt« subsumiert werden, quasi über Nacht vom Himmel gefallen sind – ohne ihre eigenständige Kultur und Geschichte und ohne den Raub- und Plünderungskolonialismus der inzwischen als hochentwickelt und zivilisiert geltenden Industrieländer. Die »natürliche« Konsequenz jener Logik ist das Zurückweisen jener »übertriebenen« Forderungen der Entwicklungsländer, denn es dürfte naheliegender erscheinen, daß die Entwicklungsländer nicht mit einem Ruck jenes Niveau wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung realisieren können, das die heutigen Industrieländer – angeblich allein aus eigener Kraft – in jahrhundertelanger mühseliger Fleißarbeit erreicht haben.

Im folgenden Abschnitt des Weltentwicklungsberichts, der sich schwerpunktmäßig mit dem Entwicklungsbeitrag des Weltmarktes befaßt, tritt die der gesamten Studie zugrundeliegende orthodoxe Freihandelsideologie besonders kraß in Erscheinung; obwohl der Weltentwicklungsbericht selbst die in letzter Zeit spürbar gewachsenen protektionistischen Tendenzen konstatiert und demnach die Palette der durch Han-

delshemmnisse betroffenen Produkte/Branchen eher zu- als abnimmt, werden Industrieländer und Entwicklungsländer gleichermaßen ermahnt, an den »bewährten« Prinzipien des Freihandels bzw. dem komparativen Kostentheorem festzuhalten (20). Im Klartext impliziert diese Strategie für die Entwicklungsländer eine forcierte Exportorientierung, m. a. W. die Ausrichtung der Produktionsstruktur nicht auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung, sondern auf jene des Weltmarktes und dies sogar trotz der sich hier abzeichnenden Verschlechterung der Realisierungsperspektiven!

Daß es sich bei diesem Konzept keineswegs um eine gezielte Strategie im Interesse der ökonomisch schwach entwickelten Länder handelt, sondern das Wohl der westlichen Industrieländer der Tendenz nach sogar verstärkt Berücksichtigung findet, läßt sich nicht nur theoretisch aus der Wirkungsweise des komparativen Kostentheorems ableiten, sondern wird darüber hinaus aus den Hinweisen des Berichtes deutlich, die in einer abnehmenden Exportorientierung seitens der Entwicklungsländer potentiell eine Verminderung der Deviseneinnahmen sehen, was schließlich in reduzierter Schuldendienstfähigkeit resultiert und v. a. die Industrieländer (sic!) infolgedessen mit Absatzeinbußen konfrontieren würde (19)!

Wie wenig es der Weltbank andererseits um gesicherte Exporterlöse der Entwicklungsländer geht, dokumentiert sich, wenn auch typischerweise nicht explizit, sondern nur implizit: obwohl auf die Problematik fluktuierender Rohstoffpreise an diversen Stellen des Berichtes Bezug genommen wird, werden die diesbezüglichen Forderungen der Entwicklungsländer im Rahmen der NWWO wie »Integriertes Rohstoffprogramm«, »Gemeinsamer Fonds« nicht einmal erwähnt!

Wenn der Weltentwicklungsbericht somit auf der Ebene der internationalen Wirtschaftsbeziehungen den Entwicklungsländern keine realen Alternativen anzubieten vermag, bleibt aber weiterhin zu klären, welche konkreten Entwicklungsperspektiven für die Masse der in »absoluter Armut« lebenden Bevölkerungsteile sich ergeben. Anhand von Modellberechnungen kommt die Weltbank zu dem Ergebnis, daß selbst unter der (optimistischen) Annahme, daß die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des BIP im Zeitraum 1975–2000 in den Entwicklungsländern bei 5,7% liege, die Zahl der in absoluter Armut lebenden während dieser Phase voraussichtlich kaum abnimmt, konkret von derzeit ca. 800 Millionen allenfalls auf ca. 600 Millionen gesenkt werden könne (38)!

Als Begründung für diese deprimierenden Perspektiven führt der Bericht primär die bedrohliche Bevölkerungsexplosion an. Diese bekannte These ist aus verschiedenen Gründen unhaltbar. Nicht nur, daß die Bevölkerungsentwicklung hier biologisierend als gesellschaftlich unabhängige Variable betrachtet wird; vor allem ein Blick auf die Geschichte der Bevölkerungsbewegung der heutigen Industrieländer vor ca. 150 Jahren zeigt, daß auch hier das Gleichgewicht zwischen Geburtenrate und Sterberate vorübergehend nicht gegeben war. Die Sterberate ging gerade zu dem Zeitpunkt spürbar zurück, als die Industrialisierung und der technische Fortschritt allgemein sich ausbreiteten. Bevölkerungswachstum, Dynamisierung der Wirtschaft und medizinisch-technischer Fortschritt verliefen also parallel.

Anders in den heutigen Entwicklungsländern, wo das Sinken der Sterberate auf die exogenen Einflüsse des medizinischen Fortschritts zurückzuführen ist und vor allem eine umfassende Dynamisierung der Wirtschaft bislang ausgeblieben ist, d. h. die

wachsende Bevölkerung nicht produktiv absorbiert werden kann. Das Bevölkerungswachstum wird hier notwendigerweise zu einem drückenden Problem, da es anders als seinerzeit in den Industrieländern exogen und nicht endogen bestimmt ist.⁵

Die geringe Stichhaltigkeit der Weltbank-Thesen läßt sich darüber hinaus auch anhand der Annahmen über das Verhältnis von Einkommensverteilung und Wachstum demonstrieren. So geht die Weltbank zwar von dem empirisch belegbaren Faktum aus, daß sich gerade in jenen Entwicklungsländern, die in der Vergangenheit beträchtliche Wachstumsraten aufwiesen, die Einkommensverteilung nicht verbessert, sondern v. a. anfänglich sogar verschlechtert hat. Damit kann aber nicht eine generelle Entwicklungsgesetzmäßigkeit behauptet werden, wie die Weltbank es tut. Mit dem Begriff »meiste Entwicklungsländer« wird an dieser Stelle ein Durchschnittswert bzw. eine Naturgesetzlichkeit suggeriert, die es real nicht gibt. Wie nämlich an anderer Stelle des Berichts dargelegt wird, weist das Entwicklungsmodell der sozialistischen Länder, die von einem vergleichbaren Entwicklungsstand ausgegangen sind, verglichen mit den Entwicklungsländern durchaus positive Korrelationen zwischen hohen Wachstumsraten und breiter Einkommensverteilung auf.⁶ Den obigen Berechnungen unterliegt somit die unausgesprochene Prämisse Wachstum / Entwicklung und kapitalistische Produktionsweise als Synonyme zu begreifen, mit der Konsequenz, alternative Produktionsweisen nicht mehr reflektieren zu müssen.

V.

Immerhin veranlassen diese düsteren Prognosen die Weltbank, Strategien bzw. Maßnahmen zu entwerfen, die eine Verringerung der Armut bewirken sollen. Im Zentrum der armutsorientierten Entwicklungsstrategie stehen Maßnahmen zur »gerechteren Einkommensverteilung«.⁷ Dieser Komplex, der sich über die zweite Hälfte des Berichtes erstreckt, wird entsprechend dem erreichten Entwicklungsniveau der verschiedenen Regionen dreigeteilt:

- Länder Asiens mit niedrigem Einkommen
- Afrika südlich der Sahara
- sog. Entwicklungsländer mit »mittlerem Einkommen«

Ohne die Sinnhaftigkeit des obigen Gliederungsrasters an dieser Stelle erörtern zu wollen, läßt sich jedoch anhand der jeweiligen Ausführungen zu den spezifischen Entwicklungsprioritäten die Position bzw. Reichweite der sog. poverty-Strategie transparent machen. – Für die armen Länder Asiens ebenso wie für die Staaten Afrikas südlich der Sahara sieht die Weltbank den Schlüssel zur Milderung der Armut zutreffend im ländlichen Sektor.

Obwohl das Hauptaugenmerk auf den ersten Blick auf die sog. Kleinbauern (small holder) gerichtet zu sein scheint, läßt sich der Konzeption der Agrarprogramme entnehmen, daß die Produktivitätssteigerung prioritär ist, während man sich erst in zweiter Linie darum kümmert, ob die Kleinbauern in »gerechtem Umfang über moderne Technologien und Produktionsfaktoren verfügen« (43).

In Analogie zu dieser primär output-orientierten Konzeption ist auch die Rangfolge des Maßnahmenkatalogs strukturiert – beginnend mit der Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche über die allgemeine Verbesserung des Beratungsdienstes finden sich am unteren Ende der Skala die Empfehlungen für eine institutionelle Un-

terstützung der Kleinbauern –, wobei wiederum typischerweise hervorgehoben wird, daß letztere unbedingt etwaige Marktverzerrungen (z. B. Zinssubventionen) ausschließen sollten (44 ff.). Wie sehr sich die Weltbank mit solchen Ausführungen im Kreise dreht, wird spätestens deutlich, wenn Subventionen zugunsten von Kleinbauern mit dem Hinweis abgelehnt werden, diese Mittel flössen ohnehin vorrangig den Großgrundbesitzern bzw. dem wohlhabenden Agrarunternehmer zu (73 f.).

Die große Zahl der landlosen Bauern soll – soweit ihre Bedürfnisse überhaupt angesprochen werden – über forcierte arbeitsintensive Kleinunternehmen resp. öffentliche Arbeitsprogramme »begünstigt« werden (44).

Welche Klassen und Schichten durch entsprechende öffentliche Infrastrukturarbeiten und Arbeitsprogramme hier in der Hauptsache profitieren, wird nicht weiter hinterfragt. Da man jedoch davon ausgehen kann, daß den Autoren des Weltentwicklungsberichtes mindestens die Ergebnisse einer weltbanknahen Studie (Chenery 1974) bekannt sein dürften, muß davon ausgegangen werden, daß man eine weitere Stärkung des Großgrundbesitzes bzw. des modernen Agrobusiness bewußt in Kauf nimmt. Der übliche Verweis auf positive Erfahrungen in sozialistischen Ländern ist in diesem Zusammenhang unzulässig, da sich nicht einzelne Elemente des gesellschaftlichen Systems isoliert auf Entwicklungsländer übertragen lassen.

Ernsthafte Kritik an den herrschenden Klassenstrukturen des Agrarsektors sucht man – trotz partieller Andeutungen – vergeblich. Zum Stellenwert bäuerlicher Pachtverhältnisse heißt es beispielsweise: »... man (sollte) ihnen, (gemeint sind die Pachtverhältnisse, d. Verf.) im Rahmen der entwicklungspolitischen Zielsetzungen, das Wachstum zu beschleunigen und die Armut zu mildern, doch keine übermäßige Bedeutung zumessen« (49).

Auch für die Staaten Afrikas südlich der Sahara werden die Entwicklungsaussichten – wie es heißt – in entscheidener Weise von der Landwirtschaft abhängen, womit primär eine Steigerung der sich ständig verschlechternden Nahrungsmittelproduktion gemeint ist. Wie wenig die Weltbank fähig bzw. gewillt ist, die tatsächlichen Ursachen der rückläufigen Nahrungsmittelproduktion zu analysieren, kommt darin zum Ausdruck, daß sie die v. a. von multinationalen Konzernen forcierte landwirtschaftliche Expansion auf Kosten der Produktion für den einheimischen Nahrungsmittelkonsum gar nicht in Betracht zieht, sondern eher psychologisierend die Ursachen dieses beklagten Zustands aus falschen wirtschaftspolitischen »Neigungen« (56) abzuleiten versucht.

Für die »Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen« sieht der Bericht die entwicklungsstrategischen Prioritäten v. a. über forcierte Integration in den kapitalistischen Weltmarkt. Konkret werden die Entwicklungsländer aufgefordert, noch bestehende Hemmnisse für den Export abzubauen resp. vorhandene Bestimmungen im Sinne einer importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie aufzugeben. Eine entsprechend veränderte Wirtschaftspolitik soll selbst eine steigende Arbeitslosigkeit, die erwartungsgemäß (sic!) vorübergehend sei, in Kauf nehmen (67)! Die orthodoxe, an der komparativen Kostentheorie orientierte Strategie der Weltbank zeigt sich hier nochmals plastisch: »Oggleich die Aussichten für die Fertigwarenausfuhr heute ungünstiger sind als früher, wäre es (dennoch) wünschenswert (sic!), daß Länder (gemeint sind die Entwicklungsländer, d. Verf.) ihre Anreizsysteme auf die Ausfuhr ausrichten« (66).

Aufschlußreich, wenn auch kaum noch überraschend, ist schließlich die gänzlich unkritische Haltung der Weltbank zur sog. Anlagerungsindustrialisierung bzw. dem Entwicklungsbeitrag der multinationalen Konzerne: »Mit zunehmenden industriellen Fertigkeiten könnten die Entwicklungsländer davon profitieren, daß sie in steigendem Umfang von Firmen der Industrieländer Unteraufträge für Teilproduktionen erhalten. Auf diese Weise ist der Handel in elektronischen Artikeln gewachsen, nämlich durch die Verlagerung der Montagesphären des Produktionsprozesses in die Entwicklungsländer« (71).⁸

Da die extreme Armut auch in dieser Ländergruppe überwiegend im Agrarsektor lokalisiert ist, sollen darüber hinaus spezifische Programme zur Stützung der ländlichen Entwicklung angesetzt werden. Als konkrete Maßnahmen für Länder mit »bimodaler Agrarstruktur« (damit ist eine extrem ungleiche Verteilung des Grund und Bodens gemeint, d. Verf.) fordert der Bericht wiederum v. a. die Infrastrukturinvestitionen sowie die Ausgaben für institutionelle Aktivitäten auf die Bedürfnisse der Kleinbauern umzulenken. Zur Begründung dieser, letztlich klassenmäßig auf den status quo fixierten Konzeption führt der Bericht aus, daß es als denkbare Alternative nur Bodenreform oder Umsiedelung/Neuansiedlungsprogramme gebe, wobei erstere kaum ernsthafte Realisierungschance hätten, während die zweite Lösung v. a. aus Kostengründen ausgeklammert werden müsse (73).

VI.

Als Fazit bleibt festzuhalten: der Weltentwicklungsbericht 1978 liefert weder eine überzeugende Analyse der Genesis bzw. des Mechanismus der Unterentwicklung, noch dürften sich seine Rezepte besonders auch im Hinblick der Minderung der absoluten Armut als tragfähig erweisen. Die Forcierung der weltmarktabhängigen Reproduktion, wie sie in der angepeilten Integrationsstrategie angelegt ist, wobei den Aktivitäten der multinationalen Konzerne eine maßgebliche Rolle zufallen soll, steht einer Überwindung bestehender Abhängigkeitsstrukturen diametral entgegen.

Die Minderung der absoluten Armut über eine Expansion der Anlagerungsindustrialisierung sowie die spezifische Kleinproduzentenförderung ist einerseits ein Widerspruch in sich, zumal die empfohlene Etablierung sog. arbeitsintensiver Teilproduktion in den Entwicklungsländern gerade die Armut der breiten Masse (v. a. als Reservearmee) zur Voraussetzung hat. Andererseits zeigt sich, daß Konzeption und Prämissen bezüglich der sog. smallholder-Strategie im Agrarsektor unvereinbar sind, denn wie bereits erwähnt soll diese Strategie keinesfalls auf Kosten des sog. dynamischen Agrarunternehmers bzw. des Agrobusiness erfolgen. Da aber unter marktwirtschaftlichen Produktionsverhältnissen eine funktionierende Koexistenz zwischen Klein- und Großproduzenten ausgeschlossen werden muß, kann auch für diesen Bereich von einer realen Perspektive zur Minderung der Armut nicht gesprochen werden.

Zugunsten des Weltbank-Berichtes bliebe aber last not least immerhin hervorzuheben, daß er hinsichtlich der dargelegten Strategie offensichtlich an bestehende Realitäten in den Entwicklungsländern anknüpft und sich nicht von wie auch immer gearteten Wunschvorstellungen leiten läßt. So wenig hier einer Orientierung an irgendwelchen illusionären Zukunftsmodellen das Wort gesprochen werden soll, so falsch ist es – und diese Vorstellung zieht sich allerdings wie ein roter Faden durch den gesamten

Bericht – die Realitäten bzw. die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise als quasi Naturgesetze betrachten zu wollen. Daß die Weltbank, v. a. auch in ihrer Funktion als größter internationaler Entwicklungsfinancier nicht bereit ist, von den präferierten »Realitäten« abzurücken, um grundsätzlich neue Realitäten zu schaffen, hat sie in zahlreichen Fällen bewiesen, wobei der seinerzeit über Chile unter S. Allende verhängte Kreditstopp nur besonders spektakulär gewesen ist.

Anmerkungen

1 Im sog. DAC (Development Assistance Committee), dem für Entwicklungsfragen zuständigen Ausschuß der OECD, sind die 17 wichtigsten westlichen Industrieländer vertreten. Ca. 95% der öffentlichen Entwicklungshilfe-Leistungen werden von ihren Mitgliedern aufgebracht.

2 Auf westeuropäische Verhältnisse umgerechnet liegt die Armutsgrenze der »erstlich Armen« bei einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 500 US \$, für die »völlig Verarmten« bei jährlich 250 US \$, vgl. Internationales Arbeitsamt 1976, S. 23.

3 Unter den Begriff »absolute Armut« fallen bei den Berechnungen der Weltbank i. d. R. jene Bevölkerungsteile, die über ein Pro-Kopf-Einkommen von 50 US \$ und weniger verfügen, vgl. Weltbank (Hrg.), 1975, S. 4.

4 Der seit langem in der Fachliteratur diskutierte Terminus »strukturelle Heterogenität«, womit u. a. gerade die gesellschaftliche Bedingtheit der Dialektik von Wachstum und Verarmung zu fassen versucht wird, taucht bezeichnenderweise in der gesamten Weltbank-Studie nicht einmal auf. Vgl. dazu v. a. Cordova, A., 1973.

5 Zum Problem der Überbevölkerung in Entwicklungsländern von einem materialistischen Standpunkt siehe die aufschlußreiche Studie von Khalatbari, P., 1968.

6 Vgl. die weltbanknahe Studie von Chenery, H., et al., 1974, ferner Bohnet, M., und Betz, R., 1976.

7 Der von der Weltbank benutzte Einkommensbegriff wird hier zwar nicht näher definiert, es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß es sich hier nur um die Verteilung von monetärem Geldeinkommen handelt, an eine veränderte Verteilung des Produktivvermögens ist offenbar nicht gedacht, vgl. dazu Chenery, H., et al., 1974. Aus kritischer Sicht siehe Griffin, K., 1977.

8 Zur Problematik der Anlagerungsindustrialisierung bzw. der exportorientierten Entwicklungsstrategie siehe beispielsweise Fröbel, F., et al., 1977.

Literaturverzeichnis

- Bohnet, M., und Betz, R.: Einkommensverteilung in Entwicklungsländern, IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München 1976
- Chenery, H., et al.: Redistribution with Growth. Published for the World Bank and the Institut of Development Studies University of Sussex, Oxford University Press, 1974
- Cordova, A.: Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum, Frankfurt/M. 1973
- Fröbel, F., u. a.: Neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek, 1977
- Griffin, K.: Increasing Poverty and Changing Ideas about Development Strategies, in: Development and Change, 1977, No. 4
- Hasenpflug, H.: Der Fehlschlag des Aid-by-Trade-Konzeptes, in: Keeschull, D., u. a. (Hrg.): Die Neue Weltwirtschaftsordnung, Hamburg 1977
- Internationales Arbeitsamt: Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse, Genf 1976
- Khalatbari, P.: Überbevölkerung in den Entwicklungsländern, Berlin (DDR), 1968
- Nyerere, J.: Zur Situation der Entwicklungsländer, in: Tinbergen, J. (Hrg.): Der Dialog Nord-Süd, Informationen zur Entwicklungspolitik, Frankfurt/M. 1977
- Tietzel, M.: Internationale Rohstoffpolitik, Bonn – Bad Godesberg, 1977
- Weltbank (Hrg.): Weltentwicklungsbericht 1978, Washington, D. C. 1978
- ders.: Jahresberichte, Washington, D. C. div. Jahrgänge
- ders.: Rural Development Sector Policy Paper, Washington, D. C. 1975

Frank Suffa-Friedel

China: Der Große Sprung zurück?*

Charles Bettelheim, Professor an der Ecole Pratique des Hautes Etudes an der Pariser Sorbonne ist als marxistischer Wissenschaftler vor allem bekannt geworden durch seine Arbeiten zur Geschichte der Sowjetunion, zur »Ökonomik der Übergangsgesellschaften« und durch seine Teilnahme an der Planungsdebatte in Kuba. Seine Berichte über das kulturrevolutionäre China waren prägend für das – verklärte – China-Bild vieler linker Intellektueller Westeuropas und Amerikas. Im Mai 1977, ein halbes Jahr nach dem Tod Mao Tse-tungs und dem anschließenden Sturz der »Viererbände«, ist er als Vorsitzender der Französisch-Chinesischen Freundschaftsgesellschaft zurückgetreten. Sein neuestes Buch ist eine Abrechnung mit dem politischen Kurs der jetzigen chinesischen Führung. Erstveröffentlicht wurde es, zusammen mit der Rücktrittserklärung und einer Entgegnung von Neil Burton, einem in Peking für die chinesische Presse arbeitenden Kanadier, in der Juli/August-Ausgabe 1978 der amerikanischen Zeitschrift »Monthly-Review« (hrsg. v. P. M. Sweezy u. H. Magdoff).¹ Obwohl (oder gerade weil) Bettelheim seine bisherigen theoretischen Grundpositionen nicht verläßt, ist seine Schrift nicht nur deshalb von Interesse, weil hier ein erklärter Anhänger der »revolutionären Linie« Mao Tse-tungs und der »Shanghai Linken« die politische Entwicklung nach Maos Tod verarbeitet, sondern weil er darüber hinaus eine Kritik der Kulturrevolution bzw. eine Analyse der Fehler ihrer linken Protagonisten leistet. Seine Auseinandersetzung mit Burton bietet die z. Z. wohl pointierteste Argumentation eines mit der chinesischen Kulturrevolution (KR) sympathisierenden westeuropäischen Linken gegen den Kurs der neuen chinesischen Führung und ist deshalb einer genaueren Überprüfung wert.

Bettelheim geht davon aus, daß seit der Beseitigung der »Viererbände« durch den »Staatsstreich«² Hua Guofengs das neue Regime Hua/Deng die bisherige proletarische Politik liquidiere und eine bürgerliche durchsetze, welche die von den Massen erkämpften Errungenschaften der Kulturrevolution beseitige und in einem »Sprung nach hinten« China zurück zur Herrschaft einer Staatsbourgeoisie über die werktätigen Massen führen werde. In der Tat stellt die Politik der jetzigen Regierung eine praktische Kritik und Revision der Kulturrevolution dar. Als ihr positives Resultat wird lediglich die »Entlarvung« Lin Biaos und der »Viererbände« angegeben, den – neben Mao Tse-tung – Hauptverantwortlichen der kulturrevolutionären Theorie und Politik. Zwar wurden in der propagandistischen Kampagne die theoretischen Auffassungen der »Vier« kritisiert und ihr Einfluß auf Wirtschaft und Politik als verheerend dargestellt, doch wurde eine eingehende Analyse und Gesamtbilanz der KR, ihrer Programmatik und ihres Verlaufs, von chinesischer Seite bisher nicht geleistet. Dabei ist die KR, die bislang größte Massenbewegung in der Geschichte der sozialistischen Staaten nicht als eine Episode, ein radikales Zwischenspiel in der Entwicklung der VRCh aufzufassen, sondern deshalb von Bedeutung, weil sie ein allgemeines Problem des Sozialismus auf neue Weise zu lösen versuchte: Die Frage der Massendemokratie

* Charles Bettelheim: Fragen über China nach Mao Tse-Tungs Tod. Verlag Berliner Hefte, Berlin/West 1978.

unter der Diktatur des Proletariats. Programmatik, Verlauf und Resultat dieses Versuchs aus der Einsicht des Scheiterns zu betrachten, könnte auch deshalb lehrreich sein, weil die KR von vielen Linken als praktische Kritik an anderen sozialistischen Ländern aufgefaßt wurde.

Bettelheim erinnert an das im August 1966 vom ZK der KPCh angenommene »Sechzehn-Punkte-Programm«, in dem Programmatik und grundlegende Zielsetzung der KR proklamiert wurden. Es beinhaltet den Aufruf der Führung der KPCh zur Entwicklung eines politischen Kampfes der Massen, der durch eine erneute Machtnahme von unten die festgefahrene Herrschaft der Staatsapparate und der Parteibürokratie (den »kapitalistischen Machthabern«) überwinden und »zur Bildung von Machtorganen in den Fabriken, Bergwerken, Betrieben, Stadtvierteln, Staatsorganen und Erziehungseinrichtungen führen« solle. »All diese Aktivitäten sollten zu »einem allgemeinen Wahlsystem ähnlich der Pariser Kommune« führen. Die gewählten Vertreter müßten jederzeit von denen, die sie bestimmt haben, kritisiert werden können und durch die Massen ersetzt oder abberufen werden können. Diese politische Richtung wird nicht als provisorisch betrachtet, zumal ihre »große historische Bedeutung« besonders hervorgehoben wird«. Die Funktion der Partei in diesem Kampf könne es nur sein, »die Massenbewegung ohne Zögern zu unterstützen«, die Massen müßten sich aber letztlich selbst befreien, die Methode, »in allem für sie zu handeln«, dürfe nicht angewandt werden (12). Ein weiteres proklamiertes Ziel ist es, »den Überbau, in dem die bürgerliche Ideologie weiterhin eine große Rolle spielt, grundlegend umzugestalten« (13), also »die Erziehung, Literatur und Kunst umzuformen« (Punkt 1 und 6). Betraf diese erste theoretische Proklamation der KR den politischen und ideologischen Überbau, so führte ihr anschließender Verlauf dazu, daß »Mao Tsetung und diejenigen, die jetzt von der Führung der KPCh aufs schärfste verurteilt werden«, »ideologische und theoretische Weiterungen« zogen, die die ökonomische Basis betreffen. Es handelt sich um die Auffassung, »praktisch den Unterschied zwischen der Umwandlung des juristischen Eigentums der Betriebe und der Umwandlung der Produktions- und Verteilungsverhältnisse anzuerkennen; daher auch eine Reihe von Formulierungen, die präzisieren, daß durchaus kapitalistische Betriebe »unter einem sozialistischen Aushängeschild« existieren können, daß das in China bestehende Lohnsystem sich nicht wesentlich von dem des Kapitalismus unterscheidet, daß es die Bourgeoisie in der Partei gibt usw.« (13).

Bettelheim untersucht nun den praktischen Verlauf der KR um die Gründe für ihr allmähliches »Versickern« und letztlisches Scheitern zu finden. Von zentraler Wichtigkeit ist ihm hierbei die »Episode der Shanghaier Kommune«, die für ihn sowohl den praktischen Höhepunkt als auch den frühen Beginn des Zerfallsprozesses der KR darstellt.

Ab November 1966 vergrößern sich in Shanghai (der größten und entwickelsten Industriestadt Chinas) die Zahl der »Kulturrevolutionskomitees«, die in den Fabriken eine »doppelte Macht« neben der der »Produktionsgruppen«, die sich hauptsächlich aus Kadern zusammensetzen, errichten. Zur gleichen Zeit entwickeln sich »revolutionäre Massenorganisationen«, die sich nach längeren Schwierigkeiten mit den Komitees verbünden und die an der Macht befindliche Stadtverwaltung, der Revisionismus vorgeworfen wird, in Frage stellen. Diese löst sich Anfang 1967 auf. Am 5. Februar wird auf einer Versammlung vor über einer Million Arbeitern erklärt, daß das

Komitee der Partei und das Komitee der Stadt zerschlagen seien und die Kommune als neues Machtorgan errichtet worden sei (81).³

Die Kommune existiert nur etwa 20 Tage, dann übernimmt ein Revolutionskomitee die Macht in Shanghai. Die Kommune war von der Führung in Peking zwar nicht offiziell mißbilligt worden, »doch wurde sie in gewisser Weise auch nicht ›anerkannt‹« (81). Mao sah bei einer Fortsetzung des Kommune-Experiments und seiner Ausweitung auf China vor allen Dingen die Rolle der Partei gefährdet und sah in der Absicht einiger »Rebellengruppen«, »alle Verantwortlichen zu stürzen« die Stellung der Mehrheit der verdienten und zuverlässigen Kader und schließlich die Einheit des Volkes gefährdet (82). Ebenso stellte sich die größte Zahl der Parteiveteranen gegen die nur zerstörerische Politik der »Rebellen«: »Brauchen sie noch die Parteileitung? Wollen sie die alten Kader vernichten? Ich spreche hier im Namen aller Veteranen der Revolution und ich möchte lieber enthaupet oder ins Gefängnis geworfen werden, als gleichgültig der Demütigung so vieler unserer alten Kader beizuwohnen«, erklärte Tan Chenlin auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros. Das Politbüro beschloß, »›die Angriffsfront einzuschränken‹ und ›Personen als Zielscheiben zu benennen: Liu Shaohi, Deng Xiaoping und einige andere Funktionsträger« (83). Die Massenbewegungen wurden eingeschränkt, an ihre Stelle traten »von oben organisierte Kritikkampagnen«, bei denen der Volksbefreiungsarmee eine besondere Rolle zukommt und sich ihr Einfluß ständig vergrößert (84). Die 1966 explizit eingeschlagene Linie der Errichtung von »Machtorganen der arbeitenden Massen« wird aufgegeben, die sich wieder durchsetzenden Partikularinteressen der Angehörigen der Partei- und Staatsapparate (89 f.) führen zu einer weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Partei zugunsten der »bürgerlichen« Kräfte.

Bettelheim stellt nun die Frage, warum das neue »revisionistische Regime« über die »revolutionäre Linie« siegen konnte. Nicht aufgrund der ökonomischen Mißerfolge der Linken, denn »wir haben schließlich gesehen, daß die ökonomische Gesamtbilanz der Jahre 1966–1976 sehr positiv war« (71), sondern durch eine Umkehrung des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen infolge politischer Fehler der Linken, ihrer Unfähigkeit, die revolutionäre Linie konstruktiv in die Tat umzusetzen. Theoretische Grundlage dafür war das »Fehlen einer Klassenanalyse des heutigen China« (72), die allein es ermöglicht hätte, eine richtige Bündnispolitik zu bestimmen.

So aber gelang es im politischen Bereich nicht, »das Problem der Intellektuellen, also auch der Kader, richtig anzugehen« (75). Sektiererisch wurden massenweise Kader, Wissenschaftler, Lehrer, Techniker, Künstler etc. aus ihren Posten entfernt und politisch ausgeschaltet. Anstelle der Initiierung von Massenbewegung, von Kritik und politischer Argumentation griff man immer häufiger zu Zwangs- und Repressionsmaßnahmen. »Diese schikanierenden Maßnahmen weiteten sich aus«, so daß »Zwang schließlich auch auf einem Teil der Volksmassen lastete« (77). Das Unvermögen, eine konstruktive politische Linie in die Tat umzusetzen, ging soweit, daß man zwar die wichtigsten bestehenden gesellschaftlichen Institutionen bis hin zu Gewerkschaften und Partei zerschlug, aber nicht in der Lage war, neue funktionierende Selbstverwaltungsorgane an ihre Stelle zu setzen. Politische Kämpfe wurden zu »Kämpfen zwischen Personen«, zur »Postenjägerei« (78). Weil die Führung die Massen nicht wirklich an den von ihnen hermetisch geführten Kämpfen teilnehmen ließ, wandten diese sich »mit Gleichgültigkeit und Überdruß« (79) ab.

Paradoxerweise führte die »Kultur«revolution vor allem zur Deformation des kulturellen Lebens: statt Kunst und Wissenschaft zu befreien und die kulturellen Bedürfnisse der Massen besser zu befriedigen, wurden sie eingeschränkt. Die meisten Zeitschriften verschwanden, die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen und der künstlerischen Veröffentlichungen und Werke aus Literatur, Film, Theater etc. ging stark zurück (76). Da die Lektüre ausländischer Bücher und Zeitschriften eingeschränkt wurde – so durften etwa für den Deutschunterricht am Germanischen Seminar der Universität Peking keine deutschen Originalquellen verwandt werden, sondern nur Übersetzungen chinesischen Propagandamaterials – und die Versorgung der Universitäten und Schulen durch einschränkende Kontrollen von fachlich meist inkompetenten Kadern, die die Positionen der entfernten »revisionistischen Autoritäten« eingenommen hatten, vollständig mangelhaft war, sank die politische und fachliche Qualifikation der Schüler und Hochschulöler nachhaltig. Der Druck auf die Angehörigen der Propagandaapparate und der Medien wurde mit der Zeit so stark, daß sich diese, um keine »Abweichungen« zu begehen, immer mehr von der gesellschaftlichen Realität entfernten und sich damit begnügten, die stets gleichen stereotypen Phrasen zu variieren, was schließlich dazu führte, daß »es immer weniger Menschen« gab, »die noch lasen oder zuhörten« (125 Burton).

Auch auf ökonomischem Gebiet ist der Einfluß der KR als eher negativ anzusehen. Bettelheim, der behauptet, daß ihre ökonomische Gesamtbilanz sehr positiv sei, zieht diese Gesamtbilanz in Wirklichkeit nicht. Um die Behauptung der neuen Führung zu widerlegen, »die Sabotage der ›Viererbande« hätte zu einer »anhaltenden Stagnation, ja selbst Regression der nationalen Ökonomie« geführt (54), zitiert Bettelheim aus Schätzungen der CIA⁴ über die wirtschaftliche Entwicklung Chinas von 1965–1976 und führt die Produktionssteigerung in sechs Schlüsselsektoren (Elektrizität, Stahl, Kohle, Maschinenbau, Traktoren, Handelsschiffe) von durchschnittlich 8–12% pro Jahr an. Er unterläßt es aber, andere ökonomische Indices anzuführen, die es nahelegen, das gesamtwirtschaftliche Wachstum weitaus geringer einzuschätzen. Das Hauptproblem der Wirtschaft der kulturevolutionären Phase scheint in der mangelnden Koordination der einzelnen betrieblichen Einheiten und Branchen (Disproportionalitäten, geringe Kapazitätsauslastung infolge von Zuliefereschwierigkeiten etc.) und der geringen Qualität bei vielen, nicht der zentralen Lenkung und Förderung unterliegenden Bereichen der Leichtindustrie und der Nebenproduktion bestanden zu haben. Inzwischen liegen zahlreiche Berichte sowohl der chinesischen Presse als auch von in China arbeitenden Ausländern vor, die belegen, daß die Produkte vieler Betriebe – offenbar durch mangelnde Qualitätskontrollen und dem Sich-breit-machen einer Art »Tonnenideologie« – von schlechter Qualität bzw. vollständig unbrauchbar waren. So berichtete die chinesische Presse etwa von der vorläufigen Schließung einer Traktorenfabrik (und der Absetzung des zuständigen Parteisekretärs) in Kanton, in der seit ihrer Gründung im Jahre 1966 über 7000 Traktoren produziert wurden, von denen kein einziger funktionstüchtig und ohne Mängel war.⁵ Daß die ökonomische Bilanz keineswegs »sehr positiv« war, wirkte sich auch dahingehend aus, daß das materielle Lebensniveau der Bevölkerung nicht spürbar gehoben werden konnte und die Versorgung mit den Grundlebensmitteln noch nicht vollständig gesichert ist.

Gründe für die Fehler der kulturevolutionären Linken

Die subjektiven Fehler der linken Führer, die bewirkten, daß die KR früh an ihre Grenzen stieß und schließlich scheiterte, liegen für Bettelheim begründet im »Fortbestehen der feudalistischen Ideologie, die sich noch immer auf das heutige China auswirkt« und im »ideologischen Erbe«, das aus der degenerierten bolschewistischen Ideologie gegen Ende der dreißiger Jahre stammt«. Das dieses »ideologische Erbe« weiterhin wirksam sein kann, ist aber nur möglich, weil es Momente in den politischen und ökonomischen Verhältnissen selbst gibt, die den Handlungsspielraum der »revolutionären Linie« objektiv einschränken (87). »Im Zentrum dieser Verhältnisse stehen: die *hierarchischen Beziehungen* . . . innerhalb des Partei- und Staatsapparats; die *Abgeschlossenheit* zwischen den einzelnen Staatsapparaten; die *Trennung* der Grundorganisationen von der Partei«, »die den höhergestellten Organen eine beträchtliche Macht verleihen«. Deren Angehörige können »keine Diener des Volkes sein, da sie einem Netz von Apparaten angehören, die die Volksmassen beherrschen« (88). Da der »Zentralismus gegenüber der Demokratie bei weitem überwiegt« und ein »Verbot der vollen Meinungsfreiheit innerhalb der KPCh« besteht, wird die »Selbstrekrutierung der politischen Führungskräfte«, »Cliquesbildung« und »Vetternwirtschaft« (90) innerhalb der Partei gefördert, also »Führungspraktiken, die mit der Entfaltung einer wirklichen Massendemokratie in Widerspruch stehen« (91). Diese »bürgerlichen politischen Verhältnisse« haben ihre Basis nach Bettelheim in den »unveränderten kapitalistischen Produktionsverhältnissen«: Die »Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln« besteht weiterhin, die »Kontrolle über die Produktionsmittel ist auf eine kleine Minderheit beschränkt«. Bettelheim kommt also zu dem Schluß, daß – auch während der kulturevolutionären Periode – in der VR China sowohl »bürgerliche politische Verhältnisse«, als auch kapitalistische Produktions- und Warenverhältnisse (88) vorherrschten!

Aufgrund der »ungleichen Distributionsverhältnisse« (acht Lohnstufen in der Industrie, 27 Abstufungen in der Gehälterhierarchie in den Staats- und Verwaltungsorganen), d. h. der Privilegien der Kader aus Partei und Staat (die dadurch »in einer anderen Welt leben als die Volksmassen«), reproduziert sich dieses System bürgerlicher Verhältnisse (in der Tendenz) von selbst, denn es sind die Kader aus Partei- und Staatsapparat, in deren Händen die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel liegen und die die Privilegien genießen; folglich können sie nur ein eingeschränktes Interesse an der Umwälzung dieser Verhältnisse haben, gehen also nicht entschlossen gegen sie vor (89). Warum aber stellen die Massen ein solches System nicht radikal infrage? Warum blieb der Protest der Massen bei der Aufgabe der Shanghaier Kommune aus? Für Bettelheim letztlich »aufgrund der Furcht der Massen vor dem Zusammenbrechen der bestehenden Form der Einheit, in der das bestehende System die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse sichert« (91), denn eine andere Form der Einheit stand nicht in sicherer Aussicht, weil die herrschenden Führungspraktiken eine Entfaltung des gesellschaftlichen Experimentierens und einer wirklichen Massendemokratie verhinderten. Das Einschränken der Masseninitiative durch »das Überwiegen antidemokratischer Praktiken« der Führer der »revolutionären Linie« selbst bedingte also die Niederlage der KR; »in China hat diese Niederlage die Form eines Staatsstreichs durch die Anhänger der gegenwärtigen revisionistischen Linie angenommen, mit ihrer »liberalen« Demagogie und mit ihren trügerischen ökonomischen Versprechungen« (93).

Der neue Kurs seit dem Tode Mao Tse-tungs

Die Abkehr der neuen Regierung von Theorie und Praxis der kulturrevolutionären Periode zeigt sich bereits darin an, daß hunderttausende von Kadern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die aus ihren Positionen entfernt waren, rehabilitiert sind und die neue Orientierung entscheidend mitbestimmen. Die einschneidendsten Änderungen wurden bisher auf ökonomischem Gebiet vollzogen. Der Plan zur Durchführung der »Vier Modernisierungen«⁶, demzufolge Chinas Volkswirtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts das Niveau der fortgeschrittenen Industrienationen erreichen soll, ist heute das bestimmende Moment der Innenpolitik. Der laufende Zehnjahrplan (1976–1985) sieht eine industrielle Produktionssteigerung von jährlich »über 10%« vor, und eine Überwindung der seit Beginn der siebziger Jahre praktisch stagnierenden Prokopfproduktion der Landwirtschaft.⁷ Westlichen Schätzungen zufolge dürften – bei Beibehaltung des jetzigen Konzepts – »ab 1978 Wachstumsraten zu erwarten sein, die nicht wesentlich unter den Größenordnungen des 1. Fünfjahrplans (1953–1957, industrielle Wachstumsrate: 20%, F.S.-F.) liegen werden, d. h. wesentlich höhere als während des kulturrevolutionären Jahrzehnts«⁸; die Produktion würde sich demzufolge bis 1985 mehr als verdreifachen.

Das Problem dieser »produktivistischen« und »ökonomistischen« Orientierung liegt für Bettelheim nicht in dem Ziel der Produktionssteigerung an sich, sondern in der Form, in der die zu seiner Erreichung vollzogenen Maßnahmen die bestehenden Produktionsverhältnisse betreffen (die doch schon bürgerlich-kapitalistisch sein sollen?!). So wurden in diesem Jahr die Revolutionskomitees, in deren Händen seit 1967 die Leitung der Betriebe lag, abgelöst und diese den von der Partei eingesetzten Betriebsdirektoren nach dem Prinzip der persönlichen Eigenverantwortlichkeit übertragen. Als Grund für diese Maßnahme wird die bislang übliche »allgemeine Verantwortungslosigkeit« bei der Leitung der Produktion und die meist vorherrschende fachliche Inkompetenz der Komitees angegeben. In der Wiedereinrichtung eines hierarchischen Systems der Betriebsführung (eigenverantwortliche Betriebs-, Werk-, Abteilungsleitungen etc.) sieht Bettelheim die Tendenz, »die Stellung der Kader und Techniker über den Arbeitern aufrechtzuerhalten und letztere der Autorität und den Vorschriften zu unterstellen, die von ersteren ausgearbeitet werden«. »Die ausschließliche Autorität ist das Parteikomitee« (da es die Besetzung der Leitungsorgane bestimmt), »die Arbeiter brauchen sich nur noch führen zu lassen«, das »Prinzip des Gehorsams« und die »Verschärfung der Vorschriften und der Arbeitsdisziplin« wurden an die Stelle des Schöpfergeistes und der Initiative der Massen gesetzt (16).

Nach Lohnerhöhungen im Herbst 1977, die nach chinesischen Angaben 60% aller nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte vor allem der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen betrafen, zielt die neue Lohnpolitik unter der Parole des »Kampfes gegen die Gleichmacherei« und »für die Entlohnung nach der Arbeitsleistung« auf eine stärkere Anwendung materieller Anreize, d. h. der Vergrößerung des Prämienanteils am Lohn, auf die teilweise Einführung von Stück- und Akkordlohn anstelle pauschaler Monatslöhne sowie von individuellen nichtmateriellen Stimuli (Ehrungen, Auszeichnungen, öffentliches Aushängen der Anwesenheitszeit der einzelnen Arbeiter am Arbeitsplatz). Als Begründung wird u. a. die relative Gleichgültigkeit der Arbeiter gegenüber der Produktion, die zunehmende Absenz vom Arbeitsplatz (z. B. nur 3 bis 4-maliges Erscheinen pro Woche) und allgemein die »Ungerechtigkeit eines Systems,

das höhere Arbeitsleistung nicht auch belohnt«, angegeben. »Auf Stücklohn und materielle Anreize zurückzugreifen, nachdem man jahrelang darauf verzichtet hatte«, stellt für Bettelheim einen »ungeheuren Rückschritt« dar, denn eine solche Veränderung »kann nur dazu führen, die Arbeiterklasse zu spalten, indem sie die wachsenden Ungleichheiten zwischen den Arbeitern vorantreibt« und »die während der Kulturrevolution immer wieder betonte Rolle des Bewußtseins, für die Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und für den Aufbau des Sozialismus zu arbeiten«, durch das individuelle Interesse zu ersetzen (25). Neben der verstärkten Zentralisierung der Wirtschaftslenkung (durch die staatliche Planbehörde, die Ministerien und die Wirtschaftsorgane der Provinzen und Bezirke) und dem vermehrten Einsatz ökonomischer Hebel anstelle administrativer Eingriffe werden von der neuen Führung auch die veränderten Aufgaben der Betriebe als Schlüssel zur Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben angesehen: erhöhte Eigenständigkeit, also die Geltendmachung der kollektiven materiellen Interessen der Betriebe soll sie dazu führen, rentabler zu arbeiten, d. h. größere Profite zu machen und so mehr Finanzmittel für den Staat zu akkumulieren. Ökonomie, Produktion und Profit treten für die Betriebe an die oberste Stelle. Ihre disponiblen Fonds werden erhöht, Betriebsleitung und Belegschaft an überplanmäßig erzielten Gewinnen beteiligt, andererseits werden Verluste nicht mehr automatisch vom Staat ausgeglichen.⁹ Die Reformmaßnahmen auf dem ökonomischen Gebiet sind zur Zeit noch nicht abgeschlossen. In den Debatten, in den während der KR eingestellten, seit 1978 wiedererscheinenden, ökonomischen Fachzeitschriften wird weitgehend an den Problemen der 50er und frühen 60er Jahre angeknüpft, wobei die Erkenntnis der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus und deren bewußte Anwendung im Mittelpunkt stehen. Zudem deutet vieles darauf hin, daß insbesondere jugoslawische Erfahrungen an Einfluß gewinnen werden, neben der Erhöhung der Eigenständigkeit der Betriebe wurden bereits Ansätze der Arbeiterselbstverwaltung eingeführt. Im Verlauf des Jahres 1978 wurden die Gewerkschaften (wie auch andere, während der KR zerstörte Massenorganisationen, etwa der Jugend- und Frauenverband) auf nationaler Ebene rekonstituiert; neben ihrer Indienstnahme als Hebel zur Produktionssteigerung wurde ihre Funktion als Interessenvertretung der Arbeiter gegenüber den staatlichen und betrieblichen Leitungsorganen bestimmt – von der Überwachung des Arbeitsschutzes (der während der KR stark vernachlässigt wurde) und der Durchführung von Sozialmaßnahmen bis hin zur Beteiligung an neuen Formen der Produzentendemokratie (Wahl der Abteilungs-, Werks- und Betriebsleitungen). Sowenig jetzt schon beurteilt werden kann, welche Rolle die Gewerkschaften als Organe der Arbeiter in Wirklichkeit spielen werden, so widersprechen ihre auf den nationalen Gewerkschaftskongressen formulierten Aufgaben und Zielsetzungen der von Bettelheim behaupteten Tendenz der zunehmenden Entrechtung, Entmachtung und Disziplinierung der Arbeiterklasse.

Der spektakulärste Kurswechsel vollzog sich in der Außenhandelspolitik. Er war bereits zu Beginn der 70er Jahre eingeleitet worden, kommt aber erst jetzt, im Rahmen des neuen Gesamtkonzepts der beschleunigten Industrialisierung zum Tragen. Die chinesische Führung ist sich bewußt, daß sie ohne Import von moderner industrieller Technologie ihr Wirtschaftsprogramm nicht verwirklichen kann. Deshalb sind von den 350 Milliarden Yuan (= ca. 400 Mrd. DM), die der chinesische Staat bis 1985 an industriellen Investitionen vornehmen will, über 50 Mrd. für Importe von

Anlagen vor allem aus Japan, der EG und den USA vorgesehen. Obwohl der Umfang der chinesischen Außenhandelsaktivitäten in den Monaten seit der Veröffentlichung der Schrift Bettelheims noch erheblich ausgeweitet wurde – im Gegensatz zu früher hat China langfristige Kredite aufgenommen und die ersten joint venture-Projekte sind bereits abgeschlossen – kann Bettelheims Behauptung, die Struktur des chinesischen Außenhandels würde nunmehr der einer Kolonialwirtschaft ähneln (36), nicht geteilt werden. China ist keineswegs gewillt, seine Binnenmärkte für ausländisches Kapital zu öffnen oder seine natürlichen Ressourcen (und damit seine Arbeiterklasse) im Austausch mit Konsumgütern ausbeuten zu lassen.

Wenn China Rohstoffe exportiert, dann mit dem alleinigen Ziel, die Produktionsmittel zu importieren, die es erst in die Lage versetzen kann, sich der eigenen Rohstoff-Ressourcen zu bedienen. Bei dem Scheitern des Versuchs einer eigenen, von der übrigen Welt isolierten Entwicklung und dem Fehlen jeglicher Alternative ist es der ökonomische Rückstand, der dazu zwingt, zeitweise auch den »ungleichen Tausch« zwischen Ländern unterschiedlicher Arbeitsproduktivität in Kauf zu nehmen, und nicht die Rückkehr zu einer »revisionistischen« Politik. Die so in Angriff genommene Entwicklung der eigenen Arbeitsproduktivität erscheint als der einzige Weg, den durch die Geschichte bestimmten Rückstand aufzuholen. Ebenso negativ wie den neuen ökonomischen Kurs beurteilt Bettelheim die Reformmaßnahmen im gesellschaftlichen Überbau, etwa die »Konterrevolution im Erziehungswesen« (37), die sich vor allem im Hochschulbereich vollziehe. Auch hier zieht Bettelheim keine konkrete Bilanz der kulturevolutionären Politik auf diesem Gebiet (obwohl hierzu eine Fülle von Material vorliegt), wenngleich er zugesteht, daß die bisherigen Verhältnisse unzulänglich waren und es grundlegender Verbesserungen bedürfe. Die 1977/78 durchgeführten Reformen beinhalten vor allem die Einführung neuer Prüfungs- und Aufnahmesysteme mit dem Ziel der Erhöhung der fachlichen Qualifikation im Sinne einer Funktionalisierung der Ausbildung für die wachsenden Anforderungen im Industrialisierungsprozeß. Im Gegensatz der Zeit der KR gibt es für einen Teil der Schüler die Möglichkeit, direkt nach Absolvierung der Mittelschule und ohne vorherigen zwei- bis dreijährigen Aufenthalt in einer ländlichen Kommune bzw. der Arbeit in einer Fabrik ein Universitätsstudium zu beginnen. Auch wenn man berücksichtigt, daß die neue Führung glaubt, mit dieser Maßnahme Langversäumtes aufzuholen und den ungeheuren Bedarf an qualifizierten Technikern und Wissenschaftlern wenigstens ansatzweise decken zu können¹⁰, muß man Bettelheim zustimmen, wenn er hierbei die Möglichkeit einer Elitebildung und eine Benachteiligung der Kinder von Arbeitern und Bauern gegeben sieht: tatsächlich sind es vor allem die Kinder der städtischen Kader, die die Aufnahmeprüfungen am besten bestehen, zumal ein Bonussystem, das eine Benachteiligung aufgrund der örtlichen und sozialen Herkunft der Schüler ausgleichen würde, nur in Ansätzen existiert. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese m. E. negative Tendenz, die die Privilegierung einer sich selbst rekrutierenden Intelligenz unterstützen würde, fortgesetzt oder korrigiert wird, zumal andere wichtige Aspekte der Reformen – etwa die starke Erhöhung der Studentenzahlen bei gleichzeitiger Anhebung der Ausbildungszeit, der Wiederaufbau gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen (wie z. B. einer marxistischen Soziologie, Psychologie, Ökonomie oder Geschichtswissenschaft, die während der KR nicht mehr als marxistisch, zum Teil nicht einmal den minimalsten wissenschaftlichen Anforderungen entsprechend anzusehen

waren) – als für China unbedingt notwendig und positiv zu bewerten sind.

Das gleiche gilt für eine Reihe weiterer Veränderungen (z. B. dem Aufbau eines kodifizierten Rechtssystems), die darauf zielen, die politische und materielle Unsicherheit, der die chinesische Bevölkerung über ein Jahrzehnt ausgesetzt war, zu überwinden. Die von Bettelheim vorschnell als »trügerische ... Versprechungen« abgetanen Proklamationen der neuen Regierung haben sich – soweit jetzt absehbar – nicht als Betrug herausgestellt, vielmehr wurde eine Fülle sehr konkreter Maßnahmen durchgeführt, die durchaus geeignet sind, das kulturelle und materielle Lebensniveau der Bevölkerung, dem die kulturevolutionäre Fraktion der KPCh (wie auch Bettelheim) mit weitgehender Ignoranz gegenüberstand, zu heben und die bereits erste, spürbare Auswirkungen zeigen.

Anmerkungen

1 Die Zitate beziehen sich auf die deutsche Ausgabe; Seitenangaben in Klammern.

2 Bettelheims »Staatsstreich«-These stützt sich hauptsächlich auf die Ereignisse vom 6.–8. 10. 1976, die zur Verhaftung von Tschang, Chiang, Wang und Jao und damit zur Ausschaltung des »kulturevolutionären Flügels« in der Partei- und Staatsführung führten. Bettelheim hätte, um seine These stichhaltig zu begründen, nachweisen müssen, daß Hua Guofeng gegen die verfassungsmäßige Ordnung der VRCh verstoßen hat, und nicht, daß er die Macht, die ihm noch zu Lebzeiten Maos legal zugewachsen war (Hua war seit April 1976 Erster stellvertretender Parteivorsitzender und amtierender Ministerpräsident) im Sinne seiner politischen Linie gebraucht hat. Zudem wären in der Geschichte der VRCh eine Reihe wichtiger politischer Entscheidungen nachzuweisen, die unter Verletzung der Statuten der KPCh und der Verfassung zustande kamen (etwa die Revision der Beschlüsse der 1. Sitzung des 8. Parteitages oder die illegale Absetzung führender Politiker während der KR wie z. B. Tao Chu – allesamt seitens der »Maolisten«).

3 Bettelheims Darstellung dieser Frühphase der KR erscheint insofern historisch inkorrekt, als er die Protagonisten der Shanghaier Kommune undifferenziert als »die Massen« oder »die Arbeiter« darstellt, die in einen Kampf für eine neue Form der Machtausübung getreten seien, ohne anzuführen, daß es sich in Wirklichkeit um spezielle soziale Gruppen und Schichten mit sehr spezifischen ökonomischen und sozialen Interessen handelte: In erster Linie um Schüler und Studenten ohne Abschluß und deshalb ohne berufliche Perspektiven, um vom Land geflohene Jugendliche und um »Kontraktarbeiter« ohne berufliche Absicherung sowie um die in der Hierarchie der Betriebe unterste Schicht der Lehrlinge. Vgl.: Rainer Hoffmann, Maos Rebellen, Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution. Hamburg, 1977.

4 Da die VRCh seit 1965 praktisch keine statistischen Zahlen mehr veröffentlicht hat, ist Bettelheim, wie alle anderen Sinologen, auf ausländische Schätzungen angewiesen. Es dürfte Bettelheim allerdings bekannt sein, daß die von ihm zitierten Schätzungen der CIA in Fachkreisen seit jeher als überhöht galten (bezeichnenderweise stiegen die CIA-Angaben parallel zur Verbesserung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen in die Höhe) und teilweise falsifiziert sind (vgl. etwa: China aktuell, Nov. 1978, S. 743 ff.).

5 Vgl. Renmin Ribao 19. 10. 1978, S. 3.

6 Die Modernisierung der Industrie, der Landwirtschaft, der Streitkräfte sowie der Wissenschaft und Technik.

7 So betrug z. B. der geschätzte Anstieg der Getreideproduktion seit 1965 etwa 2% jährlich, das Bevölkerungswachstum 1,5–2%, vgl. etwa: China Quarterly, Juni 1978, S. 369 ff.

8 China aktuell, Jan. 1978, S. 1013.

9 Peking Rundschau Nr. 41/1978.

10 Nach Schätzungen der OECD betrug 1976 der Anteil der Wissenschaftler und Techniker (unter Ausklammerung des medizinischen Bereichs) an der chinesischen Gesamtbevölkerung nur 0,16%.

Politischer Terror in der UdSSR während der dreißiger Jahre*

Die Ende der zwanziger Jahre in der UdSSR eingeschlagene voluntaristische Entwicklungsstrategie war mit einer erheblichen Ausweitung und Verstärkung der staatlichen Repressionsgewalt verbunden, die die Stalinsche Führung mit der ständigen Verschärfung des Klassenkampfes zu legitimieren versuchte.¹ Auf wirtschaftliche Schwierigkeiten reagierte sie nun zunehmend mit Massenrepressalien und politischen Säuberungen. So kam es im Zusammenhang mit Organisationsmängeln im ukrainischen Kohlebergbau zu einer allgemeinen Verfolgungskampagne gegen die technischen und ökonomischen Führungskräfte des Landes, die sich rasch zu einer regelrechten »Spezialistenfresserei« ausweitete.² Die Parteiorganisationen wurden verpflichtet, in sämtlichen Industriezweigen sogenannte Schädlinge aufzuspüren und zu entlarven, die dann für alle wirtschaftlichen Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht wurden. In ähnlicher Weise benutzte die Stalinsche Führung das zunehmende Getreidedefizit, um eine Repressionskampagne gegen die Bauernschaft einzuleiten, die vor allem die bäuerlichen Oberschichten traf. Die niedrigen Beschaffungsergebnisse wurden durchweg den »Kulaken« angelastet, deren konkrete Bestimmung jedoch willkürlich erfolgte.³ In der Regel nannte man den lokalen Partei- und Verwaltungsorganen ein bestimmtes Kontingent von Kulaken, die diese dann ausfindig machen und bestrafen mußten. Soweit sie sich der staatlichen Requisitions- und Repressionspolitik widersetzen, wurden sie für die Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung mitverantwortlich gemacht und in die Bestrafungsaktion einbezogen. Bereits Ende der zwanziger Jahre erfaßte die von der Stalinschen Führung organisierte politische Säuberung alle Funktionäre, die die neue Entwicklungspolitik nicht aktiv unterstützten. Im Rahmen einer Kampagne zur »Kritik und Selbstkritik« wurden vor allem diejenigen Kräfte bekämpft, die nach wie vor an den Prinzipien der Neuen Ökonomischen Politik festhalten wollten. Den gleichen Zweck verfolgte auch eine 1929/30 durchgeführte neue Generalsäuberung der Kommunistischen Partei. Die staatlichen Sicherheitsorgane (OGPU), die inzwischen über eine Schlüsselstellung im Herrschaftsapparat verfügten, verhafteten zahlreiche Parteifunktionäre und -mitglieder; in diesem Zusammenhang kam es vielfach zu Deportationen und vereinzelt auch schon zu Erschießungen.⁴

Die sprunghafte Industrialisierung und gewaltsame Kollektivierung war überall im Lande mit verstärkten Repressalien verbunden, unter denen in erster Linie die technischen und wirtschaftlichen Fachleute, die Bauernschaft sowie bestimmte Gruppen von Funktionären zu leiden hatten. Hierzu gehören besonders die politischen Prozesse zu Beginn der dreißiger Jahre, die sich gegen angebliche Schädlings- und Spionageorganisationen (»Industriepartei«, »Partei der werktätigen Bauern«, »Unions-

* Die folgenden – einem umfassenderen Arbeitszusammenhang entstammenden – Ausführungen verweisen auf einige Aspekte der Stalinschen Repressionspolitik, die vor allem seine Dysfunktionalität deutlich machen sollen, die nach Ansicht des Verfassers das eigentliche Problem des »Stalinismus« bildet.

büro der SDAPR«) richteten.⁵ Sie basierten – ebenso wie der Šachty-Prozess von 1928 – ausschließlich auf den erzwungenen Geständnissen der Angeklagten. Mit den Prozessen versuchte die Stalinsche Führung ein Exempel zu statuieren, um die gesamte technisch-wirtschaftliche Führungsschicht des Landes einzuschüchtern und zugleich die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung über die sich rapide verschlechternden Arbeits- und Lebensverhältnisse abzufangen. Darüber hinaus dienten sie der Mobilisierung neuer Spezialisten, denen gerade in jenen Jahren entscheidende Bedeutung zukam. Dem Ziel der Abschreckung dienten auch zahlreiche lokale Prozesse, die Anfang der dreißiger Jahre in den verschiedenen Landesteilen stattfanden, sowie eine Reihe von Geheimprozessen und Erschießungen. Auch auf die Hungersnot vom Winter 1932/33, die eine Folge der gewaltsamen Kollektivierungs- und Requisitionspolitik war⁶, reagierte die Stalinsche Führung u. a. mit Schädlingsprozessen gegen führende Spezialisten und Funktionäre der Landwirtschaftsverwaltung, denen die katastrophalen Mängel in der Lebensmittelversorgung zur Last gelegt wurden. Der vorläufig letzte größere Schädlingsprozeß fand im Frühjahr 1933 statt und richtete sich gegen das leitende Personal einiger Elektrizitätswerke, das man der Spionage und Sabotage beschuldigte.⁷

Besonders deutlich trat der Zusammenhang von wirtschaftlichem Mißerfolg und politischer Repression im Verlauf der Kollektivierungskampagne zutage, in der sich nicht nur die Bauern, sondern auch die lokalen Partei- und Staatsfunktionäre wiederholt schärfsten Verfolgungen ausgesetzt sahen und der Terror schließlich zur gebräuchlichsten Verwaltungsmethode wurde. Als etwa der wachsende bäuerliche Widerstand gegen die Enteignungen im Frühjahr 1930 die Feldarbeiten gefährdete, machte Stalin kurzerhand die lokalen Partei- und Staatsorgane hierfür verantwortlich.⁸ Mitglieder der zentralen Parteiführung reisten in die Getreideanbaugebiete, um hier zahlreiche örtliche Organe aufzulösen und Funktionäre abzusetzen. Damit verbunden waren massenhafte Parteiausschlüsse und Bestrafungen, die bald die Funktionsfähigkeit des gesamten ländlichen Verwaltungsapparats bedrohten und daher zumindest teilweise wieder rückgängig gemacht werden mußten. In ähnlicher Weise versuchte man, alle Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung zu bekämpfen, wobei immer häufiger die Sicherheitsorgane und das Militär zum Einsatz gelangten. Mit besonders massiven Repressalien reagierte die sowjetische Führung auf die Zuspitzung der Agrarkrise im Winter 1932/33.⁹ In eine Reihe von Getreideanbaugebieten wurden Strafexpeditionen entsandt, die mit Aussiedlungen, Verhaftungen und Erschießungen verbunden waren. Die Partei- und Verwaltungsorgane sowie der Beschaffungsapparat sahen sich einer grundlegenden politischen Säuberung unterzogen, die zu einer weitgehenden Auswechslung des Personals führte. In diesem Zusammenhang spielten auch die Anfang 1933 geschaffenen Politischen Abteilungen eine Rolle, deren Hauptaufgabe es war, Schädlinge in den Kolchosen aufzuspüren und ihnen die Instabilität der Betriebe und die niedrigen Produktions- und Beschaffungsergebnisse anzulasten. Kolchosen, die ihren staatlichen Verpflichtungen nicht nachkamen, wurden als »Kulakennester« bekämpft, obwohl es inzwischen gar keine Kulaken mehr gab. Stalin machte sogenannte Ehemalige, d. h. Mitglieder alter gesellschaftlicher Schichten, für alle wirtschaftlichen Fehlschläge verantwortlich, zu denen es durch die gewaltsame Kollektivierung und die sprunghafte Industrialisierung gekommen war. Um in einer solchen krisenhaften Situation die Bildung neuer innerparteilicher Oppo-

sitionsgruppen zu verhindern, wie sie sich bereits ansatzweise abzeichnete, sollten entsprechende Präventivmaßnahmen ergriffen werden.¹⁰

In diesem Sinne verfügte das Politbüro Anfang 1933 – neben einer Reihe allgemeiner Reorganisationsmaßnahmen – eine weitere Generalsäuberung der Kommunistischen Partei, die sich bald auch auf alle anderen Organisationen und Institutionen des bestehenden Herrschaftsapparats erstreckte.¹¹ Die neue Säuberung erfolgte – ebenso wie ähnliche Aktionen in früheren Jahren – unter der Kontrolle zentraler Parteiorgane. Eine Reihe von Spezialkommissionen überprüfte von Mitte 1933 bis Anfang 1934 elf lokale bzw. regionale Organisationen sowie einige Organisationen der Roten Armee und der Grenztruppen. Nach dem 17. Parteitag im Januar/Februar 1934, der auch die Einführung regelmäßiger Parteisäuberungen beschloß, erfolgte bis zum Frühjahr 1935 die politische Überprüfung von 14 weiteren territorialen Organisationen sowie einiger Organisationen der Roten Armee, des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten und des Verkehrswesens, so daß insgesamt knapp zwei Millionen Parteimitglieder und Kandidaten erfaßt wurden. Hunderttausende, die als unzuverlässig galten, wurden hierbei – häufig wegen sogenannter Passivität – ausgeschlossen oder von Mitgliedern zu Kandidaten bzw. von Kandidaten zu sogenannten Sympathisanten zurückgestuft.

Trotz der fortlaufenden Säuberung, die den gesamten Partei- und Staatsapparat erfaßte, waren die Jahre 1933 und 1934 eher durch eine innenpolitische Entspannung gekennzeichnet, die schon von zeitgenössischen Beobachtern als »Politik der Versöhnung« beschrieben wurde.¹² Die staatlichen Repressionen ließen erheblich nach, und im wirtschaftlichen Bereich gab es erstmals wieder größere Fortschritte. Nach dem 17. Parteitag Anfang 1934, der diese Politik bestätigte, wurden weitere Reformen in Angriff genommen, die auf den Abbau terroristischer Herrschaftsmethoden und eine allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse zielten. Ganz offensichtlich war eine solche Revision der Stalinschen Politik, die sich bald auch auf das Gebiet der äußeren Beziehungen erstreckte¹³, ein Resultat interner Auseinandersetzungen, zu denen es nach der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise von 1932/33 gekommen war. Auch sowjetische Historiker weisen darauf, daß Stalins persönliche Machtstellung nach dieser Krise erheblich geschwächt war.¹⁴ Die innen- und außenpolitische Neuorientierung, die sich 1933/34 abzeichnete, war in erster Linie mit der Person Kirovs verbunden, der als Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees sowie des Leningrader Gebietskomitees bedeutenden Einfluß ausübte. Er verkörperte in jenen Jahren – zusammen mit einer Reihe anderer Partei- und Staatsführer – zumindest ansatzweise eine Alternative zur Stalinschen Politik, die sich wieder stärker an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte.

Die Politik der inneren Entspannung, die in mancher Hinsicht an die Neue Ökonomische Politik erinnerte, wurde durch die Ermordung Kirovs am 1. Dezember 1934 jäh unterbrochen.¹⁵ Stalin nahm den – wahrscheinlich provozierten – Mord zum Anlaß, die Repressionspolitik wieder aufzunehmen und immer weiter auszuweiten, wobei er sich auf ihm besonders ergebene Funktionäre stützte. Hiermit antwortete er auf die machtpolitischen Auseinandersetzungen, die in den vergangenen Jahren stattgefunden hatten. Der von Stalin persönlich organisierte Terror sollte nicht nur jede vergangene, sondern auch jede künftige Opposition beseitigen und ihm die absolute Macht sichern. So wurde der Mord an Kirov zum Ausgangspunkt einer

Reihe politischer Prozesse und einer sich immer mehr steigernden Wachsamkeitskampagne, die ein allgemeines Klima der Furcht und Einschüchterung im Lande erzeugten. In einer solchen Situation war dann der Einsatz aller terroristischen Instrumente der Staatsmacht möglich, ohne daß dieser auf Widerstand stieß.

Seit Anfang 1935 wurden die Parteiorganisationen immer wieder aufgefordert, einen erbarmungslosen Ausrottungsfeldzug gegen die Partei- und Volksfeinde zu führen, die – so hieß es – den Sozialismus um so wütender bekämpften, je mehr Erfolge dieser aufzuweisen habe, so daß sich der Klassenkampf ständig verschärfe.¹⁶ Totales Mißtrauen und permanente gegenseitige Kontrolle wurden zum wichtigsten Parteigesetz. Das bedeutete ein System wechselseitiger Anklagen und Selbstanklagen, das immer mehr Menschen erfaßte. Unter solchen Umständen nahm auch die im Mai 1935 verfügte Überprüfung der Parteidokumente, die unter Leitung von Ežov erfolgte, rasch den Charakter einer rigiden Säuberungsaktion an. Sie war mit wiederholten Kontrollen regionaler und lokaler Parteiorganisationen verbunden; es kam erneut zu Massenausschlüssen aus der Partei, die immer willkürlicher erfolgten. Ausgeschlossene Parteimitglieder verloren in der Regel ihren Arbeitsplatz und waren häufig weiteren Verfolgungen durch die politische Polizei ausgesetzt. Deren Opfer wurden vor allem diejenigen Partei- und Staatsfunktionäre, die man der Verbindung mit der ehemaligen innerparteilichen Opposition verdächtigte.

Eine erhebliche Verschärfung erfuhr die staatliche Repressionspolitik im Sommer 1936. Die Stalinsche Führung inszenierte eine Reihe großangelegter politischer Prozesse, um die ehemaligen Oppositionellen nun auch physisch zu beseitigen und darüber hinaus die Verfolgung auf alle Funktionärskreise sowie sämtliche Bevölkerungsschichten auszudehnen.¹⁷ Von zentraler Bedeutung waren der Prozeß gegen den »sinowjewistisch-trotzkistischen Block« (Zinow'ev, Kamenev u. a.) im August 1936, der Prozeß gegen das »sowjetfeindliche trotzkistische Zentrum« (Pjatakow, Radek, Sokol'nikow u. a.) im Januar 1937 und der Prozeß gegen den »Block der Rechten und Trotzkisten« (Bucharin, Rykow u. a.) im März 1938. Die Angeklagten, unter denen sich fast alle ehemaligen Oppositionsführer befanden, wurden des Hochverrats, der Spionage, des Diversantentums, der Schädlingstätigkeit, der Vorbereitung terroristischer Akte gegen die höchsten Partei- und Staatsführer sowie zahlreicher anderer schwerer Verbrechen beschuldigt und aufgrund erpreßter Geständnisse fast alle zum Tode verurteilt. Keiner der Verurteilten ist jemals freigekommen. Auch Trockij, den man in allen Prozessen am meisten belastet hatte, wurde schließlich im August 1940 in Mexiko von einem NKVD-Agenten ermordet.¹⁸

Die Moskauer Prozesse, die von zahlreichen Prozessen auf lokaler Ebene begleitet wurden, führten zu einer nicht enden wollenden Kette von Denunziationen und Verleumdungen, die Stalin die terroristische Verfolgung immer neuer Personenkreise ermöglichte.¹⁹ Ununterbrochen prangerte die Propaganda die Schädlings-, Spionage- und Terrortätigkeit feindlicher Agenten an, so daß es schien, als sei eine riesige Untergrundorganisation in sämtliche Institutionen der sowjetischen Gesellschaft eingedrungen. Diese Propaganda bildete zugleich die offizielle Antwort auf sämtliche Unzulänglichkeiten und Mängel des bestehenden Systems. Wenn man die sowjetische Gesellschaft als eine harmonische Gemeinschaft darstellte, in der die Menschen in Wohlstand, Glück und Zufriedenheit lebten, so konnten alle Not und alles Leid nur das Werk feindlicher Agenten sein, die den Sozialismus ob seiner großartigen Erfolge

derart haßten, daß sie den sowjetischen Staat um jeden Preis vernichten wollten. Stalin selbst aber mußte in einer so bedrohlich und gefährvoll dargestellten Situation in um so hellerem Lichte erscheinen – das Mißtrauen aller gegen alle verband sich mit einem grenzenlosen Vertrauen in seine Person. So erreichte der Personenkult in den Jahren der Moskauer Prozesse ganz neue Dimensionen. Mit ihren Attentatsplänen gegen Stalin zielten die terroristischen Verschwörer »auf das Herz und den Kopf der Partei«, erklärte Chruschtschow Anfang 1937. »Indem sie ihre Hände gegen den Genossen Stalin erhoben, erhoben sie sie gegen das Edelste, was die Menschheit besitzt, weil Stalin die Hoffnung ist, die Erwartung, das leuchtende Signal ist, das die fortschrittliche Menschheit leitet. Stalin ist unser Banner! Stalin ist unser Wille! Stalin ist unser Sieg!«²⁰

Die wichtigste Aufgabe der öffentlichen Prozesse aber war es, im ganzen Lande ein Klima der Hexenjagd zu schaffen, das es gestattete, den Terror auch auf die stalinistischen Funktionäre auszudehnen. Auf der ZK-Tagung vom Februar/März 1937 erklärte Stalin schließlich, daß feindliche Agenten in jeder einzelnen wirtschaftlichen und politischen Institution des Landes tätig seien, führende Stellungen im Partei- und Staatsapparat besetzt hätten und überall über Komplizen verfügten.²¹ Nach dieser Direktive wurde die Repression auf alle Funktionärskreise und sämtliche Bevölkerungsschichten ausgedehnt. Jeder einzelne Bürger des Landes war nunmehr ein potentieller Partei- oder Volksfeind – vor allem, wenn er eine führende Stellung bekleidete oder besonders erfolgreiche Arbeit leistete. Damit waren die Voraussetzungen für einen wechselseitigen Vernichtungskampf geschaffen, an dem sich unter Kontrolle der Sicherheitsorgane der gesamte Funktionärsapparat beteiligte und der schließlich mit seiner weitgehenden Zerstörung bzw. Selbsterstörung endete. Stalin und seine Gehilfen trieben die Verfolgungs- und Straforgane immer wieder zur beschleunigten Arbeit an.²² Das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKVD) selbst, das mit der Organisation des Terrors beauftragt war, wurde umgebildet, personell gesäubert und erheblich ausgebaut. Es erhielt Sondervollmachten, um alle Volksfeinde auszurotten. Unter der Leitung von Ežov verwandelte es sich in den mächtigsten Verfolgungs- und Strafapparat, den es je gegeben hatte.

Mitte 1937 bis Ende 1938 erreichte die Stalinsche Schreckensherrschaft ihren Höhepunkt.²³ Der Terror, der inzwischen den Alltag der Menschen bestimmte, kannte keine Grenzen mehr; in der UdSSR herrschte völlige Gesetzlosigkeit; es kam in allen Landesteilen zu Massenverhaftungen und -hinrichtungen. In der Regel wurden den Dienststellen und Behörden bestimmte Quoten von Volksfeinden genannt, die dann ausfindig gemacht und abgeurteilt werden mußten. Während Stalin den Terror im Zentrum leitete, reisten Tausende von Beauftragten und Bevollmächtigten im Lande umher, um die Repression auf lokaler Ebene zu organisieren. In viele Gebiete wurden spezielle Strafexpeditionen unternommen. Besonders energisch arbeitete die OSO, ein Sondertribunal des NKVD, das sich überall auf lokale Dreiergruppen stützen konnte. Zeitweise nahm der Terror unverhüllt kriminelle Formen an: »Es wurde in Wohnungen gemordet, in Hotels, auf Jagdausflügen, im Büro, durch Gift und Fenstersturz, und gemeldet wurden dann Herzschläge, Unglücksfälle oder Selbstmord.«²⁴ Selbst an den sowjetischen Landesgrenzen machten die NKVD-Kommandos und -agenten nicht halt; häufig verfolgten sie ihre Opfer durch ganz Europa. Den terroristischen Aktionen wurde erst Einhalt geboten, als sie schließlich den gesamten

ökonomischen und staatlichen Funktionsmechanismus des Landes lahmzulegen drohten. Nach einer personellen Säuberung des NKVD und der Ablösung Ežovs durch Berija Ende 1938 setzten die Sicherheitsorgane den Terror in mehr selektiver Form fort. Er richtete sich nun vor allem gegen bestimmte soziale, politische und ethnische Gruppen, wobei besonders die Bevölkerung der in den Jahren 1939 und 1940 okkupierten Gebiete zu leiden hatte. Ein großer Teil der 1937/38 Verhafteten wurde entlassen; viele erhielten ihre ehemaligen Positionen zurück; Zehntausende von Parteiausschlüssen wurden rückgängig gemacht. Die Bevölkerung und die Funktionäre, die wußten, daß Stalin die terroristischen Instrumente auch künftig zur Verfügung standen, lebten seither in Furcht und Gehorsam. Von nun an reichte allein die Drohung, daß der Terror jederzeit wiederholbar war, aus, um Stalins Regime der persönlichen Gewaltherrschaft abzusichern.

In die Terrorjahre fällt auch der forcierte Ausbau der Straflager, die ein wichtiges Disziplinierungs- und Abschreckungsmittel der Stalinschen Führung bildeten und zugleich wirtschaftlichen Zwecken dienten.²⁵ Um die zahllosen Verhafteten unterzubringen, wurden überall im Lande – besonders in unwirtlichen geographischen Regionen wie dem Hohen Norden oder dem Fernen Osten – neue Konzentrationslager errichtet, in denen zeitweise mehr als 10 Millionen Menschen lebten. Die Lagerinsassen mußten bei unzureichender Ernährung und mangelhafter Bekleidung schwerste Arbeiten verrichten, wobei sie völlig schutzlos der Willkür der Lagerleitungen und Wachmannschaften ausgeliefert waren. Seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre waren die Haftbedingungen weitgehend von der Absicht bestimmt, möglichst viele Häftlinge zu Tode zu quälen. Wenn auch die Arbeit nicht – wie in den deutschen Konzentrationslagern – unmittelbar der physischen Vernichtung diente, so wurden doch durch das mörderische Arbeitssystem massenhaft Menschen umgebracht. Besonders hoch war die durchschnittliche Sterberate in den Lagerkomplexen des Hohen Nordens und in Kolyma im Fernen Osten. Darüber hinaus bereisten in den Jahren des Massenterrors spezielle Kommissionen die Lager, um – in der Regel geheim durchgeführte – Massenerschießungen zu veranlassen. Zahlreiche politische Häftlinge fielen auch der barbarischen Behandlung durch die Lagerbehörden zum Opfer. Hinzu kamen zahllose Selbstmorde – eine Folge der grausamen Arbeits- und Lebensbedingungen. So verwandelten sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre viele sowjetische Straflager in regelrechte Vernichtungsstätten. Soweit sie außerdem wirtschaftliche Überschüsse abwarfen, dienten diese in erster Linie dem Ausbau des Lagersystems und des Polizeiapparats.

Der Terror der Jahre 1937/38 erstreckte sich auf alle Kreise der sowjetischen Bevölkerung: sämtliche Berufsgruppen, alle Altersklassen (einschließlich der Kinder), beide Geschlechter und jede Nationalität. Der Auswahl der Opfer lagen keinerlei objektive Kriterien zugrunde. Es war am Ende völlig gleichgültig, wer verfolgt wurde, da niemand schuldig war. Von Mitte 1937 bis Ende 1938 verhafteten die Staatssicherheitsorgane wahrscheinlich ca. 8 Millionen Menschen, die des Hochverrats, der Spionage und Sabotage, der Organisierung des bewaffneten Aufstandes sowie der Vorbereitung von Attentaten und anderer schrecklicher Verbrechen beschuldigt wurden. Unter den Verhafteten befanden sich relativ viele Parteimitglieder, darunter Zehntausende von unteren und mittleren Führungskadern. Am meisten betroffen war aber die Oberschicht der Funktionäre.²⁶ Im Unterschied zu anderen Diktatoren, die

ihre Feinde verfolgten, vernichtete Stalin gerade seine entschiedensten Anhänger, die auch in den dreißiger Jahren noch eine gewisse selbständige Macht verkörperten und damit seinen absoluten Herrschaftsanspruch gefährden konnten. So erfaßte der Terror vor allem die höheren Ränge der Parteifunktionäre. Der größte Teil der auf dem 17. Parteitag 1934 anwesenden Delegierten und die meisten der damals benannten Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees wurden verhaftet und hingerichtet. Ebenso schwer wurden die regionalen und lokalen Parteiorgane heimgesucht. Ohne Rücksicht auf die Folgen – vor allem im Bereich der Industrie – dezimierte die politische Polizei den gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltungsapparat, wobei gemäß Stalins Direktive kein Betrieb, keine Institution und keine Organisation verschont blieb. Selbst das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten, das den Terror in Stalins Auftrag organisierte, wurde einige Male grundlegend gesäubert. Insgesamt waren die Führungsschichten der nationalen Minderheiten überproportional betroffen; so wurden etwa die Regierungen der sowjetischen Teilrepubliken mehrfach liquidiert. Die sowjetische Polizei bezog in die Verfolgung auch die Leitungsorgane der Komintern ein, die ihren Sitz in Moskau hatten. Damals wurden viele ausländische Kommunisten – darunter berühmte Revolutionäre – eliminiert, die in die UdSSR emigriert waren. Dabei stützte sich Stalin teilweise auf den Kominternapparat selbst, mit dessen Hilfe die Verfolgungen auch auf kommunistische Parteien im Ausland ausgedehnt werden konnten.²⁷

Schwer verwüstet wurden die kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen der UdSSR, wodurch dem Lande auch langfristig irreparabler Schaden entstand. Verhaftungen, die Mitte 1936 einsetzten, brachten einen großen Teil der begabtesten Schriftsteller und Künstler ins Konzentrationslager. Nach vorliegenden Angaben wurde von 1936 bis 1939 fast ein Drittel der dem sowjetischen Schriftstellerverband angehörigen Schriftsteller verhaftet und ermordet.²⁸ Ähnlich hohe Verluste mußten auch die anderen Künste, besonders das dramatische Theater, hinnehmen. Soweit sich die Schriftsteller und Künstler der unmittelbaren Verfolgung entziehen konnten, stellten sie unter dem Druck der terroristischen Drohung jede schöpferische Arbeit ein, so daß das kulturelle Leben des Landes zeitweise völlig erstarb. Auch die wissenschaftlichen Dispute endeten seit 1936 immer häufiger in den staatlichen Gefängnissen. Betroffen waren sämtliche Disziplinen – die Naturwissenschaften ebenso wie die Gesellschaftswissenschaften, wobei man zumeist die bedeutendsten Vertreter des Faches verhaftete. Ebenso verfolgt wurde die technische Intelligenz, darunter hervorragende Spezialisten und große Erfinder. Diejenigen Wissenschaftler und Forscher aber, die nicht verhaftet bzw. wieder freigelassen wurden, flüchteten in bloße Routinearbeit. Seit jener Zeit datiert auch der Niedergang einer Reihe wissenschaftlicher Disziplinen, an deren Stelle häufig pseudowissenschaftliche Surrogate traten, die vor allem im wirtschaftlichen Bereich erheblichen Schaden stifteten. So richtete etwa die Ablösung der wissenschaftlichen Genetik durch die Lehren Lysenkos, eines offensichtlichen Scharlatans, beträchtliches Unheil bei der Selektion landwirtschaftlicher Tiere und Nutzpflanzen an.²⁹ Ähnlich schädliche Folgen für die Landwirtschaft hatte das von Viljams propagierte System des Futtergrasanbaus, das im Jahre 1937 für die gesamte Landwirtschaft verbindlich erklärt wurde. Auch in anderen Disziplinen führte der Bruch mit den großen wissenschaftlichen Traditionen des Landes, mit dem eine völlige Isolierung von der internationalen Entwicklung einherging, zu Stagnation und Verfall.

Als besonders verhängnisvoll erwies sich die weitgehende Vernichtung der militärischen Führungsschicht, zumal das große Unsicherheit im gesamten Partei- und Staatsapparat hervorrief.³⁰ Die Verhaftungen, die auch hier bereits im Jahre 1936 eingesetzt hatten, nahmen im Frühjahr 1937 – im Zusammenhang mit einem Geheimprozeß gegen die höchsten Militärführer – Massencharakter an. Nachdem Stalin Anfang Juni 1937 zur völligen Liquidierung der militärischen Verschwörung und Anfang August zur totalen Ausrottung der Volksfeinde aufgerufen hatte, erreichten die Verhaftungen in den sowjetischen Streitkräften ein riesiges Ausmaß. Sie richteten sich gleichermaßen gegen die militärischen Kommandeure wie die politischen Funktionäre der Armee. Keine einzige militärische Institution blieb verschont – der Nachrichtendienst und die Abwehr ebensowenig wie das Volkskommissariat für Landesverteidigung, die politische Führung der Streitkräfte oder die Militärbezirke. Nachdem Anfang 1938 Stalins Gehilfe Mechlis die Leitung der Politischen Hauptverwaltung der Armee übernommen hatte, wurden die Repressalien noch einmal ausgedehnt. Insgesamt trafen sie vor allem die qualifiziertesten und erfahrensten Militärführer sowie die modernsten Waffengattungen wie die Luftwaffe, die Panzer- und die motorisierten Verbände. Zieht man darüber hinaus in Betracht, daß mit der physischen Vernichtung der wichtigsten militärischen Führer auch moderne strategische Konzepte preisgegeben wurden, so wird die verheerende Wirkung der Repression noch deutlicher. Außerdem verlor das Land viele Hunderttausende von diensttauglichen Männern durch Einlieferung in die Straflager. Auch in diesem Sinne trug der Ausbau des Lagersystems beträchtlich zur Schwächung des Landes bei.

Die katastrophalen Auswirkungen des Terrors blieben aber nicht auf die innersowjetische Entwicklung beschränkt. Sie führten außerdem zu einer erheblichen Schwächung der internationalen Stellung der UdSSR, was angesichts der nationalsozialistischen Aggressionspolitik eine enorme Gefährdung des Landes bedeutete. In Deutschland rief die Nachricht von der Liquidierung der sowjetischen Kommandeure »Jubel hervor«.³¹ Während das Hitlerregime die militärische Schwächung der UdSSR einkalkulieren konnte, minderte diese zugleich die Bedeutung des Landes als potentieller Bündnispartner der Westmächte. »Der Bündniswert der UdSSR sank auf ein Minimum herab.«³² So vermehrten sich auch die Schwierigkeiten, auf die die sowjetische Strategie der kollektiven Sicherheit von Anfang an gestoßen war. Besonders verheerende Auswirkungen aber hatte der Stalinsche Terror auf die internationale kommunistische Bewegung und die Volksfrontpolitik. Nachdem der 7. Weltkongreß der Komintern im Jahr 1935 die vorangegangene, in erster Linie gegen die Sozialdemokratie, vor allem deren linken Flügel gerichtete Politik revidiert und den Kampf gegen den Faschismus zur Hauptaufgabe erklärt hatte, war es einer Reihe kommunistischer Parteien in Westeuropa gelungen, erheblichen politischen Einfluß zu gewinnen. Die Auswirkungen des Massenterrors machten nicht nur diese Erfolge weitgehend wieder zunichte, sondern bewirkten darüber hinaus eine krisenhafte Erschütterung der gesamten kommunistischen Bewegung, die nur durch die Vorstellung, die UdSSR bilde eine Basis im weltweiten Kampf gegen den Faschismus, zeitweise überdeckt werden konnte.³³

Anmerkungen

1 Diese These trat in den Vordergrund, als die neue Industrialisierungs- und Kollektivierungspolitik eingeleitet wurde. Vgl. Stalin, Werke (Berlin 1950 ff.), Bd. 12, S. 31 ff. Sie tauchte

Anfang der dreißiger Jahre in zahlreichen Parteidokumenten auf. Die These von der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes wurde jeweils dann besonders hervorgehoben, wenn der Staatsapparat verschärfte Repressionsmaßnahmen ergriff.

2 Vgl. die Reden von V. V. Kujbyšev in der »Pravda« vom 30. März und 29. August 1928 und vom 5. Februar 1930.

3 O. Schiller, *Die Kollektivbewegung in der Sowjetunion*, Berlin 1931, S. 28 ff.; M. Lewin, *Russian Peasant and Soviet Power*, London 1968; ders., *The Immediate Background of Soviet Collectivization*, in: *Soviet Studies* (1965/66) S. 162 ff.; ders., *Who Was the Soviet Kulak?*, in: *Soviet Studies* (1966/67) S. 189 ff.

4 R. V. Daniels, *Das Gewissen der Revolution*, Köln/Berlin 1962, S. 373 ff.

5 R. A. Medwedew, *Die Wahrheit ist unsere Stärke*, Frankfurt/M. 1973, S. 128 ff.; *Prompartii*, Moskau 1931; *Process konterrevoljucionnoj organizacii menševikov*, Moskau 1931; *Vrediteli pjatiletki*, Moskau 1931.

6 Hierüber gibt es eine Reihe literarischer Berichte, so beispielsweise von M. Alekseev in: *Zvezda* (1964) Nr. 1 und V. Tendrjakov in: *Moskva* (1968) Nr. 3. Eine Zusammenfassung und Auswertung westlicher Untersuchungen bringt D. G. Dalrymple, *The Soviet Famine of 1932–1934*, in: *Soviet Studies* (1963/64) Nr. 3; dies., *The Soviet Famine of 1932–1934 some further References*, ebenda (1964/65) Nr. 4. Nach dieser Auswertung sind 1932/33 etwa 5,5 Millionen Menschen an Hunger gestorben.

7 Mitteilungen und Ankündigungen in der »Pravda« vom 12. März, 14. März und 13. April 1933. Vgl. *The Moscow Trial*, Compiled by W. P. Coates, London 1933.

8 Stalin, *Werke*, Bd. 12, S. 168 ff.

9 Medwedew, *Die Wahrheit*, S. 110 ff.; Bemerkungen von M. Scholochov in der »Pravda« vom 23. März 1933; Brief von M. A. Scholochov an Stalin vom 16. April 1933, abgedruckt in der »Pravda« vom 10. März 1963.

10 Stalin, *Werke*, Bd. 13, S. 185 ff.

11 N. P. Andruchoy, *Partijnoe stroitel'stvo v period bor'by za popedu socializma v SSSR*, Moskau 1977, S. 138 ff.

12 Vgl. den Memoirenband von W. Duranty, *Stalin & Co.*, New York 1949.

13 Auch die Entwicklung der Volksfrontpolitik ist im Zusammenhang mit diesen innenpolitischen Veränderungen in der UdSSR zu sehen.

14 Vgl. den Kommentar zur zweiten Auflage der »Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion« von D. M. Kulin, *Slavnaja i geroičeskaja istorija*, in: *Voprosy istorii* (1963) Nr. 4.

15 Die Umstände von Kirovs Ermordung sind bis heute nicht völlig aufgeklärt. Medwedew, *Die Wahrheit*, S. 173 ff.; Trotzki, *Stalins Verbrechen*, Berlin 1973, S. 219 ff.; R. Conquest, *Am Anfang starb Genosse Kirov*, Düsseldorf 1970, S. 62 ff.; A. Ulam, *Stalin. Kološ der Macht*, Eßlingen 1973, S. 347 ff.; S. Krasnikov, *Sergej Kirov*, Moskau 1964.

16 Vgl. J. W. Stalin, *Werke*, Bd. 14, Dortmund 1976, S. 121.

17 Conquest, *Am Anfang*, S. 106 ff.; J. Carmichael, *Säuberung. Die Konsolidierung des Sowjetregimes unter Stalin 1934–1938*, Frankfurt/M./Berlin/Wien 1972; W. Ziehr, *Die Entwicklung des »Schauprozesses« in der Sowjetunion*, Berlin 1970, S. 222 ff.; G. Procaeci, *Il partito nel sistema sovietico, 1917–1945*, in: *Critica marxista* (1974) Nr. 2, S. 70 ff.

18 J. Deutscher, *Der verstoßene Prophet. Trotzki 1929–1940*, Stuttgart 1963, S. 444 ff.

19 Medwedew, *Die Wahrheit*, S. 215 ff.

20 »Pravda« vom 31. Januar 1937. In dieser Nummer der »Pravda« finden sich zahlreiche ähnliche Äußerungen.

21 Stalin, *Werke*, Bd. 14, S. 119 ff.

22 Stalin, Zdanov und Ežov warfen dem Sicherheitsapparat vor, er sei mit seinen Verfolgungen um vier Jahre in Verzug geraten. Daraufhin versuchte dieser, das Versäumte nachzuholen.

23 Hierüber informieren am besten eine Reihe von Memoiren und literarischer Darstellungen. Vgl. beispielhaft A. Weißberg-Cybulski, *Hexensabbat*, Frankfurt/M. 1977; L. Tschukovskaja, *Ein leeres Haus*, Zürich 1967.

24 Medwedew, *Die Wahrheit*, S. 406.

25 D. J. Dallin, B. Nicolaevsky, *Forced Labor in Soviet Russia*, New Haven 1947; *Livre blanc sur les camps de concentration soviétiques*, Paris 1951; P. Barton, *L'institution concen-*

trationnaire en Russie 1930–1957. Paris 1959; S. Swianiewicz, Forced Labor and Economic Development. An Inquiry into the Experience of Soviet Industrialization. London 1965; B. Jakovlev, A. Burcov, Koncentracionnye lageri SSSR. München 1955. Vgl. auch D. Beyran, Soltschenizyns »Archipel GULAG« und das sowjetische Lagersystem, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (1976) Nr. 9.

26 B. Souvarine, Stalin. A Critical Survey of Bolshevism. London 1939; P. Broué, Le parti bolchévique, Paris 1963 ff., S. 395 f.

27 Vgl. den Beschluß des EKKI-Präsidiums »Der Kampf gegen die trotzkistische Agentur des Faschismus. Verjagt die trotzkistischen Schädlinge aus der Arbeiterbewegung!«, in: Die Kommunistische Internationale (1937) Nr. 7.

28 Vgl. Medwedew, Die Wahrheit, S. 257; J. Jelagin, Taming of the Arts. New York 1951.

29 D. Zhoravsky, The Lysenko Affair. Cambridge/Mass. 1970; S. A. Medwedjew, Eine Wissenschaft kapituliert. München 1974.

30 P. Grigorenko, Der sowjetische Zusammenbruch 1941. Frankfurt/M. 1969; J. Erickson, The Soviet High Command. London 1962, S. 323 ff.; P. Jakir, Kindheit in Gefangenschaft. Frankfurt/M. 1974; Ju. P. Petrov, Nekotorye voprosy partijnopolitičeskoj raboty v Vooružennyh Silah v predvoennye gody, in: Voprosy istorii KPSS (1963) Nr. 11.

31 A. M. Nekrič, 1941. 22. ijunja. Moskau 1965, S. 88.

32 G. Niedhart, Der Bündniswert der Sowjetunion im Urteil Großbritanniens 1936–1939, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen (1971) Nr. 2, S. 60.

33 Vgl. F. Claudin, Die Krise der Kommunistischen Bewegung. 2 Bde. Berlin 1977 und 1978; Boffa (P.C.I.), Martinet (PSF), Marxistische Stalinismus-Kritik. Hamburg 1978, S. 79 ff.

Zur Stalinismus-Forschung erschienen im Argument bisher u. a. folgende Aufsätze:

Gert Meyer, Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft in der UdSSR, in: *Argument* 106, 107, 108

Michael Masuch, Das Problem der Erklärung des »Stalinismus«, in: *Argument* 106

Volker Gransow, Jenseits des Stalinismus?, in: *Argument* 110

Gert Meyer, Zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1917–1927. Literaturbericht, in: *Argument* 111

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

SH 22 Die NofU – Rechtskräfte an der Uni

BdWi Berlin/West: Vorwort

Marvin/Theißen/Voigt: Die NofU – Zur Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Universität (aus: *Argument* 109/1978)

Dokumentation: Podiumsdiskussion »Zur Theorie und Praxis der NofU« mit W. F. Haug, U. Wesel, H. J. Geißler und O. v. Simson

Marvin/Theißen/Voigt: Kommentar zur Podiumsdiskussion

E. Uhrek: Agitation im Dokumentenkleid. Die Fachhochschule für Wirtschaft und Politik im Zerrspiegel der »Notgemeinschafts«-Publizistik
97 Seiten; 5,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Ulrich Hampicke

Das neue Umweltgutachten*

Im Dezember 1971, mitten im Reformzeifer der ersten Regierung Brandt, wurde durch Erlaß des Bundesinnenministers ein »Rat von Sachverständigen für Umweltfragen« geschaffen, dessen Aufgabe es ist (GMBL. 1972, Nr. 3, S. 27, § 1), die Umweltsituation und die Umweltbedingungen in der BRD periodisch zu begutachten sowie die Urteilsbildung bei allen umweltpolitischen Instanzen und in der Öffentlichkeit zu erleichtern.

Neben drei Sondergutachten (»Auto und Umwelt«, 1973; »Die Abwasserabgabe«, 1974 und »Umweltprobleme des Rheins«, 1975) veröffentlichte der Rat ein erstes zusammenfassendes Hauptgutachten im Jahre 1974, dem nun, vier Jahre später, das zweite dieser Art folgt. Die Umstände des Erscheinens sind politisch aufschlußreich: Das Vorwort ist vom Vorsitzenden mit Februar 1978 unterzeichnet. Eine hektografierte Kurzzusammenfassung zirkulierte unmittelbar darauf unter ausgewählten Interessenten, in welcher als Erscheinungstermin der April 1978 genannt wurde. Es geschah aber monatelang nichts und, nachdem Gerüchte über verschiedene Querelen durchgesickert waren, richtete sich die Öffentlichkeit auf eine längere Wartezeit ein. Auf wunderbare Weise wurde es dann ganz plötzlich dem Bundestag zugeleitet: Am 8. Juni, vier Tage nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hamburg mit ihren unvorhergesehenen Erfolgen für »Grüne« und »Bunte« Listen und der Entfernung der F.D.P. aus beiden Landesparlamenten. So erschien es als offizielle Drucksache mit Datum vom 19. 9. 1978, rechtzeitig vor den wichtigen Wahlen in Hessen.

Das Gutachten umfaßt 638 zweispaltige Seiten in DIN A 4 und ist zur leichteren Orientierung in 1947 durchlaufend nummerierte Paragraphen eingeteilt (nach denen auch im folgenden zitiert wird). Dazu kommen zahlreiche Tabellen, Abbildungen und ein Anhang, welcher u. a. ein Literaturverzeichnis und ein Sachregister enthält. Der Textteil gliedert sich neben der Einführung (4 S.) in vier Hauptabschnitte: (1) »Situation der Umwelt und deren Entwicklung« (422 S.), (2) »Umweltfragen in Gesellschaft und Politik« (81 S.), (3) »Volkswirtschaftliche Aspekte des Umweltschutzes« (44 S.) und (4) »Aspekte einer längerfristigen Umweltpolitik« (13 S.).

Die Darstellung der Umweltsituation und ihrer Entwicklung nimmt den weitaus größten Raum ein. Sie gliedert sich wiederum in fünf Hauptpunkte: (1) »Schadstoffe und Schadwirkungen« (58 S.), (2) »Grundbereiche der Umweltpolitik« (261 S.), (3) »Komplexe Bereiche der Umweltpolitik« (84 S.), (4) »Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen« (6. S.) und (5) »Zusammenfassende Bewertung« (5 S.). Ein Thema fehlt ganz, nämlich Umwelt und Energie, wobei eine Diskussion pro und contra Kernenergie fällig gewesen wäre. Im Vorwort wird darauf hingewiesen, daß dies den Umfang des Gutachtens gesprengt hätte und daß daher ein Sondergutachten angefertigt werden wird. Obwohl sich im Gutachten von 1974 einige Seiten zu energie-wirtschaftlichen Aspekten finden, ist man bereits damals diesem heißen Eisen aus dem

* Umweltgutachten 1978 (Bundestagsdrucksache 8/1978). Verlag Dr. Hans Heger (Vertrieb parlamentarischer Drucksachen), Bonn 1978 (638 S., br., 16,- DM + 2,- DM Versandkosten).

Wege gegangen. So wird es für ein Sondergutachten in der Tat höchste Zeit, hat sich doch der Sachverständigenrat zu einem Thema dieser Brisanz seit seinem Bestehen noch nicht geäußert.

Der Rat läßt durchblicken, daß er mit Umfang und Charakter seines Werkes nicht recht glücklich ist. So erwägt er (§ 6), »in Zukunft thematisch begrenzten und problemorientierten Gutachten Vorrang einzuräumen und damit die bisherige Linie der Sondergutachten zu verstärken.« Zu diesem Entschluß hätte er schon nach dem ersten Hauptgutachten 1974 kommen können. Schon damals zeigte sich, daß die gestellte Aufgabe gar nicht zu bewältigen ist. Das Minimum an Fakten, welches zur Darstellung der Umweltsituation als ganze erforderlich ist, füllt schon mehrere hundert Seiten. Diese müssen dann theoretisch fundiert, gewichtet und interpretiert werden, was mindestens ebensoviel Raum in Anspruch nimmt. An sich wäre es Aufgabe einer Behörde wie des Umweltbundesamtes, für die Dokumentation der Fakten zu sorgen und sie in einer Art von Umwelt-Jahrbuch periodisch zu publizieren. Dann würde dies zeitraubende Geschäft durch eingearbeitete Beamte routinemäßig erledigt, anstatt wie bei der bestehenden Regelung von den Ratsmitgliedern oder vielmehr deren wissenschaftlichen Assistenten in Heimarbeit und Überstunden zusammengestoppelt werden zu müssen. Die Danksagungen im Vorwort an die Mitarbeiter sind verräterisch und lassen vermuten, welcher Art die Aufgabenteilung in eigentliche Arbeit und Sprücheklopfen hier wieder einmal gewesen sein mag.

Eine Besprechung aller ökologischen und umwelttechnischen Kapitel des ersten Hauptabschnittes verbietet sich sowohl aus Gründen des Umfangs wie auch der begrenzten fachlichen Kompetenz jedes einzelnen. Sobald man auf einem Gebiet etwas besser Bescheid weiß, findet man natürlich sofort Mängel und Fehler. Der Rezensent hat z. B. etwas am Problem der CO₂-Anreicherung der Atmosphäre gearbeitet und findet die diesbezüglichen Erörterungen (§§ 220-221) reichlich laienhaft. Ein so wichtiges Thema muß im Umweltgutachten, sofern man es nicht ganz dem angekündigten Sondergutachten über Umwelt und Energie überläßt, ausführlicher und korrekter behandelt werden. Vermutlich kommen andere Spezialisten auf ihren jeweiligen Gebieten zu ähnlichen Folgerungen. Trotz dieser Mängel, welche nicht zuletzt aus zeitlicher Überforderung der Zuarbeiter resultieren dürften, ist in den technischen Kapiteln sicher auch auf weiten Strecken solide Arbeit geleistet worden. Alle hier geäußerte Kritik sollte also keine mit Umweltfragen befaßte Person oder Gruppe davon abhalten, sich das Gutachten zu kaufen. Nirgendwo anders erhält man für 16,- DM so viele Informationen und allein die nützlichen unter ihnen – Tabellen und Fakten über Schmutz, Gift und Lärm – sind dies Geld wert. Besser wäre es freilich, man müßte den Rest nicht mitkaufen.

Interessanterweise streift der Rat an einer Stelle seine sonst vorherrschende Betulichkeit ab und kokettiert geradezu mit Minderheiten, welche vom politischen Establishment der BRD nicht ohne Grund gefürchtet sind. Er widmet 25 Seiten dem Thema: »Möglichkeiten der Erzeugung fremdstoffarmer Nahrungsmittel im konventionellen und alternativen Landbau« (§§ 935-1040). Hier wird schonungslos die Chemisierung der vorherrschenden Landwirtschaft dokumentiert und ein vorsichtig-wohlwollendes Bild der bisher entwickelten Alternativen mit zahlreichen interessanten Informationen skizziert, was die Lobbies von Landwirtschaft und Chemieindustrie in Proteststimmung versetzt haben dürfte. Da unter den Vorwürfen gegen-

über der konventionellen Landwirtschaft auch diejenigen wieder einmal zu finden sind, welche nicht stimmen (Vereinfachung der Fruchtfolge führt nicht zu Mehrerträgen sondern nur zur Arbeitersparnis und besserer Auslastung der Maschinen, hochleistungsfähige Sorten sind nicht oft schädlingsanfälliger, vgl. § 978), wird es den Interessenverbänden nicht schwerfallen, das ganze Kapitel zu disqualifizieren.

Die eigentlich brisanten Themen erwartet man in den Hauptabschnitten 2 und 3 (»Umweltfragen in Gesellschaft und Politik« und »Volkswirtschaftliche Aspekte des Umweltschutzes«). Hier finden sich zunächst unter den Rubriken »Vollzugsprobleme beim Umweltschutz« und »Die Bedeutung der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei der Planung der deutschen Umweltpolitik« interessante Informationen über das Verhalten von Behörden, Gemeinden und sonstigen Vollzugsinstanzen sowie juristische und politische Umweltprobleme innerhalb der EG. Im Kapitel »Umwelt und Öffentlichkeit« wiederum werden die Entwicklung der umweltpolitischen Diskussion seit den 60er Jahren, das Umweltbewußtsein (Meinungen und Einstellungen), die Einführung von Umweltfragen im Schulunterricht, die Bürgerinitiativen und Überlegungen zur Verbandsbeteiligung und Verbandsklage behandelt. Zu Publizistik, Meinungsbildung und Schulfragen werden immerhin empirische Informationen präsentiert wie Ergebnisse von Meinungsbefragungen, Analysen von Lehrplänen etc. Wer hier wie der Rezensent weniger gut Bescheid weiß, fühlt sich (zu Recht?) etwas informiert.

Zur Sache kommt der Rat freilich in den Abschnitten über *Bürgerinitiativen* und vor allem über die Verbandsklage. Die Bürgerinitiativen als wohl gegenwärtig wichtigste Feindfigur der etablierten Parteien werden auf acht Seiten (§§ 1470–1511) unter den Aspekten ihrer Vor- und Nachteile für die demokratische Willensbildung untersucht. Man erfährt, was schon in den meisten Zeitungen gestanden hat: Daß sie einerseits den Dialog zwischen Bürger und Verwaltung rationalisieren, aber auch von Gruppen unterwandert werden können, welche ganz andere Ziele haben (!). Anders als in den vorherstehenden Kapiteln gibt es wenige empirische Belege und noch weniger Literaturzitate, die auf Verarbeitung einschlägiger wissenschaftlicher Schriften schließen ließen.

Das Thema Verbandsklage gehört zu den wichtigsten juristischen Aspekten des Umweltschutzes. Nach bürgerlicher Rechtstradition darf nur der den Klageweg beschreiten, der sich in seinem eigenen Recht verletzt glaubt; es ist nicht möglich, für andere (außer als Vormund) oder für die Allgemeinheit zu klagen. Da viele Umweltgüter Kollektivgüter sind, hat niemand die Möglichkeit, sich für sie juristisch einzusetzen. Drohen z. B. die letzten Exemplare einer Tierart auszusterben, so muß man, juristisch gesehen, dieser Entwicklung tatenlos zusehen, wenn man nicht als Rechtsperson ein direktes Interesse an ihrem Erhalt geltend machen kann. Auch gibt es keine Möglichkeit, sich juristisch für noch ungeborene (genau: noch nicht gezeugte) Menschen einzusetzen. Man kann z. B. niemanden verklagen, wenn er Stoffe freisetzt, die künftige Generationen bedrohen, aber erst nach Jahrzehnten in der Atmosphäre meßbar sein werden.

Der Rat hatte in seinem ersten Hauptgutachten gemeinsam mit vielen anderen Stimmen für die Einführung der Verbandsklage optiert, nach der fachlich ausgewiesenen Vereinigungen ein Klagerecht in derartigen Fragen zugestanden werden soll. Inzwischen ist ihm sein eigener Mut von 1974 anscheinend nicht mehr ganz geheuer,

und er hat einen Rückzieher gemacht, mit dem er sich nun zwischen alle Stühle setzt. Wie er wohl richtig schreibt, ging es in der Vergangenheit in der öffentlichen Diskussion oft weniger um das eigentliche Problem, ob und unter welchen Bedingungen die Verbandsklage Aussicht auf besseren Schutz kollektiver Umweltgüter eröffnen würde als vielmehr um Probleme politischer Opportunität. Behörden und Unternehmungen sträubten sich gegen die zu erwartenden Unbequemlichkeiten, und man fürchtete wieder einmal den Mißbrauch des Klagerechts durch Kräfte, denen es um »ganz andere Dinge« als die Natur geht. Gegen die letztere Gefahr nun präsentiert der Rat eine Abhilfe: Es soll die Verbandsklage geben, aber die klageberechtigten Verbände müssen dahingehend ausgewählt und überwacht werden, daß sie auch politisch astrein sind.

»Es ist nur konsequent, wenn von Bürgern bei qualifizierten Mitspracherechten umgekehrt verlangt wird, daß sie ihre Vereinigungen, was innere Willensbildung, Ziele und Verhalten anlangt, im Einklang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gestalten – etwa analog zu den Bedingungen (Art. 21 des GG) für die politischen Parteien. Hierbei dürfte es freilich nicht genügen, die Satzungen der Vereinigungen ... als ausschließliche Zulassungsgrundlage zu werten. Vielmehr sollte es entscheidend auf das tatsächliche Verhalten ankommen ... So z. B. wenn diese (die Mitglieder, U. H.) bei der Verfolgung ihrer Ziele Gewalt oder andere rechtswidrige Mittel mit ausdrücklicher oder stillschweigender Billigung des Verbandes einsetzen. In solchen Fällen sollte die Möglichkeit bestehen, das Klage-recht nicht zuzugestehen oder wieder zu entziehen.« (§ 1519).

Dieser Vorschlag ist zunächst einmal der Gipfel des politischen Opportunismus. Vor Jahren verfolgte die F.D.P. die Idee eines Verbändegesetzes, nach dem etwa die Grundsätze von Art. 21,1 GG auf Großverbände angewandt werden sollten, welche das politische Leben in der BRD maßgeblich bestimmen. Der Mißerfolg dieser an sich unterstützenswerten Initiative war vorauszusehen. Nach wie vor dürfen Spitzenverbände nach dem Vorbild militärischer Befehlshierarchien organisiert sein und niemand kümmert sich um ihre innere Willensbildung sowie um die demokratische Qualifikation und Vergangenheit ihrer Führer. Aber nach dem Willen des Sachverständigenrates soll ein Verein zum Schutz der Fledermäuse erst einmal beweisen, daß es demokratisch bei ihm zugeht und vor allem, daß sich kein Kommunist in seiner Mitte versteckt hält, bevor er sich zu Worte meldet.

Obwohl mit den Ausführungen zur Verbandsbeteiligung und Verbandsklage (§§ 1512–1520) juristisches Fachgebiet betreten wird, enthalten sie keine Auseinandersetzung mit Gesetzestexten, Kommentaren oder sonstiger Fachliteratur, ja kein einziges (!) Zitat, keine einzige Quellenangabe überhaupt. Man kommt sich vor wie als Leser eines Feuilletons. Dies ist ganz unabhängig von der anstehenden Frage bzw. der Meinung, die der Rat von ihr hat, eine schwere Unterlassung, denn wenn das Gutachten wenigstens einen Wert haben kann, dann den, dem ernsthaft interessierten Leser den Zugang zur Fachliteratur zu erleichtern. Man muß, vielen schlechten Erfahrungen hinsichtlich der Juristengelehrsamkeit in Sachen Umwelt zum Trotz, dem Bundesinnenminister direkt raten, einen geschulten Juristen in das Expertenteam zu berufen. Dessen Gutachten würden dann wenigstens äußerlich akzeptabel, und der Vertreter des obskuren Faches »Allgemeine Umweltprobleme«, welcher hier anscheinend verantwortlich gezeichnet hat, wäre von seiner Überforderung entlastet.

Hätte der Rat die einfachsten juristischen Aspekte seines Vorschlages erörtert, so hätte er selbst dessen Abwegigkeit, schon im Hinblick auf die Parallelisierung mit Art. 21 GG, schnell festgestellt. So gibt es nach Art. 21 GG, §§ 13 und

43–47 BVerfGG und §§ 32–33 PartG keine dem Entzug der Klagebefugnis analoge partielle Funktionsbeschränkung bei Parteien. Es kann nur, auf Antrag eines hohen Verfassungsorgans (Bundestag, Bundesrat, Bundes-, evtl. Landesregierung) die Verfassungswidrigkeit einer Partei durch das Bundesverfassungsgericht an Hand der in Art. 21,2 GG dargelegten Kriterien festgestellt werden, worauf diese Partei zu verbieten ist. Aus guten Gründen ist das Verbotverfahren für Parteien von vornherein unter Einbezug des höchsten Gerichts festgesetzt worden. Andere Körperschaften, selbstverständlich auch Umweltschutzvereine, können auf dem Verwaltungsweg verboten werden und können von sich aus ein Gericht dagegen anrufen. Es ist ein Unding, einem Umweltschutzverein das Verbandsklagerecht, wenn es ihm sonst zusteht, in der vom Rat vorgeschlagenen Weise abzuerkennen: Betreibt ein Verein rechts- oder verfassungswidrige Zielsetzungen, so muß er verboten werden, betreibt er sie aber nicht, so müssen seine auf fachlicher Qualifikation beruhenden Rechte gewährleistet sein. Betreiben einige seiner Mitglieder strafbare Handlungen, so sind sie dafür zur Rechenschaft zu ziehen. Entweder wird dann festgestellt, daß diese Handlungen im wesentlichen Vereinsaktivitäten waren, worauf der Verein ggf. verboten wird, oder daß es sich um Privatdinge der Mitglieder handelte, womit diese belangt werden, aber Vereinsrechte untangiert bleiben müssen. Wenn also ein nicht verbotener Verein eine Klage einreicht, zu der er statutenmäßig befugt ist, so muß über die Sache gerichtlich entschieden werden, wie immer sich Mitglieder ansonsten »tatsächlich verhalten« mögen. Dies ist nur ein ganz elementares rechtsstaatliches Grundprinzip.

Selbstverständlich muß es fachliche Kriterien für die Kompetenz von Vereinen geben, das Verbandsklagerecht in Umweltangelegenheiten ausüben zu dürfen. Hier hätte sich der Rat sinnvolle Gedanken machen sollen, ebenso wie darüber, ob das Verbandsklagerecht überhaupt so eminent wichtig ist; betrifft es doch Probleme, die letztlich politisch statt juristisch gelöst werden müssen, wie die langfristige Erhaltung der Lebensbedingungen auf der Erde. Beide Probleme sind freilich vom Rat nicht behandelt worden.

Der Vorschlag des Rates leistet nicht nur nichts zur Klärung der inhaltlichen Probleme um das Verbandsklagewesen, sondern ist auch juristisch nahezu obsolet. Die Vereinigungen, an die der Rat offensichtlich denkt – Bürgerinitiativen mit radikalem Auftreten und deren Gefolgschaft – wären in einem künftigen Verbandsklagewesen auf Grund ihrer beschränkten Argumentationsfähigkeit bei komplexen Fragen langfristiger ökologischer Planung nur Randfiguren. So lassen sich kaum andere als politische Motive für den Vorschlag des Rates finden. Ist dieser Vorschlag auch so abwegig, daß von ihm in concreto wenig zu befürchten ist, so ist doch die dahinter stehende Haltung erschreckend genug; er dokumentiert wieder einmal die Leichtfertigkeit, mit der in der BRD der verbliebene Bestand liberaler Rechtsstaatlichkeit zur Disposition gestellt wird. Der normale Weg, politisch unliebsame Tendenzen obrigkeitlich zu bekämpfen, besteht bisher darin, daß Organisationen publizistisch als verfassungswidrig denunziert werden, ihr Verbot, womit eine gerichtliche Klärung möglich wäre, unterlassen wird und die Mitglieder oder Anhänger (»Verfassungsfeinde«) schweren Nachteilen wie Berufsverboten ausgesetzt werden. Das hierzu komplementäre und nun vom Sachverständigenrat anvisierte Prinzip besteht darin, Organisationen, die man aus juristischen oder politischen Gründen nicht verbieten kann, ebenfalls unter-

halb der Verbotsschwelle zu attackieren, dann aber nicht die Mitglieder einzeln, sondern gleich die ganze Organisation durch scheinweisen Entzug von Rechten zu schwächen. Konsequenterweise durchgeföhrt, müßte dies zu noch verheerenderen Konsequenzen für den Rechtsstaat führen als bisher:

Erwägt man keine rechtsstaatswidrige Sondergesetzgebung für Umweltverbände, so müßte der Vorschlag des Rates überall Anwendung finden, nicht nur im Umweltbereich. Wenn ein Alpenpflanzenverein als Tarnorganisation für Verfassungsfeinde entlarvt wird und daher seiner statutenmäßigen Rechte – hier dem Klagerecht in Sachen Alpenpflanzen – enthoben wird, wie kann dann eine Gewerkschaft ihre Gewerkschaftsfunktionen behalten, wenn sie sich als Schlupfloch für Radikale zu erkennen gibt oder besser, wenn sie nicht alle Zweifel daran ausräumen kann, daß es verschiedenen ihrer Mitglieder wirklich nur um die »Sache« anstatt um »ganz andere Dinge« geht? Nicht wenigen Konservativen dürfte bei diesem Gedanken warm ums Herz werden. Nächster Schritt: Sind Vereine ihrer statutenmäßigen Funktionen aus politischen Gründen enthoben, so brauchen sie eigentlich auch keine Rechte als juristische Personen mehr. Außer rechtskundigen Individuen würde es ohnehin niemand auffallen, ob ein Umweltschutzverein daran gehindert wird, für Naturgüter (ein Verbandsklagerecht nutzend, sofern es ein solches gäbe) oder für sich selbst (seine ihm als juristische Person zustehenden Rechte wahrnehmend) zu klagen. Die Folgen des Präzedenzfalles, die der Sachverständigenrat setzen möchte, wären gar nicht auszudenken. Wer bürgte dafür, daß die Stimmung, die zunächst gegen Verbände erzeugt würde, nicht bald auch auf Einzelpersonen übergriffe? Wenn morgen ein Verband sein Verbandsrecht nicht einklagen kann, weil man ihm schlimme Dinge nachsagt (in Wirklichkeit, weil er politisch unliebsam ist), so kann übermorgen eine Person ihr Persönlichkeitsrecht aus dem gleichen Grunde verlieren. Aus der Frage: »hat jemand Recht oder nicht?« wird unter der Hand: »wer ist das überhaupt, der da Recht haben will?«.

Der Rat bemerkt im Vorwort, daß, im Gegensatz zu 1974, nun erstmals ein ausführlicher Teil über die *volkswirtschaftlichen Aspekte des Umweltschutzes* vorgelegt werden könne. Richtig ist, daß 1974 nur 17 Seiten (155–172), im Jahre 1978 aber 44 Seiten (522–566) hierzu angefertigt worden sind. Da die Informationsdichte beider Teile indes umgekehrt proportional zu ihrer Länge ist, enthält die Neufassung nicht unbedingt mehr an Information, im Gegenteil. Das erste, was man als Rezensent zu diesem Teil sagen kann, ist, daß man ihn stark hätte kürzen können. – Zu Beginn der ökonomischen Ausführungen heißt es (§ 1692):

»Zur gleichen Zeit (Ende der 60er Jahre, U. H.) lieferte die ökonomische Theorie . . . mit dem sog. Verursacherprinzip ein umweltpolitisches Fundamentalprinzip, das als »Internalisierungsmechanismus« systemkonform, weil marktkonform ist; es läuft in seiner theoretisch-idealen Konstruktion auf eine Simulation des Marktgeschehens hinaus: Jeder, der die Umwelt beansprucht, wird mit den dadurch entstehenden jeweiligen sozialen Zusatzkosten belastet, so daß auch die Knappheit des Gutes Umwelt, die zwar seit langem besteht, jedoch bisher kaum wahrgenommen wurde, durch einen Quasi-Preis signalisiert wird.«

Es lohnt sich diese Sätze genau zu lesen, denn an ihnen ist fast alles falsch: (1) Die bürgerliche ökonomische Theorie lieferte die betreffenden Konzepte nicht Ende der 60er Jahre, sondern etwa seit 1920 mit Pigou. Eine weitere fruchtbare Periode waren die 50er und frühen 60er Jahre mit Kapp, Scitovski, Coase, Buchanan and Stubblebine, Turvey u. a.

(2) Das Fundamentalprinzip der bürgerlichen Ökonomie zur Umweltbewirtschaftung ist nicht das »Verursacherprinzip«, sondern die Internalisierung Externer Effekte. Es hat nie einen grundlegenden wissenschaftlichen Artikel mit dem Titel »Verursacherprinzip« gegeben; dieser Ausdruck ist vielmehr in der politischen Diskussion erfinden worden, und im Bestreben, ihn wissenschaftlich abzusegnen, hat man die Dinge später so gedreht, als käme hier ein einschlägiges wissenschaftliches Prinzip zur Anwendung. Man folgt besser der Auffassung anderer bürgerlicher Ökonomen, nach denen das Verursacherprinzip infolge seiner Mehrdeutigkeit mit fundamental verschiedenen wissenschaftlichen ökonomischen Ausfüllungen versehen werden kann, soweit sich nicht wie in der politischen Diskussion ohnehin jeder darunter das vorstellt, was ihm beliebt.

(3) Die »theoretisch-ideale« Konstruktion der bürgerlichen Umweltökonomie ist nicht die Simulation des Marktmechanismus im Umweltbereich, sondern die tatsächliche Einrichtung funktionsfähiger Märkte, ohne noch etwas simulieren zu müssen. Daher soll die Knappheit der Umweltressourcen hier nicht durch »Quasi-Preise« sondern durch Preise wie alle anderen auch signalisiert werden. Diese marktwirtschaftliche Ideallösung findet ihren Ausdruck im bekannten Coase-Theorem, wonach sich ein allokationseffizienter (»Pareto-optimaler«) Umweltzustand bei Verhandlungswilligkeit der Kontrahenten und der Definierbarkeit von Eigentumstiteln an Umweltgütern auch ohne zentrale Einflußnahme einstellt. Zum Coase-Theorem finden sich im Gutachten 14 Zeilen (Anfang von § 1770). Marktsimulationen erfolgen dagegen bei einer – in keiner Weise marktwirtschaftlich-idealen – Strategie, in der dezentrale Arrangements zwischen Wirtschaftssubjekten bezüglich der Umwelt gerade nicht erlaubt sind, der zulässige Belastungsgrad der Umwelt zentral und außermarktwirtschaftlich, d. h. politisch determiniert wird und die einzelnen Wirtschaftssubjekte mit Hilfe verschiedenster Instrumente wie Lizenzen und Gebühren in *äußerlich* möglichst marktkonformer Weise, wenn es sein muß aber auch einfach durch Vorschriften, motiviert werden, sich konform zu den politischen Zielsetzungen zu verhalten. Diese, auch dem bundesrepublikanischen »Verursacherprinzip« zugrundeliegende Strategie entspricht dem ursprünglichen bürgerlichen Paradigma der »unsichtbaren Hand« des Marktes nur dem Scheine, nicht dem Wesen nach. Sie kennzeichnet (was Wunder!) einen hohen Grad monopolkapitalistisch-staatlicher Zentralisierung und wird von bürgerlichen Ökonomen mit mehr analytischem Scharfblick auch genauso verstanden und, freilich rückwärts-gewandt-utopistisch, kritisiert. Zu diesen Themen gibt es übrigens eine ganze Anzahl auch deutschsprachiger Arbeiten, von denen keine im Literaturverzeichnis aufgeführt ist.

(4) Nach der Intention des Verursacherprinzips soll ein Beansprucher natürlicher Ressourcen mit den gesamten Kosten seiner Tätigkeit, dem Wert des damit verbundenen Gutsverzehr, belastet werden. Ob dies ganz oder teilweise die »Sozialen Zusatzkosten« sind, hängt von der Definition dieses Begriffes ab. Bereits 1959 wurden in einer verdienstvollen Arbeit 28 verschiedene Begriffsinhalte der Termini »Sozialkosten« und »Soziale Zusatzkosten« analysiert und mehrere begriffsexegetische Arbeiten seither demonstrierten endgültig, daß sie wissenschaftlich nicht definierbar sind. Ausdrücke wie »Soziale Zusatzkosten« – ohnehin international unüblich – dienen seither der Bemäntelung begrifflicher Unklarheit und gehören in kein wissenschaftliches Gutachten.

(5) In einem Paper von vier Seiten wurde 1963 gezeigt, daß Pigou einem Irrtum erlag, als er forderte, die Urheber negativer Externer Effekte einer Besteuerung in Höhe der »jeweiligen sozialen Zusatzkosten« (sinngemäß etwa: in Höhe des bei anderen angerichteten Schadens) zu unterwerfen. Der Zentralinstanz ist es nicht möglich, diesen Betrag zu ermitteln, fände sie ihn aber zufällig, so führte die Erhebung einer Gebühr in seiner Höhe nicht zum Allokationsoptimum wie von Pigou angenommen, sondern einfach zu einem anderen suboptimalen Zustand. Aus diesem Grunde ist auch die – in der tagespolitischen Umweltdebatte freilich zum Nonplusultra der Marktconformität erhobene – Verschmutzungsabgabe allokationstheoretisch ebenso schlecht wie die meisten anderen marktsimulierenden Strategien. Themen wie dieses sind in der bürgerlichen Umweltökonomie auf das ausführlichste diskutiert worden und kein Student darf sich ohne Sanktionen mehr Formulierungen erlauben, nach denen »jeder, der die Umwelt belastet, mit den dadurch entstehenden jeweiligen sozialen Zusatzkosten belastet werden soll«. Im Umweltgutachten von 1978 hingegen prangt Pigous Denkfehler von 1922 in alter Frische.

Daß das Umweltgutachten eine kritische Analyse der Praxis wie auch der ideologischen Reflexion kapitalistischer Umweltzerstörung bieten würde, war nicht zu erwarten bzw. für seine Auftraggeber nicht zu befürchten. Aber erwarten können hätte man, daß Wissenschaftler, die Regierung, Parlament und Öffentlichkeit beraten, in ihrem Fach, rein handwerklich gesehen, sattelfest sind. Die eben vorgeführte Begriffsverwirrung ist hingegen so vollkommen, daß man sich fragen muß, wie der Autor überhaupt an dies Thema gekommen ist. Auch die weiteren Ausführungen (»Vorbemerkung: Nationalökonomie und Entwicklung der Umweltpolitik«, §§ 1691–1703, »Probleme der Kosten- und Nutzenermittlung im Umweltschutz«, §§ 1704–1754 und »Die Rolle des Verursacherprinzips in einer rationalen Umweltpolitik«, §§ 1755–1877) sind in ihrer Oberflächlichkeit unerträglich. Da werden bereitliegende »Fundamentalprinzipien« wie Tabletten verschrieben – hie das »Verursacherprinzip«, da das »Vermeidungskostenprinzip« und dort das »Gemeinlastprinzip« und meistens eine Mischung von allen dreien, je nach Beschwerden. In diesem Geplätscher ist es unmöglich, eine falsifizierbare These zu entdecken, über die man sachlich streiten könnte.

Es wäre die Aufgabe der marktwirtschaftlichen Umweltökonomien, den Ursachen nachzugehen, weshalb ihre früher mit Begeisterung akzeptierten Vorschläge nach fast einem Jahrzehnt praktischer Umweltpolitik weithin ignoriert werden. Warum wird denn das Anfang der 70er Jahre mit so viel Pomp verkündete Verursacherprinzip so wenig angewandt? Es sieht den entschiedenen Vorzug »ökonomischer« bzw. »marktconformer« Steuerungsimpulse wie z. B. Verschmutzungsgebühren gegenüber administrativen Regelungen wie Ge- und Verboten vor. Bisher erfolgte in der Praxis das Gegenteil. Es wurden eine Reihe großenteils sinnvoller und nötiger Umweltschutzgesetze erlassen, nach denen gewisse umweltschädliche Aktivitäten, wie es sich gehört, einfach verboten werden (Bundesimmissionsschutzgesetz, Benzinbleigesetz, Abfallbeseitigungsgesetz, Bundesnaturschutzgesetz u. a. m.). Im ganzen sozialwissenschaftlichen Teil des Gutachtens findet sich keine systematische Würdigung der Eignung, Wirksamkeit und Mängel dieser Gesetze. Die marktconformen Wunderwaffen wie Lizenzen und Gebühren kamen bisher kaum zum Einsatz, von Ansätzen, welche sich am Coase-Theorem orientieren, ganz zu schweigen. Der Berg kreiße

hier nur eine Maus, nämlich das Abwasserabgabengesetz, eine skandalöse Irreführung der Öffentlichkeit, welche in zahlreichen Stellungnahmen – durchaus keinen systemkritischen – als solche gewürdigt worden ist. Die Abgabe ist so niedrig bemessen, daß sie jeder verschmutzende Betrieb aus der Westentasche zahlt und sich ansonsten überhaupt nicht ändert.

Auf eine Kurzformel gebracht, präsentiert sich das Umweltgutachten 1978 in dieser Weise: Der naturwissenschaftlich-technische Teil ist bei erheblichen Mängeln im Detail noch akzeptabel. Mit Ausnahme der hier nicht näher diskutierten mehr deskriptiven Kapitel ist der sozialwissenschaftliche Teil hingegen, mit den Maßstäben des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes gemessen, auf peinliche Weise schlecht. Der Bundesinnenminister müßte aus ihm die Konsequenz ziehen, den Sachverständigenrat wieder aufzulösen. Die Dokumentationsaufgaben gehören, wie schon erwähnt, an das Umweltbundesamt. Werden bereichsspezifische Sondergutachten benötigt, so bedarf es keines permanenten Rates, man kann sich vielmehr direkt an die jeweils qualifiziertesten Stellen wenden.

Zu Problemen der Umwelt und des Umweltschutzes erschienen im *Argument* u. a. folgende Aufsätze:

D. Hassenpflug: Umwelt zu Marktpreisen (I); U. Hampicke: Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung; H. Immler: Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen. Alle in: *Argument* 93 (im Sonderverkauf nur 4,- DM)

D. Hassenpflug: Umwelt zu Marktpreisen? (II), in: *Argument* 95 (im Sonderverkauf nur 4,- DM)

W. Pfaffenberger: Monopolisierung in der Energiewirtschaft der BRD, in: *Argument* 104

W. Andritzky: Umweltinitiativen als politischer Machtfaktor, in: *Argument* 112

U. Terlinden: Technokratie, weibliche Sozialisation und Ökologiebewegung, in: *Argument* 112

M. Meyer-Renschhausen: Kernenergie und ihre Alternativen. Literaturbericht, in: *Argument* 112

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Karl-Heinz Götze

»Daher können wir uns die Entwicklung von Gegenargumenten an dieser Stelle schenken«¹

Erneuter Versuch, sich über die Prinzipien produktiver Kritik zu verständigen, unternommen anhand der »Argument«-Kritik in den »Beiträgen zum wissenschaftlichen Sozialismus«.

Nachdem im Editorial zu Heft 109 angekündigt worden war, das *Argument* wolle sich mit der bisweilen in der Nähe des Leserbetrugs angesiedelten Rezensionspraxis der »Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus« auseinandersetzen, erreichte die Redaktion ein Leserbrief, in dem es hieß, die Zeitschriftenbesprechungen der »Beiträge« seien in der Tat häufig »Betrüge«, dennoch solle man sie mit Schweigen übergehen, da anderenfalls die Gefahr bestünde, daß zwei linke Zeitschriften, die viele politische Gemeinsamkeiten haben, sich in eine unfruchtbare, lähmende, nach Intellektuellenart erbittert ausgetragene Polemik verbeißen könnten. Es drohe so weitere Zersplitterung statt der notwendigen Konzentration der Kräfte.

Der Brief ermutigt, zeigt er doch, daß mit Lesern gerechnet werden kann, die Zeitschriften nicht nach der Stärke ihres polemischen Affekts beurteilen, sondern danach, was sie zum Kampf für die »dritte Sache« beitragen. Ermutigend ist der Brief auch deshalb, weil er beweist, daß unnütze Texte auch ohne die Hilfe einer Antikritik als unnütz erkannt werden. Wenn wir hier dennoch die kritische Praxis der »Beiträge« behandeln, so geschieht das nicht, um Gemeinsames zu leugnen oder Einzelnes richtigzustellen. Das eine wäre so falsch wie das andere nutzlos. Wir wollen die Redaktion der »Beiträge« auch nicht darum verklagen, weil wir uns besonders schlecht behandelt fühlen würden. Gerade auch Texte, in denen Argument-Autoren positiv besprochen werden, erscheinen uns skandalös und werden im Folgenden Gegenstand sein. Ausschlaggebend war aber die Überlegung, daß der genannte Leserbrief zwar die richtige Intention hat, aber aus ihr im konkreten Fall die falsche Konsequenz zieht: Gerade wenn man sich mit anderen linken Publikationsorganen bezüglich wichtiger Fragen in einer gemeinsamen Front sieht, darf man sich selbst nicht zur weiterziehenden Karawane erklären, die Kritiker aber zu den bellenden Hunden – selbst dann, wenn der Ton der Kritik bisweilen an Gekläff erinnern mag. Es gibt kein Abonnement auf Wissenschaft und Wahrheit, sondern sie wird von unterschiedlichen Kräften der sozialen Bewegung erarbeitet. Gerade aber wenn das so ist, wird die Verständigung über produktive Formen der Kritik zu einer Lebensfrage für die arbeitsorientierte Wissenschaft in der BRD. Kritik ist ein Medium des Lernens, macht Veränderungsvorschläge, verwirft Unbrauchbares, setzt einen Prozeß des Überdenkens, Verbesserns in Gang. »Es ist völlig verkehrt, Kritik als etwas Totes, Unproduktives, sozusagen Langbärtiges zu betrachten. In Wirklichkeit ist die kritische Haltung die einzig produktive, menschenwürdige. Sie bedeutet Mitarbeit, Weitergehen, Leben.«²

Diese Funktion hat Kritik freilich nicht in jedem Fall. Auch Beckmesser gehört in ihre Geschichte. Auch der Modus der Kritik will erarbeitet sein. Der folgende Aufsatz versucht dazu einige Anstöße zu geben. Er will anregen, den Modus der Kritik selbst verstärkt zum Gegenstand kritischen Nachdenkens zu machen. Die Argument-Kritik in den »Beiträgen« des Jahres 1978 dient dabei mehr als Illustrationsmaterial für eine

anachronistische Form der Kritik denn als Objekt von Håme, wenn diese sich hier auch wohlfeil anbringen lieÙe.

Kritik hat die Information über den kritisierten Gegenstand zur elementaren Voraussetzung. Besprechungen und Rezensionen können nicht davon ausgehen, daß die Leser alle besprochenen Texte kennen. Ihre erste Funktion ist die Mitteilung, daß da und dort zu diesem und jenem Thema Wissen zur Verfügung steht. Der Rezensent, der nicht angibt, wer im kritisierten Text mit welchen Kernthesen und welchen Resultaten über was schreibt, düpiert seine Leser gleich doppelt: Er macht seine eigenen Urteile ad hoc unüberprüfbar und er vorenthålt Wissen. Ca. die Hälfte der Besprechungen von *Argument*-Aufsätzen im Jg. 1978 der »Beitråge« enthalten elementarste Informationen vor. Von Holzkamps Text in *Argument* 103 »Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben«? erfåhrt der »Beitråge«-Leser z. B. weder den Titel, noch die Kernthesen (»Beitråge« 1/78, S. 151 f.). Am fehlenden Platz kann das nicht liegen, steht der doch zur Verfügung für schülerzeitungsartige Einleitungssätze wie: »Holzkamp ist in der No. 103 wieder als Projektschmied unterwegs«.

Man braucht nicht einmal umzublåttern, um weitere Beispiele für diese Form von »Kritik« zu finden. Der Titel und wichtige Problemstellungen des Aufsatzes von Abendroth in *Argument* 104 werden genannt, aber auch hier erfolgt in wichtigen Fragen Kritik, ohne daß über die Position des Kritisierten berichtet worden wåre:

»Zur Frage: wird sich die DKP zur stärksten Kraft auÙerhalb der SPD entwickeln können (gemeint ist natürlich: stärksten sozialistischen Kraft, K.H.G.) oder muÙ es als Zwischenform eine sozialistische Sammlungspartei der »nicht-kommunistischen« Sozialisten geben, kann Abendroth wenig beitragen, nicht zuletzt, weil seine Erklärung für die Anpassung von SPD und Industriegewerkschaften an die Ideologie der CDU åuÙerst fragwürdig bleiben.« (Beitråge 1/78, S. 153)

Aber wie erklårt Abendroth die Anpassung? Wieso hångt von dieser Erklärung ab, daß Abendroth nur wenig zur Frage »sozialistische Sammlungspartei« beitragen kann? Auch hier bleibt das Urteil unüberprüfbar. »Kritik« nach dem Motto »Entweder man glaubt's oder man glaubt's halt nicht!«

Renommierte Autoren wie Holzkamp und Abenroth werden, was die Informationen über ihre Arbeiten angeht, von den »Beitrågen« immerhin noch bevorzugt behandelt. Holzkamp erhålt gequåltes Lob (»ein sich einen MaÙstab setzender Wissenschaftler«), zu Abenroths Aufsatz finden sich auch einige einlåsliche Zeilen. Wehe aber den Nachwuchsautoren, die nicht durch politische Verdienste, seitenlange Publikationslisten und durch Lehrstühle vor anmaÙender Kritik ein wenig geschützt sind! Auf sie konzentrieren sich Hohn, Spott, und Verbalinjurien der Nachwuchsrezensenten in den »Beitrågen«.

Eine solche Gewichtung ist scheinbar sachlich legitimiert. Natürlich haben, um bei den Beispielen zu bleiben, Abendroth und Holzkamp meist mehr zu sagen als ein Student, der mit Måhe aus seiner Examensarbeit Thesen destilliert hat oder als ein Assistent, der seinen dritten Aufsatz vorlegt. Tatsåchlich aber ist diese Haltung, so objektiv sie sich gibt, verheerend, da sie dazu dient, junge Autoren zu vernichten, statt sie zu fördern. Linke Publikationsorgane haben nicht nur die Aufgabe, åhnlich den bürgerlichen Verlagen die besten Texte der bekanntesten Autoren zu drucken. Sie müssen mit jungen Autoren arbeiten. Wie anders soll die Kontinuitåt marxistischer Wissenschaft gesichert werden? Kritik, die das berücksichtigt, wird über Texte, die besser

sein könnten, nicht freudig herfallen, sondern behutsam das Nützliche fördern und das Irreführende abweisen. Dazu bedarf es freilich nicht nur der Geduld, die zur Behutsamkeit nötig ist, dazu muß man nicht nur sagen können, wie man es nicht machen darf, sondern auch zeigen, wie man es machen sollte. Dazu muß man vor allem begründen können, weshalb etwas unnützlich und irreführend ist. Sonst hat der kritisierte Autor nichts davon. Wem dies egal ist, weil er meint, das sei eben Sache des Autors oder allenfalls der *Argument*-Redaktion, nicht aber *unsere* und damit seine Sache, der sollte vielleicht das Argument erwägen, daß von vernichtender Kritik eben auch die Leser des Kritikers, selbst die einverstanden, nichts haben außer vielleicht einigen Witzchen. Kurt Tucholsky, der übrigens die Technik der Theaterkritiker, Nachwuchsschauspieler zu verreißen, die mächtigen Stars aber aus Vorsicht zu schonen, von Herzen haßte, zitiert in seinem Aufsatz »Kritik als Berufsstörung« einen »besonders üblen« Rezensenten, der ihm privat einmal gesagt habe: »Ich wollte ja die Buchkritik längst aufgeben. Aber – er sprach Dialekt – man gibt doch nicht gern's Peitscherl aus der Hand.«³ Aber das bezieht sich auf einen bürgerlichen Kritiker und hat demzufolge mit unserer Sache nichts zu tun.

Etwas zu tun mit unserem Problem einer Kritik, die Auskünfte über das Kritisierte verweigert, hat allerdings die Besprechung des in *Argument* 103 veröffentlichten Beitrags von Nemitz. Er untersucht den im Zentrum der Kritischen Theorie stehenden Topos »Technik als Ideologie« u. a. anhand von Texten Marcuses, Bahrs, Tholens und Ullrichs. Er erprobt dabei ein methodisches Verfahren, das nicht nur Richtiges vom Falschen trennen, sondern auch die Entstehungs- und Funktionsweise des Topos mindestens ansatzweise erklären soll. Er behandelt also ein wichtiges Thema der BRD-Linken und er schlägt ein gegenüber herkömmlicher Ideologiekritik neues methodisches Verfahren vor. Betrachten wir die Besprechung in den »Beiträgen«, die in diesem Fall so kurz ist, daß sie vollständig zitiert werden kann:

»Nemitz orientiert sich an Haugs Bewußtseinsanalysen. Sein Programm ist bereits so aufschlußreich, daß wir uns den weiteren Genuß ersparen: ›Eine gewisse Vollständigkeit ist zwar angezielt, aber nicht im Detail, sondern im Hinblick auf die für eine Analyse überhaupt zurückzulegenden Schritte, die deshalb notgedrungen oft nur angedeutet werden.‹ Hat Haug es mit dem notwendigen = die Not wenden, so betrachtet Nemitz den komplementären Aspekt: notgedrungen = die Not drängt. Warten wir das erneute Wenden der Nemitzschen Nöte ab.« (Beiträge 1/78, S. 152)

Keine Erwähnung des Titels, des Gegenstands, des Nutzens, der Ergebnisse. Dafür aber die Information, Haug habe irgendwann einmal »not – wendig« geschrieben, Nemitz hätte im zitierten Satz das (übrigens nicht komplementäre) Wort »notgedrungen« verwendet. Soll das völlige intellektuelle Hörigkeit beweisen? Wenn sich daran Schülerschaft erweisen soll, hätte Haug die größte Anhängerschaft im deutschen Sprachraum. Oder sollte auf diese Weise ein »Aufhänger« für den müden Wortwitz im letzten Satz geschaffen werden? Oder hat sich hier in den »Beiträgen« endlich einmal die sonst so stiefmütterlich behandelte Phantasie Bahn gebrochen?

Große Teile dieser Kritik an Nemitz sind unter aller Kritik. Dennoch lohnt es sich, noch einen Moment bei ihr zu verweilen, da sie auch dort, wo sie scheinbar im Recht ist, einen charakteristischen Fehler aufweist. Im Recht ist sie insofern, als der zitierte Satz einen einfachen Sachverhalt höchst umständlich ausdrückt: »Vollständigkeit im Detail ist nicht angezielt, aber Vollständigkeit im Hinblick auf die Schritte der Analyse. Sie müssen wegen des Umfangs der damit gesetzten Aufgabe oft nur angedeutet werden.« Daß dieser eine Sachverhalt von Nemitz unglücklich, wenn auch keines-

wegs unverständlich, formuliert wird, soll Beweis für die Nichtswürdigkeit eines ganzen Aufsatzes sein. Diese Verfahrensweise findet sich in den Kritiken der »Beiträge« durchgehend. Ein Satz, ein Gedanke, gleich ob er im Zentrum der Argumentation steht oder beiläufig formuliert ist, wird, ohne daß er als typisch ausgewiesen wäre, für das Ganze genommen. Wer könnte vor solcher Kritik bestehen? Bei Goethe finden sich schrecklich banale Sätze, die zudem jeder Grammatik Hohn sprechen, Schiller sind Sätze unterlaufen, die heute noch ganze Schulklassen zum Lachen bringen. Ob den Redakteuren der »Beiträge« bei ihren Marx-Studien noch nie ein Satz aufgefallen ist, der schlecht oder unklar formuliert war? Wenn das so ist, kann es nur an beschränkter Lektüre oder übertriebener Ehrfurcht liegen. Und – last not least in dieser Reihe – wie steht es mit den »Beiträgen« selbst? Eine Literaturgeschichte die von dem Standpunkt geschrieben wäre, der beste Schriftsteller sei derjenige, dem keine unglücklichen Sätze unterlaufen sind, würde sich ihren Heros wohl unter den Oberlehrern des 19. Jahrhunderts mit schmaler Publikationsliste suchen müssen.

Das gestörte Verhältnis zwischen Produktion und Kritik resultiert sehr häufig daraus, daß die Rezensenten das Gesamtwerk nicht zur Kenntnis nehmen, sondern entweder Rosinen herauspicken oder Haare in der Suppe suchen. Friedrich Schlegel nannte das mit einem anderen Bild in den Werken »botanisieren« gehen und konstatiert in den meisten Kritiken »deklamierten Enthusiasmus, der sich über einzelne Stellen vernehmen läßt, und ignoranten Witz, der polemisch über das Ganze herfällt.«⁴ Die methodischen Fortschritte, die selbst die bürgerliche Kritik demgegenüber gemacht hat, sollten die Marxisten, die sich mit ihrer Kritik auf die Seite der Produktion stellen wollen, nicht ignorieren.

Unsere bisherigen Haupteinwände gegen den Modus der Kritik in den »Beiträgen« wären also: die Kritik informiert nicht, sie fördert nicht, sie bezieht nicht das Ganze der rezensierten Aufsätze ein, sie sagt von den besprochenen Texten kaum je, »welches die Fragen waren, auf die sie Antworten darstellen, welcher materiellen Situation sie entsprangen und welche Änderungsvorschläge sie enthalten.«⁵ Aus diesem Verhältnis zum Gegenstand folgt, daß die Kritik der Beiträge häufig auch nicht argumentiert. Aber wenn sie dieses alles nicht will, was will sie denn? Anders gefragt: was ist das Charakteristische dieser Kritik?

Die Kritik der Beiträge ist so sehr *Urteil* wie die keiner vergleichbaren Zeitschrift, und zwar Urteil ohne Beweisaufnahme, ohne daß der Verklagte zu Wort käme und ohne Problematisierung der Rechtsgrundlagen. Brechts Satz: »Bitte entschuldigen Sie, aber Literaturkritik gehört unlösbar zum Fall ›deutsche Justiz‹«⁶ gilt für keine linke Theoriezeitschrift mehr als für die »Beiträge«. Die gerichtsförmige Grundstruktur ihrer Besprechungen fällt natürlich vor allem dort ins Auge, wo ganze Aufsätze nur in einem Satz Erwähnung finden, z. B. »Karin Priesters Aufsatz über die Staatstheorie bei Gramsci bildet in diesem Heft einen wohlthuenden Gegensatz zu Schüttes verunglückter . . .« (»Beiträge« 1/78, S. 153). Sollte einer denken, in diesen Fällen sei vielleicht der beschränkte Platz für die verunglückte Form von Kritik verantwortlich, so zeigen andere, längere Kritiken jedoch, daß die Kürze nicht die Ursache ist. Betrachten wir die Urteilssätze auf 21 (!) Zeilen einer Spalte in den Beiträgen 2/78, S. 155 f.:

»Wir können uns diesem Bedenken nur anschließen . . . was indes nicht führen darf . . . Vor diesem Hintergrund können wir weiteren Schlußfolgerungen nur beipflichten . . . den Realismus von Stubys Hoffnung auf die Sozialdemokratie bezweifeln wir . . .«

Oder nehmen wir 60 Zeilen in den Beiträgen 3/78, S. 141 f.:

»wir stimmen voll zu . . . können wir übernehmen . . . halten wir im Hinblick auf eine marxistische Theorie über Bewußtseinsformen für falsch und im Hinblick auf Lenin für eine verkürzte Information . . . möchten wir angesichts der Tagesereignisse doch stark bestritten.«

Widerspruch gegen derlei Urteile ist nicht vorgesehen. Oder wie sollte z. B. Helmut Schütte gegen den Vorwurf argumentieren, er sei »ein zahnlöser Schwätzer« und habe sich ein »BRD-gemäßes Marxismus-Gewand angesteckt«? (Beiträge 1/78, S. 153) Soll seine Antikritik in einem Foto bestehen, auf dem er die Zähne bleckt?

Der gerichtsförmige Modus der Rezensionen entspricht ebenso wie das »Botanisieren« der Kritik des 18. Jahrhunderts. Hans Mayer hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Kunstrichtertum der Aufklärung sich an Montequieus Prinzip der Gewaltenteilung mit seiner Differenzierung von gesetzgeberischer (allgemeine Theorie), vollziehender (konkretes Werk) und richterlicher Gewalt (Kritik) orientiert.⁷ Von daher erklärt sich, »daß die Gesetze und Normen, die sie (die aufklärerische Kunstkritik, K.H.G.) zugrunde legt, als selbstverständlich vorausgesetzt werden«. In dieser Parallele offenbart sich das Kernproblem der Kritik in den »Beiträgen«. Sie operiert mit Kriterien, die Marx entlehnt sind, in vormarxistischer Form. Nur weil die Redaktion der »Beiträge« die haltbaren Einsichten der »Klassiker« als Gesetze mißverstehet, ist die dauernde Anmaßung des Zu-Gericht-Sitzens überhaupt denkbar. Allgemeiner gesprochen bedeutet das, daß eine Gruppe, die politisch undogmatisch ist, in ihrer Kritik beispiellos dogmatisch verfährt.

Dies, so glaube ich, ist die tiefere Ursache für die gestörte wissenschaftliche Diskussion zwischen zwei Zeitschriften, die in ihrer politischen Ausrichtung vom Verfassungsschutz⁸ wie von Rudi Dutschke auf dem Bahro-Kongreß⁹ gleichgesetzt werden. Dies zu verändern schlagen wir der Redaktion der »Beiträge« vor, nicht etwa die Gründung einer Lobesversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit. Erst unter dieser Voraussetzung sind gezielte Antikritiken auf bestimmte Einwände sinnvoll und nicht nur Gezänk. Erst dann auch werden die wirklichen politischen wie publikationsstrategischen Differenzen zwischen beiden Zeitschriften austragbar, z. B. diejenige, das die »Beiträge« im Gegensatz zum *Argument* der Auffassung sind, die hiesige Sozialismus-Diskussion solle vor allem durch den Nachdruck von Artikeln aus der ausländischen sozialistischen Bewegung befördert werden. (So heißt es nach einem Lob der ausländischen Beiträge zur Sozialismus-Diskussion in *Argument* 102: »zu befürchten steht aber auch, daß im nächsten Argument wieder der Wissenschaft dieses Landes die übliche Reverenz erwiesen wird, damit sich also Tripps und Kievenheims um Orientierung bemühen«. (Beiträge 4/77, S. 213)

Ein Einwand gegen unsere Kritik an den »Beiträgen« könnte sein, der Beweis dafür, daß die Rezensionen der Beiträge gerichtsförmig verfahren, sei erschlichen, da er seine Evidenz nur durch Auslassung in unseren Zitaten erhalten habe. Ein zweiter Einwand könnte lauten, marxistische Theorie beanspruche Verbindlichkeit, verbindliche Theorie aber müsse sich notwendig apodiktisch aussprechen, wenn sie keine opportunistischen Zugeständnisse machen will. Die abschließende Analyse eines längeren Abschnitts aus einer (positiven) *Argument*-Kritik in den »Beiträgen« wendet sich gegen beide Einwände. Sie will durch Analyse eines oben gerafft zitierten Abschnitts aus den »Beiträgen« zeigen, daß gerichtsförmige Kritik kein Mittel gegen die Verwässerung marxistischer Theorie ist, sondern im Gegenteil der Phrase Tür und Tor öffnet, da sie nicht von Beweisen abhängt.

Stuby weist in seinem Beitrag zur Sozialismus-Diskussion in *Argument* 105 darauf hin, daß die innerparteiliche Diskussion in der DKP nicht so offen und differenziert sein könne wie in anderen westeuropäischen kommunistischen Parteien, da die DKP unter nur halblegalen Bedingungen arbeitet. Der »Beiträge« Rezensent:

»Wir können uns diesem Bedenken nur anschließen, was indes – so unser Verständnis – nicht zur Zurückstellung notwendiger und berechtigter Kritik führen darf. Es gilt geduldig auf eine Veränderung überholter Elemente in Theorie und Politik der Organisation zu drängen und zu einer Öffnung der innerparteilichen Diskussion zu kommen.«

Sachlich gibt die Passage nichts, aber auch gar nichts her. In flauschigen Formulierungen vermeidet sie jeden Änderungsvorschlag. Welches sind die »überholten Elemente« der Politik und Theorie der DKP? Für welche Positionen soll die innerparteiliche Diskussion der Kommunisten geöffnet werden? Diesen Fragen müßte sich die Kritik stellen, wenn sie eingreifen wollte. Statt dessen aber Beschwörungen (»darf nicht führen«; »gilt geduldig«) und Phrasen (»können uns nur anschließen« statt: »wir schließen uns an«).

»Vor diesem Hintergrund können wir weiteren Schlußfolgerungen beipflichten: »Für eine dritte Partei links von der SPD kann ich mich nicht erwärmen. Ich würde sie bestenfalls für einen Umweg halten.«

Sicher, aber könnte nicht wenigstens in einem Satz begründet werden, weshalb man sich Stuby anschließt?

»Stuby sieht auch keinen Anlaß, die SPD zu verlassen, da er »eine realistische Hoffnung hegt, daß sich die Mehrheit in dieser Partei auf die kämpferischen Traditionen der Sozialdemokratie besinnt und zunehmend fähig wird, diese Einsicht auch in die Praxis umzusetzen«. Es gibt keine politische Alternative zur Klassenpolitik der DKP; den Realismus von Stubys Hoffnung auf die Sozialdemokratie bezweifeln wir; die Krise der Sozialdemokratie wird sich notwendig verschärfen, in dem Maße wie die Krise der kapitalistischen Produktionsweise offenkundiger wird.«

Da diese Position auch unter den Lesern der »Beiträge« sicher nicht unumstritten ist, wäre sie eines unterstützenden Arguments wert gewesen. Aber es gibt eben keine Alternative und damit basta. Und von daher bezweifeln wir dann . . .

Wenn es nur dabei bliebe. Leider folgt aber noch eine bombastische Pseudobeweisführung. Welche Krise der Sozialdemokratie ist eigentlich gemeint? Wieso wird sie sich »notwendig« verschärfen? Und wieso »in dem Maße«? Können im Verhältnis von Ökonomie und Politik keine Ungleichzeitigkeiten vorkommen?

»Verändert sich die DKP, wird sie einerseits ihren Einfluß unter den Lohnabhängigen ausbauen können und andererseits die reformistische Sozialdemokratie auf den Kurs einer Reformpolitik und einer Verteidigung der Demokratie zwingen können.«

Wie muß sich die DKP verändern um all dies erreichen zu können? An die Rehabilitierung Stalins ist wohl nicht gedacht. Aber hätte man nicht wenigstens das sagen können? Oder vielleicht sogar, welche Charakteristika der gegenwärtigen DKP, nach Auffassung des Autors, der Verbreiterung ihres Einflusses unter den Lohnabhängigen entgegensteht? Wieviel Kraft braucht man eigentlich, um die reformistische Sozialdemokratie auf den Kurs einer (welcher?) Reformpolitik zu bringen? Reicht es dem Rezensenten wirklich, wenn die reformistische Sozialdemokratie auf ihrem Reformkurs zu *einer* Verteidigung der Demokratie gezwungen wird? Sind am Ende *mehrere* Verteidigungen nötig? Oder hat der Redakteur einfach vergessen, aus dem gestelzten »zu einer« das schlechte »zur« zu machen? Schließlich der Abschluß der Reflexionen des Rezensenten, der durch sein »wir« eine ganze Redaktion mühelos in Verruf bringt:

»Ergreift die DKP nicht die sich verdeutlichende Chance – und sie ist nicht nur Produkt der Geschichte, sondern auch Subjekt –, wird die Gründung einer linkssozialistischen Partei gerade von den Kräften zunehmend gefordert werden, die Stuby heute noch zum Verbleiben in der SPD veranlassen«.

Wo hat sich eine Chance verdeutlicht? Im Text durch die Ausführungen des Rezensenten? Oder in der Realität? Hätte dann nicht verdeutlicht werden können, wo und weshalb sich in der Realität eine Chance verdeutlicht? Wer eigentlich ist nicht nur Produkt der Geschichte, sondern auch Subjekt? Die »Chance«, wie die Syntax des Satzes nahelegt? Oder die DKP, die dann gemeinsam mit anderen Lesergruppen über die gebotene neue Einsicht in ihre historische Funktion erstaunt sein wird? – Urteile und zur Begründung Seifenblasen. Der umständliche Text des Kritikers besagt einfach: »Stuby meint, eine dritte Partei links von der SPD hätte keinen Zweck. Das ist richtig. Er meint aber auch, mit der SPD könnte man noch etwas anfangen. Das ist falsch. Man muß auf die DKP setzen. Die sollte sich allerdings ändern. Wie, das sag' ich nicht.« Der Verfasser der Beiträge hat so nicht geschrieben, weil dann der unproduktive Gehalt seiner Kritik herausgekommen wäre.

Anmerkungen:

- 1 Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus H. 3 (1978), S. 142.
- 2 Bertolt Brecht: Gesammelte Werke in 20 Bänden. Bd. 19, Frankfurt 1967, S. 393.
- 3 Kurt Tucholsky: Gesammelte Werke in 10 Bänden. Hrsg. von Mary Gerold-Tucholsky und Fritz J. Raddatz. Bd. 9, Reinbeck 1975, S. 314.
- 4 Friedrich Schlegel: Literary notebooks 1797–1800. Hrsg. von Hans Eichner. London 1957, Nr. 245.
- 5 Brecht, Gesammelte Werke, a.a.O., Bd. 18, S. 107.
- 6 Ebd., S. 64.
- 7 Hans Mayer: Einleitung zu: Deutsche Literaturkritik. Bd. 1, Frankfurt 1978, S. 27.
- 8 Bericht vor dem Deutschen Bundestag.
- 9 Rudi Dutschke: Wider die Päpste. Über die Schwierigkeiten, das Buch von Bahro zu diskutieren. In: Antworten auf Bahros Herausforderung des »realen Sozialismus«. hrsg. von Ulf Wolter. Berlin (West) 1978, S. 213 ff.



AS 34: 1979. ca. 216 S.: 15,50 DM.
Stud. 12,80 DM. im Abo 12,80 DM.
Stud. 11,- DM. Erscheint Mitte
März.

Zum Tode von Alexej Nikolajewitsch Leontjew

K. Holzkamp: Das Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft in der traditionellen und in der Kritischen Psychologie (I)

R. Seidel: Über die ökonomische Funktion der Logik. Deduktion im Denkprozeß

Diskussion

H. Gottschalch: Probleme der Motivationstheorie der »Kritischen Psychologie«

U. H.-Osterkamp: Motivationstheorie im Lichte psychologischer Tagesmeinungen. Antwort auf Gottschalch

B. Uhrig: Zur Besonderheit menschlicher Sexualität. Natur und Gesellschaft in der Auffassung der Bedürfnisse bei H.-Osterkamp

U. H.-Osterkamp: Antwort auf Uhrig

Rezensionen

K. Holzkamp: Rezension des Buches von Georg Rückriem (Hrsg.): Historischer Materialismus und menschliche Natur

Tomberg und Rückriem: Replik

Notiz zu W. F. Haugs Versuch, die »Grundfrage« der Philosophie materialistisch aufzuheben

In seinen Aufsätzen zu verschiedenen Diskussionen (Widerspiegelungsdiskussion, Intellektuelle und Arbeiterbewegung) hat W. F. Haug immer wieder recht heftige Kritik an einem »metaphysischen Materialismus« geübt, der sich als Philosophie des Marxismus-Leninismus ausbebe. Kürzlich hat er einen weiteren, gesonderten Aufsatz (»Für eine materialistisch-dialektische Begründung des dialektischen Materialismus«, Das Argument 108) zu diesem Thema veröffentlicht. Ein zentrales Thema in Haugs Kritik ist die Aufnahme und Beantwortung der »Grundfrage« der Philosophie durch diesen »metaphysischen Materialismus«. Haugs Kritik zielt nicht auf die gegebene Antwort auf die »Grundfrage« – Materialismus oder Idealismus –, sondern überhaupt auf ihre Aufnahme und Beantwortung in der marxistischen Philosophie. Die »Grundfrage aller bisherigen Philosophie«, schreibt er, sei nicht die Grundfrage der marxistischen Philosophie. In der Form dieser Frage bleibe man auf dem »Boden des Dualismus und dessen Struktur, um dort seine Entscheidung gegen den Idealismus anzustrengen« (193). Aus dem Idealismus sei hier kein Entkommen.

Haug begründet seine Ansicht mit einem Hinweis auf Descartes' Antwort auf die »Grundfrage«: dieser sei von einer Zweisubstanzenlehre ausgegangen. Der denkenden (geistigen) stehe die ausgedehnte (materielle) gegenüber. Mit dieser Entscheidung der »Grundfrage« hänge Descartes' Erkenntnistheorie zusammen. Die denkende Substanz, meinte Descartes, könne die kategoriale Grundstruktur der Wissenschaften und die Kriterien vermeintlich zweifelsfreier Erkenntnis in sich selber gewinnen: »und nun taucht das Problem auf, wie dieses Denken zum Sein findet.« (Gemeint ist: zur materiellen Realität, denn »Sein« kommt nach Descartes auch der denkenden Substanz zu – G. F.) Wird aber die »umgekehrte Entscheidung« getroffen, d. h. gegen die Zweisubstanzenlehre der Materialismus vertreten und entsprechend behauptet, daß die Kategorien der Wissenschaften und die Kriterien wahrer Erkenntnis nicht im Denken ohne praktischen Bezug auf die vom Denken unabhängige materielle Realität zu gewinnen seien, gerät man nach Haug in einen »Grundwiderspruch«, aus dem kein Entkommen ist.

Die Begründung ist folgende:

»Indem ich *entscheide*, die entscheidende Instanz prinzipiell außer meinem Denken *zu setzen*, bleibt sie von meiner *Entscheidung* abhängig, bleibe *ich*, cogito, denkende Substanz, die entscheidende Instanz, das Erste, woraus das andere das Abgeleitete.« (192)

Ich übersetze:

Indem ich urteile, daß die objektive Wahrheit nicht allein durch Denken zu gewinnen ist, sondern vermittelt durch praktischen Bezug auf die von mir unabhängige materielle Realität (bzw. daß das Denken von der Existenz der materiellen Substanz abhängig ist, diese aber nicht vom Denken), bleibt die materielle Realität von meinem Urteil abhängig, bleibe ich das Erste, woraus die objektive Realität das Abgeleitete.

In meiner Formulierung überzeugt die Folgerung keineswegs. Den Schein der Plausibilität hat die Haugsche Argumentation, weil derselbe Ausdruck: »entscheidende Instanz« sowohl auf Seite des Subjekts (Ich) als auch des Objekts (»objektive Realität«) fungiert. Allerdings nicht in derselben Bedeutung: auf Seite des Subjekts wird »entscheiden« in einer Bedeutung verwendet (urteilen), auf Seite des Objekts in einer anderen Bedeutung (von anderem unabhängig existieren). Die Unklarheit liegt in der Sache, nicht in einer zufälligen Formulierung. Eine weitere Erklärung Haugs lautet:

»Das Prinzipielle bleibt nicht das Gesetzte, sondern der Akt des Setzens und die setzende Instanz. Sie hat hier offenkundig zu bestimmen. Sie ist entscheidende Instanz. Was immer sie will, *sie* will es, und sie beansprucht das Sagen zu haben.« (192)

Entscheidende, setzende oder das Sagen habende Instanz: alle Formulierungen können einerseits mit »von der Existenz einer anderen Instanz unabhängig«, »Voraussetzung der Existenz einer anderen«, andererseits mit »Urteil fallend« übersetzt werden. Gültig ist die Folgerung aber nur, wenn der Ausdruck im selben Sinn in beiden Gliedern des Arguments verwendet wird. Z. B.:

Indem ich urteile . . . bleibe ich, der Urteilende, das Erste, woraus das Urteil das Abgeleitete.

Was immer die Folgerung auch bedeuten mag: aus ihr läßt sich nichts über die Existenz des Gegenstandes ableiten, über den geurteilt wird. Wenn die Folgerung überdies als Verlassen des Materialismus gelten soll, müßte jede wissenschaftliche Aussage idealistisch sein; jeder Aussage kann nämlich vorangestellt werden: ich urteile, daß . . . Solche Urteile werden aber notwendig sein solange die Gegenstände der Wissenschaft keine Aussagen über sich selbst machen.

Soll die Existenz eines Gegenstandes von meinem Urteil abhängig sein, muß eben die Voraussetzung anerkannt werden, seine »Existenz« bestehe darin, daß eine Aussage über ihn gemacht wird. Wird die Voraussetzung nicht anerkannt, kann von der Form des Urteils nicht über die Existenz des Urteilgegenstandes gefolgert werden. (Es sei angemerkt, daß der besondere Inhalt der Aussage, »ich entscheide, die entscheidende Instanz . . . zu setzen« hier nichts ändert. Sie kann entweder bedeuten, »ich urteile, daß sie unabhängig vom Denken existiert« oder »ich urteile, dadurch wird sie unabhängig«. Die erste Form ist eine materialistische Folgerung aus (hier) nicht genannten Voraussetzungen, letztere – die allein Haugs Argumentation rechtfertigen würde, da sie widersprüchlich ist – eine materialistische Folgerung aus einer idealistischen Voraussetzung, die hier ebenfalls unbegründet ist.)

Wie im Problem der Existenz eines beliebigen Gegenstandes bestehen eine idealistische und eine materialistische Alternative auch in Bezug auf die Existenz des Urteilenden selbst. Hier ist Haugs idealistische Voraussetzung ausdrücklich. In meiner »Übersetzung« habe ich zuvor ausgelassen: »bleibe ICH, cogito, denkende Substanz, die entscheidende Instanz«. »Cogito« heißt: ich denke«, »denkende Substanz« heißt lateinisch: *res cogitans*. Beide Begriffe sind grundverschieden. *Cogito* bedeutet nichts weiter als die von jedem gemachte Erfahrung: ich denke. Gültig ist Descartes' Folgerung, daß wenn ich denke, ich bin. Etwas anderes ist die Bestimmung, dieses denkende »Ich« sei eine »*res cogitans*«. Denn diese *res cogitans* soll eine immaterielle Substanz sein, die unabhängig von der materiellen besteht. Sie kann »Geist« genannt werden. Eben dadurch gelangt man zum Dualismus: Geist – Materie. Der Schluß Descartes' von »ich denke« auf »ich bin denkende Substanz« ist falsch. (Der Nachweis kann hier nicht geführt werden.) Descartes expliziert aber die Überlegung, mit der er vom »*cogito*« zur »*res cogitans*« übergeht und stellt sie somit der Kritik. Bei Haug sind beide schlechthin identisch und zwischen ihnen steht lediglich ein Komma.

Der Widerspruch, den Haug feststellen zu können glaubt und dem er entnimmt, daß jede Antwort auf die »Grundfrage« notwendig idealistisch sei, ist kein anderer als der zwischen diesen idealistischen Voraussetzungen (der Urteilende ist eine geistige Substanz, die Existenz eines jeden anderen Gegenstandes hänge davon ab, daß über ihn geurteilt wird) und dem materialistischen Inhalt der Aussage. Akzeptiert man diese dogmatischen – weil unbegründeten – idealistischen Voraussetzungen, folgt zu recht eine idealistische Konsequenz, bzw. ein Widerspruch, wenn diese materialistisch ausfällt. Setzt man ebenso dogmatisch voraus, Denken komme nur einer materiellen Substanz zu und die Existenz eines Gegenstandes sei unabhängig von dem über

ihn gefällten Urteil, folgt zurecht eine materialistische Konsequenz. Beide Voraussetzungs-paare bleiben gleichermaßen unbegründet. Bei hinreichend klaren Formulierungen können die hier nur impliziten Voraussetzungen gar nicht übersehen werden. In der Diskussion zwischen Materialisten und Idealisten ging es daher stets um diese Voraussetzungen selbst: da die jeweilige Antwort auf die »Grundfrage« zu den allgemeinsten philosophischen Aussagen gehört, folgt überdies, daß sie durch keine einzelne Beweisführung hinreichend begründet werden kann. Sie wird einerseits durch bereits gewonnene Erkenntnis (nicht zuletzt der Einzelwissenschaften) begründet, andererseits durch den Erkenntniswert der Philosophie, als deren Voraussetzung und Resultat sie fungiert.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

Ende März erscheint:

AS 35 Alternative Wirtschaftspolitik

Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion

Dokumentation: DGB zum Memorandum '78 Alternativen der Wirtschaftspolitik

1. Gewerkschaften, SPD und alternative Wirtschaftspolitik

R. Seitenzahl: Was erwarten die Gewerkschaften von einer alternativen Wirtschaftspolitik?

K. P. Kisker: Politische Bedingungen der Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik in der SPD

2. Wirtschaftstheoretische Grundlagen einer alternativen Wirtschaftspolitik

H. Riese: Kritik der theoretischen Grundlagen des Memorandums

R. Hickel: Die theoretischen Grundlagen des Memorandums

Geipel/Schneider/Vogt: Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung

J. Huffschild: Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung?

W. Pfaffenberger: Zu den monopoltheoretischen Implikationen des Memorandums

3. Überakkumulations- versus Überproduktionstheorie

J. Berger: Der Grundgedanke der Marxschen Krisentheorie

J. Glombowski: Ein überakkumulationstheoretisches Modell zyklischer Kapazitätsauslastung

J. Goldberg: Krisen und Überproduktion

4. Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkttheorien

M. Bolle: Kritik der arbeitsmarkttheoretischen und -politischen Implikationen des Memorandums

H.-J. Weißbach: »Fehlallokation« und Segmentierung als Ursachen der Massenarbeitslosigkeit?

5. Alternative Regionalpolitik

Oppolzer/Strutynski/Tjaden: Strukturpolitik im Arbeitnehmerinteresse in der Kooperation von Gewerkschaften und Hochschule

K. H. Tjaden: Regionalpolitik zwischen Reparatur und Protest

ca. 216 S.; 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11,- DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Kongreßankündigungen und -berichte

II. Internationaler Kongreß Kritische Psychologie: Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht, 4.–6. Mai 1979 in Marburg/Lahn Veranstalter: Bund demokratischer Wissenschaftler und DGB, Kreis Marburg/Biedenkopf

Zu den drei Hauptteilen (A, B u. C) des Kongresses haben sich über 150 Referenten(gruppen) aus dem In- und Ausland (Bundesrepublik und Westberlin, DDR, Schweiz, Italien, Österreich, Dänemark, Holland, Finnland) angemeldet:

A. Die grundlegende theoretische und empirische Bedeutung der Arbeit für die wissenschaftliche Erfassung individueller menschlicher Lebenstätigkeit und Subjektivität;

B. die Relevanz der konkreten Arbeitssituation für die personale Entwicklung, damit die Konsequenzen restriktiver Arbeitsbedingungen für das Befinden und die psychische Gesundheit der Arbeitenden;

C. der subjektive und ideologische Aspekt der Arbeitslosigkeit, ihre psychischen Folgen sowie ihr Einfluß auf den Organisationsgrad und die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer.

Der Kongreß verfolgt das Ziel, die gewerkschaftlichen Vorstellungen und Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Denken und in der Forschungsplanung der Wissenschaftler stärker zur Geltung zu bringen und die Beiträge, die die kritische Psychologie und Sozialwissenschaft jetzt schon zur wissenschaftlich fundierten Unterstützung und Präzisierung der gewerkschaftlichen Forderungen leisten kann, in höherem Grade deutlich und umsetzbar zu machen, wobei auch angestrebt ist, in den AGs Gewerkschafter mit Berichten aus der betrieblichen Praxis zu Wort kommen zu lassen. Aus dieser Orientierung folgt, daß in den Beiträgen nicht nur die »Kritische Psychologie« i. e. S. vertreten ist, sondern *alle* psychologischen Ansätze, deren Forschungs- und Praxisinteresse sich auf die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung bezieht, zu Worte kommen. Weiterhin ist durch die Einbeziehung philosophischer, ökonomischer, soziologischer und arbeitswissenschaftlicher Gesichtspunkte dem Umstand Rechnung getragen, daß das Kongreßthema nur durch die *interdisziplinäre* Ausweitung der Beiträge adäquat zu erfassen ist. Da praxisorientierte Forschungsprojekte, i. w. S. sozialwissenschaftliche Berufspraxis und – allgemeiner – politische Praxis gewerkschaftlich orientierter Tätigkeit Schwerpunkte des Kongresses bilden, wird die grundsätzliche Problematik des Theorie-Praxis-Verhältnisses zentraler Gegenstand der Diskussion werden.

Unter Betreuung der Veranstalter wird in Abstimmung mit den Arbeitsgruppen ein Memorandum vorbereitet werden, in dem die in den Kongreßbeiträgen fundierten Konsequenzen für die praktische Arbeit von Gewerkschaften und politischen Instanzen zu ziehen sind.

Das vollständige Kongreßprogramm findet sich u. a. in *Forum Kritische Psychologie* 3, *Argument-Sonderband AS 28*.

Kongreßbüro, c/o Karl-Heinz Braun, Schwanallee 22a, inhaltliche Anfragen an die Redaktionsgruppe, c/o Klaus Holzkamp, Dürerstr. 18, 1 Berlin 45.

Stalinismus und Entstalinisierung, 7.–12. Mai 1979 in Amsterdam

Auf dem Kongreß, der von den Fachbereichen Politologie und Soziologie der Universität Amsterdam organisiert wird, werden u. a. W. Brus, J. Elleinstein, F. Claudin, A. Nove, J. Pelikan, Z. Medvedev und R. Rossandra sprechen. Bisher sind u. a. folgende Themen geplant:

- Ursachen und Folgen des Stalinismus
- Entstalinisierung, Demokratie, Kommunistische Parteien
- Frauen in den sozialistischen Ländern
- Stalinismus und Kalter Krieg in den Niederlanden usw.

Das vollständige Programm ist nach dem 15. April über das Institut für Wissenschaft und Politik (IWP), Herengracht 528, Amsterdam (NL) erhältlich. Eine besondere Anmeldung zur Teilnahme an dem Kongreß ist nicht notwendig. Nähere Informationen: S. Stuurman und M. Fennema, IWP, tel. Amsterdam 525 21 78.

19. Deutscher Soziologentag, 17.–20. April 1979 in Berlin/West

Der Kongreß wird veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und steht unter dem Thema: »Sozialer Wandel in Westeuropa«. Das Programm sieht 6 Themenbereiche mit Vorträgen vor, die anschließend in Sektionsveranstaltungen diskutiert werden, u. a.:

Industrielle Beziehungen (Ltg.: G. Brandt); Industrie- und Betriebssoziologie: Betriebliches Interesse, Rationalisierung und Qualifikation (Ltg.: K. H. Hörning); Wissenschaftsforschung: Wissenschafts- und Technologiepolitik (Ltg.: P. Weingart); Soziologie der Bildung und Erziehung: Entwicklung von Bildungsinstitutionen (Ltg.: H. G. Rolff); Marxismusdiskussion: Krise des Marxismus (Ltg.: S. Herkommer); Arbeiterbewegung in Westeuropa nach 1945 (Ltg.: W. Spohn, R. Thiessen u. a.).

Weitere Informationen und Anmeldung: SIMEP, Abt. Soziologentag 1979, Darmstädter Str. 8, 1000 Berlin 15, Tel.: 030/882 2000.

Erziehung, Sozialisation und Ausbildung zur Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland

Tagung der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), Bielefeld, 27.–29. 9. 1978

Daß sich Erziehungswissenschaft um eine ihrer entscheidenden Erkenntnismöglichkeiten bringt, wenn sie auf die historische Reflexion und Erforschung ihrer Gegenstände verzichtet, – das wurde auf dem letzten Kongreß der DGfE in Tübingen angesichts der dort (auch) versuchten historischen Kritik der bildungspolitischen Reformen und Reformillusionen der letzten zehn Jahre deutlich erkennbar. Zu den Bemühungen, die Historische Pädagogik auf dem inzwischen erreichten Stand geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis zu reaktivieren, gehören seit einigen Jahren auch die Tagungen der Historischen Kommission der DGfE. In diesem Zusammenhang hatte die Tagung zum Thema Nationalsozialismus eine herausragende Bedeutung. Das zeigte sich u. a. an der teilweisen internationalen und breiten inländischen Beteiligung, wobei von den anglo/amerikanischen Kollegen eine erfreuliche sozialgeschichtliche Akzentuierung der Beiträge ausging. So gelang es der Tagung insgesamt, den gegenwärtigen Forschungsstand der historisch-pädagogischen Bearbeitung der schulischen, universitären und außerschulischen Erziehung der Jahre 1933–45 zu erfassen.

Dies auszusprechen, erfordert aber zugleich, es auch zu relativieren. Denn zum inländischen Forschungsstand muß kritisch vermerkt werden, daß er sehr disparat, heterogen und durch eine kaum vorhandene Rezeption der sozialwissenschaftlichen Faschismusdiskussion geprägt ist. Letzteres hat methodische und forschungsstrategische Konsequenzen, die nur mühsam durch eine scheinbar unbekümmerte Detailforschung überdeckt werden können. Konsens besteht zwar darüber, daß eine mono-

kausale Erklärung nicht hinreichend ist. Aber die Einsicht, daß die Abfolge von naivem Hitlerismus über die Totalitarismustheorien und deren phänotypische Kritik von E. Nolte zu den sozialgeschichtlichen und historisch-materialistischen Interpretationsansätzen der neuen Linken auch als eine Auseinandersetzung um den Gegenstand zu interpretieren ist, wird weitgehend verkannt. Stattdessen meinen namhafte Vertreter des Faches, sich Teilbereichen des Gegenstandes (Schule, Erziehung) ohne Blick auf die Analyse des Gesamtphänomens widmen zu können.

Gerade die neuere historisch-materialistische Diskussion – angeregt u. a. auch durch die verstärkte Rezeption der Arbeiten von Neumann, Fraenkel und Bloch – vermag dagegen ein sozialgeschichtliches Inventarium zur realgeschichtlichen Analyse zur Verfügung zu stellen, das die konkrete Widersprüchlichkeit, von der jede Maßnahme im NS-Erziehungssektor geprägt war, in ersten Umrissen erfassen läßt (vgl. die Arbeiten von T. Mason und E. Hennig). Gegenüber diesem sozialwissenschaftlichen Fundus muß ein weitreichendes Defizit in der Historischen Pädagogik konstatiert werden. So ist es kein Zufall, daß neueste, Marktwert erheischende Publikationen (z. B. I. Flessau, *Die Schule der Diktatur*, 1977) nicht nur von historisch-methodologischen Fehlern geprägt sind, sondern daß – wie beim letzteren der Fall – naiver, moralisch gefärbter Hitlerismus die Leerstelle von Gesellschaftstheorie füllt. Oder daß – so in Tagungsbeiträgen –, Vertreter der histor. Pädagogik meinen, wo auf sozialwissenschaftliche Faschismustheorien Bezug zu nehmen wäre, mit Versatzstücken der Totalitarismustheorie operieren zu können.

Gewiß gelang es der Tagung nicht, diese neue Form alter pädagogischer Selbstherrlichkeit, die bisher zum unbekümmerten Nebenher detaillistischer Forschung führte, zu überwinden. Sie hat lediglich erste, notwendige Schritte in Richtung Koordination und Integration eröffnet.

Wilfried Breyvogel (Essen)

»Technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Entsorgung von abgebrannten Kernbrennstoffen«

Fachtagung des DGB-Landesbezirks Niedersachsen. Hannover, 30. 11.–2. 12. 1978

Auf seinem 11. Bundeskongreß im Frühjahr 1978 hat der DGB seine Haltung zum Ausbau der Kernenergieerzeugung vorläufig festgelegt. »Vor dem Hintergrund des derzeitigen Informationsstandes« erscheint ihm trotz verstärkter Steinkohlennutzung und Energieeinsparung »ein genereller Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie gegenwärtig nicht möglich«. Die im wesentlichen wachstums- und beschäftigungspolitisch motivierte Befürwortung weiterer Kernkraftwerke wird jedoch von der Erfüllung einer Bedingung abhängig gemacht: der befriedigenden Lösung des Entsorgungsproblems. – Die Fachtagung in Hannover, an der neben Funktionären des DGB und der Einzelgewerkschaften Vertreter von Ministerien, Bürgerinitiativen, Universitäten, Kernforschungszentren und Kraftwerksherstellern teilnahmen, hatte die Funktion, die Gewerkschaften über die verschiedenen Entsorgungsverfahren zu informieren und die Formulierung einer gewerkschaftlichen Position zu erleichtern.

Im Zentrum der Diskussion stand das von Industrie und Bundesregierung vertretene sog. *integrierte Entsorgungskonzept*. Es sieht vor, daß das in den abgebrannten Kernbrennstäben enthaltene Plutonium in einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) abgetrennt wird, und die Brennstäbe danach in Salzstöcken nicht-rückholbar endgelagert werden. Es war unbestritten, daß die Vorschaltung der Wiederaufarbeitung eine Reihe von *Vorteilen* bietet:

- a) Das abgetrennte Plutonium läßt sich in die bestehenden Leichtwasserreaktoren (LWR) rückführen. Die Energieausbeute des Urans kann so um ca. 30% gesteigert werden. Die knappen Uranvorräte werden geschont. Die Abhängigkeit von Uran-Einfuhren sinkt.
- b) Plutonium kann als Brennstoff in Schnellen Brutreaktoren eingesetzt werden. Diese erzeugen neben Energie wenigstens ebensoviel spaltbares Material (Plutonium), wie bei der Spaltung verbraucht wird. Die WAA als Plutoniumfabrik eröffnet damit den Zugang zu einem sehr langfristig sicheren Energieerzeugungssystem.
- c) Die Abtrennung des Plutoniums in der WAA und sein erneuter Einsatz in LWR (oder Brüttern) vermindert das Potential hochradioaktiver Abfälle, das in Endlager einzubringen ist. Solange das Plutonium nur in LWR rückgeführt wird, würde die im Land vorhandene Plutoniummenge in engen Grenzen gehalten.

Diesen energiewirtschaftlichen und ökologischen Vorteilen der Entsorgungsstrategie mit Wiederaufarbeitung steht jedoch eine Reihe offensichtlicher *Nachteile* gegenüber. In den Referaten und Diskussionsbeiträgen wurde vor allem auf zwei Probleme hingewiesen:

- a) Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe in großem Maßstabe ist eine wenig erprobte Technologie. Ihre Ausreifung benötigt Zeit. Angesichts des ständig wachsenden Anfalls an abgebrannten Kernbrennstoffen, ist die Lösung des Lagerproblems vordringlich. Die Kopplung der Endlagerung an die Entwicklung der Wiederaufarbeitungstechnologie birgt die Gefahr unabsehbarer und nicht zu verantwortender Verzögerungen der gesamten Entsorgung in sich.
- b) Mit der Plutoniumgewinnung in der WAA wird ein wichtiger Schritt in Richtung auf die Plutoniumwirtschaft getan, die die Gefahr kriegerischen Mißbrauchs der Kernenergie erhöht. Trotz staatlicher Beteuerungen, daß mit der Entscheidung über die WAA keine Entscheidung über den Brüttereinsatz getroffen werde, ist zu befürchten, daß sich die industriellen Interessen an einer kommerziellen Nutzung des Brütters bei Existenz der Anlage erheblich leichter durchsetzen können.

Als Alternative zum integrierten Entsorgungskonzept wurde die *rückholbare »Endlagerung« ohne Wiederaufarbeitung* diskutiert, die vor allem in den USA entwickelt wurde und technisch als machbar gilt. Sie hat den Vorteil, daß die dringliche Entsorgung der Atomkraftwerke nicht von der Entwicklung der ökologisch- und sicherheitspolitisch fragwürdigen Wiederaufarbeitungstechnologie abhängig ist. Die Rückholbarkeit der gelagerten Brennstäbe bietet die Möglichkeit, die Entwicklung alternativer Entsorgungskonzepte ohne den derzeit bestehenden Zeitdruck voranzutreiben. Suboptimale Varianten sind eher vermeidbar.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion bildeten die *Arbeitsbedingungen in kerntechnischen Anlagen*, speziell in der WAA. Wie ausländische Erfahrungen zeigen, besteht hier die Gefahr, die Arbeiter durch Schutzbestimmungen so zu belasten, daß sie bei der Bedienung und Erstellung von Anlagen überfordert sind. Unfälle aufgrund »menschlichen Versagens« sind die mögliche Folge. »Besser ist es, den Arbeitnehmer nicht nur durch Drillen und Trainieren an die Anforderungen der Maschinen anzupassen, sondern durch Konstruktion und Arbeitsorganisation zu verhindern, daß die Einwirkung auf den Menschen dem menschlichen Verhalten widerspricht. Hier muß nicht der Mensch der Maschine, sondern die Maschine an den Menschen angepaßt werden« (Bericht der AG 1). Voraussetzung hierfür ist neben einer verbesserten Ausbildung des Personals vor allem eine umfassende Mitbestimmung, die bereits bei der Planung der Anlagen einsetzt und alle Fragen des Strahlenschutzes einschließt.

In Anbetracht der großen Tragweite des Entsorgungsproblems und der Vielzahl

noch offener Fragen wird der DGB die Erörterung von Entsorgungskonzepten auch in Zukunft fortsetzen. Eine weitere Fachtagung zum Thema Gorleben ist geplant. Zudem wurde empfohlen, die Probleme der Kernenergieerzeugung in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit einzubeziehen, um den – auch auf der Fachtagung sichtbar gewordenen – vielfach nur geringen Informationsstand der Gewerkschafter in Sachen Kernenergie zu verbessern und die gewerkschaftliche Willensbildung zu diesem zukunftsrelevanten Thema zu fundieren. Martin Meyer-Renschhausen (Oldenburg)

X. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie

Hamburg, 4. 10.–7. 10. 1978

1. *Gesundheitspolitische Vorstellungen:* Der diesjährige Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (dgvt), die sich mit über 6000 Mitgliedern stolz als der Welt größter Therapieverband vorstellt, fand vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesundheitspolitischen Auseinandersetzungen um das geplante Psychotherapeutengesetz statt. Unter dem Leitthema »Verhaltenstherapie und Gesundheitspolitik« artikulierte der Verband seine gesundheitspolitischen Ziele und Forderungen.

Die dgvt, die sich 1976 nach dem Zusammenschluß von Deutschem Berufsverband für Verhaltenstherapeuten (DBV) und der Gesellschaft zur Förderung der Verhaltenstherapie (GVT) gründete, tritt laut Satzung für die Verwirklichung einer psychosozialen Versorgung ein, die den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Im Vordergrund sollen präventive Maßnahmen stehen, die auf die Veränderung krankmachender Umweltbedingungen abzielen. Dies impliziert die Ablösung des medizinischen Krankheitsmodells durch ein sozialwissenschaftliches, welches die sozialen Bedingungen psychischer Störungen in den Vordergrund stellt. Mit einer gesellschaftlichen Entwicklung, die der Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen dient, werde die Heilbehandlung (Psychiatrie, Psychotherapie) zugunsten präventiver und pädagogischer Maßnahmen immer mehr in den Hintergrund treten.

Mit dem Hinweis auf die durch die Psychiatrie-Enquête 1975 dokumentierten Mißstände in der gegenwärtigen Versorgungslage tritt die dgvt für einen sinnvollen Ausbau der psychosozialen Versorgung ein. Sie schlägt in diesem Zusammenhang eine Reihe langfristiger Maßnahmen vor, die wesentliche strukturelle Veränderungen im Gesundheitssystem implizieren und eine gemeindenahere, bedarfsgerechte und koordinierte psychosoziale Versorgung zum Ziel haben.

2. *Stellungnahme zum Psychotherapeutengesetz:* Die dgvt lehnt den Gesetzentwurf des BMFJG zum Beruf des Psychotherapeuten folgerichtig primär auf der Grundlage ihrer gesundheitspolitischen Vorstellungen ab. In der gemeinsamen Stellungnahme von dgvt, Deutscher Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGsP) und Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie (GwG) wird zwar das Bemühen um eine gesetzliche Regelung der Psychotherapie begrüßt, der Entwurf jedoch trotz der in ihm implizierten finanziellen und beruflichen Verbesserung für den Berufsstand der Psychologen abgelehnt. An den »Leitsätzen einer bedarfsgerechten Versorgung« gemessen, bedeutet der Gesetzentwurf eine Fortschreibung der strukturellen Mängel im Gesundheitswesen, die im wesentlichen für die katastrophalen Zustände im Bereich der psychosozialen Versorgung verantwortlich sind. So werde die Niederlassungsfreiheit für Psychologen das bereits bestehende System der Ärzte reproduzieren: Es bleibe bei einem kurativ orientierten System, in dem die Therapeuten ihre ausschließlich im Patientenkontakt erbrachten Einzelleistungen indirekt mit den

Versicherten abrechnen. Der Entwurf stehe einer gemeindenahen Gesundheitssicherung entgegen, in der multiprofessionelle Teams (Psychologen, Ärzte, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen, usw.) in einem sinnvollen System psychosozialer Dienste (beratend, ambulant, halbstationär, stationär, rehabilitativ, usw.) einem jeweils regional definierten Versorgungsauftrag nachkommen. Er schließe auch die Anwendung präventiver Maßnahmen und therapeutischer Selbsthilfekonzepte praktisch aus, da diese von niedergelassenen Psychologen nicht abgerechnet werden könnten. Schließlich bedeute die Beschränkung auf den Berufsstand der Psychologen eine Disqualifizierung aller im Bereich psychosozialer Versorgung bereits tätigen anderen Berufsgruppen. Die Aktivitäten des Vorstandes sind gegenwärtig darauf gerichtet, die gemeinsame gesundheitspolitische Plattform mit der DGsP und der GwG im Bezug auf das geplante Gesetz noch zu erweitern. Intensive Kontakte bestehen vor allem zur Gewerkschaft ÖTV, die im Wesentlichen die Forderungen der dgvt unterstützt, aber auch zu anderen Berufs- und Interessenverbänden im psychosozialen Bereich.

Soweit, so gut, jeder aufgeklärte, mit den Problemen im Bereich der Psychosozialen Versorgung Vertraute und in diesem Bereich Tätige wird im Wesentlichen den gesundheitspolitischen Zielvorstellungen der dgvt zustimmen können. Beim näheren Hinsehen (diese Möglichkeit ergab sich auf der Mitgliederversammlung (MVV)) wurden jedoch Schwierigkeiten und Widersprüche hinsichtlich des politischen Vorgehens augenfällig. Das gesundheitspolitische Hemd der dgvt trägt sich sicherlich am leichtesten, wenn man zusätzlich noch mit einer festen Stelle bekleidet ist, und es gibt viele, die es nicht so warm haben, die gezwungen sind, freiberuflich in Praxen zu arbeiten, unter äußerst schlechten, illegalisierten Bedingungen. Die Konkurrenz auf dem Stellenmarkt wird immer härter, die Qualifikations- und Ausbildungsanforderungen werden ständig verschärft und die Arbeitslosenzahlen steigen. Vor diesem Hintergrund erscheint es manchem sicher unverständlich, daß die dgvt ihrerseits Ausbildungs- und Anerkennungskriterien schafft, die wohl einigermaßen in das gesundheitspolitische Konzept passen, die aber andererseits für arbeitslose und freiberuflich tätige Kollegen oft kaum zumutbare Schwierigkeiten aufweisen und somit ihre prekäre Situation insofern noch verschärfen, als es ihnen schwer gemacht wird, die geforderten Qualifikationsnachweise zu erlangen (gemeint ist hier z. B. das Anerkennungskriterium für freiberufliche Praxiszeit, die nur in einer bestimmten Kriterien entsprechenden kontrollierten Gemeinschaftspraxis erfolgt sein darf. Solche Gemeinschaftspraxen sind oft für die dort Tätigen nur finanziell tragbar, wenn sie nebenbei noch Halbtagsstellen oder Honorarverträge in anderen Einrichtungen haben). Dieses Vorgehen bedeutet eine weitere Verschärfung der Selektion, was besonders gravierend ist, zieht man einmal die Möglichkeit in Betracht (was realistisch ist), daß das Gesetz – wenn auch vielleicht in einigen Punkten verändert – Realität wird, und sodann vielleicht nur diejenigen in den »neuen Berufsstand« übernommen werden, die einen Verbandsstatus vorzeigen können.

3. *Orientierung*: Auf eben diesem Hintergrund ist es sicherlich nicht ausreichend, mit der Rechtfertigung »Gesundheitspolitik vor Berufspolitik« sich mit einer politischen Strategie zu begnügen, die die Verbreitung langfristiger, fortschrittlicher gesundheitspolitischer Ziele und Forderungen zum Inhalt hat. Es sollte vielmehr auch konkrete, praktische Gesundheitspolitik im Interesse der organisierten Mitglieder betrieben werden. In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich, daß die Forderung nach Landesverbänden von den höchstens 500 Teilnehmern an der MVV (die im übrigen vermutlich überwiegend feste Stellen bekleiden → Bildungsurlaub) mit knapper Mehrheit und der ängstlichen Begründung zurückgewiesen wurde, es bestünde die Gefahr einer Zersplitterung der dgvt.

Mit einer solchen Organisationsform, wie sie im übrigen auch u. a. von der DGsP

und den Gewerkschaften praktiziert wird, könnte leichter einem »regional definierten Versorgungsauftrag« für die Mitglieder nachgekommen werden, aktuelle Probleme in Ausbildung und Tätigkeit könnten genauer wahrgenommen und gezielter angegangen werden (z. B. Einrichtung von Gemeinschaftspraxen, Bildung von psychosozialen Arbeitsgemeinschaften, Supervision), schließlich könnte Gesundheitspolitik theoretisch und praktisch auf Landesverbandsebene nachdrücklicher betrieben werden.

So wäre z. B. denkbar, anstatt eine zentrale Aus- und Weiterbildungskommission (AWK; 5 Personen, davon 3 Studenten) mit der Koordination sämtlicher Arbeitskreise zu betrauen, viele regionale AWK's in den entsprechenden Landesverbänden einzurichten, die sich mit dem Aufbau einer bedarfsgerechten, an den Erfordernissen der jeweiligen Region orientierten Ausbildung im Interesse einer optimalen Versorgung befassen. Mit einer effektivierten Organisationsform wäre die dgvt u. U. auch besser in der Lage, sich vor Ort z. B. in Zusammenarbeit mit regionalen gewerkschaftlichen Gremien solcher Probleme anzunehmen, die die unmittelbare Tätigkeit des Psychologen unter bestimmten institutionellen Bedingungen betreffen und von denen auf dem Kongreß in vielen Beiträgen berichtet wurde (z. B. Röhl). So scheint die erfolgreiche Durchführung psychologisch-therapeutischer Konzepte oft wesentlich von den jeweiligen institutionellen Bedingungen und von dem Ausmaß realisierter Teamarbeit (z. B. mit Pflegepersonal und Ärzten) abzuhängen.

Der Herkunftsbereich der Referenten signalisiert eine Veränderung gegenüber dem vorjährigen dgvt-Kongreß in Berlin: Während dort in der Mehrzahl von der Arbeit aus den klinischen Abteilungen der universitären psychologischen Institute berichtet wurde, ist jener Anteil in diesem Jahr stark zugunsten von Berichten aus dem Praxisbereich zurückgegangen (auffällig war insbesondere die Vielzahl von Berichten aus Landeskrankenhäusern und Uni-Kliniken). Die Themen gruppierten sich – gemessen an der Anzahl der Referate – hauptsächlich um den Bereich der Suchtkrankentherapie, speziell der Alkoholikertherapie, den Bereich des Stotterns, VT im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Bereich sowie die Behandlung von Zwängen und diversen psychosomatischen Störungen. Insgesamt läßt sich bei einer groben Einschätzung in allen genannten Bereichen die Tendenz feststellen, im therapeutischen Vorgehen nicht »am Symptom zu kleben«, sondern in einem, über reine VT-Methodik hinausgehenden Breitbandansatz in Richtung auf Hebung sozialer Kompetenzen zu arbeiten, unter Einbeziehung der sozialen Umwelt des Patienten, speziell der Familie.

Vor allem für Honorarpsychologen, die über BSHG-Finanzierung mit Klienten aus Familien- und Behindertenfürsorgestellen arbeiten, dürfte der Erfahrungsbericht von Ockel u. a. über ihre Arbeit in einer Familienfürsorgestelle in West-Berlin von Interesse gewesen sein, zumal dieser wichtige ambulante Bereich bisher kaum über systematische psychologische Mitarbeit verfügt.

I. Hand konstatierte als Zwischenergebnis seiner Arbeit mit zwangsneurotischen Patienten, daß es, entgegen der bisherigen Praxis, sinnvoll sei, Patienten mit schwerer Symptomatik ambulant und solche mit leichteren Zwangssymptomen eher stationär zu behandeln. Dies gründet sich auf die Erkenntnis der unterschiedlich starken Involution der Familie und der sozialen Umwelt, die in entsprechender Weise in die Therapie mit einbezogen werden muß.

Hellhammers Beitrag gibt ein Beispiel dafür, daß sich verhaltens- bzw. kognitionspsychologische Sichtweisen einerseits und neurophysiologische Erkenntnisse über psychopathologische Phänomene andererseits in Bezug auf die zu ergreifenden therapeutischen Maßnahmen durchaus ergänzen können. So begründet und bestätigt er z. B. verhaltenstherapeutisches Vorgehen bei depressiven Störungen – nämlich den Aufbau von aktivem und zielgerichtetem Verhalten – durch die Annahme hormonaler

Steuerungsmechanismen bei der Aktivierung bestimmter Systeme kognitiven Handelns.

Abschließend läßt sich sagen, daß Verhaltenstherapie durch ihre stärker werdende Orientierung am praktischen Berufsfeld der psychosozialen Versorgung und unter dem Einfluß der sich dort stellenden Probleme sich immer stärker integriert in umfassende therapeutische Vorgehensweisen, die durch Methodenvielfalt gekennzeichnet sind. Dies findet formal auch seinen Ausdruck in der Perspektive des nächsten Kongresses, der zusammen mit der GwG in Berlin abgehalten werden wird.

Michael von Aster (Berlin/West)

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

Mitte März erscheint:

AS 33 Gulliver

Deutsch-Englische Jahrbücher, Bd. 5

Englisch: Unterrichts- und Studienreform

E. Obendiek: Fremdsprachenunterricht, Wirtschaft und Gesellschaft

A. Vielau: Selektion im Englischunterricht. Bildungspolitische Aspekte der Methodendiskussion

Kramer/Mans/Stiefenhöfer: Talking about the Past. »Bauanleitung« zu einer Unterrichtseinheit auf Basis der Sprechfähigkeitstheorie

H. Rautenhaus: Der gegenwärtige Fremdsprachenunterricht zwischen äußerer und innerer Differenzierung

V. Kilian: Englischunterricht in der Erwachsenenbildung. Transnationale Tendenzen der curricularen Entwicklung

Aspekte einer Studienreform: z. B. Osnabrück

Aufsätze und Unterrichtsmodelle von T. Westphalen, S. Markmann, H. Lutz, W. Karrer und H. Vollmer

H. Klaus: Politische Lyrik im »Thirties Movement« (II)

R. Southall: The Mood of the Traditional Popular Ballad (II)

Archiv

W. G. Urlaub: Margaret Harkness und die Tradition der sozialkritischen englischen Literatur im 19. Jahrhundert

Diskussion

T. Metscher: Beckett and Tragedy. A Note on »Endgame«

Konferenzen – Besprechungen

192 S.; 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud. 11,- DM.

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4 61 90 61

Philosophie

Hempel, Carl G.: Aspekte wissenschaftlicher Erklärung. Verlag Walter de Gruyter, Berlin/West u. New York 1977 (240 S., br., 28,- DM).

Der Band enthält das vom Autor ergänzte und überarbeitete Schlußkapitel seines 1965 erschienenen Buchs »Aspects of Scientific Explanation and other Essays in the Philosophy of Science«. Es beginnt mit einer Darlegung des Typs der „deduktiv-nomologischen Erklärung“, der unter dem Namen Hempel-Oppenheim-Schema der Erklärung seit den 50er Jahren weithin bekannt ist und sich durchgesetzt hat. Kerngedanke des Schemas und der auf ihm aufbauenden Modifikationen ist, „daß alle wissenschaftlichen Erklärungen explizit oder implizit eine Subsumtion des jeweiligen Gegenstands unter allgemeine Gesetzmäßigkeiten bewirken“ (224). Es ist abstrakteste Modellstufe in der Rekonstruktion der Erklärungsarten, die tatsächlich in der Wissenschaft verwandt werden (124), und repräsentiert unmittelbar bereits den Erklärungstyp, in dem deterministische Gesetzesaussagen vorkommen. Bei Verwendung statistischer Gesetze ergibt sich der modifizierte Typ der deduktiv- bzw. induktiv-statistischen Erklärung. Gewisse gemeinsame Eigenschaften beider Typen werden weiter modifiziert in elliptischen, skizzenhaften, unvollständigen/überbestimmten u. a. Erklärungsarten. Immer auf das Enthaltensein des Schemas verweisend, entwickelt H. ferner seine Auffassung von pragmatischer, genetischer, dispositioneller und subjektiv-rationaler Erklärung, wobei er sich stets auch mit alternativen Auffassungen innerhalb der Analytischen Philosophie auseinandersetzt, der er selbst zuzurechnen ist. – Die logische, systematische und stilistische Klarheit der Darstellung macht dieses Buch einschlägigen Veröffentlichungen überlegen, die bisher in deutscher Sprache erschienen sind. Obwohl letztere H.s Gedanken häufig schon faktisch ins Deutsche übersetzt und z. T. weiterentwickelt haben, ist deshalb der Rückgriff auf die „klassische“ Schrift zu empfehlen. – Das Buch ist auch für Historiographen der Analytischen Philosophie wichtig, weil es zeigt, wie H. sich in deren Entwicklungslogik einordnet. Seit Ende der 50er Jahre wurde hier den schulenspezifischen Untersuchungen, soweit der Ansatz es zuließ, geschichtliche Dimension verliehen. So löst H. gewisse logische Paradoxien des statistischen Schließens dadurch auf, daß er die Gültigkeit von Schlüssen auf eine gegebene „Wissenschaftssituation“ hin relativiert (80); womit (unausgesprochen) der Schein des rein logischen Charakters selbst elementarster Erklärungsformen dahin ist. – Von Interesse ist schließlich ein 1976 verfaßtes Nachwort, in dem H. sich mit Jeffreys, Salmons und Stegmüllers Kritik an seinem Begriff statistischer Erklärung auseinandersetzt. Er akzeptiert hierbei die Kritik an gewissen Eigenarten seines Modells, in denen er stillschweigend die Möglichkeit induktiver Logik vorausgesetzt hatte (100).

Natürlich weist die Argumentation die als kritikwürdig bekannten charakteristischen Züge der Analytischen Wissenschaftstheorie auf. Sie ist in doppelter Weise borniert. Erstens diskutiert H. nur mit Vertretern der eigenen Schule. Schon bezüglich des Operationalismus, der (lediglich) in Gestalt Bridgmans wahrgenommen wird, zeigt sich starke Verständnislosigkeit für die Fragestellungen anderer: der Typ der »Erklärung und Zurückführung auf Bekanntes« wird einfach in die Schublade des »pragmatischen« Erklärungsaspekts gesteckt, der durch Relativierung des Erklärungsbegriffs auf einzelne auskunftsheischende Personen definiert ist (148 ff.). Von marxistischen Ansätzen ist überhaupt keine Rede. Damit geht die zweite Borniertheit einher, daß nicht ernsthaft nach Erklärungstypen gefragt wird, die für Gesellschafts- und Geschichtstheorie spezifisch wären. Zwar gelingt es H. trivialerweise, vorhan-

dene Geschichtserklärung mit seinem Schema zu rekonstruieren. Sie bestehe »aus einem gewissen Anteil nomologischer Verknüpfung und einem mehr oder weniger großen Rest reiner Beschreibung«, der »für ein Verständnis der späteren Stadien der genetischen Folge relevant« sei (172). Die naheliegende Frage nach Herkunft und Rationalität dieses »Rests« wird aber nicht gestellt. Zudem denkt H. bei geschichtlich wirksamen Gesetzen bloß an Psychologie (218 ff.). Aus marxistischer Sicht besteht der Grundfehler, der diese und andere Verkürzungen hervorruft, bereits in der Wahl des deduktiv-nomologischen Schemas zum allgemeinsten systematischen Ausgangspunkt. Der Fall, daß ein Gegenstand logisch unter ein allgemeines Gesetz subsumiert wird, müßte als Spezialfall behandelt werden, während grundlegender das Prinzip von Marx ist, wonach »der Widerspruch zwischen dem allgemeinen Gesetz und weiter entwickelten konkreten Verhältnissen« gerade nicht durch solche Subsumtion, sondern »durch Auffindung der Mittelglieder« gelöst werden muß (MEW 26.3, 83).

Michael Jäger (Berlin/West)

Kambartel, Friedrich: *Theorie und Begründung – Studien zum Philosophie- und Wissenschaftsverständnis.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (192 S., br., 20,- DM).

Die bundesrepublikanische Wissenschaftstheorie läßt sich nach Kambartel in drei Schulen unterteilen: die neukantianisch-logistische Konstruktive Wissenschaftstheorie (Lorenzen), den neopositiv-empiristischen Kritischen Rationalismus (Albert) und die hermeneutisch-idealistische Kritische Theorie (Habermas). Die wissenschaftstheoretischen Bemühungen Kambartels selbst gehören in den Unkreis der zuerst genannten Schule. Gemeinsam ist allen drei Richtungen das Interesse an den Bedingungen der Möglichkeit einer Konventionalisierung und Reglementierung ziviler Kommunikation im allgemeinen und sprachlicher Verständigung im besonderen. Die in der sprachlichen Verständigung als ihrem Paradigma gipfelnde zivile Kommunikation wird dabei von allen drei Schulen als eine Meta-Ebene begriffen, deren Funktion eine fatale Ähnlichkeit mit der Rolle aufweist, die berufene Ausleger der bundesrepublikanischen politischen Wirklichkeit heutzutage dem System der parlamentarischen Demokratie zuzuweisen pflegen. Aufgabe dieser Meta-Ebene ist es nämlich, in nicht konfliktlösender, sondern vielmehr Spannungen neutralisierender Weise die durch immer neue Widersprüche und Antinomien bedrohten systematischen Beziehungen zwischen den zu Interessengruppen pluralistisch entschärften divergierenden Kräften des gesellschaftlichen Realprozesses quasi stellvertretend zu repräsentieren. Anders als die Habermas'sche Hermeneutik, deren kommunikationstheoretisches Konfliktbeschwörungspathos noch direkt auf den Fluchtpunkt einer als bürgerliche Öffentlichkeit vorgestellten gesamtgesellschaftlichen Verständigung Bezug nimmt, beschränken dabei allerdings die beiden erstgenannten Schulen ihren Begriff von ziviler Kommunikation von vorneherein auf den Bereich des wissenschaftlichen Diskurses. Während indes der Kritische Rationalismus seine Bemühungen weitgehend auf eine Reglementierung der szientifisch-empirischen Forschungsweise konzentriert, sind die Bestrebungen der von Kambartel mitvertretenen Konstruktiven Wissenschaftstheorie vornehmlich auf eine Konventionalisierung der szientifisch-logischen Darstellungsform gerichtet.

Ausgangspunkt aller Aufsätze ist die Vorstellung des Wissenschaftszusammenhangs als eines Systems von »Behauptungen«, die bestimmte »Begründungspflichten« nach sich ziehen – wobei speziell der Philosophie die Aufgabe zufällt, jene per Behauptung »eingegangenen Begründungspflichten ans Licht zu ziehen« und »die Möglichkeit ihrer Erfüllung zu überdenken« (21). Solcher Begründungspflichten gibt es in

der Hauptsache zwei: eine am Ende aufs paradigmatische Vorzeigen angewiesene »hermeneutische« (auslegende) »Worteläuterungspflicht« und eine auf durchgängige logische Verbindlichkeit abgestellte »apophantische« (darlegende) »Verteidigungspflicht«. Weil letztere für Kambartel weitgehend synonym mit der Herstellung der Form wissenschaftlicher Diskursivität ist, gilt vornehmlich ihr sein Augenmerk. D. h. es sind die für diese »Begründungspflicht« konstitutiven Momente und Bestimmungen, von deren Analyse und Determination sich Kambartel die Befriedigung seines auf eine »allgemeine Theorie der Argumentation über Behauptungen« (109) zielenden Interesses erwartet. Spezifikum dieser theoretisch zu exponierenden Argumentationsweise soll es sein, daß sie an die Stelle des »axiomatisch-deduktiven Begründungsmodells« eine Begründung »in der Form unvoreingenommener Verständigung« (83) treten läßt. Die Unvoreingenommenheit der Verständigung drückt sich dabei – soweit sie nicht schon durch den häufigen adverbialen Gebrauch des Wörtchens »schlicht« hinlänglich verbürgt erscheint – in der Bereitschaft aus, auf eine strikt immanente, d. h. schlechterdings nichts als die reine Form der Argumentation zum Kriterium erhebende und für verbindlich erklärende Verhandlungsführung sich einzulassen. Mit diesem für die angestrebte Argumentationstheorie maßgebenden immanenten Formbegriff, der nicht bloß das »Wahrsein« auf eine bloße Funktion abstrakt syntaktischer Korrektheit reduzieren möchte, sondern der auch folgerichtig die angestrebte Theorie als kurzerhand eine Logik identifiziert, huldigt Kambartel einem Kantianismus, der die transzendentallogische Beziehung auf Objektivität überhaupt zugunsten einer logistischen Fixierung auf »Behaupten« überhaupt« (117) preisgibt und damit die *relative Erfahrungsunabhängigkeit* à la Kant in *absolute »Gegenstands-unabhängigkeit«* (ebd.) konvertiert. Kambartels langatmiger Versuch, diesem Formbegriff durch eine zwischen Form und Inhalt detailliert geltend gemachte Kompetenzen- und Funktionsteilung den Vorwurf des Formalismus zu ersparen, ignoriert dabei den entscheidenden Punkt: daß nämlich dieser Formbegriff formalistisch insofern ist, als er der Sanktionierung einer Situation dient, in der die Form in abstracto der nachgerade einzige Inhalt ist, über den man sich noch nach Belieben streiten kann, ohne sich ernsthaft auseinandersetzen zu müssen. Ulrich Enderwitz (Berlin/West)

Plath, Peter, und Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.): Theorie und Labor. Dialektik als Programm der Naturwissenschaft. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1978 (341 S., br., 14,80 DM).

Einige Aufsätze des Sammelbands explizieren das Programm dialektischer Naturphilosophie und Erkenntnistheorie als solches. So schreibt *Jensen* über das anthropologische Modell, das den Kategorien bürgerlicher Erkenntnistheorie zugrundeliegt, und zeigt kategoriale Alternativen auf; *Bayertz* stellt den Zusammenhang von erkenntnistheoretischer und ontologischer Seite der Engelsschen Naturdialektik dar, wobei er sich speziell mit der Erkenntnistheorie des Experiments befaßt; *Sandkühler* untersucht das Determinismusproblem (Verhältnis von quasi-naturgesetzlicher Determination und bewußter Praxis der Klassen) vor dem Hintergrund der Verwendung, die in der Geschichte politischer Ideologien von der »Analogie« Natur-Gesellschaft gemacht wird; und *Mies/Otto* erörtern die sozialen Zwecke der wissenschaftlichen Interdisziplinarität, aus denen nicht nur erkenntnistheoretische, sondern auch organisatorische Konsequenzen entspringen.

Thoma-Herterich/Kaiser versuchen sodann, Dialektik als notwendige wissenschaftliche Perspektive der Biologie zu erweisen. Sie beziehen sich auf Sèves Auffassung über dialektische Begriffe: diese bildeten eine »Funktions- und Entwicklungstologie« der inneren Logik ihres Gegenstands nach (83). Der Überblick der Verfasser

über Grundbegriffe der Biologie und ihr Hinweis auf die Eigensche Theorie der Entstehung des Lebens zeigt, daß die Logik der materiellen Entwicklung bereits Gegenstand dieser Wissenschaft ist, und macht es ihnen eben deshalb schwer zu erklären, was hier an dialektischer »Verallgemeinerungsqualität« noch hinzukommen soll und welchen Sinn ihre Forderungen nach einer »konkreten Logik auch der Kategorien« hat (101). Ihre Behauptung, die biologischen Kategorien erinnerten an den Zustand der Kategorien der klassischen Politökonomie vor Marx (95), würde eingehender Erörterung wohl kaum standhalten. – Mit einem Aspekt der Biologie befaßt sich auch *Richter*, der zeigt, was es für die pharmazeutische Industrie bedeutet, daß man in biologischen Systemen fast nur »definiert chirale Moleküle« findet (331). In einer auch Laien verständlichen Weise wird erklärt, wie Nebenwirkungen von Medikamenten ausgeschlossen werden könnten, wenn man höhere Produktionskosten aufwenden würde, als Chemiekonzerne bereit sind zu tragen.

Die meisten Aufsätze des Buchs gelten dem Verhältnis von Mathematik, Einzelwissenschaft und materieller gesellschaftlicher Praxis. *Plath* zeigt, wie es möglich wäre, unter Vermeidung des physikalischen Reduktionismus »für die Chemie eine mathematische Sprache zu entwickeln, die den Problemen der Chemie angepaßt ist« (214). Die Rolle der Mathematik, von der hier »einfach« Gebrauch gemacht wird, ist für Krause und Giorello thematisch. In Auseinandersetzung mit Sohn-Rethel fragt *Krause* nach dem Charakter der Abstraktion bei Galilei, betonend, daß sie kein Unterschied des mathematischen Geistes gegen die Sinnlichkeit ist. Sowohl Galileis Ansätze zur Infinitesimalbetrachtung als auch die Aufstellung des Fallgesetzes zeigen, daß das jeweilige Problem erst in »physikalischer Abstraktion« vorliegen muß, bevor es in geometrische Begriffe gefaßt werden kann; die darauf folgende Beweisführung ist geometrisch und nicht physikalisch, und eben deshalb bedarf es zu ihrer Vervollständigung noch des physikalischen Experiments (135). *Giorello* erörtert im interessantesten Aufsatz des Buches den »Fall« Riemann. Hier eklatiert das Problem eines materialistischen Verständnisses von Mathematik, weil es so aussieht, als hätte Riemann zentrale Bestandteile der Relativitätstheorie (die Nichteuklidische Geometrie) in einem rein mathematischen Reflexionsraum vorgedacht, lange bevor Einstein sie auf physikalische Objekte bezog. Aus Giorellos Erörterung ergibt sich aber, daß Riemanns Fall nicht wesentlich anders gelagert ist als derjenige Galileis. Seine mathematischen Erneuerungen gehen zwar der Einsteinschen Physik voraus, sind aber selbst schon Resultat jener einschneidenden Revision der Newtonschen Physik, die im Rückblick als erster Schritt zu Einstein hin erscheint: ihrer Ausweitung auf die Erklärung von Elektrizitäts- und anderen Feld-Phänomenen (283). Die Nichteuklidische Geometrie stellt sich also nicht als *prima causa* einer physikalischen Revolution dar, sondern »nur« als innerphysikalischer Vermittlungsmechanismus. – Wenn Giorellos an die Falldarstellung geknüpfte Reflexionen über rationale Entstehung von Theorie (trotz weiterführender Aspekte) letztlich widersprüchlich bleiben, so wohl deshalb, weil er seine wichtigsten Reflexionskategorien zu unkritisch von Lakatos und Stegmüller bezieht (283, 290 f.). – Im Gegensatz zu dem Verfahren von Plath, Krause und Giorello tritt die Mathematik in den Aufsätzen von Gross und Böhme rein als solche, ohne daß noch von empirischen Einzelwissenschaften die Rede ist, in Verbindung mit der materiellen gesellschaftlichen Praxis, was z. B. *Böhme* zu der kühnen Behauptung ermutigt, der tautologische Charakter der Mathematik erscheine für Wittgenstein »als das geeignete Instrument, die Arbeit zu bestimmen, bevor gearbeitet wird« (309), die Arbeit selbst daher als Anwendung der Sprache (302), und die »Wirklichkeit« der Wittgensteinschen Auffassung sei die taylorisierte Arbeit (313).

Nach der Lektüre dieses Buches findet sich der Leser an Kenntnissen und Gedanken bereichert, hat aber kaum den Eindruck, ihm sei »Dialektik als Programm der

Naturwissenschaft« plausibler geworden. Zu den Gründen mag zählen, daß die Verfasser (Ausnahme: Sandkühler) nirgends mit Lenins Vorschlag arbeiten, als Paradigma für Dialektik das »Kapital« zu nutzen. Aus ihm wird, sieht man vom Begriff der Arbeit ab, so gut wie nichts fruchtbar gemacht. In zwei Aufsätzen wird Kedrows Urteil zugestimmt, die Naturdialektik von Engels habe dort enden sollen, »wo das ›Kapital‹ beginnt: beim Begriff der Arbeit« (67 f.). Die Frage hätte sich angeboten, welche Ursachen und wissenschaftstheoretische Folgen der Umstand hat, daß das »Kapital« keineswegs beim Begriff der Arbeit beginnt. Vielleicht hätte man dann auch die Mitteilung von Peter Ruben nicht so kritiklos hingenommen, Naturdialektik habe die »prinzipielle Aufgabe«, dem Menschen die Natürlichkeit seines gesellschaftlichen Daseins und zwar speziell der Arbeit zu »demonstrieren«, »womit sie ihm zugleich das Bewußtsein vermittelt, freier Schöpfer seines eigenen Lebens zu sein« (67). Wohin solche Arbeitsphilosophie führen kann, die potentiell an die Stelle der Kritik der Politischen Ökonomie tritt, zeigt die naive Ausgewogenheit, mit der *Gross* (im Rahmen einer historischen Skizze des Verhältnisses von Mathematik und Produktion) über die Asiatische Produktionsweise urteilt: hier sei die manuelle Tätigkeit noch nicht als minderwertig angesehen worden. »Die herrschende Klasse eignete sich zwar bereits auch einen Teil des Mehrprodukts an, beteiligte sich aber auch noch am Zustandekommen dieses Mehrprodukts.« (239) Z. B. »schenkte« der Tempelvorsteher »den praktischen Aufgaben große Aufmerksamkeit . . . , denn er leitete teilweise so wichtige Aufgaben wie den Bau von Dämmen, Magazinen, Tempeln« (238).

Hat es schon mal eine herrschende Klasse ohne ökonomische Funktion gegeben?

Michael Jäger (Berlin/West)

Canguilhem, Georges: *Idéologie et rationalité dans l'histoire des sciences de la vie*. Vrin, Paris 1977 (144 S., br., 33 Fr.).

G. Canguilhem, der G. Bachelard auf dem Lehrstuhl für Geschichte der Wissenschaften an der Sorbonne nachfolgte, hat in diesem Band eine Reihe seiner Vorträge, Aufsätze und Kongreßbeiträge aus den letzten Jahren zusammengestellt. Eingeführt wird die in zwei Teile gegliederte Sammlung durch einige Überlegungen zur »Rolle der Epistemologie in der zeigenössischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung«. Mit Dijksterhuis will Canguilhem die Geschichte der Wissenschaft als das »epistemologische Laboratorium« der Wissenschaft verstanden wissen. Der Begriff »Epistemologie« bezeichnet für den in der Tradition der französischen anti-empiristischen Wissenschaftstheorie stehenden Biologie- und Medizinhistoriker die Bemühung, »in den Akten des Wissens selbst nicht etwa die (Existenz-)Berechtigung, sondern vielmehr die Mittel der Hervorbringung« wissenschaftlicher Erkenntnisse »ausfindig zu machen« (20). Sie soll der Wissenschaftshistoriographie damit eine Orientierung geben, die sie über eine bloße Chronologie hinaushebt und sie dahin gelangen läßt, »die Geschichte der Wissenschaft, soweit sie eine offenbare Aufeinanderfolge mehr oder weniger systematisierter Aussagen mit Wahrheitsanspruch darstellt, in jenem latenten, geordneten Fortgang zu erfassen, der im nachhinein erst wahrnehmbar ist und deren vorläufiges Ende die gegenwärtige wissenschaftliche Wahrheit darstellt« (18). Was Canguilhem hier mit einiger Mühe zu formulieren versucht und im Anschluß an Bachelard mit dem Begriff der »Rekurrenz« belegt, hat Marx einmal in die prägnante Metapher gefaßt, wonach die Anatomie des Menschen einen Schlüssel für die Anatomie des Affen darstelle.

Der erste Teil hat den Titel »Wissenschaftliche und medizinische Ideologien im 19. Jahrhundert«. Im programmatischen Aufsatz »Was ist eine wissenschaftliche Ideologie?« versucht Canguilhem, den Begriff einer »*wissenschaftlichen Ideologie*«

theoretisch zu fassen: »a) Die wissenschaftlichen Ideologien sind Systeme zur Erklärung von Objekten, welche sich der ihnen übergestülpten Norm wissenschaftlicher Behandlung entziehen. b) Es existiert immer eine wissenschaftliche Ideologie vor einer Wissenschaft in dem Bereich, in dem die Wissenschaft sich einrichten wird; es existiert immer eine Wissenschaft vor einer Ideologie in einem benachbarten Bereich, den diese Ideologie sozusagen schielend anvisiert. c) Die wissenschaftliche Ideologie darf nicht mit den Scheinwissenschaften, weder mit der Magie noch mit der Religion vermenget werden. Sie wird zwar wie diese bewegt durch ein unbewußtes Bedürfnis nach direktem Zugang zur Totalität, aber sie ist eine Überzeugung mit Blick auf eine schon errichtete Wissenschaft, deren Prestige sie anerkennt und deren Stil sie nachzuahmen sucht« (44). Dieser Definitionsversuch gewinnt allerdings erst vor dem Hintergrund der historischen Studien über »Eine exemplarische medizinische Ideologie, das System von Brown« sowie über »Die Bedeutung der Bakteriologie für das Ende der »medizinischen Theorien« im 19. Jahrhundert« Konturen. Sie lassen die besondere Form des Ideologischen gerade bei der wissenschaftlich motivierten Aneignungsweise der Wirklichkeit deutlich werden.

Im zweiten Teil, »Eroberungen der« – zu verstehen im Modus des subjektiven und objektiven Genitivs – »biologischen Rationalität im 19. und 20. Jahrhundert« sind drei Arbeiten zur Biologiegeschichte versammelt: »Die Bildung des Begriffs biologischer Regulation im 18. und 19. Jahrhundert«, »Über die Geschichte der Wissenschaften vom Leben seit Darwin« und »Die Frage der Normalität in der Geschichte des biologischen Denkens«. Die begriffsgeschichtliche Studie über biologische Regulation verdeutlicht den mühsamen Weg der Erkenntnis von einer wissenschaftsideologischen Vorstellung zu einem wissenschaftlichen Begriff. Oszillierend zwischen technologischen und ökonomischen Metaphern, gewinnt die Vorstellung organischer Regulation mit der Entwicklung der Physiologie – von der Montpellier-Medizin über Lavoisier (ebenso genialer Physiologe wie Chemiker!) bis zu Claude Bernard – zwar an empirischem Gehalt, bleibt jedoch theoretisch dem – der zeitgenössischen Physik zugrundeliegenden – harmonischen Modell der *Erhaltung* eines ursprünglichen Gleichgewichts verhaftet. Die theoretischen Bedingungen für die Erarbeitung des Begriffs der *Adaption* im Sinne des ständigen *Sich-Herstellens* eines, immer vorläufigen, »stabilen« Zustands werden auf dem Hintergrund der Darwinschen Evolutionstheorie erst durch die Genetik und Biochemie des 20. Jahrhunderts geschaffen. – Auf dem Wege der Biologie von Darwin bis in die Gegenwart ist – das beleuchtet die zweite Studie dieses Teils – eben das zum *Objekt* der Wissenschaft gemacht worden, was den Wissenschaften vom Leben in ihrer Konstitutionsphase bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts axiomatisch vorausgesetzt erschien und wonach sie ihren Namen tragen: das Leben selbst.

Das Wissenschaftsparadigma der klassischen Mechanik erzwingt – so paradox es klingen mag – zunächst eine *vitalistische* Biologie; in ihr spielen der Newtonsche Gravitationskraft *analoge* Vitalkräfte die beherrschende Rolle; was es gut mechanisch am Organismus zu erklären gibt, ist gerade nicht das, was ihn offensichtlich auszeichnet: Selbstentwicklung, Selbsterhaltung, Selbstreproduktion. Sie zum Gegenstand der Analyse zu machen, setzt voraus, daß *empirisch* das materielle Substrat zugänglich gemacht wird, durch das sich die Lebenserscheinungen realisieren; theoretisch erfordert es, um mit Canguilhem zu sprechen, die »Konstitution« eines »neuen Objekts«: man könnte auch sagen, die Konstruktion von Modellen, die biologisch relevante Empirie überhaupt erst ermöglichen und sie auszurichten vermögen. Das Modell des Gens als der Einheit der biologischen *Vererbung* etwa war zum einen nicht *allein* aus der Auszählung der Farbe von Erbsenblüten zu gewinnen; es war dazu die alte, durch die »Genetik« des 18. Jahrhunderts befestigte Vorstellung (nach Canguilhem: *ideolo-*

gische Vorstellung) aufzubrechen, daß die Erscheinungen der »einmaligen« Zeugung identisch seien mit den Erscheinungen der (»statistischen«) Vererbung. Der historische Weg zur wissenschaftlichen Rationalität, jener »geordnete Fortgang . . . , der im nachhinein erst wahrnehmbar ist«, zeigt sich nicht zuletzt im Prozeß der Verschiebung und Ersetzung von Modellen, die aber zum anderen ihren Ideologiecharakter erst dann verlieren, wenn sie sich der (empirischen) Bewährung zugänglich erweisen.

Was aber ist wissenschaftliche Rationalität? So sehr Canguilhems Untersuchungen ihrer historischen Hervorbringung überzeugen, so wenig befriedigt seine Definition: »Eine Wissenschaft ist ein Diskurs, der durch seine kritische Berichtigung normiert wird« (21). Der, von Canguilhem selbst exemplarisch vorgeführte, Prozeß der historischen Entwicklung von Wissenschaft läßt sich nicht auf einen Diskurs reduzieren.

Hans-Jörg Rheinberger (Berlin/West)

Günther, Gotthard: Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik. Bd. 1: Metakritik der Logik – nicht-Aristotelische Logik – Reflexion – Stellenwerttheorie – Dialektik – Cybernetic Ontology – Morphogrammatik – Transklassische Maschinentheorie. F. Meiner Verlag, Hamburg 1976 (365 S., br., 58,- DM).

Günther, Gotthard: Idee und Grundriß einer nicht-Aristotelischen Logik. 2. Aufl. mit einem neuen Vorw. und einem Anhang: **Kaehr, Rudolf:** Materialien zur Formalisierung der dialektischen Logik und der Morphogrammatik 1973–1975. F. Meiner Verlag, Hamburg 1978 (417 S. u. 125 S. Anh., br., 84,- DM).

Die »Beiträge« sind eine Aufsatzsammlung mit Arbeiten Günthers aus den letzten 40 Jahren, »Idee und Grundriß« erschien erstmals 1959. Günthers Anspruch ist es, in der Konfrontation der reflexionstheoretischen Ergebnisse des deutschen Idealismus mit der mathematischen Logik den Durchbruch zur operativen Dialektik gefunden zu haben. Speziell im Anschluß an Hegels Analysen der klassischen Logik, die heute in der zweitwertigen Aussagenlogik als ihrem Basissystem formalisiert ist, stellt Günther fest, daß aus ihr als reiner Objekt- bzw. Seinslogik die Subjektivität als Thema grundsätzlich ausgeschlossen ist. Im Anschluß an den deutschen Idealismus sieht Günther, daß in der Selbstreflexion das Subjekt neben dem Objekt eine zweite logische Gegenstands-kategorie bildet. Durch die Spaltung der Subjektivität in die existentielle Form des Du und die Form des denkenden Ich ergibt sich das neue logische Minimalschema von Ich-Du-Es anstatt der klassischen Subjekt-Objekt Dichotomie. Die Günthersche Konzeption ist die erste Logik, die die Subjektivität positiv in eine logische Theorie der Wirklichkeit einbezieht, womit ein Schritt in der Überwindung des Idealismus in der Mathematik gemacht ist.

Formalisieren läßt sich diese über die Trichotomie hinaus prinzipiell unendlich erweiterbare Konzeption nach Günther in einer mehrwertigen Logik. Während aber die bekannten mehrwertigen Logiken prinzipiell nur eine Negation haben, führt Günther je nach Anzahl der Werte verschiedene Negationen ein. Diese Vielzahl der Negationen gilt als das Kriterium für eine dialektische Logik. Günther beansprucht hier keinen Spezialfall dialektischer Strukturen zu entwickeln, sondern eine dialektische Logik, die in ihrer Allgemeinheit die klassische Logik übertrifft. Das zeigt sich darin, daß die dialektische mehrwertige Logik ein »Stellenwertsystem zweitwertiger Logiken« ist, d. h. sie ist die Vermittlung einer Vielheit klassischer Logiken, zwischen denen sich der »Kampf und die Einheit der Widersprüche« entfaltet. In einem Aufsatz von 1962 zeigte Günther, daß eine weitere Verallgemeinerung notwendig ist, um die

neuen Strukturen durchgängig operativ zu machen. Die Verallgemeinerung des Formprinzips führte ihn von der Ebene der durch das Identitätsprinzip beherrschten Werte zur Ebene der Morphogramme, die Gestaltcharakter besitzen. Die Morphogramme sind Symbolfolgen, die ihre Individualität nicht durch die Identität der einzelnen Symbole etablieren, sondern durch die Invarianz der Differenzenstruktur zwischen der jeweiligen Anzahl von Symbolen. Von der Logik aus gesehen drückt sich der Unterschied der beiden Formebenen darin aus, daß die Morphogramme im Gegensatz zu einer Wertfolge ihre Bedeutung durch Negation nicht ändern. Morphogramme werden durch neue Operatoren transformiert. Die Negationsinvarianz ist die Voraussetzung dafür, daß sie als formale Basis für die durch Negationen erzeugten Widersprüche fungieren können. Die Günthersche Konzeption der operativen Dialektik ist selber ein dialektisches Zusammenspiel zweier Formebenen. Die doppelte Formkonzeption unterscheidet ihn grundsätzlich von allen bisherigen Versuchen einer Formalisierung der Dialektik. Die Begriffe der Stellenwertlogik sind im Gegensatz zu den klassischen eindeutigen Begriffen von überdeterminiertem bzw. selbstreferentiellen Charakter, weshalb Günther besonderen Nachdruck auf die enge Verbindung dieser Logik zur Kybernetik legt. Er betrachtet sie als die Logik einer dialektischen Systemtheorie.

Bei Günther finden sich die philosophische Begründung und die grundlegenden formalen Skizzen für die operative Dialektik, in der Arbeit von Kaehr wird erstmals ein ausgearbeiteter Kalkül unter dem Titel »Dissemination logischer Frameworks« entwickelt. Neben der Darstellung eines allgemeinen Kalküls der dialektischen Logik finden sich Ausführungen zu ihrer Semantik und einer neuen funktionalen Erweiterung der logischen Metatheorie. Es werden eine Liste der Gesetze der dreiwertigen Logik gegeben und verschiedene Theoreme bewiesen. An verschiedenen formalen Themen wird die Funktionsweise einer dialektischen Modellierungstheorie vorgeführt, und eine Klassifikations- und Umformungstheorie geben einen ersten Einblick in die Morphogrammatik. In einer dreiwertigen prädikatenlogischen Modellierung der selbstreferentiellen Argumentation der Russellschen Antinomie zeigt Kaehr, daß Probleme, deren Darstellung mit klassischen formalen Mitteln unvermeidlich zu Antinomien führte, mit Hilfe der neuen Formalismen eine positive, antinomiefreie Darstellung finden können.

Während im allgemeinen heute immer noch darüber gestritten wird, ob Dialektik formalisierbar sei oder nicht, wird hier von Günther und Kaehr eine umfassende und systematisch angelegte Theorie einer operativen Dialektik vorgelegt, die meines Wissens keine vergleichbare Konkurrenz hat. Die vorliegenden Ausarbeitungen sind zwar immer noch fragmentarisch und bilden auch erst die Anfangsphase des von den Autoren konzipierten Programms einer dialektischen Formalwissenschaft, die neben der Logik sowohl eine Handlungstheorie als auch eine dialektische Arithmetik umfassen soll. Aber wer den Zusammenhang zwischen Logik und Methodologie der Wissenschaften kennt, wird die enormen Auswirkungen einschätzen können, die eine explizite dialektische Logik für eine neue exakte Methodologie der Einzelwissenschaften haben muß.

Joseph Ditterich (Berlin/West)

Friedrich, Jürgen, Harro Schweizer und Eberhard Sens (Hrsg.): Marxismus und Kybernetik. Philosophische, gesellschaftswissenschaftliche, sprachwissenschaftliche Aspekte. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (223 S., br., 19,80 DM).

Einerseits ganzheitliche, zusammenhangsorientierte Analysen und Denkmuster, andererseits ausdifferenzierte und hochspezialisierte Forschungsansätze – diese beiden Seiten prägen nachhaltig die aktuelle Wissenschaftsentwicklung. Die Diskussionen

über die Anwendungsmöglichkeiten der kybernetischen Systemtheorie in den Sozialwissenschaften lassen sich hier verorten: Als Theorie der Relationen – insbesondere der informationellen Prozesse – zwischen dynamischem Sub-, Supra-(Umgebungs-) und jeweiligem Zentralsystem versucht sie die Gemeinsamkeiten diverser Einzeldisziplinen dadurch zu erfassen, daß sie bei der Analyse eines Systems einerseits von dessen speziellem Basismaterial ebenso abstrahiert wie von den realen Austauschprozessen zwischen den Teilsystemen, daß sie andererseits die Resultate dieses Abstraktionsprozesses in den Einzeldisziplinen wiederum rückgekoppelt anwendet. Sowohl marxistische als auch bürgerliche Theoretiker reklamieren allzuoft vorweg eine »reservatio mentalis« gegenüber solch' strukturtheoretischer Konzeption und sie »befürchten, daß hinter der Fassade einer formal-strukturtheoretisch verfahrenen Systemforschung der eigentliche Inhalt des Gesellschaftlichen herausfällt« (9 f.).

Die Herausgeber können dieser Befürchtung die erfolgreiche Anwendung strukturtheoretischer Ansätze in verschiedenen Wissenschaftsbereichen entgegenhalten und können zeigen, daß das kybernetische Begriffs- und Theoremszenarium genügend ausdifferenziert ist; die Einführung demonstriert diesen Ausdifferenzierungsgrad und bietet dem Leser eine Basis für das Verstehen des kybernetischen Instrumentariums aller weiteren Beiträge. Daß die Fruchtbarkeit und damit die Tragfähigkeit strukturtheoretisch-orientierter Modellanwendung zum einen davon abhängt, »welches Material von seiten des Anwendungsbereichs in das Modell eingebracht werden kann« (16), zum andern für eine Formulierung in Systemkategorien, die die Basiszusammenhänge nicht verloren gehen läßt, entscheidend ist, »wie gültig und zuverlässig die Methoden der jeweiligen Wissenschaft ihren Gegenstand fassen und ob und in welcher Weise ihre Begriffe operationalisierbar gemacht werden können« (16 f.), sind konstitutive Überlegungen für den hier vertretenen kybernetischen Systemansatz. Er unterscheidet sich von einer »materialtheoretischen Kybernetikauffassung« (bio- und physio-technische Ausrichtung), die die »vergleichende Analyse der informationellen Prozesse in natürlichen Objekten und technischen Artefakten« (11) zum Hauptgegenstand hat ebenso wie von einer »universaltheoretischen Kybernetikvariante«, die von einer universalphilosophischen Funktion der Kybernetik im Wissenschaftssystem ausgeht, also alle wissenschaftlichen Teildisziplinen in sich »aufheben« und Philosophie, Erkenntnistheorie und Methodologie gleichermaßen substituieren will.

Daß diese Kybernetikauffassung »im gesellschaftlichen Bereich . . . zu der Auffassung (führt), die Interessengebundenheit wissenschaftlicher Erkenntnis sei auf der Grundlage kybernetisch-technischer Rationalität aufhebbar und damit eine Überwindung des Gegensatzes zwischen Kapitalismus und Sozialismus möglich (Konvergenztheorie)«, verletzt die »Konstitutionsbedingungen der kybernetischen Systemtheorie eindeutig« (15 u. 16), und führt zur Frage nach dem Verhältnis von marxistischer Gesellschafts- und kybernetischer Systemtheorie. Eine Antwort schlagen die Herausgeber mit der Doppelthese von der »Relativität des Systembegriffs« und dem »Instrumentcharakter der kybernetischen Systemtheorie« vor. Da jede wissenschaftliche Analyse zuvörderst ein Selektionsprozeß ist, ist auch für eine »kybernetische Systemfestlegung« eines Ausschnitts realer Sachverhalte, Relationen und Prozesse entscheidend, »welche Elemente und Beziehungen als die wesentlichen angesehen werden können« (26). Dies zu entscheiden, kann die »Relativität des Systembegriffs« als die eine methodologische Bedingung angesehen werden: die Beziehung zwischen zu untersuchender Realität, erkenntnisleitenden Fragestellungen und instrumentellem kybernetischem Modell (Systemmodell) ist »Kriterium für die Festlegung der als wesentlich erachteten Elemente, für die Bestimmung ihrer Relationen, für die Abgrenzung des Systems gegenüber seiner Umgebung« (26). Die einschränkende Bedingung ist die »Nicht-Subjektivität des Systembegriffs«: die Subjektivität bzw. der Freiheits-

grad von Systemdefinitionen ist nicht beliebig, sondern abhängig von den Randbedingungen des zu untersuchenden Sachverhaltes selbst, »für den ein homomorphes (strukturäquivalentes) kybernetisches Systemmodell gefunden werden soll« (26). Dies sind die »differentiae specificaе« gegenüber bürgerlichen, an Maximen wie Stabilität, Gleichgewicht, status quo orientierten sozialwissenschaftlichen Systemtheorien, deren Systembegriff allzuleicht zur Ontologisierung gesellschaftlicher Sachverhalte gerinnt.

Die Leseanleitungen zu den drei Hauptteilen des Readers (historische und philosophische Aspekte der Kybernetik, marxistische Gesellschaftstheorie und Kybernetik, Sprache und Kybernetik in marxistischer Sicht) informieren über Argumentationslinien, Entwicklungszusammenhänge und methodisch-theoretische Defizite.

Schwer zugängliche Beiträge aus sozialistischen Ländern zu Problemen wie Bewußtsein und Regelung in gesellschaftlichen Prozessen (Lewada), Entwicklungsbesonderheiten des kompliziertdynamischen Systems Sprache (Kubrjakowa) sind mit grundsätzlichen und z. T. kontroversen Beiträgen (Offene Fragen der Systemtheorie (Holz), Zum Verhältnis von kybernetischer Systemtheorie und marxistischer Philosophie bei G. Klaus (Damus)) kombiniert. Hinzu kommen Originalbeiträge der Herausgeber über Grundbegriffe der kybernetischen Systemtheorie, zur Rezeptionsgeschichte der Kybernetik in den sozialistischen Ländern und zur Anwendung der Kybernetik in der marxistischen Literaturwissenschaft. Ulrich Degen (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Bock, Helmut, und Dieter Schiller (Hrsg.): Dialog über Tradition und Erbe. Kolloquium des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR. Akademie-Verlag, Berlin 1976 (218 S., br., 22,- M).

Der Band veröffentlicht Beiträge eines interdisziplinären Kolloquiums von 1973. In der Vorbemerkung wird bedauert, daß »hier das interdisziplinäre Gespräch noch immer in den Anfängen steckt und zudem das Erbe in den Bereichen des gesellschaftlichen Überbaus eingegrenzt bleibt« (7). Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist es, daß Fächer wie Psychologie und Soziologie nicht vertreten waren. Soll die Erbeforschung über Bestandsaufnahmen einzelner Überbauten hinausgetrieben werden, läge in der Zusammenarbeit mit diesen Fächern, spezieller: mit dem jungen Forschungszweig »Kulturtheorie als angewandter historischer Materialismus« (vergl. I. Dölling in: DZfPh 3/1975, S. 440 ff.) die beste Möglichkeit, zur immer wieder angezielten Verknüpfung mit der materiellen Kultur vorzustoßen.

Wichtig für die hiesige Diskussion sind eigentlich alle Beiträge, so die unter »Befragung der Klassiker« zusammengefaßten Überblicke, die die Klassikeräußerungen in deren historisch-politische Koordinaten einrücken, wobei sich z. B. für Lenin ergibt, daß seine »Äußerungen zu Fragen der Kultur und insbesondere seine Theorie der sozialistischen Kulturrevolution (. . .) nur in Übereinstimmung mit der jeweils besonderen politischen Situation verstanden werden« können (86); so auch Berichte über Forschungsvorhaben einzelner Disziplinen, z. B. über ein Projekt »Kulturgeschichte der Antike« (109 ff.), an dem Altphilologie, Alte Geschichte, Archäologie arbeiten, Fächer also, die bei uns allmählich nicht nur aus dem Bewußtsein, sondern bald wahrscheinlich sogar aus den Universitäten verschwunden sein werden. Wichtig dürfte insgesamt auch die Wahrnehmung der Offenheit dieser Diskussion sein, die sich in dem Band überall widerspiegelt.

Als gemeinsames, auch in anderen einschlägigen DDR-Publikationen der letzten fünf Jahre vorgetragenes Ergebnis aller Beiträge ist festzuhalten die Absage an jede ab-

strakte Bestimmung dessen, was die Arbeiterklasse auf welche Weise als Erbe zu betrachten und anzueignen hätte. Während D. Schiller im Hauptreferat die Gründe dafür angibt (vom Problem der Eigengesetzlichkeit einzelner Überbauten bis zur je historisch notwendigen Entscheidung der Arbeiterklasse z. B. im Rahmen der Bündnispolitik), während A. Liepert und H. Kortum die Frage von innen her, von der »Widersprüchlichkeit des Erbes« selbst angehen und im durch die Feuerbachthesen und die Deutsche Ideologie vollzogenen »unwiderruflichen Bruch mit dem abstrakten Humanismus« (Sève) (73) ein Modell finden für das Verhältnis proletarischer Ideologie zum Vorgefundenen, zieht W. Schröder in seinem Beitrag »Brauchen wir eine neue ›Theorie des Erbens?« die radikalsten Konsequenzen aus der materialistischen Historisierung der Erbetheorie: In Anlehnung an Marx' Gedanken, »jede neue Auffassung einer Wissenschaft« schließe »eine Revolution in den Fachausdrücken dieser Wissenschaft ein«, verlangt er eine »exakte marxistische Definition von Begriffen und Kategorien« der bisherigen Erbetheorie, etwa von »Subjekt der Geschichte«, »klassisches und humanistisches Erbe«, »Kontinuität und Diskontinuität, Aneignen« etc. (168), wobei die Qualität hieraus entspringender neuer Fragestellungen andeutet, daß historische Handhabung einer Theorie Historisierung ihrer eigenen Begrifflichkeit impliziert und erst dieser Reifegrad wirksamen Schutz gegen Rückfälle in Abstraktionen garantiert.

»Die Kunst zu erben«, bei uns immer noch fast ausschließlich im Dialog von »K« (Kunstfreund) und »P« (Kunstproduzent) im engen Rahmen der Kunst thematisiert, als Problem an den Universitäten kaum wahrgenommen, kann sich, nach geschichtlichem Antritt des Erbes, zu einer Kunst der Entzifferung so vieler gesellschaftlicher Dimensionen entwickeln, daß das Wort »Erbe« Gedanken an museale Pflegebedürftigkeit nicht mehr aufkommen läßt. Christa Thoma-Herterich (Wuppertal)

Bahner, Werner (Hrsg.): Renaissance, Barock, Aufklärung. Epochen- und Periodisierungsfragen. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1976 (209 S., br., 24,- DM).

Der Band versammelt 11 Beiträge von 7 DDR-Historikern und Literaturwissenschaftlern (W. Bahner, E. Engelberg, W. Dietze, H. Stolpe, R. Weimann, W. Krauss, H. Scheel), deren Gros auf eine Diskussion der Akademie der Wissenschaften der DDR zurückgeht. Der lebendige Diskussionsstil und die Fülle der aufgeworfenen Probleme bewirken Aktualität und Fruchtbarkeit dieser Lizenzausgabe des Akademieverlags auch für Geschichtsforschung und Literaturhistorie der Bundesrepublik. – Epochen- und Periodisierungsfragen sind keine Angelegenheit bloßer Nomenklatur: wie »Ordnung in das geschichtliche Material« gebracht wird, widerspiegelt den Reifegrad des »Eindringen(s) in die Dynamik des geschichtlichen Lebens. Wir sind in der Entwicklung unseres sozialistischen Geschichtsverständnisses an einen Punkt gelangt, wo uns ein Unbehagen gegenüber den erwähnten Epochenbegriffen (sc. Altertum, Mittelalter, Neuzeit, Renaissance, Barock, Aufklärung, Romantik, Realismus usw.) erfällt.« (25) Engelberg fordert Orientierung an »epochale(n) Revolutionen« (1453–1517, 1764–1789, 1900–1917) sowie stärkere Berücksichtigung der Dialektik von Basis-Überbau und des politischen Klassenkampfes statt klassenindifferenter Periodisierung auch bei abgeleiteten und vermittelten Teilbereichen (Engelberg 36–38).

Materialreich diskutiert werden diese Schwierigkeiten der Periodisierung am Beispiel der Renaissance (Dietze, 72–128), des Barock (Bahner, 129–142, Weimann, 143–148) und der Aufklärung (Bahner, 60–71, 149–169) bzw. des Sturm-und-Drang (Krauss, 170–191). So wird gefordert, das Verhältnis von Renaissance und Reforma-

tion als »dialektische Aufhebung des ›mittelalterlichen‹ Welt- und Menschenbildes« (103) zu begreifen und *beide* mit der »aufsteigende(n) Linie der epochalen Klassenkämpfe« zu vermitteln. Wenig Gegenliebe finden die Klassifikationsraster ›Barock‹ bzw. ›Manierismus‹, die im Gegensatz zu ›Renaissance‹ und ›Aufklärung‹ nicht aus dem zu periodisierenden Zeitraum stammen. Bahners Einwände gegen die Aufblähung eines kunsthistorischen Stilbegriffs zum Epochenbegriff, der zudem der Literaturgeschichte angetragen wird, um eine literaturimmanente, ahistorische Gliederung des Materials zu begünstigen (129) sind überzeugend. R. Weimann untermauert die Zurückweisung des geistesgeschichtlichen »Geklapper(s) stiltypologischer Antithesen« (W. Krauss) mit einer Analyse des Zusammenhangs von Periodisierungsobjekt und Periodisierungssubjekt unter Hinweis auf »bürgerlichen Perspektivverlust« des 20. Jahrhunderts und seiner sympathischen Anverwandlung an eine Epoche regressiver Tendenzen, wie das 17. Jahrhundert. Am Beispiel der Aufklärung wendet sich Bahner gegen Auffassungen, die das 18. Jahrhundert in eine noch zum Klassizismus gehörende 1. und eine 2. präromantische Hälfte einteilen. In die gleiche Richtung tendiert eine aus dem Irrationalismus des 20. Jahrhunderts sich nähende Loslösung des Sturm-und-Drang von der Aufklärung, der von W. Krauss als »Vorhut von stärkster Sprengkraft gegenüber allen Positionen und Werten der bestehenden Ständegeellschaft« und damit als Radikalisierung der Aufklärung charakterisiert wird.

Der Generalnenner aller Beiträge ist die Auseinandersetzung mit ahistorischen Typologien, auch in der Literaturwissenschaft der sozialistischen Länder. Deren Resistenz resultiert sowohl aus den noch ungelösten Problemen z. B. des Verhältnisses von nationaler und internationaler Entwicklung, der Periodisierung nichtwesteuropäischer Literaturen etc. als auch aus der spürbaren Unsicherheit gegenüber undialektisch gewonnenen Epochenbegriffen. Hier abstrakte Allgemeinheiten zu überwinden und zum »konkreten Wesen« (Sève) der geschichtlichen Abläufe vorzudringen ist eine wichtige Aufgabe der Literaturgeschichte.

Heinz Thoma (Wuppertal)

Weimann, Robert, Werner Lenk und Joachim-Jürgen Slomka (Hrsg.):

Renaissanceliteratur und frühbürgerliche Revolution. Studien zu den sozial- und ideologiegeschichtlichen Grundlagen europäischer Nationalliteraturen. Aufbau-Verlag, Berlin/Weimar, 1976 (360 S., Ln., 12,- M.).

Das Buch ist aus einem Kolloquium hervorgegangen, das die Akademie der Wissenschaften der DDR 1975 zum 450. Jahrestag des deutschen Bauernkriegs veranstaltet hat. Die rund 30 Beiträge sind als wichtige Bausteine bei dem im Aufbau begriffenen Forschungsschwerpunkt zur frühbürgerlichen Epoche in der DDR-Literaturwissenschaft anzusehen: erstmals wurde, ausgehend von Ereignissen wie der Reformation und dem Bauernkrieg, die bislang als Herzstücke der deutschen Geschichte firmierten, oder der Renaissance, die als wesentlich westeuropäische Strömung galt, der Blick geweitet auf osteuropäische Literaturen und außereuropäische kulturhistorische Verbindungslinien. Die qualitativ unterschiedlichen Beiträge der Forscher aus der DDR und anderen, osteuropäischen Ländern kreisen um die Probleme eines marxistischen Renaissancebegriffs und der Herausbildung europäischer Nationalliteraturen. Qualitativ unterschiedlich sind sie auch deshalb, weil die Referate verschiedenen Charakters sind; teils Überblicksdarstellungen (z. B. Jaroslav Kolár: Zur tschechischen Literatur der Renaissance), teils Einzelstudien (Georg Seehase: Zu William Langlands Poem »Peter der Pflüger«), teils Diskussionsvoten (Tibor Klanaczay: Klassengrundlage und Revolutionsproblematik der Renaissance), finden sie sich nicht immer auf methodologisch vergleichbarem Grund. Obwohl als gemeinsamer Nenner bei der Bestimmung der Renaissance allgemein ihre Antifeudalität gilt und obwohl sie

soziologisch mit der Entwicklung des Städtebürgertums in Zusammenhang gebracht wird, ist Walter Dietzes Bemerkung zur Forschungssituation zutreffend, daß wir »in der *Bestimmung des Klasseninhalts der Renaissance* noch lang nicht am Ende unserer Überlegungen sind«. (88) Eher am Anfang, denn mit dem in diesem Buch dokumentierten Willen zur welthistorischen Einordnung der Bedeutung und Wirkung der »europäischen« Renaissance beginnt erst eine Diskussion, die den bisher vorherrschenden Eurozentrismus in der Betrachtung aufbricht. Robert Weimann, dem spiritus rector des ganzen Unternehmens, ist voll zuzustimmen, wenn er in der Einleitung zur Frage der aktuellen Beerbung der Renaissance schreibt: »Die Renaissance sinkt heute zu einem abendländischen Glasperlenspiel hinab, wenn ihre wirkliche Aktualität sich nicht zugleich den fortgeschrittensten Bedürfnissen der gesamten, in heftiger Veränderung befindlichen Welt mitteilt.« (16) Der Charakter jener Zeit als Epoche des Übergangs, der Eruption von gesellschaftlichen Widersprüchen, der Formulierung menschheitlich-emanzipatorischer Ansprüche zwingt zum Vergleich mit der gegenwärtigen Weltlage, in der der größere Teil der Menschheit zu einer nach-kolonialen Renaissance anhebt. Die Rolle der Aufklärung und Bildung für die Massen ist heute dort so zentral wie in der europäischen Renaissance, deren erstes Bildungsmedium die Literatur war – Literatur in einem sehr breiten Sinn verstanden. Von daher ist die Verbindung von historischer und literaturwissenschaftlicher Forschung, wie sie hier präsentiert wird, ein richtiger Ansatz. Allerdings genügt der einfache Rekurs auf die Klassiker, besonders was die Literatur betrifft, weniger denn je. Als schlechtes Beispiel für die Tendenz sei auf A. D. Michailovs Beitrag »Ritterroman und Volksbücher« hingewiesen, der ohne weitere Überlegung Engels' Jugendaufsatz zu den deutschen Volksbüchern aus dem Jahre 1839 zugrundelegt und den dort eher enthusiastisch verwendeten Begriff des Volkes unkritisch weiterträgt. Insgesamt ein wichtiges Buch für den Spezialisten, aber kein einführendes Werk.

Stephan Schmidlin (Berlin/West)

Braunbehrens, Volkmar: Nationalbildung und Nationalliteratur. Zur Rezeption der Literatur des 17. Jahrhunderts von Gottsched bis Gervinus. Verlag Volker Spiess, Berlin (West) 1974 (144 S., br., 14,80 DM).

Garber, Klaus: Martin Opitz – »der Vater der deutschen Dichtung«. Eine kritische Studie zur Wissenschaftsgeschichte der Germanistik. Metzler-Verlag, Stuttgart 1976 (216 S., br., 46,- DM).

Beide Studien wollen einen Beitrag zur Geschichte der Germanistik leisten, indem sie die Aneignung der Literatur des 17. Jahrhunderts durch die deutsche Literaturwissenschaft des 18. und 19. Jahrhunderts verfolgen. Braunbehrens untersucht das Bild des 17. Jahrhunderts in den Werken von Gottsched, in Zachariaes Anthologie, in Herders Schriften sowie in den Literaturgeschichten von Koch, Wachler, Horn und Gervinus. Diese Auswahl ist zufällig. Braunbehrens versucht der Eingrenzung auf diese Autoren vergeblich den Anschein konzeptioneller Absicht zu verleihen, wenn er schreibt: »Bei der Durchsicht des breiten Quellenmaterials für ein solches rezeptionsgeschichtliches Panorama zeigte sich ein begrenzter aufklärerischer Entwicklungsstrang, dessen Behandlung eine sinnvolle Eingrenzung ermöglichte.« (7 f.) Zwei Seiten später konzediert er selbst, daß Wachler und Horn der »durchaus apologetischen Literaturgeschichtsschreibung aus dem Anfang der Restaurationszeit« zuzurechnen sind. Die Zufälligkeit und die geringe Breite des Kanons verhindern von vornherein, daß hier aus der Summe des Einzelnen das angestrebte »Panorama« des

Gesamten entsteht. Garbers parallel angelegte Arbeit erweist, daß z. B. die Romantik nicht ohne Verlust aus einer solchen Rezeptionsgeschichte ausgeklammert werden kann, daß z. B. Bouterwek weit Bedeutsameres zur Erforschung des 17. Jahrhunderts beigetragen hat als der seichte Vielschreiber Franz Horn.

Dennoch – die Untersuchung der Rezeption der Literatur des 17. Jahrhunderts durch Gottsched, Herder und Gervinus allein ist schon ein lohnendes Forschungsvorhaben. Daß Braunbehrens die zahlreichen Möglichkeiten, die dieses Vorhaben eröffnet, weitgehend verschenkt, liegt daran, daß er nirgends die ausgewählten Texte auch nur annähernd ausschöpft (der Vergleich mit Garber erweist dies überall) und deshalb auch nicht überzeugend im politischen wie sozialhistorischen Zusammenhang deuten kann, wie es seine Absicht ist. Statt sorgfältiger Textexegese und zuverlässiger sozialhistorischer Fundierung im Hinblick auf die eingegrenzte Themenstellung trägt er in der willkürlich-enzyklopädischen Art der Literaturgeschichten des ausgehenden 18. Jahrhunderts Informationen zum gesamten Werk von Gottsched, den »Schweizern«, Zachariae, Herder etc. zusammen, die man von seinem Buch nicht erwartet und die in dessen Argumentationszusammenhang auch nicht erforderlich sind. Dadurch geht einerseits die Stringenz verloren, andererseits die Zuverlässigkeit, denn so müssen häufig Mutmaßungen an die Stelle der Forschung treten: Da wird z. B. pauschal behauptet, der Deutschunterricht sei seit dem Ende des 18. Jahrhunderts immer wichtiger geworden, (27) obgleich er, wie aus den entsprechenden Lehrplänen zu entnehmen gewesen wäre, in der Restaurationszeit gegenüber der Reformperiode reduziert wurde und nach einer kurzen Erweiterung um das Jahr 1848 während der fünfziger Jahre erneut bedeutende Einschränkungen erfuhr; da werden die Zeitgenossen von Gervinus verklagt, sie hätten den »einzigartige(n) Wert« (102) seiner Literaturgeschichte übersehen, obgleich die Rezensionsliteratur das Gegenteil erweist; da wird vermutet, Horn habe anhaltend gewirkt, obgleich tatsächlich keines seiner literaturgeschichtlichen Werke eine zweite Auflage erlebte.

Erklären sich viele dieser Fehler daraus, daß Braunbehrens ohne Not pauschal über Gegenstände schreibt, die außerhalb seines engeren Forschungsgebiets liegen, so bleibt aber doch gänzlich unverständlich, weshalb er wichtige Quellen, die im Zentrum dieses Gebiets angesiedelt sind, falsch referiert. Ein Beispiel unter vielen: Gervinus reflektiert in seiner wichtigen »Historik« die Methoden der Geschichtsschreibung. Er unterscheidet erstens die Chronik, zweitens die verschiedenen Formen der pragmatischen Geschichtsschreibung, verwirft sie beide ausdrücklich (u. a. in § 27) und entwickelt in Anlehnung von Humboldt für sich das Konzept einer dritten Methode, die Geschichtsschreibung nach leitenden historischen Ideen. Braunbehrens Referat: »Die dritte Form der Historik ist die pragmatische Geschichtsschreibung, zu der sich Gervinus selbst bekennt.« (97) Glücklicherweise sind solche Fehler häufig auf den ersten Blick erkennbar, weil Braunbehrens Text vielfach in eklatantem Widerspruch zum von ihm präsentierten Zitatmaterial steht. Da soll sich Gervinus der im 19. Jahrhundert vorherrschenden Abwertung der Literatur des 17. Jahrhunderts »mit literaturhistorischen Argumenten widersetzt« (11) haben, während es im Gervinus Zitat heißt, der Mangel an scharfer Kritik sei »die Quelle all des mittelmäßigen Zeugs, das dieses Jahrhundert *nur* (Hervorhebung von mir, K. H. G.) hervorbrachte . . .« (106)

Garbers Buch ist von solchen Fehlern weitgehend frei. Er hat sich die Finger wirklich staubig gemacht und ca. 30 Autoren eingehend untersucht sowie weitere zwei Dutzend gestreift. Über die Auswahl kann an einigen Stellen gestritten werden (z. B. über die Gründe für die Vernachlässigung F. Schlegels), an anderen Stellen wünscht man sich zusätzlich Informationen (z. B. über die Brüder Grimm, deren antiabsolutistische Haltung gerade in ihrer Behandlung des 17. Jahrhunderts besonders deutlich

zum Ausdruck kommt; ebenso über Guhrauer, der zwar keine selbständige Studie über Opitz veröffentlicht hat, aber doch einer der besten literaturwissenschaftlichen Kenner des 17. Jahrhunderts war), zweifellos aber ist die wichtigste wissenschaftliche Opitz-Literatur vertreten. So entsteht ein repräsentatives Bild des Wandels der Urteile: Während das 18. Jahrhundert Opitz als »Vater der deutschen Dichtung« hoch schätzt, wertet ihn das 19. Jahrhundert auf dem Hintergrund der wiederentdeckten mittelalterlichen Literatur, der ästhetischen Theorien der »Kunstperiode« oder antiabsolutistischer Bürgergesinnung überwiegend ab. Besonders instruktiv sind die Passagen über die Zeit zwischen Gottsched und der achtundvierziger Revolution. Die Partien zur wilhelminischen Germanistik fallen ebenso wie die zur Barock-Deutung des beginnenden 20. Jahrhunderts knapper und blasser aus. Das ist allerdings dadurch legitimiert, daß bereits entsprechende Untersuchungen der geistesgeschichtlich orientierten Germanistik vorliegen.

Gerade weil Garbers Studie nicht an »handwerklichen« Unzulänglichkeiten leidet, werden an ihr die methodischen Probleme der Wissenschaftsgeschichtsschreibung als Überlieferungsgeschichte eines Autors bzw. einer Periode besonders deutlich: Sie blendet, interessiert vor allem an der Urteils-geschichte, die Form, in der die Urteile präsentiert werden, weitgehend aus. Eine Gattungsgeschichte der literaturwissenschaftlichen Texte liegt bisher demzufolge kaum in den rudimentären Ansätzen der Textcharakteristik vor. So erscheint es in Garbers Buch ganz selbstverständlich, daß zunächst Aufsätze und Anthologien, später dann Literaturgeschichten die bedeutendsten Quellen sind, obgleich diese Erscheinung doch ihrerseits ein wichtiges und erklärungsbedürftiges wissenschafts-geschichtliches Phänomen ist. Undiskutiert bleiben auch die verschiedenen Schreibweisen der Opitz-Historiker. Ebenso vermißt man die Geschichtsschreibung der kritischen und historischen Methodologie, der entsprechenden Geschichtstheorie und Traditionswahl. Die sozialökonomische Fundierung wird zwar angestrebt, sie reicht aber häufig nur zur Kritik, jedoch nicht zur Erklärung der Phänomene aus.

Solche Defizite resultieren nicht nur aus der rezeptionsgeschichtlichen Anlage der Studien und der Forschungsökonomie, sondern auch aus der für solche Vorhaben zu kurz gefaßten Ausgangsfragestellung, »in welcher Weise ältere, in anderem Zusammenhang entstandene Literatur in politisch-gesellschaftlichen Prozessen aktualisiert und funktionell eingesetzt werden konnte.« (Braunbehrens 8, zustimmend Garber 22). Diese Fragestellung rückt ideologiekritische Aspekte zuungunsten des systematischen Überblicks über die Totalität der Wissenschaft in der jeweiligen Epoche – auch ihrer Erkenntnis- und Methodenfortschritte – stark in den Vordergrund. So wird unwillkürlich der Eindruck erweckt, als stünden z. B. Horn und A. W. Schlegel oder Gervinus und Laube als Gleiche nebeneinander, getrennt nur durch politisch motivierte Werturteile, während tatsächlich der Abstand zwischen der wissenschaftlichen Qualität ihrer Werke immens ist.

Garber kennt die Defizite der ideologiekritisch-rezeptionshistorischen Optik. Das macht seine theoretische Einleitung ebenso deutlich wie die Feststellung, »der Rezeptionshistoriker (kann sich) nicht auf die direkten Verlautbarungen über den betreffenden Autor beschränken. Ihr Gewicht empfangen sie gerade in umfangreicheren literaturgeschichtlichen Untersuchungen erst aus ihrer Funktion innerhalb der historischen Gesamtkonstruktion.« (75) Häufig präsentiert er deshalb auch nicht nur aus dem Kontext gelöste Passagen zu Opitz, sondern bettet sie in Textcharakteristiken und Analysen der Geschichtsparadigmen ein. Daß er hierbei nicht weiter gelangte, ist weniger seiner ausgezeichneten Studie anzulasten als der Situation der Fachdisziplin, die ihm die Aufgabe kaum durch brauchbare Vorarbeiten erleichterte.

Karl-Heinz Götze (Marburg/Lahn)

Wahrenburg, Fritz: Funktionswandel des Romans und ästhetische Norm. Die Entwicklung seiner Theorie in Deutschland bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts. Metzler-Verlag, Stuttgart 1976 (VI, 346 S., br., 50,- DM).

Leitbegriff für die Untersuchungen ist der Begriff der »intendierten Funktion« (6 f.), der zugleich auch den theoretischen Rahmen der Arbeit absteckt: Es geht ihr nicht nur um die chronologische Aufreihung theoretischer Ansätze zum Romanproblem, sondern darüber hinaus auch um die Untersuchung der Verzahnung von gesellschaftlichen Gruppeninteressen, Autorintention und literarischer Innovation in den Wandlungen der Romantheorie, die Wahrenburg als einen »primär funktionsbestimmten, sozial- und ideologehistorisch motivierten Prozeß« darstellen will (6). In einem ersten Teil untersucht er an Beispielen, wie sich im 16. und frühen 17. Jahrhundert langsam die verschiedenen Aspekte des Problemkomplexes herauskristallisieren und zeigt, daß sich neue Produktions- und Rezeptionsbedingungen für Literatur entwickeln. Im zweiten Teil untersucht Wahrenburg die Bemühungen um die Legitimation des Romans im 17. Jahrhundert. Hier ging es zunächst wesentlich um das Verhältnis von Dichtung und Geschichtsschreibung, wobei dieses Problem für den Roman zu lösen versucht wurde durch seine Funktionalisierung im Sinne der politischen Interessen des Adels. Hierdurch konnte eine mehr oder minder feste Bindung zwischen Romanfiktion und realer oder idealer Geschichte erzielt werden. Im dritten Teil der Arbeit betrachtet Wahrenburg zunächst die – von Huet ausgehenden – Bemühungen, den Roman dadurch in die traditionelle Gattungstheorie einzubeziehen, daß einerseits seine Bindung an die geschichtliche Faktizität aufgegeben und andererseits Regeln für den Roman entwickelt werden. Beides zusammen erlaubt seine gattungspoetologische Integration durch die Analogisierung mit dem Epos. Die Einführung des Möglichkeitsbegriffs eröffnet zugleich auch den Blick auf die Rezeptionsbedingungen des Romans, der jetzt verschiedenen Leserinteressen entsprechen kann. Es zeigt sich, daß in der Romantheorie zunehmend die Forderung nach der Funktionalisierung der Gattung für bürgerliche Interessen erhoben wird, nachdem das bürgerliche Publikum lange von der Lektüre des exklusiven höfischen Romans ausgeschlossen geblieben war. Die Theorie des Romans spiegelt die – vorderhand noch zaghaften – Ansätze des Bürgertums zum sozialen Aufstieg, wobei freilich zunächst die Bemühung um Angleichung an adlige Verhaltensformen mindestens den gleichen Stellenwert hatte wie das Herausstellen der eigenen moralischen, gesellschaftlichen und politischen Ideale. Mit dieser Funktionalisierungsforderung ist der Grundstein für die weitere Entwicklung des Romans gelegt, denn sie machte alle früheren – poetologischen oder inhaltlichen – Vorbehalte gegen die Gattung letzten Endes vergessen.

Die Stärke der Untersuchungen ist zugleich ihre Schwäche: Einerseits wird mit profunder Quellenkenntnis und in gediegener philologischer Arbeit wichtiges literarhistorisches Material ausgebreitet; andererseits treten jedoch hinter der Fülle dieses Materials die Ansätze zu seiner theoretischen Durchdringung zurück. Es wird schnell deutlich, daß Wahrenburgs karges und auch etwas eklektizistisches theoretisches Instrumentarium nicht ausreicht, den angemeldeten Anspruch der Verflechtung von literar- und sozialhistorischer Fragestellung konsequent durchzuführen. Die theoretisch kaum fundierte Kategorie der »intendierten Funktion« ist nicht in der Lage, einen einheitlichen Gesichtspunkt zu liefern, der alle in der Arbeit behandelten Themenkomplexe gleichermaßen erfassen und in einen plausiblen Zusammenhang stellen könnte. Auch werden die Verbindungslinien zwischen der literar- und der sozialhistorischen Entwicklung kaum sichtbar, da diese gegenüber jener deutlich vernachlässigt wird. Vor allem die zentralen Begriffe des »adligen« und des »bürgerlichen Interesses« werden nicht ausgearbeitet, sondern nur flüchtig angedeutet. Trotz dieser Einwände kommt der Arbeit jedoch einige Bedeutung zu; diese liegt freilich weniger

im theoretischen Bereich als vielmehr darin, daß sie durch das vorgelegte breite Material der – immer noch vernachlässigten – Beschäftigung mit dem deutschen Roman des 17. Jahrhunderts und seiner Theorie neue Impulse verleihen kann.

Peter J. Brenner (Bonn)

Kreutzer, Hans Joachim: Der Mythos vom Volksbuch. Studien zur Wirkungsgeschichte des frühen deutschen Romans seit der Romantik. Metzler-Verlag, Stuttgart 1977 (X, 223 S., br., 29,- DM).

Der Titel scheint zunächst mehr zu versprechen, als mit der Untersuchung beabsichtigt. Bewirken will Kreutzer, daß die Fachwissenschaft den Begriff »Volksbuch« aufgibt und die damit gemeinte erzählende Literatur der frühen Neuzeit unter der Gattung des »frühen deutschen Roman(s)« (148) behandelt. Der Volksbuchbegriff beruhe auf der Annahme einer eigenständigen Gattung und unterstelle ungerechtfertigt das »Volk« (ob umfassend oder im Sinne von Unterschicht gemeint) als Literaturträger und Leser. Durch die Aufarbeitung der Rezeptionsgeschichte des »Volksbuches« und seiner begrifflichen Verwendung in der Germanistik will Kreutzer die Wissenschaft vor der Wiederholung methodischer und begrifflicher Irrtümer bewahren. Die detailgenaue Untersuchung der Forschungsrichtungen und ihre spezifischen Aneignungen des inkriminierten Begriffs machen den Hauptteil des Buches aus. Seine Stärken hat es dort, wo der innerwissenschaftliche Diskurs beschrieben wird oder wo das einfache Fortschleppen von sakrosanthen Überzeugungen nachgewiesen werden kann. Die Methoden und philosophischen Anschauungen der behandelten Germanisten werden überzeugend und differenziert dargestellt.

Die Untersuchung versagt jedoch bei der *Begründung* dieser wissenschaftlichen Anschauung, der bevorzugten Paradigmen, der historischen Einordnung oder gar Ableitung – sofern die Erklärungen außerhalb wissenschaftsimmanenter Fortentwicklung zu suchen sind. Mangelnde historische Kenntnisse sind wohl die Ursache, daß sich Kreutzer außerhalb fachwissenschaftlicher Begründungen meist mit Andeutungen begnügt. Kreutzer gelingt es gelegentlich, trotz seines eingeschränkten Instrumentariums Lücken, Fehler und Inkonsistenzen der marxistischen Forschung aufzudecken (die bei ihm deckungsgleich mit DDR-Forschung ist). Demnach wäre die nicht genügend differenzierte Zuordnung von prosaschreibendem Bürgertum und versdichtendem Adel zu überprüfen. Zurecht bemerkt Kreutzer, daß diese These nicht neu ist, sondern »im Grunde nur einer altüberlieferten Praxis unserer Literaturgeschichten« folgt (12). Der besonderen Betonung von »Realismus« und »Volkstümlichkeit« der »Volksbücher« in der DDR-Forschung entspricht eine verengte Textauswahl (13). Am ergiebigsten sind – um die Fortschrittlichkeit der früh»bürgerlichen« Literatur zu belegen – Fortunatus, Eulenspiegel, Faust u. ä. (153). Interessant ist auch die von Kreutzer festgestellte Nähe marxistischer Äußerungen zur Volksbuchfrage zu »romantischen Grundpositionen« (107). Kreutzer sieht diese relative Übereinstimmung durch die Übernahme der Positionen begründet, die Friedrich Engels als neunzehnjähriger (!) 1839 in einem Essay über die deutschen Volksbücher darlegte.

Ulrich Seelbach (Berlin/West)

Beutin, Wolfgang, Thomas Metscher und B. Meyer (Hrsg.): Berufsverbote. Ein bundesdeutsches Lesebuch. Verlag Atelier im Bauernhaus, Fischerhude 1976 (212 S., br., 14,80 DM).

Nach der 1968 im Hamburger Quer-Verlag erschienenen »Agit-Prop«-Anthologie, in der westdeutsche Autoren gegen bundesdeutsche Mißstände wie Notstandsgesetzgebung, Meinungsmanipulation, Vorbeugehaft protestierten, ist dies ein weiteres

Manifest der künstlerischen Opposition gegen den Abbau demokratischer Rechte in der Bundesrepublik. 83 Autoren und Grafiker wie Böll, Andersch, Wallraff, Engelmann, Grieshaber, Pixa, Rex, Waller, Schütt, Kerker, Kroetz sind sich bei unterschiedlichen politischen Haltungen, die von christlichen und bürgerlich-liberalen bis zu sozialistischen und kommunistischen Standpunkten reichen, in einem einig: in ihrer Stellung gegen Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei, Duckmäsertum, Zensurparagrafen, kurz »gegen diese Kulturschande im Herzen Europas«, so Gerhard Stuby in seinem Vorwort.

Der Band beginnt mit einer Galerie von Abbildungen und Biografien berühmter Deutscher, die mit Berufsverbot oder Zensur verfolgt wurden, und stellt den »Radikalerlaß« in die Folge des Bismarckschen »Sozialistengesetzes« und des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« von 1933. Es folgen Gedichte, Essays, Erzählungen, Aphorismen, Songs, Dokumente, die unter die Stichworte »Schnüffelei, Folter, Zensur, Fälle, Grundgesetz, Demokratie, Nachbarn« eingeordnet sind. Viele Texte suchen das Thema satirisch oder sprachspielerisch zu bewältigen, was bei Kittner oder Degenhardt auch geistreich gelingt. Fraglich ist jedoch – und das wird besonders bei weniger witzigen Texten deutlich – ob das Mittel der Satire bei diesem Thema überhaupt geeignet ist, »durch Lächerlichkeit zu töten«. Wichtiger scheinen mir die Texte, die in ihrer Verurteilung der Berufsverbote von den Betroffenen ausgehen, so das schöne Gedicht von Roman Ritter oder die Erzählung von Horst Hensel. Hier wird nicht abstrakt ein Erlaß angegriffen, sondern die Auswirkungen dieses Erlasses werden dargestellt; der Erlaß erscheint in seiner ganzen Bedrohlichkeit, als Gefährdung der Einzelpersonlichkeit, als Gefährdung der Humanität schlechthin. Das Ausmaß der Bedrohung machen auch die Dokumentationen zu Einzelfällen deutlich, zeigt die Dokumentation der Reaktion der FAZ auf das bekannte Gedicht von Alfred Andersch. Gerhard Zwerenz und Hannelis Schulte nehmen zu diesem Vorgang Stellung und Uwe Wandrey bringt die Diskussion auf den Punkt mit der Frage: »Soll ich diese Wörter (Gaskammer, Folter, Nazi) erst dann schreiben, wenn sie nicht mehr zu den Menschen gelangen? Erst im Exil, in der Irrenanstalt, im KZ, wenn es schon zu spät ist?«

So wie hier bleiben in diesem Band viele Einzelfragen offen, zur Diskussion anregend. Auffällig ist, daß nicht ein Fall dokumentiert ist, in dem das Berufsverbot zurückgenommen wurde, daß die wachsende Bewegung gegen die Berufsverbote sowohl in den Texten wie in den Dokumenten so gut wie gar nicht vorkommt. Dies fällt umso mehr als Lücke auf, als die Autoren und Künstler keine ohnmächtig Protestierenden sind, sondern selbst Teil einer Bewegung, deren aktiver Humanismus dem künstlerischen Schaffen überhaupt erst Wirkungskraft verleiht. – Natürlich garantiert auch in dieser Anthologie das bedeutende Thema nicht automatisch den literarisch bedeutenden Text; vom literaturimmanenten Standpunkt aus hätte man ohne Schaden auf den einen oder anderen Beitrag verzichten können. Da dieses Buch jedoch in erster Linie die Breite der künstlerischen Bewegung gegen die Berufsverbote demonstrieren sollte, gaben die Herausgeber der manifest gesellschaftskritischen Aussage den Vorrang vor abstrakt ästhetischen Kriterien. Der Großteil der Texte ist operativ im besten Sinn des Wortes. Die meisten sind unmittelbar im Zusammenhang mit Veranstaltungen gegen die Berufsverbote entstanden und werden im Rahmen künstlerischer Protestaktionen auch weiterhin einen wichtigen Platz einnehmen.

Ulla Hahn (Hamburg)

Soziologie

Horke, Gertraud: Soziologie der Gewerkschaften. Europa Verlag, Wien 1977 (448 S., Ln., 68,- DM).

Die Arbeit konzentriert sich auf die Gewerkschaftsgeschichte der USA, Großbri-

tanniens, Frankreichs und Deutschlands bzw. der Bundesrepublik. Einleitend werden einige soziologische Theorien (normorientierte, verhaltenstheoretische) und Herangehensweisen an den Gegenstand (Industrial Relations-Forschung) problematisiert und die Notwendigkeit historischer und vergleichender Analyse begründet.

Horke unterscheidet bei der Behandlung der Soziologie der Gewerkschaftsentwicklung drei Etappen: einmal den Konstitutionsprozeß, den sie in seiner widersprüchlichen Bestimmtheit durch die Veränderung der feudalen in die kapitalistische Klassenstruktur einerseits und die Dominanz zünftlerischer Vorstellungen andererseits darstellt. Die zweite Etappe beschreibt sie als »Institutionalisierung des industriellen Konflikts« (55 passim), eine Klassifizierung, die für die weitere Darstellung in mehrfacher Hinsicht signifikant ist: einmal für die Dominanz des Konflikts marktformig organisierter Interessen gegenüber dem betrieblichen Konflikt, für die Integrationsstrategie seitens des bürgerlichen Staates und für die Wandlung des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses und ihrer Organisations- und Handlungsstrukturen. Die Ausweitung des tertiären Sektors und das zunehmende Gewicht des Staates als Arbeitgeber und Tarifvertragspartei haben erneut einen qualitativen Wandel der Arbeits- und Sozialstruktur und damit einen Funktionswandel der Gewerkschaften bewirkt. Diese Veränderungen sind Indikatoren eines »grundlegenden Wandels des Charakters der Lohnarbeit« (88), den die Autorin aus den wirtschafts- und sozialpolitischen Aktivitäten des Staates zum Zwecke der Einkommenssicherung ableitet.

Gegenstand des 2. Kapitels »Soziologie der Gewerkschaftstheorie« ist die Entwicklung der gesellschaftlichen Dimensionen der Theoriebildung, welche Horke einerseits als »Produkt raum-zeitlicher Bedingungen« erfaßt, aber auch ihre »historisch aktive Rolle« hervorhebt (95). Nach einem Überblick über die Gewerkschaftsgeschichte der genannten Länder sieht sie für die deutsche Entwicklung eine »legalistisch-institutionalistische Tradition« (137, 138) als charakteristisch an, wesentlich befördert durch die Bismarcksche Politik der Repression und Integration und ausgedrückt in der historischen Kontinuität der Mitbestimmungsforderung. Zwar nennt die Autorin Lassalle als »geistigen Vater« dieser theoretischen Tradition, geht jedoch auf das Verhältnis von Theoriebildung in der Arbeiterbewegung und Entwicklung des politischen Herrschaftssystems nicht näher ein. Das wäre allerdings erforderlich, um die Bedeutung nationaler Besonderheiten in Geschichte und Theorie der Gewerkschaften zu bestimmen. In der weiteren Darstellung werden marxistische Theorien nur gestreift, wogegen den Industrial Relations-Konzeptionen breiter Raum gewidmet wird.

In der vergleichenden Darstellung nationaler Organisationsstrukturen tritt die Betriebsferne der westdeutschen Gewerkschaften hervor. Die Autorin analysiert gesellschaftliche Determinanten der Gewerkschaftsentwicklung, wobei deren vielfältig vermittelte Abhängigkeit von den kapitalistischen Zielsetzungen des Arbeitsprozesses deutlich wird. – Grundlage des Kapitels »Soziologie des Gewerkschaftshandelns« sind Interpretationen, die, ausgehend von dem feststellbaren weiteren Funktionszuwachs des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft nach 1945, diesen als »Wohlfahrtsstaat« (294, 298 passim) kennzeichnen, in dem eine »Gleichstellung der Faktoren Kapital und Arbeit« (297) erreicht sei und infolge »wachsender Verflechtung von Staat und Wirtschaftspartnern« (336) die gewerkschaftliche Lohnpolitik und Streiks an Bedeutung verloren habe zugunsten »kommerzieller Dienstleistungen und kultureller . . . Aktivitäten« (295). Angesichts des Verschwindens »des polaren Gegensatzes als Konfliktursache und -motiv« werde die »Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt« (360), d. h. die Hinwendung zu arbeitsplatzspezifischen Problemen zur Hauptaufgabe gewerkschaftlicher Betätigung.

Diese Interpretation der Staatsfunktion, von der Autorin anders als bisher weder anhand der wissenschaftlichen Diskussion hierzu eingeführt noch selbst entwickelt, kann allenfalls für bestimmte Aktivitäten des österreichischen Staates gelten, wie sie im letzten Kapitel im Zusammenhang mit Geschichte und aktueller Aufgabenstellung der Gewerkschaften dieses Staates genannt werden. Im übrigen zeigt schon die Geschichte sozialpolitischer Konflikte in den anderen Ländern, die Gegenstand der Untersuchung sind, daß dort weder die Gewerkschaften den staatlichen Handlungsmäximen untergeordnet werden konnten, noch etwa die Zunahme der Staatsaktivitäten die Aufhebung des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital bewirkt hat. Da die Formel vom Wohlfahrtsstaat nicht als paradigmatische Gesellschaftsanalyse gelten kann, bleibt auch die darauf aufbauende »Soziologie des Gewerkschaftshandelns« insgesamt unergiebig.

Dem liegt letztlich zugrunde, daß die Arbeit keine analytische Bestimmung des Grundkonflikts der bürgerlichen Gesellschaft enthält, der ja struktureller Entstehungs- und Existenzgrund der Gewerkschaften ist. Dem kann durch die ausführliche Rezeption der für die Fragestellungen einschlägigen Literatur nicht abgeholfen werden. Dadurch leidet vielmehr bisweilen die systematische Entwicklung des Gedankenganges.

Bei einer stärkeren Integration der Kapitelresultate hätte die schließlich formulierte Alternative: vom Lohnkonflikt zurück zum Betrieb als Moment durchaus spezifisch nationaler Entwicklungen eingeordnet und relativiert werden können. Sie wurde nicht zufällig in Ländern formuliert, wo eine relativ geringe betriebliche Verankerung der Gewerkschaften mit staatlicher Orientierung bzw. Integration zusammenfällt. Wenn es sich hierbei aber um zwei Seiten eines Prozesses handelt, könnte die Frage einer Neuorientierung gewerkschaftlicher Politik auch nur unter dieser weit gefaßten Einheit gewerkschaftlichen Handelns diskutiert werden. Als deren Bezugspunkt wäre die aktuelle Entwicklung der Struktur von Lohnarbeit und Kapital als *gesellschaftlicher* Prozeß zu analysieren, darin *vermittelt* die Funktion des Staates, nicht aber als dessen Alternative.

Christian Seegert (Hamburg)

Stindt, Heinrich Meinhard: Verfassungsgebot und Wirklichkeit demokratischer Organisation der Gewerkschaften. Dargestellt am Beispiel der Deutschen Postgewerkschaft. Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1976 (243 S., br., 24,80 DM).

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Darstellung der Willensbildungs- und Kompetenzstrukturen der DPG (38–170) anhand ihrer Satzung (einschließlich wesentlicher Änderungen seit 1949) unter Hinzuziehung von Tagungsprotokollen, Geschäftsberichten u. a. m. insbesondere aus dem Zeitraum zwischen dem 9. und 10. ord. Kongreß der DPG (1968–1971). Stindt will »den Einfluß des Mitgliedes auf allen Stufen der Organisation nachweisen und den Strom der Legitimation und Willensbildung . . . verfolgen« (38) und kommt insgesamt zu dem Ergebnis »einer umgekehrten Macht- bzw. Legitimationspyramide« (190), für welche charakteristisch sei: Konzentration der wesentlichen Entscheidungsbefugnisse bei den Vorständen, die keiner wirksamen und »begleitenden« Kontrolle unterliegen, faktische Steuerung der Willensbildung von oben bei »weitgehender ›Apathie‹ der Mitglieder«, deren »Individualbereich (Leistungsgewährung, Information, Ausschluß) . . . nicht ›vorstandsfest ist« (ebda). Ähnliche oder noch stärkere »Machtverschiebungen« und »Tendenzen zur Umlenkung der Willensbildungsrichtung« (205) vermutet Stindt bei der Gewerkschaft ÖTV, der GEW und der IG Metall, deren Satzungen er zu einem kursorischen Vergleich heranzieht (193–206). Möglichen gewerkschaftsspezifischen oder gesell-

schaftlichen Ursachen dieses Befundes geht der Autor nicht nach. Eine »rechtlich eindeutige« Beurteilung als demokratisch oder undemokratisch hält er nicht für möglich, da es an »entwickelten juristischen Bewertungsmaßstäben« fehle (190). – Der thesenhaften Entwicklung eines auf die Gewerkschaften bezogenen Demokratiegebotes folgen abschließend z. T. detaillierte »Reformvorschläge zur demokratischen Organisation einer Gewerkschaft« (213).

Die Breite der empirischen Darstellung und Satzungsanalyse geht zu Lasten der theoretischen Seite der Fragestellung, deren Klärung als notwendige Prämisse einer solchen Untersuchung angesehen werden muß und eine hinreichende Beurteilung der gefundenen Ergebnisse erst ermöglicht. Das betrifft die Fundierung des Kriteriums »innergewerkschaftliche Demokratie« zum einen als organisationssoziologische Fragestellung, die letztlich aus Aufgabenstellung und Anforderungen an die Gewerkschaften in dieser Gesellschaft beantwortet werden muß, zum andern als gesellschaftspolitisches Postulat, wie es den Gewerkschaften von unterschiedlicher Seite – inzwischen verfassungsrechtlich aufbereitet bzw. bereits in Entwürfen eines Verbändegesetzes konkretisiert – entgegengehalten wird.

Bei der ersten Fragestellung weist Stindt zwar auf die »gewachsenen Organisationsformen« (2, 37) und die »bewährte Praxis« (211) der Gewerkschaften und betont: »Die notwendige Orientierung am Gegner führt zu Einschränkungen des Demokratiegebotes aus sachlichen Gründen« (ebda). Insgesamt jedoch geht er von einem latenten Gegensatz zwischen Organisation und Individuum aus, wobei »im Konflikt . . . zugunsten des einzelnen Mitgliedes zu entscheiden (ist)« (210). – Die Gegenüberstellung von Verbandsherrschaft und Mitgliedsinteresse ist sowohl Prämisse der Fragestellung als auch Bezugspunkt der Lösungsvorschläge. Sie unterstellt zwei antinomische Interessensphären, ohne daß deren jeweils eigene Genese klar wird. Gewerkschaftliche Mitgliedschaft wäre vielmehr als besondere und notwendige Form der Artikulierung und Durchsetzung von Interessen der Lohnarbeit zu entwickeln. Geht man dagegen von einer grundsätzlichen Einheit von individuellen und kollektiv artikulierten Interessen aus, so lassen sich die Ursachen einer vom Autor festgestellten »umgekehrten Macht- und Legitimationspyramide« umfassender bestimmen als durch eine Gegenüberstellung von Individuum und Verband. Nur aus dieser Sicht sind Konfliktbeschreibungen verständlich wie die, daß »durch einen Streikbeschluß . . . das Recht am Arbeitsplatz tangiert« wird (210) und eine Einschränkung des Demokratiegebotes aus sachlichen Gründen, nämlich dem Erfordernis einer »schlagfertigen und dem sozialen Gegenspieler gewachsenen Organisation« (211), erforderlich sei. Diese widersprüchliche Formulierung macht die Inadäquanz eines Demokratiepostulates deutlich, welches nicht von den jeweiligen objektiven Konfliktstrukturen ausgeht.

Bei den Thesen zum gewerkschaftlichen Demokratiegebot stützt sich der Autor weitgehend auf die »herrschende Meinung« in Rechtsprechung und Literatur. Danach nehmen »die Koalitionen . . . verfassungsrechtlich anerkannte . . . staatsentlastende Aufgaben wahr« (27), die ihnen »im allgemeinen öffentlichen Interesse übertragen« worden sind (28). Die so zu »öffentlichen Verbänden« avancierten Gewerkschaften sind durch das Festsetzen von Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen an der Konkretisierung des Gemeinwohls beteiligt (31). Damit diese an sich dem Staat obliegende Aufgabe nun nicht unterlaufen wird, ist die »demokratische Einfassung der großen Sozialverbände in die demokratisch verfaßte Staatsordnung« geboten (29). Daher plädiert der Verfasser, ausgehend von der verfassungsmäßigen »Nähe« der Gewerkschaften zu den Parteien (207, 208), für die Übertragung der staatsrechtlichen Demokratiemerkmale (Art. 20, 21 Grundgesetz) auf die Gewerkschaften, soweit jene mit den aus Art. 9 Abs. 3 GG folgenden Aufgaben vereinbar sind.

Dieses »externe« Demokratiepostulat zielt von zwei Seiten auf die gewerkschaftliche Organisation: einmal taucht der Gegensatz von Individuum und Verband als verfassungsrechtlicher Konflikt von individueller und kollektiver Koalitionsfreiheit wieder auf – womit in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung bereits seit langem operiert wird unter der Prämisse: Vorrang des Individualrechts; zum anderen hat dieser Begründungsansatz definitiv die Organisationsstruktur und Zielsetzungen der Gewerkschaften im Auge, wobei die Mitgliederinteressen hinter die extern formulierten Gemeinwohlanforderungen zurücktreten. Wie sich ein derartiges »Verfassungsgebot« mit dem für die Gewerkschaften nach wie vor allein maßgeblichen Art. 9 Abs. 3 GG verträgt, der zuerst ihre staatsinterventionsfreie Organisation und ihr Handeln schützt, hätte ein Problem der Arbeit sein müssen. Vom Ausschluß der Gewerkschaften von der – indirekten – Beteiligung an der parlamentarischen Willensbildung durch das Verbot des sog. politischen Streiks 1952 über die vielfältige Beschränkung ihrer tarifpolitischen Zielsetzungen in den 60er Jahren zu den Konzepten ihrer erneuten Integration beginnend mit der Konzentrierten Aktion 1967 bis zu den Verbändegesetzentwürfen, ziehen sich die Versuche der Beschränkung ihres verfassungsmäßigen Handlungsspielraums. An dieser zentralen Fragestellung geht die Arbeit vorbei.

Christian Seeger (Hamburg)

Strutz, Hans: Wandel industriebetrieblicher Organisationsformen. Eine organisationssoziologische Studie. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1976 (170 S., br., 33,- DM).

Seit Mitte der 60er Jahre haben eine Vielzahl von Industrieunternehmen neue Organisationsformen eingeführt. Grundlegendes Prinzip ist dabei die Produktgruppenorientierung, die auch als Divisionalisierung bezeichnet wird (1). Mit seiner Studie will Strutz einen Beitrag zur Klärung der Frage leisten, »welche Ursachen diesen Wandel vor allem auslösen oder welche Entwicklungen ihn fördern« (45 ff.) und – hierauf liegt der Schwerpunkt – welche Entscheidungen und Vorgänge die organisatorischen Wandlungsprozesse beeinflussen und prägen (61 ff.).

Nachdem der Verfasser auf die einschlägige Literatur zum organisatorischen Wandel eingegangen ist (5 ff.) und seine Gründe für die Anwendung der Systemtheorie von Luhmann dargelegt hat (32 ff.), kommt er aufgrund der empirischen Daten zu dem inhaltlich banalen Schluß, daß struktureller Wandel »durchaus als Funktion zur Systemanpassung an eine steigende Umweltkomplexität interpretierbar ist« (60) – womit Luhmanns Prämisse der »Funktionalisierung der Systemstruktur« als ein gangbarer Weg empirisch »bewiesen« wäre (60). Die Ursachen des Wandels sieht Strutz in einer Kombination aus Umweltveränderungen, internen Spannungen und Konflikten und ökonomisch-finanziellen Schwierigkeiten (45 ff., 80). Die Wandlungsprozesse selbst werden in einzelne Phasen zergliedert und die empirisch gefundenen Problemfelder so differenziert interpretiert (61 ff.), daß sie wichtige Informationen zur Gegensteuerung auftretender Probleme und Konflikte bei der Durchsetzung dieser neuen Organisationsstruktur abgeben können.

Zweierlei wird hier schon deutlich: 1) Der soziale und ökonomische status quo wird zur nicht-thematisierten und damit impliziten Voraussetzung der Untersuchung, da sie von den grundlegenden ökonomischen Bedingungen, Interessen, Zwecksetzungen oder treibenden Motiven einer kapitalistisch strukturierten Wirtschaft abstrahiert. 2) Objektive Konsequenz dieser Verfahrensweise ist die instrumentelle Verwertbarkeit der Ergebnisse solcher Forschung, die ihre systemerhaltende Funktion nicht verleugnen kann. Zwar wendet sich Strutz gegen einen solchen Vorwurf, wenn er die Systemtheorie – auf die er sich weitgehend selbst stützt – damit ver-

teidigt, sie diagnostiziere »nur den rein formalen Tatbestand der Existenz von Bedürfnispositionen und ihrer Realisierung durch systemhafte Sozialgebilde« (35). Doch erkennt er, daß gerade dadurch, daß von den inhaltlichen Problemen abstrahiert wird und nur der formale Tatbestand ihrer Existenz »diagnostiziert« wird, systemtheoretische Vorstellungen systemstabilisierenden Charakter erhalten.

Das kann an drei für die Studie wesentlichen Problembereichen verdeutlicht werden:

1. Der Autor befragt »kompetente Personen« (146), die von den Unternehmen benannt wurden und die sämtlich dem Management zuzurechnen sind (148). Die Gesprächspartner werden als sachkundige Vermittler von Informationen behandelt. Soziale Merkmale der Meinungsträger z. B. spielen dabei keine Rolle (147). Diese »Versachlichung« von Informationen unterstellt, daß organisatorischer Wandel selbst lediglich als ein von sozialen Inhalten befreites, technisches Stück Arbeit zu behandeln ist, das wiederum sachlich zu bewältigen und zu erforschen ist.

2. Die inhaltliche Entkleidung organisatorischen Wandels zeigt sich ebenso im Umgang mit der Literatur zu den bisherigen Forschungsergebnissen. Anstatt die Bedeutung der Entstehung, Weiterentwicklung und Durchsetzung von Forschungen vor dem Hintergrund von historisch und gesellschaftlich bedingten Entwicklungsprozessen und deren Ausprägung zu untersuchen, um so inhaltlich begründete und operationale Kategorien für die eigene Untersuchung herauszuarbeiten, werden die Ergebnisse der Forschung aus ihren theoretischen und praktischen Verwendungszusammenhängen herausgelöst (6). Begriffe wie Herrschaft und Organisationsziele werden einfach hinwegdiskutiert (15 ff., 17 f., 26 ff.), obwohl Strutz sich letztlich dann doch immer wieder auf diese zentralen Merkmale sozialer Organisationen beziehen muß (z. B. 133). Die unter dem – häufig in organisationssoziologischen Untersuchungen anzutreffenden – Motto: »andererseits ist es auch denkbar . . .« (23) geleistete Kritik fällt damit auf den Verfasser selbst zurück.

3. Durch die Neuorganisation in Form der Produktbereichsorganisation wird »ein generelles Konkurrenzverhalten der Bereiche untereinander« (120) hergestellt, dessen »zentrifugale Kräfte« »koordinative Mechanismen« notwendig machen (118 ff.). Durch den Einbau von Konkurrenz in die formale Organisationsstruktur des Gesamtunternehmens ergeben sich allgemeine Vorteile in finanzieller und ökonomischer Hinsicht für das Unternehmen, während sich die Zunahme zentrifugaler Kräfte dysfunktional auf den organisatorischen Zusammenhang auswirken soll, was eine Verstärkung koordinativer Mechanismen erfordert (129). Daß zentrifugale Kräfte dysfunktional für eine gegebene organisatorische Einheit wirken, kann in dieser Allgemeinheit nicht bestritten werden. Doch hat eine solche Aussage trotz ihrer Allgemeinheit durch die Betonung der Dysfunktionalität für den organisatorischen Zusammenhang eine präjudizierende Funktion: Sie verengt objektiv den Blick auf die Beherrschbarkeit dieser zentrifugalen Kräfte – wie und mit welchen Mitteln kann Einheit erhalten werden –, was dann wiederum die Beschränkung der entsprechenden Forschung auf das Finden einsetzbarer Instrumente ohne Reflexion ihrer Voraussetzungen beinhaltet.

Peter Dippoldsmann (Marburg/L)

Linder, Wolf, Ulrich Maurer und Hubert Resch: *Erzwungene Mobilität. Alternativen zur Raumordnung, Stadtentwicklung und Verkehrspolitik.* Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1975 (166 S., br., 15,- DM).

Dieses Buch zeigt »arbeitnehmerorientierte Alternativen zur Stadtentwicklung, Raumordnung und Verkehrspolitik« (11) auf für Gewerkschaften und Betroffene – nicht nur in ihrer Eigenschaft als Mieter, Vorstadtbewohner, Verkehrsteilnehmer

usw., sondern in ihrer gemeinsamen Lage als Lohnabhängige. – Den Einstieg bilden drei Fallbeispiele, »Momentaufnahmen aus dem Leben deutscher Arbeitnehmer«, die jeweils die Situation am Arbeitsplatz, die Wohnverhältnisse und den täglichen Weg zum Arbeitsplatz beschreiben. Exemplarisch kommen die wichtigsten Probleme der Verkehrsentwicklung, Stadtteilanierung, neu erbauter Trabantenstädte und auch der Situation von Kleinstadtbewohnern und Nebenerwerbslandwirten in unterentwickelten Regionen zur Sprache. Das bestimmende Moment der Raum- und Stadtentwicklung waren die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die damit verbundene Entwicklung der industriellen und später der »Dienstleistungsproduktion«, die zu immer weiterer Konzentration in riesigen städtischen Ballungsräumen führten. – Die Verdrängung der Wohnbauten aus den Innenstädten durch Bürobauten und die daraus resultierende räumliche Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Dienstleistung und Erholung schaffen die »entmischte Stadt« (38) mit ihrem vergrößerten Verkehrsaufkommen; der Stadtbewohner »muß die nach Rentabilitätskriterien getrennten Funktionen wieder zusammenfügen, um überhaupt in der Stadt leben zu können.« (39) In den ländlichen Räumen gibt es zu wenig Arbeitsplätze, die Versorgung mit Dienstleistungen ist ungenügend; daher der Zwang zu Abwanderung oder langen Pendelwegen: erzwungene Mobilität auch hier. Das Auto wurde so zum Hauptverkehrsmittel, und staatliche Politik hat diese Entwicklung unterstützt, da sie als »Anpassungsplanung« den Interessen der privaten Investoren folgte. (74) Insbesondere die Verkehrspolitik war jahrelang fast ausschließlich auf den Straßenbau ausgerichtet. In den Ballungsgebieten »haben Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik in einem ineinandergreifenden und sich gegenseitig hochschaukelnden Prozeß die Entwicklung der verkehrsaufwendigen Siedlungsstruktur gefördert« (75).

Die von den Autoren aufgestellten Ziele einer Raum- und Stadtentwicklung im Interesse der Arbeitnehmer knüpfen an vorhandene gewerkschaftliche Entschlüsseungen zur Verkehrspolitik und SPD-Forderungen zur Stadtentwicklung an, gehen jedoch in der Radikalität, mit der weiterer Straßenbau in und zu Zentren konsequent verweigert wird, weit über diese hinaus. Der »Sog der überkonzentrierten Ballungszentren« soll abgremst werden zugunsten einer Belebung der ländlichen Räume durch bessere Ausstattung mittlerer und kleiner Zentren. Der Anteil der öffentlichen Verkehrsmittel am Verkehrsaufkommen soll im Nah- und Fernverkehr steigen (beim Berufsverkehr entsprechend einer DGB-Forderung auf 70%). Das bestehende Straßennetz wird als im wesentlichen ausreichend angesehen. »Straßenverkehr, der sich dahin auswirkt, daß er verstärkt den Individualverkehr anregt, ist zu stoppen.« (90) Das gesamte Verkehrsaufkommen soll sich verringern durch veränderte Raum- und Stadtstrukturen mit geringerem Zwang zur Mobilität: geringerer Pendelverkehr durch Schaffung neuer mittlerer Zentren außerhalb der Ballungsgebiete und geringeres innerstädtisches Verkehrsaufkommen durch sinnvolle Funktionsmischung.

Können öffentliche Investitionen, Boden- und Planungsrecht, Verkehrspolitik sowie Gesetzesänderungen »unterhalb der zur Zeit als gegeben einzukalkulierenden Herrschafts- und Ideologieschwelle« (103) Entsprechendes herbeiführen? »Das Dilemma der staatlichen Reformpolitik« (115) ist: mit dem gegebenen Instrumentarium sind die aufgestellten Ziele nicht zu erreichen, denn sie können von den privaten Investitionsentscheidungen der Unternehmer durchkreuzt werden. Der Abschnitt über »Die Notwendigkeit einer Politik der Strukturreformen« zeigt dann das Dilemma der links-sozialdemokratischen Position der Autoren. Sie haben die »Abhängigkeit des politischen Systems von den dominierenden Interessen der Warenproduktion« (79) deutlich benannt, aber statt nun folgerichtig die Abschaffung dieser Abhängigkeit durch Enteignung der die Stadt- und Raumentwicklung dominierenden Großindustrie zu fordern, gehen sie kaum über den Orientierungsrahmen '85 hinaus: Beschleu-

nigung des Enteignungsverfahrens zugunsten der Kommunen, Planungswertausgleich usw., Trennung von öffentlichem Verfügungs- und privatem Nutzungseigentum und räumliche Investitionslenkung, »die dort Investitionen verhindert, wo sie den Zielen einer regionalen Strukturpolitik widersprechen«. (127) Daß man so zwar unerwünschte Investitionen verhindern, aber gesellschaftspolitisch erforderliche nicht erzwingen kann, wird nicht behandelt. Hier macht die bisher kompromißlose Analyse halt vor den Grenzen der innerparteilichen und innergewerkschaftlichen Diskussion. Die Autoren versichern, »daß vermehrte Beeinflussung privater Investitionen bis zur direkten Investitionslenkung nicht gleichzusetzen ist mit zentraler Planverwaltungswirtschaft«. (128) Das einzelkapitalistische Erwerbsstreben soll erhalten bleiben, aber »durch die Umdeutung der Produktivitätsrechnung« (129) unter Berücksichtigung sozialer Kosten- und Nutzenrechnungen seine heutige Vorrangstellung verlieren. Da dies mit den vorgeschlagenen Mitteln nicht geschehen kann, bleiben die »Arbeitnehmerinteressen« einmal mehr auf der Strecke.

Marianne Kriszio (Oldenburg)

Müller, Michael: Die Verdrängung des Ornaments. Zum Verhältnis von Architektur und Lebenspraxis. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1977 (270 S., 51 Abb., br., 10,- DM).

Müllers Analyse des in der Funktionalen Architektur verdrängten Ornaments will ausdrücklich über den Horizont architekturästhetischer bzw. -historischer Analysen hinausgreifen und einen Beitrag zur Klärung des ästhetisch vermittelten Zusammenhangs von Architektur und Lebenspraxis leisten. Die zur Einlösung dieses Anspruchs gewählte Verschachtelung von teilweise sehr heterogenen Analyseebenen wird leider im Verlauf der Arbeit kaum nachvollziehbar gemacht – der Leser kann streckenweise die Relevanz einzelner Argumentationsschritte erst im Nachhinein zu rekonstruieren versuchen.

Drei Problemstellungen sind bestimmend: 1. Der »Verlust« des Ornaments wird zunächst als Folge der sich auch in der Architekturproduktion durchsetzenden Industrialisierung bestimmt. Anschließend wird die funktionalistische These kritisiert, daß »Geschichte« (und damit auch ornamentale Formen) »überhaupt aus dem Wertbildungsprozeß von Architektur zu verbannen« sei: hier sei »Abwehr« von im Ornament manifest werdenden unliebsamen Wünschen im Spiel: Phantasie und kapitalistisch-zweckrationale Wirklichkeit sollen voneinander getrennt werden (8; 10; 119). 2. In einer Analyse der vorwärtsweisenden, »revolutionären Tendenzen« funktionalistischer Architektur werden deren »materialistische Spurenelemente« näher bestimmt. Hier geht es zum einen um Veränderungen im Zusammenhang von Architektur und Produktionssphäre sowie zum anderen von ästhetischem Erscheinungsbild funktionalistischer Architektur und beiläufig-wahrnehmender Lebenspraxis in den durch sie gestalteten »Handlungsräumen«. Derartige Veränderungen werden exemplarisch am Werk des Funktionalisten Adolf Loos diskutiert – anknüpfend an dessen Rezeption durch Walter Benjamin. Müller kommt zu dem Schluß, daß trotz jener vorwärtsweisenden Elemente, die eine Aufhebung bürgerlicher Privatheit signalisieren, solidarische Lebensformen sich im alltäglichen Umgang mit funktionalistischer Architektur kaum herausbilden können. 3. Ein dritter Problemkomplex entwickelt die Frage nach Möglichkeiten zur Rekonstruktion ästhetisch-inhaltlicher Zusammenhänge zwischen heutiger Lebenspraxis und Massenarchitektur. Diese Fragestellung entwickelt Müller bereits aus seiner Konzeption des »Ornaments« als ein in seiner ursprünglichen Bedeutung »gegen die strenge Rationalität der Architektur gerichtetes Ausdrucks- und Gestaltungsmotiv«: es habe als »ästhetisch signifikante Einzel-

form« alltäglichen Inhalten von Phantasien »konkret-sinnliche Gestalt« verliehen, die auf diese Weise als Erfahrung in die bauliche Struktur hätten eingehen können (10; 151). Bezogen auf diese sich ehemals in ornamentalen Formen artikulierende ästhetische Erfahrungssprache fragt Müller danach, ob und wie sich eine der »sinnlich-mimetischen Bedeutung« des Ornaments entsprechende ästhetische Sprache auf heutigem Niveau technologischer Konstruktionsmöglichkeiten herausbilden könnte. Er kommt zu der These, daß dies nur dann möglich sei, wenn die »Erfahrungssprache der Betroffenen« als »aktives Element fortlaufender Konstruktion« in die Architekturproduktion eingehen könnte. Da die funktionalistische »Aufhebung ästhetischer Architektur« dieser Erfahrung widerspreche, fordert Müller das Zusammenwirken von Architekten und Betroffenen, als dessen mögliches Ergebnis er die Entwicklung einer ästhetischen Sprache sieht, die eine sinnlich-nachvollziehbare Vergewisserung eigenen Handelns und eigener Geschichte anhand der baulichen Struktur ermöglichen, zu einer »bewußten Aneignung« der sich in ihr manifestierenden gesellschaftlichen Widersprüche und Erfahrungshorizonte führen könnte (176–180).

Trotz des globalen Abstraktionsniveaus ihrer abschließenden Thesen könnten von Müllers Arbeit Anstöße für Diskussionen über solidarische Handlungsmöglichkeiten in den Wohnghettos heutiger Städte ausgehen. Matthias Lange (Göttingen)

Lissner, Ivar: So lebten die Völker der Urzeit. Walter-Verlag Olten, 3. Auflage 1975, (1. Auflage 1958. Titel: »Aber Gott war da«) (304 S., 72 Abb., Ln., 39,80 DM).

Gesamteindruck:

Droben in dem Sternenzelte,
Auf dem goldnen Herrscherstuhle,
Weltregierend, majestätisch,
Sitzt ein kolossaler Eisbär.
(...)
Ihm zu Füßen sitzen fromm
Bärenheil'ge, die auf Erden
Still geduldet, in den Tatzen

Ihres Martyrtumes Palmen.
(...)
Werde ich unwürd'ger Troll
Einstens solchen Heils teilhaftig?
Und aus irdisch niedrer Trübsal
Übergehn ins Reich der Wonne?

(Atta Troll, Caput VIII)

Der Band ist dem Bärenkult gewidmet.

Christa Thoma-Herterich (Wuppertal)

Erziehungswissenschaften

Hurrelmann, Klaus: Erziehungssystem und Gesellschaft.rororo studium, Reinbek 1975 (222 S., br., 9,80 DM).

Auf der Grundlage einer Integration von Gesellschafts-, Organisations- und Interaktionstheorie und angeregt von »neueren Strömungen der »kritischen Gesellschaftstheorie« stellt der Autor den Anspruch einer Erklärung der »Gesamtheit der Strukturen und Prozesse gesellschaftlich organisierter Sozialisation« (12). Der Vorzug der Arbeit besteht hauptsächlich darin, einen Überblick zu gewähren über den gegenwärtigen Stand der Bildungsforschung und der fortgeschrittensten (bürgerlichen) wissenschaftlichen Ansätze (Habermas, Offe, Luhmann, Oevermann, u. a.). Die Bezugspunkte des gesellschaftstheoretischen Teils bilden politisches, ökonomisches und Erziehungssystem mit dem Hinweis, in entwickelten Industriegesellschaften gebe es »kein eindeutiges Primat eines funktional ausdifferenzierten Teilsystems« (43). Inkonsequenterweise vermerkt der Autor an anderer Stelle, materielle Ressourcen könnten nur in dem Maße in den Erziehungssektor einfließen, »wie ihre absolut krisenvermeidende Funktion nachgewiesen werden kann« (49); ebenso sei politische

Planung durch den grundlegenden Strukturwiderspruch westlicher Industriegesellschaften eingeschränkt.

Die Bezüge der drei Teilsysteme bleiben seltsam schematisch: Die durch das Bildungssystem zu beschaffende Legitimation wird ausschließlich für das politische System (dessen Begriff unklar bleibt, aber weitgehend mit dem Staat identifiziert wird) zum Problem, das sich als »parteiloser Sachwalter« darstellen und die »Fiktion staatsbürgerlicher Gleichheit« verteidigen müsse (51) mit Hilfe des Leistungsprinzips als vermeintlich objektivem, neutralem und gerechtem Mechanismus zur Rechtfertigung der Ungleichheit (52). Hurrelmann gibt sich der Illusion hin, das Erziehungssystem könne diesem Konformitätsdruck *prinzipiell* widerstehen (77) unter der Voraussetzung, daß auf »die organisatorisch fixierten Interaktions- und Herrschaftsformen der Schulen und Hochschulen (!) selbst Einfluß genommen« wird (79). Wie und von wem bleibt offen. Die ökonomischen Funktionsanforderungen an das Erziehungssystem seien eindeutig dadurch bestimmt, daß »eine ausreichende Anzahl adäquat ausgebildeter und gegenüber den bestehenden ökonomischen Ordnungsverhältnissen loyaler Absolventen zum richtigen Zeitpunkt vom Erziehungssystem übernommen werden« könne (79). Aber auch hier verweise die Anarchie des (Arbeits-)Marktes jede konkrete und detaillierte Bedarfsplanung in die Schranken. Auch wenn Hurrelmanns Kritik an der These der »direkten Formbestimmtheit der Bildungsprozesse durch die Gesetze der ökonomischen Warenproduktion« in der Tat einen wunden Punkt der marxistischen Bildungsökonomie berührt, bringt sein lapidarer Hinweis auf die »öffentliche Organisation des Bildungswesens« und den spezifischen (immateriellen) Charakter der hier erworbenen Qualifikationen (95) keinen konkreten Erkenntnisgewinn. Die Kategorie des Warencharakters der Arbeitskraft scheint dem Autor ebenso ungeläufig zu sein wie er aus den eingeschränkten *organisatorisch-formellen* Abstimmungsmöglichkeiten auf mangelnde Funktionalität des Bildungswesens schließt (101).

Bei der Abwägung von Klassen- und Schichtentheorie lehnt Hurrelmann die theoretische Ableitung des Klassenbegriffs zwar nicht grundsätzlich, aber als »für eine realsoziologische und gesellschaftspolitisch sensible Theorie der Gesellschaft ziemlich wertlos« ab (110). Als Begründung müssen die Ungereimtheiten der westdeutschen Einkommensstatistik erhalten. Weitgehende Unkenntnis offenbart sich überhaupt dort, wo der Autor sich einerseits von Marxschen Begriffen abgrenzt (z. B. Fn 10, 109; Fn 11, 110), andererseits implizit unterstellt, der »orthodoxe Marxismus« habe Erscheinungen wie Kapitalkonzentration und »Staatsinterventionismus« nicht aufgearbeitet (24 f.). So ist auch nicht einsehbar, warum aus der mit der »kollektiven Emanzipation« der Arbeiterklasse verbundenen Überwindung der Konstitutionsbedingungen ihrer Unterprivilegiertheit eine Veränderung – wenn nicht Verflüchtigung – proletarischer Tugenden (z. B. solidarischem Verhalten) folgt (123 ff.).

Die Kapitel 3 und 4 befassen sich mit Organisations- bzw. Interaktionsstrukturen der Erziehungsinstitutionen. Hurrelmann kann hier u. a. sehr fein zeigen, wie sich auf der Grundlage von Leistungsbeurteilungen stereotype Vorurteile gegenüber Schülern herausbilden, die sich mit allgemeinen Kategorien der Persönlichkeitsbeurteilung verbinden, wiederum auf die Leistungsmotivation der Schüler zurückschlagen und schließlich deutlich mit der Trennungslinie Unter- bzw. Mittelschicht zusammenfallen (186 ff.).

Wer über die Zusammenfassung der Ergebnisse der »modernen Sozialwissenschaften« hinaus neue Erkenntnisse und Einsichten erwartet, sieht sich enttäuscht. Trotz der genannten Einschränkungen stellt jedoch der Versuch, die verschiedenen Dimensionen gesellschaftlich organisierter Sozialisation auf einen Nenner zu bringen, einen wichtigen Diskussionsbeitrag dar.

Gerhard Schreier (Dortmund)

Altendorf, Hans, u. a.: Arbeiterkinder an den Hochschulen. Europäische Verlagsanstalt, Köln 1978 (182 S., br., 19,80 DM).

Die Arbeit ist ein Ergebnis der Arbeitsgruppe »Studentische Sozialpolitik« beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB. Der Anteil der Arbeiterkinder in der Studentenschaft wuchs seit Beginn der sozial-liberalen Koalition Ende der 60er Jahre von 6% auf ca. 15% im Jahre 1978 (dies sind absolut 1978: 100000). Als wesentlicher Grund für den wachsenden Anteil werden die aufgrund der Produktivkraftentwicklung erhöhten Bildungsanforderungen benannt, was zugleich die enormen Reformanstrengungen der sozial-liberalen Koalition charakterisiert. Im ersten Teil erörtern die Verfasser die besonderen sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen im Arbeitermilieu, die als Sozialisationschranken von Arbeiterkindern wirksam werden. Stichwortartig werden die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse im kapitalistischen System mit folgenden Begriffen gekennzeichnet: Ausbeutung, Entfremdung, Unsicherheit, Monotonie und Gleichförmigkeit in der Arbeit, Entwertung der Qualifikation, permanente gesundheitliche Gefährdung, Kürzung des Reallohns usw. (18 ff.). Aus dieser Milieubeschreibung wird für die primäre Sozialisierung von Arbeiterkindern ein geringes Anspruchsniveau, größere Distanz zum Bildungsbereich, geringeres Aufstiegsinteresse und eine geringere Bildungsmotivation (30) abgeleitet; das geringere Bildungsinteresse wird zudem durch die finanzielle und wohnmäßige Lage der Arbeiter verstärkt. Im zweiten Teil der Untersuchung wird die Selektionswirkung des institutionalisierten Bildungssystems der BRD empirisch dokumentiert. Grund- und Hauptschule, besonders aber das Gymnasium sowie der Numerus Clausus (insbesondere im Fach Medizin) bilden im Bildungsgefüge der BRD weitere Schranken zur Selektion von Arbeiterkindern. So ist jeder zweite der 10- bis 15jährigen Schüler an der allgemeinbildenden Schule aus einer Arbeiterfamilie, während fast 60% der Hauptschüler Arbeiterkinder sind; an Realschulen beträgt ihr Anteil 43%, an Gymnasien nur 18% (45) und an Universitäten 15%. Der letzte Teil des Buches untersucht die finanzielle Lage der Arbeiterkinder während des Studiums.

In einer soliden Analyse setzen sich die Autoren mit den Ansprüchen der sozial-liberalen Reformpolitik Anfang der 70er Jahre auseinander, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die »Chancengleichheit im Bildungswesen« sukzessive herzustellen. Sie beschreiben im weiteren die Tendenzen der Sozialdemontage als Unterminierung der Reformpolitik im Verlauf der 70er Jahre. Exemplarische Fallbeispiele belegen, daß die sozial-liberale Regierungskoalition durch entsprechende Gesetzesmaßnahmen (z. B. Haushaltsstrukturgesetz; Einführung und Erhöhung der Darlehensanteile bei der Bundesausbildungsförderung sowie der Einführung der Graduiertenförderung auf Darlehensbasis) eine »Reprivatisierung der Bildungskosten« bei gleichzeitigem Abbau reformerischer Bildungspolitik betreibt, wie sie von »rückwärtsgewandten« politischen Kräften in der Bildungspolitik gefordert wird. Die Reprivatisierung der Ausbildungskosten schafft einen »sozialen Numerus Clausus«, der den bürokratisch-administrativen noch verschärft, wovon in erster Linie die ohnehin benachteiligten Arbeiterkinder betroffen sind. Ferner wird nachgewiesen, daß sich zwar der individuelle Förderungsbetrag im Verlaufe der 70er Jahre erhöht hat, generell jedoch weniger Studenten gefördert werden. Abschließend werden verschiedene sozialpolitische Probleme der Studenten erörtert wie z. B. die Wohnungsfrage, Verpflegungsmängel, Gesundheitsfürsorge, ärztliche und psychotherapeutische Versorgung etc.

Die von den Autoren angeführten theoretischen und empirischen Begründungen und Belege für die Selektion von Arbeiterkindern im bundesrepublikanischen Bildungssystem sind jedoch in sich nicht schlüssig und führen teilweise sogar zu widersprüchlichen Aussagen. Unklar bleibt für den Leser beispielsweise, wieso trotz der

negativen Milieubeschreibung die Zahl der Arbeiterkinder unter den Studenten zunimmt. Forschungsenergie sollte neben einer notwendigen Bestandsaufnahme auch auf Entwicklungsprozesse gerichtet werden, die eine qualitative Veränderung des Bildungsverhaltens der Arbeiter untersuchen. Kritikwürdig ist weiterhin, daß die außergewöhnlich mangelhafte Gewerkschaftspolitik in Fragen des Reformabbaus im Bildungswesen nicht thematisiert bzw. analysiert wird.

Eine ausgewählte Literaturliste zu sozialpolitischen Sachthemen, gewerkschaftliche Dokumente und Forderungskataloge der GEW runden das insgesamt sehr informative Buch zur studentischen Sozialpolitik ab. Ein Buch, das derart wichtige Informationen für studentischen Kampf um Chancengleichheit und allgemeine Verbesserung der Ausbildungs- und Reproduktionsbedingungen anbietet, sollte jedoch (insbesondere wenn der Druck von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt worden ist) nicht so teuer sein, weil sonst eine weitere Informationsselektion stattfindet, die nicht im Interesse der Autoren liegen dürfte. Eberhard Göbel (Berlin/West)

Dankwerts, Dankwart: Grundriß einer Soziologie sozialer Arbeit und Erziehung. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1978 (156 S., br., 15,- DM).

Mit seinem Grundriß legt D. einen Entwurf einer Theorie der Sozialarbeit/Sozialpädagogik vor, der lange fällig war. Schon in der Benennung der verschiedenen Formen sozialarbeiterischer Praxis – »soziale Arbeit und Erziehung« an Stelle der gebräuchlichen Konstruktion »Sozialarbeit/Sozialpädagogik« – deutet sich die theoretische Grundlinie an, der der Autor in seiner Arbeit folgt. Er beabsichtigt, einen Grundriß darzulegen, nach dem diese Formen praktischer Sozialpolitik, die in theoretischen Bestimmungsversuchen bislang in der Regel als gegeneinander verselbständigt konzipiert worden sind, sowohl vom Gegenstand her als auch inhaltlich und genetisch als einheitliche Arbeitsweisen erkennbar werden. Denn D. stellt zu Recht zum einen fest, daß die unter dem Begriffskonstrukt »Sozialarbeit/Sozialpädagogik« zusammengefaßten Arten sozialer Praxis auf ein- und denselben Gegenstand gerichtet sind: »die Beziehungen der Menschen« (9); und er arbeitet zum anderen heraus, daß die sozialpolitischen Praxisformen allesamt jeweils eine »Einheit von materiellen Hilfe[leistungen] und bewußtseinsverändernden Erziehungs[akten]« sind (103). Schließlich erwächst die Einheitlichkeit auch aus der Tatsache, daß sie in bestimmten historisch-konkreten, politisch-ökonomischen Verhältnissen begründet sind (9).

Der Grundriß D.s folgt einem »Ansatz, der« – wie der Autor einleitend formuliert – »in der Politischen Ökonomie der Sozialen Arbeit und Erziehung die Umstände beschreibt, die die Bedingungen des Handelns der Sozialpädagogen und Sozialarbeiter, der Gesetzesfindung und Rechtsprechung, vor allem deren Ursachen in der Gesellschaft ausmachen und sozialpädagogisches Handeln hervorrufen« (15). Sozialarbeit/Sozialpädagogik wird – abgesehen davon, daß es nicht als unstrukturiertes Spektrum heterogener sozialpolitischer Handlungsformen begriffen wird – danach zu Recht auch nicht verstanden als gesellschaftliche Reaktion auf soziales Fehlverhalten, welches von Einzelpersonen oder Personengruppen verursacht sei (10). Diese beschränkte und die Realität verkehrende Sichtweise wird aufhebbar im Rahmen einer systematisch entfalteten Theorie, nach der die sozialarbeiterische Praxis in letzter Instanz auf die soziale Grundstruktur der Gesellschaft, die Klassenverhältnisse einwirkt. Dabei bleiben Einzelpersonen und soziale Gruppen selbstverständlich die unmittelbaren Adressaten (119). In den Mittelpunkt seiner Theorie stellt D. folgerichtig den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Denn »die konkrete Produktion und der Austausch ihrer Produkte sowie der Anteil, den die gesellschaftlichen Gruppen daran haben, geben auch die Grundlage zur Erklärung der Sozialpolitik im allgemei-

nen wie der sozialen Arbeit und Erziehung im besonderen ab« (15). Und sofern in einer kapitalistischen Gesellschaft die Reproduktion der lohnabhängigen Klasse über die Aufteilung des gesellschaftlichen Neuprodukts in Mehrwert und Lohn geregelt wird, wird in D.s Theorie auch der Begriff des Lohnes bzw. der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft zur zentralen Kategorie.

Das besondere Verdienst der Arbeit D.s – soviel sei als generelle positive Einschätzung vorweg gesagt – liegt in der präzisen Orientierung seines Grundrisses an der Marxschen Lohntheorie sowie der systematischen Entfaltung der aus den – im gesamtgesellschaftlichen Maßstab betrachteten – Reproduktionserfordernissen der Arbeitskraft notwendig entstehenden sozialpolitischen Handlungsformen bis hin zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Der Grundriß geht damit über alle anderen reproduktionstheoretischen Bestimmungsversuche weit hinaus und steckt – soweit ich sehe – erstmals alle wesentlichen Dimensionen seines Gegenstandsbereiches ab.

Der Grundriß beginnt mit einer Erörterung über Armut als sozialen Sachverhalt, der in der kapitalistischen Klassengesellschaft die »Herausbildung zielgerichteter [sozialpolitischer] Interventionen in den Bereich der Reproduktion der Arbeitskraft« (31) erforderlich macht. Armut wird als gesetzmäßig auftretender Zustand dargestellt, in den im Kapitalismus beständig Teile der Lohnabhängigen dadurch versetzt werden, daß sie in die industrielle Reservearmee abgedrängt werden. Er bewirkt, daß diese Lohnabhängigengruppen nicht mehr an der »durchschnittlichen Nettoentlohnung«, an dem »durchschnittlichen Anteil an der staatlich organisierten Versorgung« sowie an der »durchschnittlichen Beteiligung an den politisch-sozialen Entwicklungen und Auseinandersetzungen« ihrer Klasse teilhaben (22). D. bezeichnet diesen Zustand auch als Deklassierung – ein Begriff, der allerdings mißverständlich ist, weil er die Vorstellung nahelegt, diese Gruppen gehörten nicht länger der Arbeiterklasse an. In Armut finden sich Lohnabhängige nach D. also dann, wenn ihr individuelles Einkommen und ihr Anteil an den staatlich organisierten Lohnbestandteilen die durchschnittlichen Reproduktionskosten der Arbeitskraft nicht erreichen, unter den Wert der Arbeitskraft sinken. Da das Profitprinzip mit der Tendenz verknüpft ist, den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsfond unter den Wert der Arbeitskraft zu senken, existieren in kapitalistischen Gesellschaftssystemen beständig Gruppen der Arbeiterklasse in Armut, ja fallen die ihnen zu Gebote stehenden Mittel und Leistungen zum Teil sogar unter das Existenzminimum – wobei mit Existenzminimum der Teil der Reproduktionskosten gemeint ist, der den physisch unentbehrlichen Lebensmitteln entspricht, eine Reproduktion nur in mangelhafter Form gewährt. – Den Erörterungen über Armut im Kapitalismus schließen sich Überlegungen an, in denen der Herausbildung des üblicherweise so bezeichneten »Systems sozialer Sicherung« nachgegangen wird, also der Entstehung und Entwicklung eines Teilbereichs der vom kapitalistischen Staat in der Hauptsache für die Arbeitskraft organisierten Reproduktionsleistungen. Staatliche Sozialpolitik in ihrer Gesamtheit – und damit auch das spezifische System sozialer Sicherung, dem D. die soziale Arbeit und Erziehung zurechnet – wird nach D. unausweichliches Erfordernis, als sich herausstellt, daß die »privatkapitalistische Variante sozialer Leistungen« (57) die vom Kapital beständig verursachte »Mangelhaftigkeit der Reproduktionsmittel und Reproduktionsleistungen« (58) nicht beheben kann. Damit die für den Bestand und die Fortentwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise notwendige erweiterte Reproduktion der Ware Arbeitskraft einigermaßen gewährleistet werde, mußte der Staat kollektiv diese erforderlichen Reproduktionseinrichtungen bereitstellen. Hierzu mußte und muß die Arbeiterklasse selbst durch harte und langwierige Kämpfe beitragen. Doch können – wie aus der Tatsache dieser Kämpfe schon ersichtlich wird – nach D. durch die Organisation und Bereitstellung der sozialpolitischen Leistungen des Staates die systemimma-

nenten Verarmungstendenzen des kapitalistischen Produktionsprozesses nicht beseitigt werden. »Es wäre ein großer Irrtum anzunehmen, das aufgrund . . . [der] Zusammenhänge im sozialpolitischen Bereich wegen der staatlichen Lenkungs- und Kontrollfunktionen das kapitalistische System schon ›außer Kraft gesetzt‹ sei. Tritt das unmittelbare Profitinteresse als Entscheidungskriterium zurück, weil der Staat nicht als Einzelkapitalist handelt, so ergibt sich an seiner Stelle die Beschränkung aus dem zur Verfügung gestellten Fonds, wie in der Sozialpolitik besonders deutlich nachzuweisen ist« (68 f.).

In Ergänzung der Überlegungen zur Entwicklung und Funktion staatlicher Sozialpolitik im Kapitalismus, unternimmt D. in einem dritten Abschnitt schließlich eine allgemeine theoretische Begriffsbestimmung der vielfältigen Handlungsformen, die als Sozialarbeit/Sozialpädagogik üblicherweise zusammengefaßt werden. Er geht dabei von der Feststellung aus, daß soziale Arbeit und Erziehung ein Element von Sozialpolitik ist, also dem Bereich staatlich organisierter Reproduktion der Arbeitskraft zuzurechnen, »jedoch hiermit nicht identisch« ist (78). Beides ist nicht identisch, weil sich Sozialarbeit/Sozialpädagogik nicht gleichermaßen auf alle Lohnabhängigen bezieht, sondern nur auf jene Teile, denen weder individuell zugeteilte, noch staatlich organisierte Reproduktionsmittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, und weil sie nicht generalisierend, sondern individualisierend verfährt (79). D. gelangt zu der Auffassung, daß das allen sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Handlungsvollzügen Gemeinsame darin besteht, auf die Abmilderung der »Folgen gesellschaftlicher Selektionen« gerichtet zu sein; »und zwar spätestens immer dann, wenn diese zu Konflikten führen, die über die Kapazität des Individuums oder der Familiengruppe hinausgehen« (82). Mit gesellschaftlicher Selektion ist der Sachverhalt gemeint, daß beständig Teile der Arbeiterklasse in Armutsverhältnisse gezwungen werden. Soziale Arbeit und Erziehung stellt speziell darauf ab, solche Gruppen, die unter Umständen für das Sozialsystem auch bedrohlich werden könnten, unter Einsatz miteinander kombinierter materiell-ökonomischer und erzieherischer Dienstleistungen in die Lage zu versetzen, die durchschnittlichen Existenzbedingungen ihrer Klasse für sich realisieren zu können.

Anschließend zeichnet D. die historischen Entwicklungsperspektiven sozialer Arbeit und Erziehung im Zusammenhang der in antagonistischer Widersprüchlichkeit sich erweiternden Lebensbedingungen der Arbeiterklasse im Kapitalismus auf. Mit der fortschreitenden Vergesellschaftung dieses Reproduktionsprozesses der Arbeitskraft, der sich beim einzelnen Menschen in der Form wachsender, wenn auch klassenspezifisch beschränkter Bedürfnisse ausdrückt, sieht D. für Sozialarbeit/Sozialpädagogik vermehrt Möglichkeiten, »mit den spezifischen Mitteln und Formen, die ihnen als Teil der sozialpolitischen Interventionsstrategien möglich sind, das Nachhinken oder die Korruption von Bedürfnissen zu korrigieren, indem sie diese als ›Grundlage und Antrieb der Persönlichkeit‹ auf den Stand ihrer historisch-materiellen, klassenmäßigen Möglichkeiten bringen« (114). Vordringlich ist dabei die Ermöglichung der Teilhabe am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß – auch in seiner kapitalistischen Form. Allerdings bewegt sich Sozialarbeit/Sozialpädagogik als Teilbereich der Sozialpolitik des kapitalistischen Staates notwendig in einem »dichotomischen« Konflikt. Sie ist bestimmt von einer »dichotomischen Grundkonstellation« (121), die sich gegenüber der generellen Widersprüchlichkeit kapitalistischer Sozialpolitik dadurch als besondere definiert, daß in ihr die staatliche Gewalt unter bestimmten Umständen rein gewalttätig – polizeilichen Charakter annimmt. In allen sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Handlungsvollzügen und -vollzugsformen sind – so schreibt D. – »immer zwei Momente enthalten . . . : Einmal das des Ausgleichs bzw. der Korrektur von Selektionsfolgen, also der Ansatz, Deklassierungen zu verhindern bzw. abzumildern; zum

anderen die damit auch immer verbundene Möglichkeit, die »auffällig« gewordenen, betroffenen Teile der Bevölkerung zu kontrollieren und sie und ihre Umgebung zu disziplinieren« (118 f.). Diese Dichotomie muß nach D. jedoch nicht bedeuten, daß Sozialarbeit/Sozialpädagogik »fortschrittlichen« Zielsetzungen, welche das Interesse der Lohnabhängigen nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in den Mittelpunkt stellen, überhaupt nicht zugänglich ist. Gerade die aus ihr sich ergebenden vielfältigen Widersprüche können den sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Fachkräften beständig neue Ansatzpunkte bieten, dazu beizutragen, dieses Interesse, das in unzähligen Formen auch das der von Armut betroffenen Gruppen und Personen dieser Klasse ist, zu artikulieren und ihm Geltung zu verschaffen.

Zum Abschluß noch eine generelle Kritik: In Anlage und Ausführung handelt es sich, wie gesagt, um die am weitesten entfaltete und umfassendste Theorie der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, die mir bekannt ist; bei der Darstellung aber wünschte ich mir eine weniger spontan-setzende und mehr argumentativ-herleitende Verfahrensweise. Dadurch würde nicht zuletzt die Rezeption erleichtert. Diese wird auch nicht wenig beeinträchtigt von zahlreichen offenbar drucktechnisch bedingten Unzulänglichkeiten des Textes.

Margarete Tjaden-Steinhauer (Kassel)

Psychologie

Pflüger, Peter Michael (Hrsg.): Tiefenpsychologie und Pädagogik.
Über die emotionalen Grundlagen des Erziehens. Klett Verlag, Stuttgart 1977
(235 S., br., 18,- DM).

Die Beiträge des vorliegenden Sammelbandes bestehen zum einen aus Referaten, die 1975 anlässlich der Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für Tiefenpsychologie gehalten wurden, zum anderen aus Originalbeiträgen. – In dem Referat »Tiefenpsychologische Ansätze in der Pädagogik« geht es darum, die vielfältigen, zum Teil unbewußten (psychischen) Bedingungen schulischer Konfliktsituationen aufzuzeigen und tiefenpsychologisch fundierte Deutungsmuster zu ihrer Interpretation anzubieten. »Tiefenpsychologie« gilt dem Autor dabei als »allgemeiner Oberbegriff für die Wissenschaft der Erforschung des unbewußten Anteils der Psyche und seiner Wirkung auf das gesamte Leben«; »Psychoanalyse« sei in diesem Zusammenhang dann als »Verfahren zur Untersuchung und Heilung psychogener Störungen« zu verstehen. – In dem Referat »Krankmachende Faktoren der Schule« wird darauf hingewiesen, daß die gegenwärtig immer zahlreicher werdenden Schulschwierigkeiten von Kindern mit psychoanalytischen Kategorien allein nicht hinreichend beschrieben werden können. Vielmehr bedürfen sie der Ergänzung durch sozioökonomische, rollen- und kommunikationstheoretische sowie sozialpsychologische Betrachtungsweisen. – Ein anderes Referat (unter zahlreichen weiteren) illustriert an verschiedenen konkreten Konfliktfällen in der Schule die Fruchtbarkeit einer tiefenpsychologischen Interpretation des Verhaltens von Lehrern und Schülern, so zum Beispiel die »Gesundung« eines stigmatisierten, d. h. als »krank« gezeichneten Schülers durch Lehrerwechsel. – In dem Originalbeitrag »Zur Geschichte der tiefenpsychologisch/psychoanalytisch orientierten Pädagogik« wird deren Entwicklung von Freud über Adler und Jung bis heute in groben Zügen nachgezeichnet. Weitere Originalbeiträge beschäftigen sich mit Spezialproblemen, so zum Beispiel mit der »Übertragung in der wechselseitigen Beziehung zwischen Schüler und Lehrer«. Eine »Übertragung« liegt dann vor, wenn jemand Erfahrungen aus seiner lebensgeschichtlichen Vergangenheit, die er als Kind mit seinen Bezugspersonen gemacht hat, in die aktuelle Lebenswirklichkeit hineinlegt, auf Personen seiner jetzigen Umgebung »überträgt«, und zwar so ausgeprägt, daß er die Wirklichkeit nicht mehr zutreffend wahrnimmt.

All das ist (wissenschaftlich gesehen) nicht neu. Der Vorzug des Buches besteht denn auch eher darin, bekannte psychoanalytische Deutungsmuster schulischen Geschehens in einer leicht verständlichen Sprache zusammenzufassen. Bei den Autoren handelt es sich in der Mehrzahl um psychoanalytisch vorgebildete Theologen, Mediziner und Pädagogen. Das Buch ist für Laien geeignet, die sich einen ersten Eindruck von der wundersamen und aufregenden Welt der Psychoanalyse verschaffen wollen, wenn auch mit Distanz zu lesen, weil es sich hierbei nur um *eine* Interpretationsmöglichkeit schulischer Konflikte innerhalb der zahlreichen und zum Teil gegenseitig miteinander verfehdeten tiefenpsychologischen/psychoanalytischen Schulen handelt. – Ein weiteres Verdienst des Buches besteht zweifellos darin, den Blick auf die emotionalen Hintergründe von Lernprozessen zu lenken. In einer Zeit der Jugendarbeitslosigkeit, des Lehrstellenmangels und des Numerus clausus, in der die offizielle pädagogische Wissenschaft einseitig mit der Konstruktion und Kritik kognitiver (grob: intellektueller) Lernzielkataloge und Leistungstests beschäftigt ist, gerät die in dem vorliegenden Sammelband angesprochene, mindestens ebenso wichtige emotionale Dimension schulischer Lernprozesse nur allzu leicht in Vergessenheit.

Arno Bammé (Berlin/West)

Schmalt, H. D., und W. U. Meyer (Hrsg.): Leistungsmotivation und Verhalten. Klett-Verlag, Stuttgart 1976 (282 S., br., 28,- DM).

Dieses Buch nimmt für sich in Anspruch einen in sich geschlossenen, relativ vollständigen Überblick der Theoriebestände, neuerer Theorieentwicklungen und der wichtigsten empirischen Befunde im Bereich der Leistungsmotivationsforschung zu umfassen. Die Ausprägtheit des Leistungsmotivs – so liest man in vielen pädagogisch-psychologischen Lehrbüchern, ist wesentlich verantwortlich für Schülerfolg und berufliches Fortkommen. In 10 Kapiteln werden unterschiedliche Theorieansätze (Mc Clelland, Atkinson, Raynor, Weiner, Meyer, Heckhausen u. a.) sowohl in ihren Ausgangspunkten als auch den sie stützenden empirischen Untersuchungen vorgestellt, ebenso spezielle Fragen der Messung, der ontogenetischen Entwicklung und Differenzierung, wie der Veränderbarkeit von Leistungsmotivation behandelt. Ein Kapitel baut systematisch auf das andere auf, insofern hat das Buch weniger den Charakter eines Sammelbands als den eines Lehrbuchs.

Der nach außenhin verbreitete Anschein einer relativ geschlossenen Theorie der Leistungsmotivation geht bei der Lektüre recht schnell verloren. Die Autoren versuchen ihn auch gar nicht aufrechtzuerhalten. Es wird deutlich herausgearbeitet, daß es sich bei der Leistungsmotivationspsychologie um eine Reihe von mehr oder weniger unverbundenen Modellen über leistungsmotiviertes Verhalten handelt. Die Theorien der Leistungsmotivation gingen von allem Anfang an von einer Interaktion von Person und Situation aus (Mc Clelland): Unter bestimmten personalen Voraussetzungen (hohe Leistungsmotivation) und Anreizbedingungen in der Umwelt kommt es zu Leistungsverhalten. Im Folgenden werden die Variablen weiter aufdifferenziert: Atkinson (Schüler von Mc Clelland) unterscheidet bereits 2 Personenvariablen (das Motiv, Erfolg aufzusuchen und das Motiv, Mißerfolg zu meiden) und 2 Situationsvariablen (Erwartung von Erfolg und Mißerfolg sowie Anreiz von Erfolg und Mißerfolg). Andere Autoren betonen stärker die Instrumentalität: das Verhalten wird unter dem Aspekt der Folgen gesehen, wobei als wesentliche Bereiche der Folgen menschlicher Handlungen zwischen dem Bereich der machthematischen, anschlussthematischen und leistungsthematischen Folgen unterschieden wird. In der Leistungsmotivationsforschung wird wie in anderen Bereichen der Psychologie von einer »kognitiven Wende« gesprochen: Ins Blickfeld der Forscher rückten Fragen der Ursachenzu-

schreibung beim Handelnden (Macht er sich oder außer ihm liegende Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg verantwortlich?), Fragen ob der Handelnde durch seine Handlungen eine Rückmeldung über eigene Fähigkeiten anstrebt oder nicht etc. Zur Klärung der relativen Stabilität der Mißerfolgs- oder Erfolgsmotiviertheit auch bei gegenteiligen Erfahrungen wurde das Leistungsmotiv als Selbstbegründungssystem interpretiert. Von einer »kognitiven Wende« wird bei den Autoren gesprochen, weil nicht mehr die Maximierung von Lust und die Minimierung von Unlust (Affekte) Ziel des Handelns sind, sondern kognitive Einheiten (z. B. Informationen), worauf die Affekte dann nur noch Reaktionen darstellen.

Man kann nicht sagen, daß die früheren Theorien in den neueren aufgehoben sind. Die Herausgeber diagnostizieren die Situation daher folgendermaßen: »Die Leistungsmotivationsforschung befindet sich in einer Phase, in der zu einem Gegenstandsbereich mehrere alternative Konstruktionen, mit jeweils belegtem Gültigkeitsbereich, angeboten werden, ohne daß es ihr möglich wäre zu entscheiden, welche Konzepte in einer vereinheitlichten Theorie leistungsorientierten Verhaltens aufgenommen werden müßte« (16). Die Autoren können auch keine Schritte angeben, wie eine umfassende, alle Ansätze integrierende Motivationstheorie zu entwickeln sei. Bei Detailfragen verweisen sie allerdings immer wieder auf die Notwendigkeit weiterer empirischer Untersuchungen. Es scheint jedoch fraglich, ob bei der bisherigen Forschungspraxis rein durch empirische Studien in diese Richtung überhaupt ein Schritt voranzukommen ist. Die praktische Relevanz der Forschung für pädagogische Fragestellungen erwies sich als teilweise fragwürdig. So zeigt sich keine starke Beziehung zwischen Leistungsmotivation und Schulleistungen und die Wirkung von speziellen Leistungsmotivationstrainingsprogrammen hatte auch nur selten Auswirkung auf die Anstrengungen der Schüler in der Schule. Nicht thematisiert wird von den Autoren das Problem der historischen Bedingungen des Mensch-Welt-Zusammenhangs unter denen überhaupt so etwas wie Leistungsmotivation entsteht, eine Motivation, bei der vom konkreten Inhalt der Tätigkeit abstrahiert ist.

In dieser Arbeit, die die Qualität eines Lehrbuches hat, wird die Kontroverse um das Thema Leistungsmotivation unabhängig von der historischen Genese der Leistungsmotivation geführt, wird so getan, als wäre die Leistungsmotivation ein Teil menschlicher Natur.

Hans Schindler (Fernwald)

Scitovsky, Tibor: *Psychologie des Wohlstands – Die Bedürfnisse des Menschen und der Bedarf der Verbraucher.* Campus-Verlag, Frankfurt/M. 1977 (252 S. und Register, Ln., 34,- DM).

Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler liefert eine neue Betrachtung der Motive und Bedürfnisse von Konsumenten im Licht von Erkenntnissen der »physiologischen Psychologie«. Zur Grundlage nimmt er das Konzept der »Erregung«; damit wird ein bestimmter Aktivitätsgrad unseres Gehirns und Nervensystems bezeichnet, der im EEG meßbar ist. Es gibt für den Menschen ein optimales Erregungsniveau, das etwa in der Mitte zwischen Maximum und Minimum liegt und einem mittleren Niveau der Gesamtreize auf den Organismus entspricht. Menschliches Handeln strebe dieses optimale Erregungsniveau an. Die bekannten Weisen und Inhalte der Bedürfnisbefriedigung, die auch in das Konsumentenbild der bürgerlichen Ökonomen eingehen, zielen auf die Senkung von Erregungen, die durch Mangel wie Hunger, Durst, Frieren bzw. durch deren geistige Antizipation hervorgerufen werden. Zur Erreichung optimaler Erregung kann jedoch auch die Erhöhung eines zu niedrigen Niveaus angestrebt werden – und vor allem diesen Aspekt entfaltet Scitovsky. Körperliche wie geistige Aktivität kann durch das Streben nach Anregung motiviert sein. Hierzu ge-

hört vor allem die Suche nach neuen Eindrücken, Erfahrungen, Sinnesreizen, Risiken, zu lösenden Problemen. Der Autor führt hier die für seine Argumentation zentrale Unterscheidung zwischen Behagen und Lust ein; die neurophysiologischen Experimente hätten ergeben, daß »die Gefühle des Behagens oder Unbehagens mit dem Erregungsniveau zu tun haben und davon abhängen, inwieweit die Erregung sich auf einem optimalen Niveau befindet oder nicht, wohingegen Gefühle der Lust durch *Veränderungen* des Erregungsniveaus erzeugt werden. Dies gilt insbesondere dann (aber nicht ausschließlich), wenn diese Veränderungen entweder eine zu niedrige Erregung steigern oder eine zu hohe auf das Optimum senken« (57). Damit ist die Möglichkeit von Widersprüchen gegeben. Zwar »bringt die Befriedigung eines Bedürfnisses sowohl Lust als auch Behagen mit sich. Andererseits aber wird ein ununterbrochenes Gefühl des Behagens das Aufkommen von Lustgefühlen verhindern, da es im Falle eines stabilen optimalen Erregungsniveaus ja keine Bewegung zum Optimum geben kann« (65).

Hier sieht Scitovsky die Erklärung für die Tatsache, daß so viele Amerikaner in Befragungen allgemeine Unzufriedenheit äußern – trotz steigender Einkommen. Seine These ist, daß der amerikanische Lebensstil als der der in der Welt höchstentwickelten Wohlstandsgesellschaft dem vorhandenen Bedürfnis nach Lust durch Anregung zu wenig Befriedigung biete; der Grund für Unbehagen sei also nicht im System oder in der Wirtschaft zu suchen, die Amerikaner müßten vielmehr lernen, die Ursachen bei sich selbst zu sehen (13). Die Wirtschaftswissenschaft solle abgehen von ihrer Vorstellung rationalen Konsumverhaltens, nach dem der Verbraucher frei die Güter und Leistungen wähle, die seinen Bedürfnissen am besten entsprechen; in diesem Modell müsse steigender Verbrauch steigende Zufriedenheit mit sich bringen – aber genau dies sei nicht der Fall. Scitovsky erörtert eine Vielzahl von Verhaltensformen, die seine These belegen sollen: Das Bestreben, Kraft und Zeit zu sparen, hat sich verselbständigt und zu einem Defizit an Betätigung und Anregung geführt; gewonnene Freizeit wird spontan vergeudet. Gewaltige Ausgaben für Gesundheitswesen und Arzneimittel haben nicht zu mehr Gesundheit und Lebenserwartung geführt. Die bequemen Konsumenten setzen ihre Marktmacht nicht ein und werden so mit Massenware und Minderqualität abgespeist. Essen, Freizeit, Urlaub und Geselligkeit sind kaum als vielseitige Genußmöglichkeit entwickelt – Sicherheit und Bequemlichkeit gehen vor Lust und Risiko.

Als Grund für die Verdrängung lustbringender Veränderungen durch zum Selbstwert gewordenen Beharren auf Behagen aus Gewohnheiten führt Scitovsky u. a. das puritanische Erbe an: »Die Vorrangstellung der Produktion gegenüber dem Konsum sowie der monetären Werte gegenüber den nichtmonetären Werten sind beide Ausdruck für das moralische Urteil, nach dem Dienste für andere dem Eigeninteresse vorzugehen haben. Diese hohe Ethik, aus der unser Interesse am Geld herrührt, darf uns allerdings nicht dazu verleiten, die Nachteile und Absurditäten zu übersehen, zu denen dieses Interesse oft führt. Wir begrüßen und befürworten jede technische Neuerung sowie jede Veränderung bei den Gütern und Herstellungsverfahren als fortschrittlich, sobald sie Geld, Zeit oder Kraft sparen, und berücksichtigen dabei nicht den möglichen Verlust von Qualität oder anderen nichtmonetären Kosten, die nur von unseren Augen, Ohren sowie von unserem Geschmacks- oder Geruchssinn wahrgenommen werden« (176). Abgeleitet aus diesen Traditionen nennt der Autor als weitere Gründe moralische Intoleranz, Sicherheitsfanatismus, ein auf Produktionsverwertbarkeit ausgerichtetes Bildungssystem, Verachtung von Kultur, Präferenzen der Produzenten für einheitliche Massenproduktion und der Künstler für ein Maß an Neuheit, das keine anziehende Anregung vermittelt. Empfohlen wird ein weniger teurer und bequemer Lebensstil. »Um hier Abhilfe zu schaffen, darf man sich nicht

auf die individuelle Rationalität verlassen, sondern muß als motivierende oder zumindest modifizierende und unser Verhalten bestimmende Kraft auf eine Zwangsregelung oder einen moralischen Imperativ zurückgreifen« (147).

Die Arbeit hat den Charakter eines Essays. Sie führt sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Statistiken an – zielt jedoch nicht auf streng wissenschaftliche Beweise. Weder zur fragwürdigen Vermittlung sozialer Unzufriedenheit mit mangelnder Erregungsveränderung noch zur Erklärung aktueller Verhaltenstendenzen werden systematisch andere vorliegende Theorien erörtert. Vielmehr beruhen nicht wenige Argumentationsketten auf apodiktischen Feststellungen wie »In den entwickelten Industrienationen gibt es nur noch wenige Menschen, die eine zu strapazöse Arbeit verrichten« (83) oder »Der Güterausstoß wird letztlich immer der Kaufbereitschaft der Konsumenten entsprechen, während sich die Qualität der produzierten Güter genau den Vorstellungen und Wünschen der Konsumenten anpaßt« (179). Gebrauchswert haben so allenfalls Einzeldaten zum *american way of life*. Der Charakter der Arbeit ist mitbestimmt durch selbstgerechte und kloppfechterische Plattheiten. »Einerseits sind wir . . . gar nicht so selbstüchtig und haben unsere Großzügigkeit und unser Interesse am Wohlergehen anderer Länder schon unzählige Male bewiesen« (176). Zynisch auch die nebenbei gemachte Bemerkung, von den Alten seien 47% arm, »während der Anteil der Armen an der übrigen Bevölkerung nur siebzehn Prozent beträgt« (103). Titel und Untertitel führen die Erwartungen ziemlich in die Irre – die Diskussion um »die Bedürfnisse des Menschen« kann von Scitovskys Thesen kaum profitieren.

Kaspar Maase (München)

Keupp, Heinrich: Abweichung und Alltagsroutine – die Labeling-Perspektive in Theorie und Praxis. Hoffmann u. Campe Verlag, Hamburg 1976 (239 S., br., 24,80 DM).

Das Buch gliedert sich in zwei große Teile: Zunächst geht es um Theorien über die gesellschaftliche Konstruktion von Devianz, um deren Darstellung und Kritik. Sodann wird die hier entwickelte Devianzperspektive exemplarisch in den Bereichen Schule und Krankheit angewandt. Als eine wesentliche Perspektive in der gegenwärtigen Diskussion um Devianzforschung wird zunächst der Labelingansatz dargestellt. Dieser ist allerdings kaum verständlich »ohne Kenntnis jener theoretischen Positionen in der Devianzforschung, auf die er sich selbst als Reaktion versteht«. (17) Es wird daher in einem ersten Schritt das theoretische Verständnis der »normativen« Soziologie dargestellt, um auf diesem Hintergrund die interaktionistische Antwort deutlich herausarbeiten zu können. Der Kerntatbestand dieser Antwort lautet: »Der Begriff ›Abweichung‹ bezieht sich auf soziale Konstruktion von Normativität und schließt sowohl den Abweichenden als auch dessen soziales Umfeld mit ein« (31). Keupp stellt das grundlegende Konzept und die Prämissen der Labeling-Perspektive dar: Alltagswirklichkeit, Situation und Verhältnis von Norm und Situation werden zum Forschungsgegenstand gemacht, Realismus und Naturalismus als Kernpunkt des Selbstverständnisses der Verfahrensweise werden von verschiedenen Autoren hervorgehoben. In der Kennzeichnung der Labeling-Perspektive als neues Paradigma in der sozialwissenschaftlichen Diskussion sieht Keupp eine erhebliche Überzeichnung. Er belegt dies in einem Überblick über die sozialwissenschaftliche Paradigmadiskussion. (51 ff.) Aufgrund des Standes der Entwicklung in den Sozialwissenschaften könne lediglich von Perspektive gesprochen, der Paradigmbegriff noch nicht angewendet werden.

Exemplarisch wird an der Theorie Scheffs das Problem der psychischen Störung in der Labeling-Perspektive erörtert und eine exemplarische Kritik entfaltet. (70) Ihre Kernpunkte sind der Vorwurf des Phänomenalismus, des Formalismus und des Idea-

lismus wie der astrukturellen Basis der Theorie und der Patron-Einstellung des Forschers, also der »gönnerrhaften Einstellung gegenüber den machtlosen Abweichlern«. (98)

Etikette, die im Mittelpunkt der Untersuchung der Labeling-Perspektive stehen, bringen das Resultat von alltagstheoretischen Erklärungen für die Bedingung des Auftretens von Verhaltensmustern zum Ausdruck. Wie aber, so fragt Keupp zu Recht, kommen solche alltagstheoretischen Erklärungen zustande? (110) Es wird versucht, diese Perspektive in doppelter Weise weiterzuzeichnen in der Darstellung von »pragmatischen Alltagstheorien über Devianz«. Dies sind zum einen die »Attributionstheorie«, in der Nachfolge von Heiders Programm einer »Common-sense-Psychologie«, sowie zum anderen die ethnomethodologische Perspektive einer phänomenologischen Sozialwissenschaft: »Es wird angestrebt, die Darstellungen von formalen Strukturen durch die Gesellschaftsmitglieder, wo immer und durch wen auch immer sie gegeben werden, zu beschreiben. Jedoch enthalten sie (die ethnomethodologischen Arbeiten) sich aller Urteile über ihre Adäquatheit, ihren Wert, ihre Bedeutsamkeit, ihre Notwendigkeit, ihre Praktikabilität, ihren Erfolg oder ihre Konsequenzen«. (119) Soweit die Ethnomethodologie nicht nur eine Kritik an der Labeling-Perspektive formuliert, sondern auch eigene Einsteige zum Devianzthema vorgenommen hat, werden diese exemplarisch dargestellt.

Kernpunkt von Keupps Kritik: »Der Ethnomethodologie gelingt es nicht, die Pseudokonkretheit der »natürlichen Einstellung« zu zerstören, weil sie dem Bewußtsein der Menschen selbst verhaftet bleibt. Die gesellschaftliche Tätigkeit wird auf die als konstitutionslogisch unterstellten Voraussetzungen der Tätigkeit reduziert« (131). Auf dem so gewonnenen Hintergrund wird nunmehr versucht, die Devianzperspektive exemplarisch im Bereich von Schule und Krankheit anzuwenden. Im Zentrum der Überlegungen steht zum einen die Entfaltung pragmatischer Alltagstheorien in der Schule auf dem Hintergrund der mehr und mehr in die Diskussion gekommenen Beratungsfunktionen des Lehrers. Zum anderen wird die gewonnene Perspektive auf eine Problematik abweichenden Verhaltens, bei der die organische Grundlage nicht bestritten werden kann, angewendet. Es wird ein Doppelcharakter von Krankheit konstatiert und mit Marx auf den Zusammenhang zwischen Natur und Gesellschaft so verwiesen, »daß diese nicht mehr als isolierte Einheiten betrachtet werden können, denn sie sind dialektisch miteinander verknüpft«. (173) Krankheit ist somit sowohl biologische und soziale Tatsache, wie dies mit kulturvergleichenden Daten nochmals belegt wird, um dann auf den Prozeßcharakter der sozialen Konstruktion von Krankheit einzugehen. Die verschiedenen Dimensionen von Krankheit als biologischer und sozialer Prozeß werden herausgearbeitet, um schließlich die alltagstheoretischen Interpretationen von Krankheit aus Sicht der betroffenen Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. – Insgesamt bietet das Buch einen guten Überblick über die gegenwärtige Devianzdiskussion im Rahmen der interpretativen Soziologie. Die wichtigen Übersetzungsstellen und Kategorien in eine materialistische Analyse sind problematisiert und herausgearbeitet. Insbesondere könnte eine weitere Verknüpfung des Konzepts der Alltagstheorie mit den Analysen von Holzkamp zu den Stufen des Erkennens und der Analyse von W. F. Haug zur »objektiven Gedankenform« eine relevante Forschungs- und Diskussionsperspektive sein. Wolfgang Jantzen (Bremen)

Geschichte

Gutsche, Willibald (Hrsg.): Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches. Akademie Verlag, Berlin/DDR 1977 (295 S., Ln., 28,- M).

162 Dokumente (Auszüge aus Anordnungen, Denkschriften u. dgl. aus dem

Schriftverkehr im Innern des Staatsapparates auf Regierungsebene sowie programmatische Äußerungen, Reden, Erklärungen usw. von wirtschaftlichen und politischen Verbänden, Parteien und Interessengruppen) sollen sowohl konzeptionelle Überlegungen als auch die praktische Durchführung der Herrschaft durch den junkerlich-bürgerlichen Machtblock und den Staatsapparat im deutschen Kaiserreich darstellen und belegen. Das der Auswahl zugrundeliegende Verständnis von »Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus« stellt W. Gutsche in seiner Einleitung (7–39), die zugleich auf den Forschungsstand der DDR-Geschichtsschreibung zu diesem Thema hinweist, dar. Danach ist die Herrschaft im imperialistischen System bestimmt durch die »Verschärfung des Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen« (11). Die grundlegenden Herrschaftsmethoden der Monopolbourgeoisie wie auch der im vormonopolistischen Stadium herrschenden Klassen bestehen zum einen in der offenen gewaltsamen Unterdrückung, zum anderen im »Liberalismus«, d. h. in Zugeständnissen an die Unterdrückten durch Reformen, Einräumung politischer Rechte usw., wobei diese beiden Methoden sowohl alternativ als auch miteinander kombiniert angewandt werden. Zudem arbeitet der Anwendung der »liberalen« Methode der während des Imperialismus in der Arbeiterbewegung aufkommende Opportunismus entgegen. Die Anwendung der »liberalen« Methode wird zunehmend unumgänglich: »Im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus konnten die Volksmassen nicht ohne ein weitverzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeichelei, Lüge und Gaunerei geführt werden, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht – wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten.« (Lenin)« (13). Insgesamt zeichnete W. Gutsche daher das imperialistische Herrschaftssystem als »raffiniert« mit »Heuchelei, Lüge und anderen ideologischen Verwirrungsmanövern« operierend (9). Welche der möglichen Herrschaftsvarianten im konkreten Einzelfall zum Zuge kam, hing vom Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Gruppen der herrschenden Klassen und deren jeweiligen objektiven Interessenlagen sowie von den durch dieses Kräfteverhältnis geschaffenen Entscheidungsspielräumen der staatlichen Exekutive ab.

Gegen dieses Verständnis von imperialistischer Herrschaft ist einzuwenden, daß es diese ausschließlich als die Summe verschiedenartiger, bewußt geplanter, auf der unmittelbar politischen Ebene durchzusetzender Unterdrückungsmaßnahmen und Betrugsmanöver darstellt. Außerhalb dieses Verständnisses von Herrschaft liegen die Fragen nach den herrschaftssichernden Funktionen gesellschaftlicher Institutionen und Bereiche, die nicht unmittelbar politischen Charakters sind: Arbeitswelt, Reproduktionsbereich, Erziehungssystem, Kultur, Religion . . . – Grundlagen bürgerlicher Herrschaft, die in der jüngeren westdeutschen Diskussion häufig im Zusammenhang mit Gramscis Begriff der »Hegemonie« oder Althusser's Begriff der »ideologischen Staatsapparate« erörtert wurden. – Dennoch stellt die Dokumentation *im Rahmen* ihrer Beschränkung ein nützliches Arbeitsinstrument dar.

Thomas Lindenberger (Berlin/West)

Bußmann, Walter: Wandel und Kontinuität in Politik und Geschichte. Ausgewählte Aufsätze zum 60. Geburtstag, hrsg. von Werner Pöls. Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1973 (474 S., Ln., 48,- DM).

Der Titel des Buches ist irreführend. Der Leser findet keine speziellen Untersuchungen zur so heiß umstrittenen Entwicklungsproblematik in Politik und Geschichte. Es handelt sich lediglich um eine sehr heterogene Ausatzsammlung, die mehr oder

minder willkürlich unter diesem anspruchsvollen Thema zusammengefaßt wurde. Da es zur sachlichen Information von Interesse ist, sei eine Inhaltsangabe gestattet. Um den Schwerpunkt Bismarck-Zeit gruppieren sich Aufsätze Bußmanns über »Otto von Bismarck. Geschichte, Staat, Politik,« »Europa und das Bismarckreich«, »Preußen und das Jahr 1866«, »Zwischen Revolution und Reichsgründung. Die politische Vorstellungswelt Ludwig Bambergers« und »Königliche Armee – Volksheer«. Dem Abschnitt Politik und Ideologie sind Bußmanns Beiträge »Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert«, »Gustav Freytag, Maßstäbe seiner Zeitkritik« und »Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik« zugeordnet. Der sehr weit gefaßte Bereich Zeitgeschichte ist durch Bußmanns Untersuchungen über »Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933«, »Die innere Entwicklung des deutschen Widerstandes gegen Hitler«, »Zur Entstehung und Überlieferung der ›Hoßbach-Niederschrift‹« und »Der deutsche Widerstand und die ›Weiße Rose‹« vertreten. Fast die Hälfte des Sammelbandes steht unter dem Thema Biographie und Historiographie, dem Bußmanns besonderes Interesse galt. Im einzelnen wurden von ihm folgende Beiträge nachgedruckt: »Friedrich der Große im Wandel des europäischen Urteils«, »Eine historische Würdigung Friedrich Wilhelms IV.«, »Wandel und Kontinuität der Bismarck-Wertung«, »Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck«, »Treitschke als Politiker«, »Heinrich von Sybel«, »Friedrich Meinecke« und »Siegfried A. Kaehler«.

Aus all diesen Publikationen, deren Erstdrucke nicht immer leicht zugänglich sind, spricht ein konservativer Historiker, der als Hochschullehrer in der BRD die über Friedrich Meinecke und Siegfried A. Kaehler führende Traditionslinie fortzusetzen sucht und der mit besonderer Empfindlichkeit auf die oppositionelle Studentenbewegung reagierte. Von einem Wandel in seinen Auffassungen ist – um nochmals auf den eingangs kritisierten Buchtitel zurückzukommen – bei ihm wenig zu spüren, wohl aber von Kontinuität, die selbst in der BRD schon ein wenig antiquiert wirkt, weil ihr die Raffinesse fehlt, mit der flexiblere Historiker alte Anliegen mit neuen Methoden zu verwirklichen suchen. Joachim Petzold (Berlin/DDR)

Kuhn, Hansmartin: *Der lange Marsch in den Faschismus. Zur Theorie der Institutionen in der bürgerlichen Gesellschaft.* Verlag Klaus Wagenbach, Berlin/West 1974 (128 S., br., 6,50 DM).

Kuhn will Gehlens Strategie enthüllen. Er charakterisiert sie als den Versuch, die Unerträglichkeit der Enttäuschung durch das institutionelle Ritual der Distanzierung vom Gegenstand des Begehrens so zu arrangieren, daß sie zur zuverlässigen Triebkraft des Verzichts wird und zur Anerkennung der übermächtig herrschenden Macht, zur Identifikation mit dem Aggressor, führt. (48) Gehlens Sorge gilt dem Schutz der bürgerlichen Gesellschaft vor der Revolution. Dem dienen die Institutionen, allen voran der Staat. Dieser Zweck muß aber verhüllt bleiben; der Staat vor allem muß als »Selbstwert« gelten, sein wirklicher Charakter als Mittel zum Zweck für das Kapital darf nicht augenfällig werden. Seiner Verhüllung dienen die »moderne Magie« der sozialen Befriedungstechnik und der »moderne Ritus« des Parlamentarismus (49 ff.). Mit ihrer Hilfe soll der Klassenkampf institutionalisiert und »auf das sozial Tragbare« beschränkt werden (53). Gehlen mißtraut indessen der Fähigkeit des »Sozialstaates«, diese Beschränkung auf die Dauer zu gewährleisten. Wie der Opferritus bei den Urmenschen ist der schockierende Terror des Ausnahmezustandes in der modernen Gesellschaft zeitweilig notwendig, um die kollektive Unterwerfung der Beherrschten, ihre Identifikation mit dem Aggressor, immer wieder zu erneuern und zu restabilisieren (54 ff.). Kuhn weist nach, daß Gehlen die Ergebnisse der Urgeschichtsforschung

ignoriert, um die Theorie vom »natürlichen« (d. h. nicht gesellschaftlichen, nicht ökonomischen) Ursprung der herrschaftsbildenden und -erhaltenden Institutionen, bis hin zum Staat, entwickeln zu können (34 ff., 74 f.).

Kuhn stellt dem institutionellen Denken des »Gegenaufklärers« Gehlen jenes des »aufgeklärten Technokraten« C. Offe (64 ff.) und des »Ausläufers der kritischen Theorie«, J. Habermas (72 ff.) gegenüber. Er kennzeichnet den Verzicht des letzteren auf eine objektive Theorie der Gesellschaft als eine Folge der bereits vollzogenen »Identifikation mit dem Aggressor«, als Folge der Unterwerfung unter das tabu, das vom Kapital über sein Bewegungsgesetz gebreitet wurde. Der Unterschied zwischen Rechten vom Schlage Gehlens und den »liberalen Pragmatikern auf der Linken« läuft nach Kuhn objektiv auf eine Arbeitsteilung hinaus: während Offe und Habermas sich um das störungsfreie Funktionieren des kapitalistischen »Normalzustandes und »Regel«alles »mittels verbesserter sprachlicher Kommunikation«, durch institutionalisierte »Interaktion« sorgen, können sich gleichzeitig Rechte wie Gehlen »für ihren Hauptzweck, das sprachlosere Funktionieren des Ausnahmezustandes«, bereithalten. (63) Kuhn zeigt, daß Habermas Gehlens Ableitung der Institutionen aus »vorökonomischen Tatsachen« als Argument gegen den Marxismus übernimmt (75 f.), und damit nicht nur zur Begründung der Ewigkeit von Herrschaft gelangt, sondern auch – wie Gehlen – in allen Gesellschaftsformationen schon die kapitalistische erblickt (76 f., 90 f.). Während jedoch der gegenaufklärerische Gehlen von der Verallgemeinerung des zweckrationalen Handelns die Zerstörung der Macht der Institutionen befürchtet, sieht Habermas umgekehrt deren Rettung in der Rationalisierung des »institutionellen Rahmens« (73, 79).

Was aber hat es mit dem »langen Marsch in den Faschismus« auf sich? Kuhn drückt in dieser Formel seine Auffassung aus, daß der vom Reformismus empfohlene »lange Marsch durch die Institutionen« als Weg der Verwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft in Wirklichkeit in den Faschismus führen müsse, weil das Hereinfallen auf die institutionelle Fiktion eines von den Interessen der Monopole unabhängigen Staates zur Selbstzerstörung der Vertretungskörper der Arbeiter führen werde, wie das Ende der Weimarer Republik erwiesen habe (94 f.).

Auf den letzten Seiten wird unter Berufung auf Altwater die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einer revisionistischen Abweichung gestempelt, werden die ultralinken Vorwürfe gegen die FKP wiederholt, denen zufolge diese Partei im Mai 1968 den französischen Kapitalismus vor seinem revolutionären Sturz gerettet habe. In Anlehnung an André Glucksmann spricht Kuhn vom damaligen Streik als einem »Generalstreik bisher unbekanntes Ausmaßes«, mit dem die Arbeiterklasse Frankreichs ihre ökonomische Macht eingesetzt habe, aber wegen des »staatsloyalen Verhaltens« der »parlamentarisch-kommunistischen Partei Frankreichs« am Griff nach der Staatsmacht gehindert worden sei. Er erblickt in den Mai-Ereignissen einen Triumph des bürgerlichen Institutionalismus: dieser Institutionalismus, definiert als die »rituelle Gewöhnung daran, den Klassenkampf auf nur politischer Ebene auszutragen, ihn in diese Bahnen zu lenken und dort zu halten«, sei der Schlüssel zur Erklärung der Haltung der FKP (95). Ist schon die Trennung des politischen vom ökonomischen Kampf und seine Disqualifizierung recht merkwürdig, da ja die Herrschaft des Kapitals nicht anders als durch Kampf um die politische Macht, durch politischen Kampf also, gebrochen werden kann, so ist es die Begründung der Kritik an der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus noch viel mehr. »Alle den Marxismus . . . revidierenden reformistischen Theorien verbreiten die Illusion, der modernen Staat sei nicht mehr ideell-, bloß fiktiver, sondern wirklicher Gesamtkapitalist, er könne die naturwüchsigen Antagonismen, die in der Basis, in der kapitalistischen Produktionsweise liegen, (ohne diese selbst und zuerst,) durch staatliche Eingriffe

von ›oben‹ aufheben.« (15) Dies wird als Hauptvorwurf gegen die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus gerichtet (93). Demgegenüber ist festzustellen, daß die reformistischen Theorien sich dadurch auszeichnen, daß sie den Staat weder als fiktiven noch als realen Gesamtkapitalisten, sondern als über allen Klassen stehend und ein fiktives gesellschaftliches Gesamtinteresse wahrnehmend ausgeben, und daß die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus mit ihrer Feststellung vom Verwachsen der Apparate der Monopole und des Staates keineswegs die Vorstellung vom Staat als realem Gesamtkapitalisten verbindet, vielmehr für unmöglich hält, was Altwater und mit ihm Kuhn dem bürgerlichen Staat immerhin zutrauen, daß er sich nämlich »seiner grundlegenden Schwäche . . . entziehen (kann), indem er sich als autoritärer Staat über die Widersprüche erhebt«. (93)

Die Kritik Kuhns, der Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus gehe von der Regulierbarkeit der ökonomisch-gesellschaftlichen Antagonismen durch die Staatstätigkeit aus, ist an die falsche Adresse gerichtet; sie wird auch nicht durch das von ihm angeführte Zitat bestätigt (93), weil dort ausdrücklich von einem Staat gesprochen wird, wie er *nach* dem politischen Sieg über die Finanzoligarchie bestehen wird.

Das eigentliche Problem – das hat die Entwicklung der letzten Jahre, vor allem in Chile, in aller Deutlichkeit gezeigt, das machte auch der letzte Parteitag der FKP erneut eindringlich klar – ist nicht die von Kuhn verworfene Perspektive eines friedlichen Überganges zum Sozialismus *nach* der politischen Entmachtung der Finanzoligarchie, sondern diese Entmachtung selbst, d. h. die Schaffung eines solchen Kräfteübergewichtes der progressiven Kräfte, das imstande wäre, den Machtapparat der Monopolbourgeoisie lahmzulegen bzw. ihm Paroli zu bieten. Daß dies durch eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten allein noch nicht erreicht ist, versteht sich von selbst.

Nachdem Kuhn so überzeugend die Strategie der gewaltsamen und der »sanften« Integration der Beherrschten mittels der Institutionen des bürgerlichen Staates dargelegt hat, hätte die Entwicklung einer Gegenstrategie der Arbeiterbewegung den folgerichtigen Abschluß des Bändchens bilden müssen. Aber Kuhn hat eine solche Gegenstrategie offenbar nicht anzubieten – es sei denn die der totalen Verweigerung. Die Frage der Ausnützung der Institutionen des bürgerlichen Staates für die Sammlung, Schulung und Formierung der revolutionären Kräfte wird von Kuhn gar nicht erst aufgeworfen. Wozu auch, wenn doch »der lange Marsch durch die Institutionen, die zugelassen sind«, nur immer wieder »in die Verblendung der institutionellen Fiktionen des Kapitals« zurückführen kann? (94) Was aber bleibt dann, außer völliger Untätigkeit und passivem Warten auf die spontane Entwicklung der revolutionären Bewegung oder verzweifelten anarchistischen Gewaltaktionen zur »Aufrüttelung der Massen«, (von denen wir zur Genüge erlebt haben, daß sie mehr als alle Wirkungen des bürgerlichen Institutionalismus die Massen zur »Identifikation mit dem Aggressor« führen)? Es scheint fast so, als ob am Ende Kuhn selbst ein Opfer der Gehlenschen Institutionenlehre geworden ist: seine Furcht, sich mit den bürgerlichen Institutionen in irgendeiner Weise einzulassen, spricht dafür, daß er sie für stärker und wirkungsvoller hält als den Klassenantagonismus und die Erziehung der Arbeiter zum Klassenbewußtsein durch die Wahrheit des Marxismus. Kurt Gossweiler (Berlin/DDR)

Morsey, Rudolf: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33. Belser-Verlag, Stuttgart-Zürich 1977 (279 S., Ln., 38,- DM).

Es handelt sich um eine Überarbeitung von Morseys Beitrags zur Deutschen Zentrumspartei in dem Standardwerk »Das Ende der Parteien 1933« (Düsseldorf 1960).

Der Verfasser beschreibt detailliert die politische Entwicklung des Zentrums, im wesentlichen seiner Führung und seiner Reichstagsfraktion, vom Sturz des Kabinetts Brüning Ende Mai 1932 bis zu den »verlorenen Nachhutgefechten« (208) – den Bemühungen zahlreicher Zentrumsabgeordneter um den Hospitantenstatus in den entsprechenden NSDAP-Fraktionen – nach der Selbstauflösung der Partei am 5. Juli 1933. Die Zentrums Spitze zielte 1932/33 unter der Parole der »Volkssammlung« auf eine autoritäre Rechtsregierung der »nationalen Konzentration«. In diesem Rahmen – so Morsey – passen sich die Verhandlungen mit der NSDAP über eine »schwarz-braune Koalition« (61), die Bemühungen um die »Zähmung« der Nazi-Partei im Sommer und Herbst 1932 ebenso an wie die illusorische Hoffnung, durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz an der nationalsozialistisch dominierten Regierung teilhaben zu können. Während der Verfasser in seinem früheren Beitrag noch die hierarchische Gliederung der katholischen Kirche und ihre Affinität zu autoritären Regimen für den demokratischen Substanzverlust im Zentrum mitverantwortlich macht, verweist er 1977 »Versuche, den Anteil der katholischen, naturrechtlich begründeten Staats- oder Gesellschaftslehre« als Orientierungsmuster für die Zentrumsabgeordneten 1932/33 zu sehen in den »Bereich der Spekulation« (22). Morsey sieht nun »Anerkennung der Verfassung, Abwehr von Umsturzversuchen, aktive Mitarbeit an der Bewahrung eines befriedeten Staatswesens sowie einer freiheitssichernden Wirtschaftsordnung und ausgleichenden Sozialpolitik« (22) als durchgehende Fundamente der Zentrums politik an, ohne diese in vielerlei Hinsicht fragwürdigen Formeln näher zu explizieren. Dem Autor erscheint der autoritäre, das »Führerprinzip« integrierende Kurs des Zentrums in den letzten Monaten seines Bestehens nicht als problematisch; er moniert vielmehr, daß keiner der Spitzenpolitiker des Zentrums »eine zielbewußte und herausragende Führergestalt« (218) gewesen sei, und daß das Zentrum sich durch »seine blinde Opposition« (56) gegen das Präsidialkabinett Papen ins politische Abseits manövriert habe. Morseys Urteil zur Bedeutung des Konkordats zwischen Deutschem Reich und Vatikan für das Ende des Zentrums lautet: Hitler »mußte damit für etwas zahlen, was er zum Zeitpunkt des Abschlusses bereits erreicht hatte: das Verschwinden des politischen Katholizismus.« (207) – ein angesichts des negativen Effekts der Konkordats*verhandlungen* auf den Selbstbehauptungswillen des Zentrums einseitiges Fazit. Neu eingefügt ist das Einführungskapitel »Zwischen Politik und Kirche«. Hier verläßt Morsey die Bahnen der Ereignisgeschichte und thematisiert das »Zusammenfallen von Grundlagenkrise und sozialen Spannungen« (18) im Zentrum der Weimarer Zeit. Durch die verfassungsrechtliche Absicherung kirchenpolitischer Positionen habe die »traditionelle kulturpolitische Einigungsformel« von ihrer Relevanz als »wichtigstem innerparteilichem Bindeglied« (14) eingebüßt. Nur durch Formelkompromisse, einen durch kontinuierliche Regierungsbeteiligung sowie durch die seit 1928 zahlreichen Wahlkämpfe bewirkten »Solidarisierungszwang« (16), durch die Herausbildung einer Klientel im Beamtenbereich, durch den Versuch, ein seit dem Kulturkampf empfundenenes »nationales« Legitimationsdefizit zu kompensieren und schließlich durch die Klerikalisierung der Zentrumsführung 1928 sei es unter Mühen möglich gewesen, den durch die klassenübergreifende soziale Basis der Zentrumspar- tei – Morsey spricht von »Volkspartei« – erzeugten zentrifugalen Tendenzen im politischen Katholizismus entgegenzusteuern. Auf diesem Problemfeld lohnte es sich, weiter zu diskutieren. Eines ist jedenfalls gewiß: Die Krise der bürgerlichen Mittel- parteien machte vor dem Zentrum nicht halt.

Morseys Buch enthält nicht mehr den Dokumentenanhang seines früheren Aufsatzes. Da eine Neuauflage des Sammelbandes von 1960 nicht mehr zu erwarten ist, wird man auf die an anderer Stelle neu erschienenen Einzelbeiträge, mithin auch auf dieses Buch, zurückgreifen müssen.

Michael Zimmermann (Bochum)

Brüdigam, Heinz: Das Jahr 1933 – Terrorismus an der Macht. Eine Dokumentation über die Errichtung der faschistischen Diktatur. Röderberg Verlag, Frankfurt/M. 1978 (136 S., br., 9,- DM).

Brüdigam, Verfasser mehrerer antifaschistischer Dokumentationen über die »vergangenheitsbewältigenden« Vorläufer von Fest, betont im Vorwort zu der vorliegenden Dokumentation die dringende Notwendigkeit, angesichts der »Hitler-Welle«, der Terrorhysterie und der erschreckenden Unkenntnis der zwischen 1954 und 1966 geborenen Jugendlichen über den Faschismus »die einfachsten Wahrheiten über die faschistische Diktatur in Deutschland zu verbreiten.« (9). Brüdigam beschränkt sich bewußt auf eine Chronologie des Jahres 1933, beginnend mit dem Wahlrückschlag der NSDAP im November 1932 und den Vereinbarungen zwischen den entscheidenden Kräften des Monopolkapitals, der Reichswehr und der Junker. Brüdigam zeichnet nach, wie spätestens seit der Eingabe entscheidender Kreise des Monopolkapitals an Hindenburg im November 1932 zugunsten eines Reichskanzlers Hitler »nach einem geradezu generalstabsmäßig ausgeführten Plan . . . alle nicht-faschistischen staatlichen und öffentlichen Einrichtungen und Organisationen« (10) gleichgeschaltet oder zerschlagen wurden.

Der Autor zeigt auf, wie die NSDAP sich so lange einen demokratischen Anschein gab, wie es nötig war, in der bürgerlichen Opposition und in der SPD Illusionen und somit Untätigkeit zu erzeugen, um so einen geeinten und entschlossenen antifaschistischen Widerstand zu verhindern, wie ihn – nach Brüdigam – die KPD anstrebte. Anhand eines 33seitigen Dokumentarteils mit den wichtigsten Belegen über die Rolle des Monopolkapitals, über das rücksichtslose Vorgehen der Faschisten und die erschreckende (theoretische und praktische) Hilflosigkeit der Parteien und unter Bezugnahme auf viele wichtige Einzeluntersuchungen gelingt Brüdigam eine auf das Wesentliche konzentrierte Darstellung des Mechanismus und Ablaufs der faschistischen Machtergreifung. Notwendigerweise bleibt die Entwicklung der Klassenkämpfe in der Weimarer Republik ebenso wie des Widerstands nach dem 30. Januar 1933 im Hintergrund der Dokumentation. Hierzu finden sich aber weiterführende Hinweise in einem Literaturverzeichnis, in dem der Schwerpunkt auf Dokumentationen und Erlebnisberichten liegt. Bedauerlich ist das Fehlen der Aufsätze zur Faschismuskritik im Argument und in Kühnls Sammelband. Brüdigams Buch ist besonders zur antifaschistischen Bildungsarbeit brauchbar, muß aber durch die einschlägigen Spezialwerke zu den o. a. Themen ergänzt werden. Wolf Kindermann (Köln)

Soziale Bewegung und Politik

Albrecht, Gisela: Soweto oder Der Aufstand der Vorstädte. Gespräche mit Südafrikanern. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1977 (251 S., br., 5,80 DM).

Brückner, Reinhard: Südafrikas schwarze Zukunft. Die Jugendunruhen seit 1976, ihre Ursachen und Folgen, Verlag Otto Lembeck, Frankfurt/M. 1977 (135 S., br., 9,80 DM)

Sepamla, Siphos: Soweto, das ich liebe, Hg. v. Otto Brunken. Verlag Internationale Solidarität, Köln 1978 (115 S., br., 8,- DM)

Die vorliegenden Bücher beschäftigen sich auf völlig unterschiedliche Weise mit dem Schüleraufstand in Südafrika und dessen Hintergründen. Während Gisela Albrecht mit einer Sammlung von Berichten und Interviewaufzeichnungen an die Thematik herangeht und Brückner die Problematik anhand einer analytischen Reportage bearbeitet, benutzt Sepamla das Medium des Gedichtes. Albrechts und Sepamlas Bände, die die persönliche Betroffenheit besonders betonen, haben jeweils einen An-

hang, der die Subjektivität in einen politischen Gesamtkontext stellt. Alle drei Autoren sind geprägt durch ihre Solidarität mit den Betroffenen.

Streiks, Demonstrationen und Unterrichtsboykotte in Südafrika brechen seit dem Schüleraufstand von Soweto 1976 nicht mehr ab. Die Herrschenden reagierten mit brutaler Gewalt: Allein in den ersten Tagen der Unruhen wurden mehr als 500 Schwarze erschossen, insgesamt über 1000. Zahllose Schwarze wurden gefangen, gefoltert oder gebannt. Am 19. Oktober 1977 verbot das weiße Minderheitsregime 18 Organisationen, sowie schwarze und auch liberale Zeitungen. Diese Schläge gelten vor allem einer Bewegung, die an Stelle eines durch Apartheid verformten Bewußtseins, ein neues Selbstbewußtsein, ein »Black Consciousness« setzen will. Die Weißen haben sich nämlich mit offener Unterwerfung und materieller Beraubung nicht zufrieden gegeben. Sie haben den Schwarzen nicht nur ihr Land genommen, nicht nur Gettos für sie errichtet und Rassengesetze verhängt, sie haben nicht nur ein System ausgedacht, das den Schwarzen zum Ausländer im eigenen Land macht, ihm die Bürgerrechte verweigert und seine Familie auseinanderreißt – sie haben ihnen sogar »die Freiheit zu denken weggenommen«, wie Flory K., Arbeiterin aus Kapstadt, sagt. Steve Biko, einer der wichtigsten Sprecher der Black-Consciousness-Bewegung, erkannte, daß »die stärkste Waffe in der Hand des Unterdrückers . . . der Geist des Unterdrückten (ist).«

Mit dieser neuen Situation seit dem Soweto-Aufstand beschäftigen sich alle drei Bücher. Gisela Albrecht, eine Berliner Journalistin, die vorwiegend als Autorin und Regisseurin für Funk und Fernsehen arbeitet, ist 1976 nach den ersten Zusammenstößen zwischen Polizei und Jugendlichen durch Südafrika gereist und hat Gespräche mit schwarzen und weißen Südafrikanern geführt. Ihr Buch enthält in einer Einführung eine detaillierte Beschreibung des Schüleraufstandes und seiner Ursachen von Reinhard Brückner (die zum großen Teil mit einem Kapitel seines Buches identisch ist). Den Hauptteil bilden die Interviews, die in drei Kapitel gegliedert sind. Im ersten gibt sie Dokumente, Berichte und Gespräche über die Unruhen wieder. Hier kommen Drake Koka, einer der führenden schwarzen Gewerkschaftler, ein Pfarrer aus Soweto, ein Mitglied des Soweto-Schülerrates und die Präsidentin der Young Women's Christian Association zu Wort. Ebenfalls werden die Streikaufrufe der Schüler von Soweto wiedergegeben. Das zweite Kapitel enthält Gespräche der Autorin mit schwarzen Südafrikanern, Frauen und Männern, Arbeitern, Gewerkschaftlern, Studenten, Krankenschwestern und Hausfrauen. Bekannt sind vor allem Bischof Dr. Manas Buthelezi, Drake Koka von der Allied Worker's Union und Deborah Mabilets von der Black Women's Federation. In diesen Gesprächen hat die Autorin ein breites Spektrum von Meinungen, Erfahrungen und Betroffenheit festhalten können. Das dritte Kapitel gibt Gespräche mit weißen Südafrikanern wieder: in der Regel Akademiker und Männer aus Wirtschaft und Kirche. Im vierten Kapitel sind Gespräche mit schwarzen Südafrikanern und Berichte aus verschiedenen Gefängnissen gesammelt. – In einem Abschlußkapitel schreibt Gisela Albrecht über den »Aufstand in den Köpfen. Steve Biko und die Bewegung der Black Consciousness«. Hier analysiert sie auf 22 Seiten die Entstehung, Idee und Bedeutung der Black-Consciousness-Bewegung. Die Interviews eignen sich als Unterrichtsmaterial für Schulen.

Reinhard Brückner, evangelischer Pfarrer und ehemaliger Leiter der Christlichen Akademie im Südlichen Afrika, behandelt in seinem Buch »Südafrikas schwarze Zukunft« die gleiche Problematik, versucht sie aber nicht wie Albrecht in Gesprächen und Dokumenten, sondern mehr in der Form einer analytischen Reportage aufzuzeigen, die aber so leicht geschrieben ist, daß sie auch von Jugendlichen gelesen werden kann. Zunächst beschreibt Brückner die dramatischen Ereignisse der Schülerunruhen von 1976. Dann geht er auf eine der wesentlichen Ursachen der Unruhen ein: die sog.

»Bantu-Erziehung«, die er als ein Instrument der Apartheid identifiziert. In einem dritten Kapitel beschreibt er die Strukturen Sowetos, um an ihnen exemplarisch die Existenz und Funktion der städtischen Gettos für Schwarze aufzuzeigen. Zum Funktionieren der Apartheid gehören aber auch die »homelands«, die Brückner als »Bevölkerungsreservate für Südafrikas Industrie und Landwirtschaft« charakterisiert. Darum wird im vierten Kapitel vor allem das Modell der Transkei vorgestellt. Die Schülerunruhen wandten sich aber nicht allein gegen die Durchführung des Afrikaans-Erlasses und gegen die »Bantu-Erziehung«, sondern wurden sehr bald zum Widerstand gegen die Apartheid schlechthin. Diese Entwicklung bis August 1977, die wiederum durch Streiks, Boykotts und massiven Terror durch das weiße Minderheitsregime gekennzeichnet war, charakterisiert Brückner im fünften Kapitel. Das folgende widmet der Autor der Black Consciousness-Bewegung und geht schließlich noch auf die »Laager-Mentalität« der Weißen ein. Als Pfarrer ist für ihn zum Schluß die Frage von besonderer Wichtigkeit, ob und in wieweit die Kirchen heute im Prozeß des Widerstandes und der Befreiung relevant sind. Das Buch enthält 8 Seiten mit Dokumentarfotos und einen Stadtplan von Soweto.

Das dritte Buch versucht auf eine völlig andere Weise, die Problematik zu erfassen. Siphos Sepamla schrieb den Gedichtband »Soweto, das ich liebe«. Hier faßt ein schwarzer Schriftsteller seinen Augenzeugenbericht der Ereignisse von Soweto in Gedichten zusammen. Diese Gedichtsammlung verkörpert die Erniedrigung und den Schmerz der schwarzen Massen von Soweto, aber auch ihre Hoffnungen und ihren Widerstand. Sie ist »eine bildhafte Darstellung mit poetischer Stimme, die das Fühlen der Bevölkerung von Soweto während des Aufstands 1976 artikuliert« (Sepamla). Sepamla wurde 1932 geboren und verbrachte den größten Teil seines Lebens in Soweto. Als erster schwarzer Schriftsteller wurde er mit dem Literaturpreis Pringle Award ausgezeichnet. Otto Brunken, Herausgeber dieses Bandes, stellt in einem Anhang kurz den Dichter vor und analysiert die Soweto-Unruhen, die »Bantu-Erziehung« und die Apartheid insgesamt als deren Ursachen, das Leben in Soweto und die Entwicklung der Black-Consciousness-Bewegung. Sein Anhang weist im wesentlichen denselben Aufbau auf, wie das Buch Brückners.

Hans-Martin Große-Oetringhaus (Münster)

Berger, Peter L.: Welt der Reichen – Welt der Armen. Politische Ethik und sozialer Wandel. List Verlag, München 1976 (312 S., Ln., 29,80 DM).

Während man Bergers religionssoziologischer Arbeit aufgrund des zurückgebliebenen Stands der Disziplin die Beachtung nicht versagen sollte (vgl. die Rezension in: Das Argument 88, S. 952 ff.), begibt er sich mit dem vorliegenden Buch in die Unterentwicklungsdebatte, die, wenngleich mit kontroversen Ergebnissen, inzwischen ein relativ breitgefächertes Spektrum abdeckt, dem sich der Autor aber nicht gewachsen zeigt und das er auch nicht bereichert.

Die Ursache für die Unzulänglichkeiten Bergerscher Meinungen (Theorie wäre zuviel gesagt) liegt in seiner Methode, einer kaum modifizierten Wissenssoziologie Mannheimischer Prägung. Der »Gestus der harmlosen Skepsis«, der alles in Frage stellt und nichts angreift (Adorno über Mannheim), ist ironischerweise nahezu wörtlich bei Berger anzutreffen: sein »kritisches Unterfangen« ist »kein Angriff auf intellektuelle als Anfertiger von Mythen und keine Polemik gegen dieses oder jenes Entwicklungsmodell. Es ist vielmehr eine Suche nach undogmatischen Zugängen zu den drängenden anstehenden Fragen« (50). Wie kommt es dann, daß sich Passagen wie ein amerikanisches Pendant zu Sontheimers und Schelskys Schimpf auf die linken intellektuellen lesen, daß schließlich Frantz Fanon mittels einer unverschämten sophisti-

schen Kehre zur Rechtfertigungsinstanz der Gewaltträume friedlich dahinlebender Intellektueller wird (102)? Bergers vermeintlich illusionsloser Blick, der überall Ideologien wittert und nur die eigene ausläßt, kann seine selbstbezeichneten »ethischen« Wurzeln nicht verleugnen: christliches Menschenbild, konservatives Geschichtsverständnis und radikal entzaubernde Sicht der soziologischen Theorie (295). Auf dieser Basis entfaltet sich ein subjektivistischer, naiver Empirismus (»Jeder Mensch kennt seine eigene Welt besser als irgendein Außenseiter« (12)), der die sozialen Machtverhältnisse am Rande liegen läßt und durch die vorgeschaltete Identifikation von individuellem und sozialem Sein eine explizit anti-aufklärerische Position bezieht: »es ist prinzipiell unmöglich, jemandes ›Bewußtsein zu wecken‹, weil wir alle auf derselben Bewußtseisebene herumstolpern« (12).

Mittels seines »radikalen« Moralismus »entzaubert« Berger in einer Kosten-Nutzen-Analyse Kapitalismus und Sozialismus als Entwicklungsmodelle für die Dritte Welt und kommt zu dem Schluß, daß weder Hunger noch Terror als Preis vertretbar, weder Brasilien noch China als Modelle für eine moralisch akzeptable (!) Entwicklungspolitik dienen können. Seine Alternative bleibt widersprüchlich und verschwommen; primär will er institutionelle Vermittlungsstrukturen zwischen modernem Staat und der »undifferenzierten Masse entwurzelter Individuen« einschalten, um den abstrakt deduzierten »Sinnverlust« zu konterkarieren (Anomiedrohung). – Berger kritisiert die Rhetorik der »freien Welt« im Stil der 50er Jahre, aber mehr aus taktischen Gründen, sonst könnte er nicht Rostows verstaubtes Entwicklungsparadigma zustimmend als gangbare Alternative zu marxistischen Entwicklungsversionen darstellen und mit den Beispielen Iran und Indonesien untermauern (94, 61). Letztlich führt seine »unvoreingenommene« Beobachtung in dieselbe Richtung, die die traditionelle Modernisierungsforschung lange vor ihm eingeschlagen hat: Amerika ist die modernste unter allen großen Gesellschaften (274). Zwar ist es bei Berger nicht lediglich zu kopierendes Leitbild, sondern »gigantisches Laboratorium für das Modernisierungsexperiment«, doch wird diese Relativierung bedeutungslos angesichts der – für einen Subjektivisten erstaunlichen – Feststellung, daß nicht-westliche kognitive oder normative Prinzipien auf technologische Produktion nicht anwendbar und eine Fabrik nicht wie eine »Gemeinschaft« (d. h. als Kooperative) zu führen sei (238). Hier liegt der Kern der Argumentation, trotz allem »kritischen«, moralisch-ethischen Rasonnement. Fazit: die »unglückliche Kombination von starkem Ehrgeiz und schwachen Fähigkeiten« (102) ist weit weniger der Ursprung für die Umsetzung überschießender libidinöser Emotionen in Philosophie bei den von Berger geschmähten »Intellektuellen« als – wenn schon überhaupt – bei ihm selbst.

Reinhard Körner (Berlin/West)

Weggel, Oskar: Die Außenpolitik der Volksrepublik China.
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1977 (172 S. br., 25,- DM).

Als roten Faden seiner Darstellung bezeichnet O. Weggel die These, daß »chinesische Außenpolitik . . . weitgehend analogisierte Innenpolitik (ist)« (8). Darunter ist die Grundlegung der Außenpolitik durch die jeweilige chinesische Innenpolitik ebenso wie zu verstehen wie der Versuch einer weltpolitischen Analogisierung des chinesischen Befreiungskampfes in der Mao'schen Außenpolitik der VR China. Einschränkung führt Weggel an, daß China zunehmenden Anpassungszwängen an das internationale System unterworfen sei, insbesondere im Verhältnis zur Sowjetunion (8).

Das Buch beabsichtigt eine einführende Analyse in die grundlegenden Strukturen und Mechanismen chinesischer Außenpolitik: Ausgehend von einer Bestimmung der

Leitvorstellungen chinesischer Außenpolitik werden ihre Ziele und deren Durchsetzungsstrategien erläutert. Die Ziele werden unterschieden nach revolutionären, nationalen und antihegemonistischen, die Strategien zur Durchsetzung der revolutionären Ziele sind ihrerseits eingeteilt in eine Linke und in eine Rechte Strategie, in Anlehnung an die Parolen »Kampf ist alles, Einheit nichts« und »Einheit ist alles, Kampf aber nichts« (45). Beide Strategien, die »sich im Wechsel der revolutionären Gezeiten mehrfach abgelöst (haben)«, sollen als »komplementäre Formen des internationalen Klassenkampfes« verstanden werden, die einander nicht ausschließen (45). Darüberhinaus befaßt sich der Autor mit den Organen und Instrumenten chinesischer Außenpolitik sowie mit dem außenpolitischen Arbeitsstil, er behandelt die Frage des Modellcharakters der VR China und geht abschließend den Perspektiven ihrer Außenpolitik nach.

Bemerkenswert an dieser Arbeit ist der Versuch, anstelle der sonst üblichen historischen oder regionalen Gliederungsprinzipien hier eine systematische Darstellung zu geben, die sich an den Maximen »chinesischen Selbstverständnisses« orientiert. Gelingen ist insbesondere die Beschreibung der Mao'schen Außenpolitik als eines Versuchs, die Kampferfahrungen der chinesischen Revolution auf die gegenwärtige internationale Situation zu übertragen. Bedauerlich nur, daß die Anlehnung an offizielle chinesische Interpretationsmuster der eigenen Politik so stark ist, daß zu Fragen der sozialökonomischen Fundierung dieser Politik nicht vorgedrungen wird. Wenn Weggel außenpolitisch die »Drei-Welten-Theorie« (USA, SU = 1. Welt, China und die anderen Entwicklungsländer = 3. Welt, alle übrigen Länder = 2. Welt, B. G.) als »das Ergebnis einer globalen Klassenanalyse« (75) bezeichnet, innenpolitisch »die drei großen Unterschiede« zwischen Stadt und Land, Kopf und Hand sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft . . . einstweilen (als) weitgehend überwunden« ansieht (10), so greift er zu Mao'schen Erklärungen, die heute bereits nicht mehr aktuell sind.

Erst eine tiefgehende Analyse der gesellschaftlichen Realität der VR China auf der Grundlage ihrer internen Entwicklungsbedingungen könnte einen Zugang zum Verständnis der chinesischen Außenpolitik bzw. dem ja besonders schwierigen Verständnis des Verhältnisses von Außen- und Innenpolitik schaffen, der über eine oberflächliche Analogisierung hinausgeht.

Bettina Gransow (Berlin/West)

Janssen, Volker: Politische Herrschaft in Äthiopien.

Klaus Schwarz Verlag, Freiburg 1976 (543 S., br., 53,- DM).

Das in der Reihe »Beiträge zur Soziologie Afrikas« erschienene Typoskript gibt einen Überblick über die rund zweitausendjährige dokumentierte Geschichte Äthiopiens. Der Kern der Arbeit besteht aus einer chronologisch geordneten Beschreibung charakteristischer Formen politischer Herrschaft seit der Entstehung des Stadtstaates Aksum, über die Periode des äthiopischen Mittelalters, die Entwicklung der Monarchie, bis zum Abschluß der ersten Phase der Revolution 1974–1975 mit der Entmachtung und Absetzung des Kaisers Haile Selassie, bzw. der politischen Kräfte, die er repräsentierte. Ergänzt wird die Beschreibung der Herrschaftsformen durch die teilweise sehr differenzierte Darstellung der wirtschaftlichen und geschichtlichen Entwicklung, sowie eine mehr punktuell angelegte Analyse des für die jeweilige Geschichtsperiode aussagefähigen politischen Kräfteverhältnisses der gesellschaftlichen Klassen.

Ein theoretisch und in der Konsequenz methodisch bedeutsames Problem der Arbeit deutet sich in der einseitigen Hervorhebung der Dimension des Politischen gegenüber der des Ökonomischen an (S. 7 ff.), die ihren Ausdruck nicht zuletzt in der

vom Autor für möglich gehaltenen Kombination von Marx'scher Politischer Ökonomie mit Webers Herrschaftssoziologie als »theoretische Säulen der Arbeit« (S. 9) findet. Dieser Ansatz veranlaßt den Autor, nicht die Entwicklung der Produktivkräfte und der mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Kräfte als Ausgangspunkt und objektive Grundlage der Untersuchung zu wählen, um die Durchsetzung politischer Herrschaftsformen zu begründen, sondern vielmehr von einer Typologisierung der Herrschaftsformen auszugehen und Erläuterungen zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung danebenzustellen. Dem Autor gelingt es demzufolge nicht, die Durchsetzung einer bestimmten Herrschaftsform in der jeweiligen Epoche aus ihren materiellen (wirtschaftlichen, politisch-klassenmäßigen und ideologisch-religiös-kulturellen) Voraussetzungen logisch abzuleiten und den Fluß der geschichtlichen Entwicklung in Äthiopien und die Veränderung politischer Herrschaft theoretisch im historischen Gesamtzusammenhang zu begründen.

Hans-Jürgen Gottschalk (Darmstadt)

Sigrist, Christian, u. a.: Indien. Bauernkämpfe: Die Geschichte einer verhinderten Entwicklung von 1757 bis heute. Wagenbach-Verlag, Berlin (West) 1976. (158 S., br., 8,50 DM).

In insgesamt sieben Beiträgen geben die zwei indischen und zwei deutschen Autoren eine Übersicht über den Hergang und die sozialen Hintergründe von Bauernkämpfen in Indien. Das Buch enthält kurze Beschreibungen über den Ablauf des Volkskrieges in Telengana (Andra Pradesh) 1945–1951 und der Naxalitenaufstände in Naxalbari (nördliches Westbengalen) und im Bergland von Parvathipuram (noröstliches Andra Pradesh) zwischen 1967 und 1972. Dazu kommt eine sehr ausführliche exemplarische Darstellung in einem Beitrag von Sarma Marla über eine mehrjährige Klassenauseinandersetzung in einem einzelnen Dorf in Andra Pradesh. Diese Schilderungen zeigen, daß es in den vergangenen dreißig Jahren im ländlichen Indien mehrfach revolutionäre Bewegungen gab, deren Ausmaß, Dauer, Militanz und zunächst errungene Erfolge in keinem Verhältnis stehen zum hierzulande herrschenden Unwissen darüber. Gemeinsam ist diesen Bauernerhebungen aber auch ihr Scheitern nach den Anfangserfolgen. Die Gründe für dieses Scheitern zu durchleuchten, ist das eine Anliegen der Autoren; gleichzeitig soll das Zustandekommen dieser Bewegungen durch Elemente einer Klassenanalyse verständlich gemacht werden.

Zum Scheitern der Aufstände: Die Bauernerhebungen blieben sozial und lokal begrenzte Bewegungen. Es gelang weder, das städtische Proletariat einzubeziehen, noch die regionalen Kämpfe auf nationale Ebene auszudehnen. Die ethnische, sprachliche und religiöse Heterogenität der Bevölkerung in Indien, das Monopol der herrschenden Klassen über jegliche Kommunikationsmittel vom Flugzeug bis zum Druckerzeugnis, und schließlich das Kastensystem, das die Klassen spaltet und Antagonismen verschleiert, sind Gründe für die regionale und soziale Beschränktheit der Aufstände. Dazu kommen erhebliche Schwierigkeiten und Fehler in der Führung, die sich zu einem großen Teil aus dem Kleinbürgertum rekrutierte. Eine Vielzahl von Fraktionen – allein drei Kommunistische Parteien (CPI, CPI/M, CPI/ML) – und ideologische Zersplitterung verhinderten die notwendige Einheit. Damit verbunden waren schwerwiegende ideologische und theoretische Mängel auf Führungsebene, sowohl was die Konzeption von Revolution insgesamt betraf als auch hinsichtlich des militärischen Vorgehens und der Einschätzung der strategischen Situation. Die Klassenverhältnisse in Indien sind äußerst komplex und vielschichtig. Reste aus verschiedenen ökonomischen Formationen haben sich erhalten und existieren neben- oder miteinander und durchdringen sich gegenseitig. In seinem Beitrag arbeitet Sigrist vor allem die geschichtlichen Veränderungen der ursprünglichen Formation unter dem Kolo-

nialismus heraus und geht dann auf die Bauernbewegungen und die im wesentlichen erfolglosen Versuche ein, die ländlichen Verhältnisse durch technokratische Eingriffe von oben zu reformieren. Hauck zeigt, daß zwischen dem Kastensystem und der Klassengliederung der ländlichen indischen Gesellschaft spezifische Zusammenhänge, aber keineswegs Deckungsgleichheit bestehen. Hauck und Sarma Marla stellen u. a. empirisches Material zusammen, das Eigentumsverhältnisse und Verteilungsformen deutlich belegt – Hauck mit dem Ziel, das Verhältnis von Klasse und Kaste theoretisch zu durchdringen, Sarma Marla, um die sozialen Hintergründe der Bauernbewegungen zu verdeutlichen. Guha diskutiert in seinem knappen, konzentrierten Beitrag die Strategie und Taktik der Antagonisten bei den Naxalitenaufständen. Den Zusammenhang zwischen den theoretischen Ergebnissen und den Bauernbewegungen einerseits und den politischen Ereignissen seit 1975 (Ausrufung des Ausnahmezustandes) stellen Sigrist in der Einleitung und Sarma Marla im abschließenden Beitrag des Bandes her.

Insgesamt enthält das Buch eine große Fülle geschichtlicher, sozioökonomischer und politischer Informationen, die von einem über alle Beiträge durchgehaltenen klaren marxistischen Standpunkt aus zusammengestellt und interpretiert werden. Der große Mangel der Aufsatzsammlung liegt am Fehlen einer durchschaubaren Konzeption für die Darstellung. Die einzelnen Informationen sind in kaum wiederauffindbarer Form über das Buch verstreut. Vor allem in den Aufsätzen von Sigrist und Sarma Marla finden sich in mitunter verwirrender Folge alle Arten von Informationen, die unter einen Hut zu bringen vom Leser erhebliche Anstrengungen erfordert. Es wäre durchaus möglich gewesen, das angesammelte Material quasi monographisch nach einer durchgehenden Konzeption zu ordnen – damit hätte die Aussagekraft der an sich schon wertvollen Information erheblich gesteigert werden können.

Daniel Glass (Münster)

Lemân, Gudrun: Das jugoslawische Modell. Wege zur Demokratisierung. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. – Köln 1976 (234 S., br., 22,- DM).

Die Verfasserin, die bereits mehrere Arbeiten zum Thema publiziert hat, legt eine knappe Analyse der Funktionsweise und Struktur der Selbstverwaltungsorgane und der betriebswirtschaftlichen Seite des »jugoslawischen Modells« vor. Aufbauend auf die 1970 im gleichen Verlag erschienene Arbeit Roggenmanns (»Das Modell der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien«) und unter Verarbeitung vor allem jugoslawischer Quellen will sie auch »die weiterreichende Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten der Partizipation überhaupt« (8) untersuchen. Dabei geht Lemân einerseits davon aus, daß in den »staatssozialistischen« Ländern mit dem »bürokratischen Zentralismus« – Schlagworte, die an keiner Stelle erläutert werden – kein Beitrag zur Demokratisierung geleistet worden sei (vgl. 7); allerdings deutet sie auch – ungleich vorsichtiger formuliert – an, daß »in den liberalen Demokratien des Westens, in denen die Verfassung jedem die Chance einräumt, die Machtausübung durch Wahlen zu beeinflussen, (...) die Entscheidungsbefugnisse in der Wirtschaft noch immer vorwiegend aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln hergeleitet« (7) würden. Dagegen bedeute Demokratisierung, »autoritäre und unfreiheitliche Strukturen überall in der Gesellschaft abzubauen« (8).

Nach einem groben Überblick über Entstehungsbedingungen, Ziele und theoretische Konzeptionen der Arbeiterselbstverwaltung (9–31), bei dem eine Analyse der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der für Jugoslawien eminent wichtigen Phase zwischen 1944 und 1948/50 leider unberücksichtigt bleibt, folgt ein längerer, vorwiegend deskriptiver Abschnitt über Organisation und Funktionsweise sowie

-probleme der Arbeiterselbstverwaltung in jugoslawischen Unternehmen (32–85). Hieran schließt sich ein Kapitel an, in dem die tatsächlichen Machtverhältnisse im Unternehmen analysiert werden (86–139), wobei der Behandlung von Streiks als Reaktionen auf ungelöste Konflikte in Unternehmen und Gesamtwirtschaft besonderes Augenmerk gewidmet wird. In diesem Zusammenhang werden die Merkmale der mehr als 25 000 Streiks seit 1958 betrachtet (122 ff.) und deren Ursachen zu ergründen versucht (126 ff.), unter denen die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Einkommenshöhe und den Modalitäten der Lohnzahlung deutlich an der Spitze der Häufigkeitsskala rangieren (132). Ferner wird die Haltung der Gewerkschaften zu Streiks dargestellt (136 ff.), wobei Lemân feststellt, die jugoslawischen Gewerkschaften sähen sich heute »erneut vor klassischen gewerkschaftlichen Aufgaben: die Vertretung von Arbeiterinteressen, die offensichtlich heute noch nicht durch die Selbstverwaltung realisiert werden können« (138). Die Rolle der Gewerkschaften und des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) unter den Bedingungen der Selbstverwaltung wird relativ kurz in einem weiteren Kapitel abgehandelt (140–154), wobei man zwar einen ungefähren Eindruck von der Organisationsstruktur und den Arbeitsbereichen der Gewerkschaften gewinnt (142 ff.), aber so gut wie nichts über Rolle und Einfluß des BdKJ erfährt (153 f.). Möglicherweise ist die unzureichende Darstellung und fast gänzlich fehlende Problematisierung der Rolle und Aufgaben von Partei und Gewerkschaft auch der sehr vage geführten und oftmals auf dehnbare Schlagworte gestützten Diskussion unter jugoslawischen Autoren selbst geschuldet, auf die sich Lemân weitgehend unkritisch-beschreibend stützt; eine über die bloße Darstellung der in der Literatur vorfindlichen Positionen hinausreichende kommentierende Analyse und Kritik wäre gerade an dieser Stelle notwendig gewesen.

Zwei Abschnitten über die Einkommensverteilung (155–184) und die wechselseitigen Beziehungen zwischen gesamtwirtschaftlicher Planung und betrieblicher Selbstverwaltung (185–214) folgt ein Schlußkapitel, in dem Lemân versucht, die Leistungsfähigkeit des Selbstverwaltungssystems einzuschätzen. Hinsichtlich der ökonomischen Effizienz gelangt Lemân auf jugoslawische Autoren gestützt zu dem Ergebnis, daß »die jugoslawische Wirtschaft nach der Befreiung aus den zentralverwaltungswirtschaftlichen Fesseln einen schnellen Aufschwung« (216) genommen habe. Allerdings wird auch knapp darauf verwiesen, daß nach der Wirtschaftsreform von 1965 das Wirtschaftswachstum zurückgegangen sei, die Arbeitslosenzahl sich erhöht und die inflationäre Entwicklung sich beschleunigt hätten (220). Bedauerlicherweise kommt bei der Erörterung der Vorteile einer dezentralisierten Wirtschaft gegenüber der als unbeweglich bezeichneten zentralverwalteten und geplanten die Problematisierung der Tatsache, daß immerhin ca. ein Fünftel der Jugoslawen gezwungen ist, sich im Ausland Beschäftigung zu suchen, zu kurz.

Zusammenfassend kommt Lemân zu dem – voraussagbaren – Ergebnis, daß »das jugoslawische System der Arbeiterselbstverwaltung (. . .) einige Mängel auf(weist), die seine wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit beeinträchtigen« (221). Zu fragen sei, »ob die hochgespannten ideologischen Anforderungen an das System der Arbeiterselbstverwaltung nicht über seine Möglichkeiten hinausgehen« (223). Allerdings sei die wirtschaftliche Demokratie in Teillaspekten bereits verwirklicht: »die menschliche Arbeitskraft hat ihren Warencharakter weitgehend verloren. (. . .) Dort, wo es technisch möglich ist, wurden Herrschaftspositionen, die lediglich der Überwachung der Arbeiter dienten, abgebaut. An ihre Stelle ist die freiwillige Kooperation getreten. (. . .) Selbstentfaltung und Selbstbestimmung sind die obersten Ziele der Entwicklung.« (236) Zudem habe das Beispiel der Arbeiterselbstverwaltung gezeigt, »daß die Kontrolle des Produktionsprozesses aus dem Zusammenhang des Kapitaleigentums herausgelöst werden« (236) könne: »Für die Bestimmung von Art, Umfang

und Ziel der Produktion ist nicht das Eigentum ausschlaggebend, sondern die Arbeit.« (236) Daß es zwischen den Eigentumsverhältnissen einer Gesellschaft und der Art und Weise der Organisation der Produktion einen engen Zusammenhang geben könnte, scheint der Verfasserin entgangen zu sein. Oder sollte diese Tatsache nicht in ihr Konzept der Propagierung eines nicht näher definierten »dritten Weges« der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung passen?

Klaus Priester (Frankfurt/M.)

Chairoff, Patrice: dossier b... comme barbouzes en France – Une France parallèle, celle des basses œuvres du pouvoir. Verlag Alain Moreau, Paris 1975 (415 S., br., 39,50 F).

Jaubert, Alain, und Marie José Jaubert: dossier d... comme drogue. Verlag Alain Moreau, Paris 1973 (543 S., br., 46,- F).

Guérin, Daniel: Les assassins de Ben Barka, 10 ans d'enquête. Verlag Guy Authier, Paris 1975 (319 S., br., 45,- F).

Caille, Marcel, und Dominique Decèze: Vorwort von Georges Séguy: les truands du patronat. Verlag Editions Sociales, Paris 1977 (307 S., br., 36,- F).

Gonzalez-Mata, Luis M.: Cygne, Mémoires d'un agent secret. Verlag Bernard Grasset, Paris 1976 (382 S., Pb., 45,- F).

Wir beabsichtigen keine Gesamtübersicht der einschlägigen Literatur, sondern greifen fünf Bücher heraus, die einen auch für den Außenstehenden verständlichen Überblick bieten. Am rücksichtslosesten enthüllen den Sumpf der Pariser Verleger Alain Moreau und die Autoren der von ihm veröffentlichten »dossiers«.

Sie treten mächtigen Kapitalgruppen, Institutionen und Politikern auf die Zehen. Sie dürfen nur drucken, wofür der Wahrheitsbeweis strengsten gerichtlichen Maßstäben genügt. Anderenfalls wäre der Verlag längst ruiniert und die Autoren hinter Gittern – der Autor der ersterwähnten Buches, Chairoff, saß bei Erscheinen seines Buches in der Tat eine vierjährige Strafe ab. Im Ganzen ist das gefährliche Spiel bislang geglückt, denn vieles Gravierende gelangt bei Skandalprozessen an die Öffentlichkeit, zahlreiche Informanten liefern weitere Fakten und Beweismittel. Chairoff war im Mai 1968 selbst noch Geheimdienstler und rettete damals ein ganzes Archiv in die Schweiz; es hat unwiderlegliche Beweise für das Aktenstück b comme barbouzes geliefert. Moreaus Autoren verschweigen nicht, daß der sozialistische Parteiführer und langjährige Marseiller Oberbürgermeister Gaston Defferre seinen politischen Aufstieg 1947 der CIA und der mit ihr kooperierenden Unterweltfamilie Guérini verdankt; Schläger der Guérinis brachen bei den Wahlen die kommunistische Rathausmehrheit. Heute ist der Guérini-Clan zertrümmert, gaullistische Gruppen haben die Herrschaft über die Marseiller Unterwelt übernommen. Denn das ist das Resultat aus Moreaus »Akten«: die Verfilzung mit Geheimdiensten und organisiertem Verbrechen ist heute Privileg der gaullistischen Partei. In diese Verfilzung ist seit zwei Jahrzehnten die normale Großkorruption einbezogen, soweit sie die Zentralregierung und die von ihr ressortierenden Behörden betrifft.

Dieser korrupte Klüngel ist großenteils planmäßig ins Leben gerufen durch de Gaulles rechte Hand Jacques Foccart, 1958–1974 Generalsekretär für afrikanische und malegassische Angelegenheiten sowie Koordinator der Geheimdienste. Im Gegensatz zur CIA, die, wie ihr Name sagt, speziell zur Koordinierung der US-Geheimdienste geschaffen wurde, aber die fröhliche Anarchie der »US intelligence community« nie anzutasten versucht hat, dürfte Foccart die Koordination der französischen Geheimdienste gelungen sein, soweit das bei der normalen Behörden-Eifersucht überhaupt möglich ist. Jeder Geheimdienst strebt nach zusätzlichen Geldquel-

len, denn die legal bewilligten Fonds scheinen ihm ungenügend. Als zusätzliche Geldquelle für die Geheimdienste sowie in erster Linie zur Füllung der Wahlkassen für gaullistische Parlamentarier erschloß Foccart Verbrechen verschiedener Art und stellte das organisierte Verbrechertum in den Dienst von Geheimdiensten und Gaullismus. So dienten Ganoven für gaullistische Parlamentskandidaten als Leibwächter und Wahlkampforganisatoren, und der aus der Unterwelt rekrutierte gaullistische SAC (Service d'Action Civique) dient zur ständigen Terrorisierung, verbunden mit Erpressung und anderen unsauberer Geschäften. Die andere, enger mit den Geheimdiensten verfilzte Organisation, das »Réseau Foccart«, begann 1946 als undurchsichtiges Netz einer Anzahl Ein- und Ausführgesellschaften, z. T. mit Domizil in Ländern der dritten Welt. Solange die Devisen-Zwangswirtschaft andauerte, war diese Branche für Leute mit guten Verbindungen in den Wirtschafts- und Zollbehörden besonders lukrativ, und auch in normalen Zeiten eignet sie sich, um Auslandsreisen von Agenten und Schmugglern jeder Art, u. a. für Heroinschmuggel zu tarnen, was sich nicht nur private Agenten des Réseau Foccart zunutze machten, sondern nachweislich auch Beamte des Auslands-Geheimdienstes SDECE (Affäre Delouette).

Erst nach de Gaulles zweiter Machtergreifung 1958 gründete Foccart als seine Inlands-Mafia den SAC. Welch hohe Aufgaben diesem zugedacht waren, zeigte sich im Mai 1968. Damals gingen den 41 SAC-Ortsgruppen Listen von insgesamt 52 400 Personen zu, die in Sportstadien interniert werden sollten. Einzeln liegende Grundstücke mit Gebäuden, deren Keller für Verhörzwecke vorbereitet waren, standen zur Verfügung. Zu den geplanten Massenverhaftungen im Stile Pinochets kam es nicht, Ende Mai sammelte die Pariser SAC-Zentrale die Listen wieder ein. Mindestens in Grenoble hatte sich die Liste für den dortigen Bezirk um die Namen von Leuten erweitert, mit denen der örtliche SAC eine Rechnung begleichen wollte. Weniger als ein Drittel der Geächteten waren Aktive von Linksparteien oder Gewerkschaften. Mehr als zwei Drittel waren durch irgendeinen Zufall auf die Liste geraten, z. B. weil sie eine linke Zeitung hielten. Herausgekommen ist die Sache für Grenoble und Marseille, aber die Massenverhaftungen waren ohne Zweifel für ganz Frankreich geplant. Ein auffallend großer Teil der SAC-Aktiven sind Zuhälter, Bordellbesitzer, Rauschgiftschmuggler. Regelmäßige Einnahmen erzielt der SAC durch Erpressung. Gaststätten, Hotels und andere Geschäfte müssen zahlen, sonst passiert etwas: Bei dem Großbrand einer Tanzdielen in St. Laurent du Pont (Isère) 1970 gab es 140 Tote. Zwei von den vier Mitgliedern des gaullistischen Brandkommandos waren betrunken und kokelten zwei Stunden zu früh. Von Steuersündern und Kapitalflüchtigen wird Schweigegeld kassiert. Mitunter weiß der SAC Bescheid, weil Foccart'sche Steuerberater oder Finanzkuriere bei den Delikten geholfen haben.

Eine Zeit lang organisierte ein Pariser SAC-Funktionär Orgien. Die beteiligten Lebewesen wurden dabei photographiert und mit Tonband belauscht. Mit diesen Beweismitteln konfrontiert waren sie froh, mit einem kostspieligen Inseratenauftrag für die Werbefirma GEFIM davonzukommen. Erlesene Callgirls wie diejenigen der berühmten Madame Claude stehen im Dienst der Geheimdienste DST (für das Inland) und SDECE (für das Ausland). Madame Claudes ständiger Begleiter Chabert ist als Waffenhändler bekannt. Zu den Erwerbsmethoden des SAC gehört auch Postraub, so in Straßburg 1971 (11,6 Millionen F) und Mühlhausen 1972 (12 Millionen). Die Posträuber trennten sich ungern von ihrer Beute; daher war ihre Sterblichkeit signifikant. Sie ist überhaupt bedeutend in der gaullistischen Unterwelt, denn auf Unterschlagung – sie liegt in dieser Branche sehr nahe –, Indiskretion, Aussteigen, ja auf bloßes Nachlassen des Eifers steht der Tod. Desto geringer ist die Gefahr polizeilicher und gerichtlicher Verfolgung, denn das Pariser Innen- und Justizministerium dämpft den Eifer der Strafverfolgungsbehörden.

Geld verliert durch die Inflation an Kaufkraft. Als wertbeständige Kapitalanlage gelten vor allem Grundstücke. Sie selbst zu erwerben und zu verwalten, ist nicht jedermanns Sache; dafür gibt es treuhänderisch verwaltete Immobilienfonds. In dieser Branche sind die Betrugsmöglichkeiten ungeheuer, sie sind in größtem Maßstab von prominenten Gaullisten für die eigene Tasche und offensichtlich für die gaullistische Parteilasse ausgenützt worden. Dies dürfte in den abgelaufenen anderthalb Jahrzehnten das einträglichste gaullistische Verbrechen gewesen sein. Der Verlag Moreau hat ihm ein eigenes Dossier gewidmet (I comme Immobilier).

Dies ist eine flüchtige Blütenlese aus Chairoffs »Barbouzen«. Die Jauberts liefern das Entsprechende für die Heroinwirtschaft. Zu deren pikantesten Aspekten gehört die Mühe, die das US Bureau of Narcotics and Dangerous Drugs aufwendet, um die Heroinlaboratorien in und bei Marseille aufzuspüren. Die französische Polizei verhaftet die Kollegen vom BNDD, so sie ihrer habhaft wird. Die nordamerikanischen Rauschgiftjäger verhafteten ihrerseits 1971 den SDECI-Agenten Delouette bei dem Versuch, gefälschte Dollarnoten im Betrag von 17000 \$ sowie 44 kg Heroin in die USA einzuführen, wofür er 50000 \$ kassieren sollte - der niedrige Betrag erinnert an das Goethe-Wort: nur die Lumpen sind bescheiden. Die Anklagebehörden der USA beschuldigen Delouettes Vorgesetzten, den Obersten Fournier vom SDECI, lautend Heroin in die USA zu schmuggeln. Umgekehrt hat die CIA während des Indochinakriegs das Opium- und Heroingeschäft ihrer südostasiatischen Marionetten in jeder erdenklichen Weise gefördert, z. B. indem sie den Meo-Stamm in Laos zum Mohnanbau bewog und Opium sowie dessen Raffinationsprodukte durch ihre Fluglinie Air America durch ganz Indochina transportieren ließ. Darüber und über den mit dem Heroingeschäft verbundenen Antikommunismus der CIA in Marseille 1947 und danach machen sich die Jauberts die Ergebnisse von Lamour, Gosson sowie der grundlegenden nordamerikanischen Arbeit von McCoy, Read und Adams zu eigen. Über die letztgenannte Arbeit berichtet der Referent in einem Literaturbericht über Geheimdienste und organisiertes Verbrechen in den USA, der in Argument 129 erschienen ist.)

Die französische Öffentlichkeit hat sich durch diese Skandale kaum stören lassen; außer nach der Entführung des marokkanischen Exilpolitikers Mehdi Ben Barka durch französische Polizeibeamte vom Rauschgiftdezernat in Paris am 29. Oktober 1965. Ben Barka ist verschollen. Wo, wann und von wem er ermordet worden ist, weiß man nicht. De Gaulle versprach sofort der Mutter des Entführten volle Aufklärung, wurde aber bald inne, daß sein gesamter Machtapparat vom Ministerpräsidenten Pompidou und Generalsekretär Foccart abwärts bloßgestellt war. Dies gilt auch für die marokkanische Regierung, denn am 30. Oktober flog der damalige marokkanische Innenminister Oufkir nach Paris, um sich des Entführten persönlich anzunehmen. Oufkir hat von jeher behauptet; er habe Ben Barka lebend verlassen, ermordet worden sei Ben Barka von der CIA. Auch andere Spuren der CIA sowie des israelischen Geheimdienstes führen zu Ben Barka. Zu diesem Fall liegt auch ein gründliches Buch des marxistischen Autors Daniel Guerin vor.

Wie das Vorwort des CGT-Vorsitzenden Seguy zeigt, hat Marcel Caille bei seinen »Truands du Patronat« (Ganoven der Arbeitgeber) den kommunistischen Gewerkschaftsverband CGT hinter sich. Die Ganoven, deren Verbrechen er aufdeckt, sind *erstens* Spitzel, die von Personal-Verleihfirmen auf Zeit gestellt werden, um die Belegschaft, insbesondere die aktiven Gewerkschaftler des entleihenden Betriebes auszuforschen; *zweitens* Gewaltverbrecher, die als gelbe Gewerkschaft CFT (Confédération Française du Travail) auftreten und hauptsächlich in der Kraftfahrzeugindustrie aktive Gewerkschaftler und Arbeiter ausländischer, vor allem nordafrikanischer Herkunft terrorisieren. Auch in den staatlichen Automobilunternehmungen ist die

CFT aktiv. Sie wird von der französischen und marokkanischen Polizei unterstützt. Letztere verhaftete einmal eine Reihe marokkanischer Arbeiter während deren Heimaturlaub und hielt sie ein Vierteljahr fest. Als sie sich endlich wieder in ihrem französischen Betrieb melden konnten, lehnte dieser die Weiterbeschäftigung ab, denn sie seien ohne Grund ausgeblieben. Am Vorabend des 14. Juli 1972 wurden in dem Pariser Vorort Ivry jugoslawische und andere Fremdarbeiter eines dortigen Citroenwerkes bei der Heimkehr von einem Tanzfest durch CFT-Schläger überfallen. Diese entführten die Professorin Danièle Levy, vergewaltigten sie und setzten sie in einem Waldstück bei Versailles aus. Eine Strafverfolgung gab es nicht. Bewiesene Tatsachen dieser Art reiht Caille aneinander.

Zweierlei fällt an seiner Arbeit auf: er berichtet von keinerlei gewerkschaftlicher Abwehr gegen die CFT und verschweigt, daß die »truands du patronat« eine gaullistische Terrorgruppe sind. Einer Zeitungsanzeige des Verlages entnehme ich, daß Caille inzwischen zwei spezielle Bücher über die Verhältnisse bei Simca-Chrysler und Citroen nachgeschoben hat, in denen er nicht mehr umhin kann, die Verbindung von CFT und Gaullismus zu bemerken.

Die französischen Geheimdienste operieren vielfach im Ausland, und auch im Inland kreuzen sich ihre Wege – oft feindlich, oft freundlich – mit denen entsprechender ausländischer Organisationen. Daher erwähnen wir zum Schluß die Selbstbiographie des spanischen »Barbouzen« Gonzales-Mata, der von diesem internationalen Untergrund-Catch as catch can ein detailliertes und lebendiges Bild zeichnet. Oft war er Verbündeter französischer Geheimdienste, in anderen Fällen legte er sie mit falschen Informationen herein. Vielfach überschneidet sich sein Bericht mit denen von Chairroff, Jaubert und Guérin und bestätigt oder modifiziert sie.

Eine der G. vom spanischen SDPG aufgetragenen Operationen lief unter dem Code-Wort »Schwan« – weshalb weiß er nicht. Daher nennt er sein Buch »Schwan«. Bei »Schwan« ging es 1963 darum, die in dem gerade unabhängig gewordenen Algerien residierende spanisch-republikanische Exilregierung unter General Perea zu beiseitigen. G.s Vater war im Bürgerkrieg Kommissar der Republik in Valencia gewesen und bei der Besetzung durch Franco verschwunden. G. selber hatte auf San Domingo 1962 nach Trujillos Ermordung durch die CIA und deren Marionetten eine Rolle als führender Linker gespielt. Mithin hatte er gegenüber lateinamerikanischen und spanischen Exilierten etwas vorzuweisen, gewann das Vertrauen General Pereas und bewies ihm, daß dessen 15 leitende Mitarbeiter vom spanischen SDPG, der CIA sowie den algerischen, marokkanischen, französischen und sowjetischen Geheimdienst gekauft waren, worauf Perea als ehrlicher Mann seine imaginäre Präsidentschaft niederlegte.

G. wurde gezwungen, in den SDPG einzutreten, blieb darin nur unter Zwang und hatte durch seine wiederholten Gefängnisaufenthalte mit Folter usw. Zeit und Anlaß zum Nachdenken. Sein ausgiebig belegter Schluß geht dahin, daß die Geheimdienste nichts nützen, aber desto mehr schaden. Denn ihre Existenzberechtigung beruhe auf Spannungen; gibt es keine, so provozieren sie Spannungen. Haben sie keine echten Nachrichten, so erfinden sie falsche – G. hat dabei mitgetan. Haben sie keine Attentate zu verhindern, so provozieren sie welche. Ist gerade keine extremistische Organisation da, in die man Spitzel schleusen kann, so baut man selber eine solche Organisation auf – G. hat das zweimal getan. So trat er 1965 namens eines »Comité France-République Dominicaine« auf und gewann u. a. die Mitarbeit von Sartre und Simone de Beauvoir, die sich dessen übrigens nicht zu schämen brauchen. Nach mehreren, hart bestraften Versuchen gelang es ihm auszusteigen. Um zu leben, arbeitet er als Publizist und ist auf Enthüllungen über Geheimdienste spezialisiert. 1973 debütierte er mit Enthüllungen über die Zusammenarbeit eines italienischen Geheimdienstes mit fa-

schistischen Terroristen, worauf ihn der belastete Geheimdienst zu kidnappen versuchte. Unter den von G. belasteten Personen war der jetzige Ministerpräsident Andreotti. Dem portugiesischen Sozialistenführer Soarez wirft er Unzuverlässigkeit im Exil vor.

Eine der letzten Operationen, bei denen G. eine erhebliche Rolle spielte, war die Enttarnung Günther Guillaumes durch den spanischen SDPG, die CIA und den französischen SDECE im Dezember 1972. Der westdeutsche BND wurde unverzüglich verständigt, dennoch brauchten die deutschen Abwehrdienste weitere 16 Monate, bis sie im April 1974 Guillaume festnahmen, was bekanntlich Willy Brandts Rücktritt herbeiführte. G. hat das 1976 publiziert. Der Guillaume-Ausschuß des Bundestages hat es nicht zur Kenntnis genommen. Ulrich Küntzel (Göttingen)

Jura

Schaub, Günter: *Arbeitsrechtshandbuch*. 3. überarbeitete Auflage, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1977 (1161 S., Ln., im Pappschuber, 108,- DM).

Das anzuzeigende Buch will nach dem Vorwort des Verfassers ein Nachschlagewerk für die Praxis sein. Schon die rasche Folge von drei Auflagen in fünf Jahren zeigt an, daß es in kurzer Zeit zu dem Standardwerk der Arbeitsrechtspraxis, vergleichbar »dem Palandt« für das Zivilrecht geworden ist. Aber auch der Wissenschaftler greift dazu, wenn er sich schnell und verläßlich über herrschende Lehre und Rechtsprechung informieren will. Es ist auf das materielle Arbeitsrecht beschränkt und wird ergänzt durch »Arbeitsrechtliche Formulareammlung und Arbeitsgerichtsverfahren« von demselben Autor und Verlag. Sein Aufbau folgt der herrschenden, in der Bundesrepublik bis in die jüngste Vergangenheit nicht in Frage gestellten Systematik des Arbeitsrechts, die einerseits an dem überkommenen Dogma einer Trennung von privatem und öffentlichen Recht orientiert ist und andererseits das Arbeitsrecht in individuellen und kollektives aufspaltet. Die Schwerpunktbildung entspricht der forensischen Arbeitsrechtspraxis: Das sogenannte kollektive Arbeitsrecht nimmt etwa ein Viertel des Raums ein, die Darstellung hat hier weitgehend Überblickscharakter, wobei der Schwerpunkt hier auf dem Recht der Betriebsverfassung liegt. Der Rest des Werks behandelt sehr ausführlich und verläßlich das sogenannte Individualarbeitsrecht; dabei fehlt auch nicht der Hinweis auf die wichtigsten tarifvertraglichen Regelungen. Bei Kündigungsschutzfällen, die gegenwärtig den Hauptteil der Arbeitsgerichtsverfahren ausmachen, wird allerdings auch der Praktiker zur Information über den Stand der herrschenden Meinung weitere Literatur zu Rate ziehen müssen. Dieser Mangel ist allerdings dem Verfasser nicht anzulasten, weil eine ausreichende Darstellung der auf diesem Rechtsgebiet besonders disparaten Kasuistik sogar den Rahmen eines umfangreichen Handbuchs wie des vorliegenden sprengen würde. Ausführliche Literaturhinweise finden sich am Anfang der einzelnen Paragraphen, in die das Buch gegliedert ist; dabei mögen zwar Arbeiten von Autoren, die sich bewußt an der Arbeiterbewegung orientieren, unterrepräsentiert sein, in diesem Land ist es aber erfreulich genug, daß sie nicht totgeschwiegen werden.

Insgesamt ist »der Schaub« unentbehrlich für die gerichtliche Praxis und für jeden, der Arbeitnehmer über ihre konkreten Rechte im Betrieb aufklären will. Als Leitfa-den für gewerkschaftliche Bildungsarbeit allerdings eignet er sich nicht: Dafür sorgt schon – neben der Schwerpunktsetzung – die Orientierung an der herrschenden Systematik: Sie allein verhindert weitgehend, daß Arbeitnehmer Arbeitsrecht als Mittel einer interessengeleiteten betrieblichen Praxis begreifen und anwenden können. Trotz des umfangreichen Stichwortverzeichnisses dürfte u. a. aus demselben Grund

das Werk auch für Benutzer ohne juristische Vorbildung kaum verwendbar sein. Schließlich erhebt es auch nicht den Anspruch, das Arbeitsrecht systematisch durcharbeiten. In einer Zeit, wo sich die universitäre Ausbildungsliteratur und auch mit monographischem Anspruch auftretende Arbeiten oft auf bewußtlose Kompilation und vorwissenschaftliches Raisonement beschränken, wäre ein solcher Anspruch an ein Handbuch allerdings auch nicht legitim. Hartmut Geil (Gießen)

Wassermann, Rudolf: Der soziale Zivilprozeß. Zur Theorie und Praxis des Zivilprozesses im sozialen Rechtsstaat. Luchterhand Verlag, Darmstadt 1978 (196 S., br., 19,80 DM).

Der Autor ist Oberlandesgerichtspräsident in Braunschweig, Präsident des niedersächsischen Justizprüfungsamtes und Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen; er entwickelt in dem vorliegenden Band Kriterien für einen Zivilprozeß, der nicht nur den Normen der Zivilprozeßordnung (ZPO) entspricht, sondern besonders dem »Sozialstaatsgebot« des Art. 20 Abs. 1 GG gerecht werden soll. Im ersten Drittel des Buches stellt der Autor die Entwicklungsgeschichte der heutigen ZPO vor, wobei er regelmäßig – neben der Referierung dem Juristen hinlänglich bekannter Prozeßmaximen – auf die »sozialen Mängel« und die Ansätze »sozialer Umbildung des Zivilverfahrens« hinweist. Seine Hauptvorwürfe richten sich gegen das – tradierte – liberale Zivilprozeßmodell, welches das Bild eines »formalisierten Prozeßkrieges oder Parteienzweikampfes unter schiedsrichterlicher Aufsicht« (40) bot, um den Weg zu einem sozialen Zivilprozeß zu konkretisieren. Zum einen seien dem Starken größere Chancen eingeräumt als dem Schwachen, zum anderen sei der (liberale) Prozeß so gestaltet, »als ob die Prozeßparteien ohne soziale Verbundenheit mit den übrigen rechtsuchenden Bürgern für sich allein ständen« (84 f.). Hieraus entwickelt Wassermann seine sozialstaatlichen Anforderungen an einen Zivilprozeß, wobei er auch auf seine schon früher dargelegte Konzeption eines »politischen Richters« (79) zurückgreift. Art. 20 Abs. 1 GG ergibt als oberste Auslegungsnorm der zivilprozessualen Vorschriften, daß der Zivilprozeß als »Prozessuale Arbeitsgemeinschaft« zwischen Gericht und Parteien auszugestalten sei (er geht hier auf Ansätze von Levin und Jessen zu Beginn dieses Jahrhunderts zurück – S. 86 ff.), die durch die termini »Kooperation«, »Kommunikation«, »Kompensation«, »Effizienz« und »Humanisierung des Gerichtsverfahrens« bestimmt werde. Als wesentliche prozessuale Normen, die dieses Prozeßmodell bestimmen, werden die §§ 138, 139, 272 b ZPO und nach der sogen. Vereinfachungsnovelle auch die §§ 273, 278 Abs. 3 ZPO genannt. In diesem Zusammenhang setzt sich der Autor in erfrischender Weise mit dem »Maximenkult« auseinander und zeigt, daß die ZPO gar keine (zentrale) Verhandlungsmaxime kenne, diese müsse vielmehr mühsam von deren Verfechtern mittelbar aus einigen Einzelvorschriften hergeleitet werden (99 ff.).

Der umfangreiche justizsoziologische Teil des Buches (VI. Die Gerichtsverhandlung als soziale Institution) versucht Folgerungen aus dem – oben dargelegten – zweiten Hauptvorwurf gegen das liberale Prozeßmodell zu ziehen. Hier werden bereits bekannte theoretische Ansätze zur Soziologie des Gerichtsverfahrens, so der Rollentheorie (Lautmann), der Systemtheorie (Luhmann), der Herrschaftstheorie oder der Lehre vom rationalen Diskurs (Habermas), zusammengetragen, jedoch in ihrer Relevanz für das Thema überhöht. So können doch diese Erkenntnisse lediglich den *tatsächlichen* Ablauf des Verfahrens verdeutlichen und auf diese Weise z. B. dem Richter sein Sozialverhalten im Prozeß bewußt machen. Dies erkennt Wassermann (144); was darüberhinaus diese soziologischen Ansätze in diesem Zusammenhang zu leisten vermögen, bleibt m. E. im Dunkeln. – Die Hauptproblematik von Wassermanns so-

zialstaatlicher Zivilprozeßtheorie liegt in dessen Behandlung der normativen Grundlagen, insbesondere der Reflexion der Normen des materiellen Zivilrechts. »Ziel des Zivilprozesses (. . .) ist die Erteilung des Rechtsschutzes an die Partei, die materiell im Recht ist« (86). Damit ist die enge Verbindung zu den materiellen Normen aufgezeigt, die es erforderlich macht, nach der Funktion eines »sozialen Zivilprozesses« zu fragen, solange die Normen des materiellen Zivilrechts nicht ebenfalls an der »Sozialstaats-Elle« gemessen werden. An Stelle von doch recht vagen verfassungsrechtlichen Interpretationen hätte man sich gerade wegen Wassermanns Sicht von der Bedeutung des »Sozialstaatsgebots« einen Aufruf an den Gesetzgeber gewünscht, hier sowohl im materiellen Recht als auch im Prozeßrecht konkrete politische Vorgaben zu normieren. Statt dessen läßt der Autor an mehreren Stellen erkennen, daß er der vermehrten Einräumung breiter Spielräume für die Gerichte den Vorzug gibt, um den sich ständig wandelnden Anforderungen einer modernen Gesellschaft besser »gerecht« werden zu können. Damit bleibt aber der Weg für richterliche *Rechtserfindungen* – auch *contra legem* und nicht nur im Zivil(prozeß)recht – offen, selbst wenn ihren »Erfindern« dabei ihr »nichtsozialstaatliches« Vorverständnis justizsoziologisch bewußt wird. Auch Wassermanns Schlußbetrachtung, »ob Recht auch Gerechtigkeit bedeutet«, läßt dieses rechtspolitisch-perspektivische Defizit bestehen.

Das Buch ist leicht verständlich geschrieben, will auch nicht nur Juristen ansprechen, sondern »den Bürgern, in deren Interesse der Zivilprozeß ja veranstaltet wird, (. . .) helfen, das Gerichtsverfahren besser zu verstehen« (10). Wer sich hingegen als »Nichtjurist« lediglich mit Wassermanns sozialstaatlichen Anforderungen an den Zivilprozeß vertraut machen will, sollte zu dessen – für diesen Zweck durchaus ausreichenden – Beitrag »Der Zivilprozeß im sozialen Rechtsstaat« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (kostenlos über die Bundeszentrale für politische Bildung zu beziehende Beilage zur Wochenzeitschrift »Das Parlament«) B 11/78, S. 14 ff. greifen.
Wolfgang Borchers (Gießen)

Blank, Michael, u. a.: *Wohin treibt der Rechtsstaat?* Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977 (328 S., br., 14,80 DM).

Die Autoren wollen die Hintergründe der bundesdeutschen konservativen Rechtsprechung und der konservativ eingestellten Justiz untersuchen und dabei eine »methodisch gesicherte . . . und didaktisch sinnvolle . . . Einführung in das verfassungsrechtliche Denken über das Grundgesetz« der Bundesrepublik geben, wie es Wolfgang Abendroth in seinem Vorwort formuliert (11), wobei die umfassende Kritik der vorherrschenden konservativen Rechtsprechung und Verfassungsauslegung »im Mittelpunkt des Arbeitsbuches« steht (14). Ausgehend von dieser Grundbestimmung des Buches haben die Autoren den ersten Teil des Bandes in vier Stoffeinheiten gegliedert, die sich unterschiedlichen Aspekten der Verfassungsentwicklung und Rechtsprechung und der sozialökonomischen Entwicklung Deutschlands bzw. der BRD widmen, um von einer historischen Betrachtungsweise aus zu schlüssigen Erklärungen der heute dominierenden konservativen Verfassungsinterpretation, Rechtsprechung und Juristenausbildung zu gelangen.

Die Stoffeinheit »Verfassungsrecht und gesellschaftliche Grundlagen« (19) behandelt die historischen Ursachen der Entwicklung von Grundrechten, Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat in Deutschland, ausgehend vom aufstrebenden Bürgertum des 19. Jahrhunderts, mit deren Arrangement mit dem Feudaladel die Grundlagen des heutigen Rechtsstaats gelegt wurden (40), bis zur Weimarer Republik. Im zweiten Teil »Demokratie, Rechtsstaat und freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes (77) wird, basierend auf der historischen Darstellung in der

ersten Stoffeinheit, die Entwicklung und Funktion des Rechtsstaatsbegriffs in der Bundesrepublik herausgearbeitet, um anschließend im dritten Teil die ökonomischen Determinanten der bürgerlichen Grundrechte am Beispiel von Pressefreiheit – Pressekonzentration aufzuzeigen (129). Im letzten Teil der Stoffeinheiten analysieren die Autoren den Sozialstaatsbegriff des Grundgesetzes und stellen die Intention der »Väter« des Grundgesetzes den gesellschaftlichen Realitäten und den Handlungen, besonders fiskalischen Entscheidungen des Staates, gegenüber (181). Dieses Buch gibt insgesamt eine umfangreiche und detaillierte Analyse über die Ursachen und historischen Voraussetzungen herrschender konservativer Rechtsauffassung; es wird insoweit der von W. Abendroth dargestellten Intention, zu »zeigen, daß kritische juristische Analyse als Instrument des Kampfes für die Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft dienen kann« (12) gerecht. Mit einer ausführlichen didaktischen Anleitung soll es Lernenden und Lehrenden eine optimale Aneignung der Thematik ermöglichen. Jeder Stoffeinheit wird ein aktueller Fall aus dem Themenbereich, der die Problematik verdeutlichen soll, vorangestellt; in jeder Einheit sind die wesentlichen Kernpunkte in Form von Lernzielen zusammengefaßt und eingangs werden jeweils die Lernschritte angegeben. Das Buch eignet sich von daher sehr gut für die Durchführung von Unterrichtsprojekten und Seminaren. So befaßt sich denn auch sein zweiter Teil mit grundlegenden Fragen der Ausbildung von Juristen an den Hochschulen und den »Rahmenbedingungen einer Studienreform« (296). Die Autoren üben hier scharfe Kritik an den vorherrschenden Lehr- und Ausbildungsinhalten, bei denen »der pragmatische Positivismus . . . die unreflektierte theoretische Grundlage der Jurisprudenz (bildet)«, der sich »im Staats- und Verfassungsrecht, aber auch in anderen Bereichen . . . der ›Krücken‹ des Institutionen- und Wertdenkens (bedient)« (293). Diesem Lehrkonzept stellen sie ein alternatives Konzept der Juristenausbildung entgegen, das das Ziel verfolgt, den grundlegenden Zusammenhang von Gesellschaft, Staat und Recht (zu rekonstruieren) und das Recht im großen und ganzen aus der ökonomischen Struktur der Gesellschaft abzuleiten« (294).

Ralf Leinweber (Marburg)

Rückerl, Adalbert (Hrsg.): Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1977 (359 S., br., 12,80 DM).

In einer Phase zunehmender neofaschistischer Aktivitäten und Propaganda – die sich inzwischen wieder bis zur »Auschwitz-Lüge« vorwagt – und zu einer Zeit, wo sich der vermutlich letzte große NS-Prozeß, der Majdanek-Prozeß, zu einem politischen Skandal auswächst, wird man gerade die Herausgabe eines solchen Bandes begrüßen wollen. Vom Herausgeber, Oberstaatsanwalt und Leiter der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg, darf man hohe Sachkompetenz erwarten. Und in der Tat: aus einer Zusammenstellung von Auszügen aus Schwurgerichtsurteilen und Vernehmungsprotokollen von Zeugen und Angeklagten aus Vorverfahren, von Rückert in Anmerkungen und Zwischentexten sachkundig kommentiert, entsteht ein detailliertes und umso bedrückenderes Bild der vier Vernichtungslager, in denen, hauptsächlich in den Jahren 42/43, mindestens 1,6 Mio. Menschen getötet wurden (Auschwitz wurde wegen der anderweitigen reichen Materiallage, Majdanek wegen des noch schwebenden Verfahrens ausgeklammert). Aufbau und Funktionsweise der Lager, Organisation der Transporte, die Vernichtungsmaschinerie, die wirtschaftliche »Verwertung« der Lebenden und Toten im Rahmen der sog. Aktion Reinhard etc. werden – vorwiegend

unter Verwendung von Angaben der Angeklagten selbst! – dokumentiert. Darüber hinaus verschafft der Band Einblick in die Schwierigkeiten der meist jahrelangen Vorermittlungsverfahren, skizziert den Verlauf der Prozesse und nennt die verhängten Strafen. Zwei Kapitel über juristische Probleme der Strafzumessung und über Prozesse vor polnischen Gerichten, eine kurze Bibliographie und ein Register runden den Band ab.

Soweit sehr empfehlenswert, jedoch: die politische Intention des Buches enttäuscht. Am 31. 12. 79 sollen NS-Gewaltverbrechen endgültig verjähren; das würde zugleich Schließung der Zentralen Stelle in Ludwigsburg bedeuten. Rückert registriert es kommentarlos. Über die politische Bedeutung der Verschonung oder äußerst schleppenden Verfolgung von NS-Verbrechern durch die bundesrepublikanische Justiz, über alte Nazis als Strafverteidiger in NS-Prozessen usw. verliert er kein Wort. Er möchte nur *die* Deutschen daran erinnern, was sie der Welt angetan haben, damit so etwas Schreckliches nicht wieder passiert; und das sei ja »immer wieder einen Versuch wert« (27). Bei diesem Unterfangen geht es ihm nun »in erster Linie darum . . . aufzuzeigen, in welcher Weise gerichtliche Verfahren dazu beitragen können, historische Sachverhalte aufzuklären« (305). Daß von 10 000 Ermittlungsverfahren, die aus Materialien der Zentralen Stelle hervorgingen, nur rund 300 zu Anklagen führten, muß unter diesem Aspekt dann nebensächlich erscheinen; ist doch auch der Strafzweck von individuellen Strafen für *solche* Verbrechen und nach so langer Zeit äußerst problematisch, wie Rückerl in seiner Einleitung (natürlich nicht ganz zu Unrecht) betont. Die Ermittlungsergebnisse als solche seien ja schon wertvoll genug, erhellen sie doch den damaligen Zeitgeist und die Verantwortung der Gesellschaft insgesamt, die dann schließlich auch ergänzend und ausgleichend zur individuellen Schuld der angeklagten Mörder in Betracht zu ziehen seien. Individualisierung der Geschichte plus Kollektivschuldthese (deren Postulierung er freilich von sich weist), diese Verbindung erscheint bei Rückerl als optimaler Weg zur Aufklärung über den Nationalsozialismus. Die wirklichen politischen und ökonomischen Ursachen des Faschismus werden so wieder einmal übergangen. Das drückt sich auch in der Auswahl der Texte und vor allem im Kommentar aus, in dem z. B. zwar allgemein von der »Verwertung« der Juden mit höchstmöglichem Gewinn die Rede ist, jedoch nicht von der Gruppe der wirtschaftlich Mächtigen, die daraus Nutzen zog, nicht von den Finanziers beim Aufbau von Lagern, nicht von den Besitzern der Betriebe, in denen die Häftlinge schufteten mußten (was allerdings bei diesem Band umso leichter fallen mußte, als er nur reine Vernichtungslager, also keine Konzentrations- und Arbeitslager behandelt). – Zur Information über die Realisierung der »Endlösung der Judenfrage« in den Vernichtungslagern ist das Buch nützlich; der Forderung F. J. Strauß' nach Generalamnestie für alle NS-Verbrecher setzt es seiner Intention nach kein Argument entgegen; das Gegenteil ist eher der Fall.

Thomas Doerry (Marburg)

Ökonomie

Pasinetti, Luigi L.: Lectures on the Theory of Production. The Macmillan Pres LTD, London and Basingstoke 1977 (294 S., Ln., 60,- DM).

An Lehrbüchern zur makroökonomischen Produktionstheorie mangelt es eigentlich nicht, vor allem dann nicht, wenn man bedenkt, daß sich die meisten Darstellungen inhaltlich nicht sonderlich unterscheiden: Im Vordergrund stehen stets die neoklassischen Versionen der Produktions- und Verteilungszusammenhänge, insbesondere das Konzept der makroökonomischen neoklassischen Produktionsfunktion mit ihren fast langweilig »schönen« Eigenschaften wie Stetigkeit, Differenzierbarkeit, Substituierbarkeit etc. Wozu da noch ein weiteres Lehrbuch zur Produktionstheorie?

Die »Lectures« von Pasinetti fallen aus dem etablierten Rahmen; Neoklassik wird in diesem brillanten Buch klein, vielleicht sogar zu klein geschrieben, um so mehr kann man hier über Ricardo, Marx, Leontief und Sraffa nachlesen. Bei diesem Lehrbuch handelt es sich meines Wissens um den ersten zusammenfassenden Text, in dem konsequent von den Fragestellungen ausgegangen wird, wie wir sie bei Marx und den großen klassischen Ökonomen vorfinden, um dann zu zeigen, wie sich die Probleme »im Zeitalter von Leontief und Sraffa« (P. A. Samuelson) teilweise präzisieren und lösen lassen. Freilich, der Autor ist nicht irgendwer, sondern einer der führenden zeitgenössischen ökonomischen Theoretiker, ein profilierter Kenner der Ricardoschen und Sraffaschen Theorie und scharfsinniger Kritiker der herrschenden neoklassischen Orthodoxie. Kein Zweifel auch, daß nur ein Ökonom vom Rang Pasinettis das Thema so gekonnt abzuhandeln versteht.

Zunächst gibt Pasinetti einen knapp gehaltenen Überblick über die grundsätzlichen Auffassungen von Quesnay, Ricardo und Marx zur Charakterisierung der Produktion und Reproduktion des jährlichen Warenprodukts sowie zur Verteilung des Produkts; die Bestimmung der respektiven relativen Anteile wird selbstverständlich aus der Auseinandersetzung und der relativen Stärke der großen sozialen Klassen erklärt. Im strikten Unterschied hierzu wird die Verteilung in der ab etwa 1870 formulierten neoklassischen Theorie (vor allem: Walras und Wicksell) aus gesellschaftsunspezifischen Produktionszusammenhängen abgeleitet, Klassen, Klassengegensätze und -kämpfe sind unter der Hand verschwunden. Dennoch, die auf gut 7 Seiten zusammengepreßte Skizze der Ansichten von Walras und Wicksell ist sicher etwas zu mager. Sodann wendet sich Pasinetti den modernen multisektoral formulierten Theorien zu.

Nach kurzer Beschreibung einer Input – Output - Tabelle (im 2. Kapitel) und eines linearen Produktionsmodells (im 3. Kapitel) erfolgt eine sorgfältige Darstellung der von Leontief entwickelten Input – Output – Analyse. Anschließend diskutiert Pasinetti im 5. Kapitel (dem Kern des Buches) das Produktionspreissystem von Sraffa. Mit großer Klarheit arbeitet er dabei die wichtigsten Resultate der Sraffaschen Theorie heraus, z. B., daß die relativen Produktionspreise durch die technischen Produktionsbedingungen und die Verteilung determiniert werden, die damit unabhängig von den individuellen Präferenzen sind, denen bekanntlich die neoklassische Theorie so große Bedeutung bei der Bestimmung der Preise beimißt. Im Anhang zum 5. Kapitel legt Pasinetti eine mathematische Analyse des Marxschen »Transformationsproblems« vor; obwohl er kein subtiler Kenner der Marxschen Theorie ist, sollte sein Beitrag beachtet werden, weil die Zusammenhänge zwischen Produktenwerten und Produktpreisen einschließlich der bei Marx vorliegenden Mängel sehr klar und übersichtlich beschrieben werden. Probleme der Wahl der profitabelsten Produktionstechnik werden im 6. Kapitel skizziert; hier resümiert Pasinetti im wesentlichen die in der Literatur der 60er und der ersten 70er Jahre unter dem Stichwort »Wiederkehr der Technik« bekannt gewordene und damals stark beachtete Kritik an der neoklassischen Theorie. Im letzten Kapitel behandelt er strukturkonstante wachsende ökonomische Systeme mit konstanter Wachstumsrate unter Einschluß des wichtigen v.-Neumann-Modells.

Es leuchtet wohl ein, daß in einem Buch, in dem multisektorale Systeme untersucht werden, durchgängig von Ergebnissen der Linearen Algebra Gebrauch gemacht wird. Der besseren Lesbarkeit willen hat Pasinetti die »Lectures« mit einem 50seitigen mathematischen Anhang versehen, in dem alle im Text verwendeten analytischen Hilfsmittel mit der für diesen Zweck hinreichenden Strenge zusammengestellt sind. Das Buch ist aus Vorlesungen hervorgegangen, die Pasinetti im englischen Cambridge und in Mailand seit 1956 gehalten hat, der vorliegende Text ist eine von I. Steedman vor-

genommene Übersetzung der erstmals 1975 in Italien publizierten Ausgabe. Man kann es nur bedauern, daß dieses erstklassige Werk erst jetzt einem größeren Leserkreis zugänglich gemacht worden ist. Wie viele Irrtümer und Irrwege hätten kritisch orientierte Ökonomen vermeiden können, wenn dieses auch didaktisch ganz ausgezeichnete Buch schon vor 10 Jahren veröffentlicht worden wäre!

Michael Krüger (Osnabrück)

Hundt, Sönke: Zur Theoriegeschichte der Betriebswirtschaftslehre. Bund-Verlag, Köln 1977 (224 S., br., 24,80 DM).

Die Arbeit beginnt mit einer kritischen Betrachtung der für die neuere BWL bedeutsamen Positivismusdebatte. Hundt zeigt, daß der Kuhnsche Paradigmaansatz geeignet ist, »das gesamte Wissenschaftsprogramm Poppers (zu relativieren) – nämlich zu einem Paradigma der Wissenschaftstheorie unter anderen« (24). Gleichzeitig kritisiert er Kuhn treffend, indem er klar macht, daß dessen Paradigmaansatz zwar die *Form* des Übergangs von einem Theoriegebäude zu einem anderen beschreiben kann, nicht aber die Ursachen dieses Übergangs. Hundt fragt deshalb nach den »gesellschaftlichen Entstehungs- und Existenzbedingungen der Wissenschaft«, bleibt hier jedoch in den gängigen Allgemeinheiten stecken. Zwar verrät sein Hinweis, daß beim gegenwärtigen Stand der Forschung »eine materialistisch zu nennende Ableitung bestimmter Ausprägungen der Theorie aus der realen Entwicklung« (33) nicht zu leisten ist, nicht bloße Unkenntnis, sondern im Textzusammenhang wissenschaftliche Bescheidenheit und Sachkenntnis zugleich. Dennoch bleiben die Ausführungen hier unbefriedigend, weil zum Verhältnis von realökonomischer Entwicklung und ökonomischer Wissenschaft auch beim gegenwärtigen Stand der Forschung mehr zu sagen wäre, als dies bei Hundt geschieht.

Die folgenden 170 Seiten gehören dann ganz der BWL und ihrer historischen Entwicklung, von der *Handelwissenschaft* (um die Jahrhundertwende bis 1920er Jahre) über *Schmalenbach* (zwanziger Jahre bis 1933) und *Gutenberg* (1951) bis zur entscheidungs- und systemorientierten BWL um *Heinen* (zweite Hälfte der 60er Jahre). Hundt arbeitet dabei im wesentlichen zwei Entwicklungslinien heraus:

1. Die unterschiedlichen Auffassungen vom Zusammenhang von Betrieb und Gesellschaft. War es bei Schmalenbach – mit dem die Geschichte der BWL im Grunde erst beginnt – der gemeinwirtschaftliche Aspekt der Unternehmenstätigkeit, die »Wirtschaftlichkeit«, die allein Gegenstand betriebswirtschaftlicher Betrachtungen sein konnte, so wird bei Gutenberg das Verhältnis von Einzel- und Gesamtwirtschaft zum Verhältnis von Sach- und Formalziel (Kosiol): die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung (Sachziel) gelingt, wenn jedes einzelne Kapital nach maximaler Verwertung (Formalziel) strebt. Bei Heinen schließlich verkümmert die gesellschaftliche Dimension des Handelns der Einzelkapitale zur bloßen Außenbeziehung.

2. Der Verlust an ökonomischem Denken in der BWL. Konnte Schmalenbach mit seiner Theorie wachsender Fixkostenanteile an den Gesamtkosten noch die ökonomische Determiniertheit des Handelns der Einzelwirtschaften aufzeigen, so ist dem Gutenbergschen Unternehmer bloß das Rentabilitätsprinzip als Restriktion vorgegeben, das er einhalten muß, weil es das System konstituiert und die Allokation regelt. Bei Heinen wiederum ist der Zielphantasie der Organisation Unternehmen keine Grenzen gesetzt, es hat die freie Wahl.

Dabei macht Hundt deutlich, daß der Übergang von einem Theoriesystem in das andere meist nicht das Ergebnis interdisziplinärer Auseinandersetzung ist, aus der der neue Ansatz als stärkerer oder fundierter hervorgeht. Übergänge finden vielmehr gar nicht statt. Der neue Ansatz ist da und wird von der Mehrheit der »Fachkollegen«

als leistungsfähiger angesehen. Weil Hundt aber zu Beginn dem Verhältnis von Ökonomie, Realgeschichte und Wissenschaft nicht genauer nachgegangen ist, kann er dem Schein der Beliebigkeit des Paradigmenwechsels nun nur wenig »Materielles« entgensetzen und muß es bei vereinzelt Hinweisen bewenden lassen.

Ein zentrales Kapitel in diesem Buch beschäftigt sich mit der BWL zur Zeit des Faschismus in Deutschland. Hundt gelingt es hier, das Verhältnis Wissenschaft-Politik beispielhaft zu konkretisieren: die BWL hat den Faschismus nicht »wissenschaftlich begründet«, hat ihm nicht »vorgearbeitet«, war nicht selbst faschistisch, sondern die Struktur der BWL zu dieser Zeit – Schmalenbachs Fixkostenansatz forderte Kontrolle der großen Unternehmen; die »gemeinwirtschaftliche Aufgabe« des Unternehmens mußte wahrgenommen werden (Nicklisch) – ließ den Faschismus zu: die nationalsozialistische Volksgemeinschaftsideologie konnte fast mühelos integriert werden; das betriebliche Rechnungswesen, unter Schmalenbach schon vom bloßen Gewinnermittlungsverfahren zum Instrument der inneren Kontrolle betrieblicher Abläufe geworden, erhielt in der »gebundenen Wirtschaft« ein reiches Entwicklungsfeld.

All dies ist von Hundt sehr sauber herausgearbeitet, flüssig geschrieben und für den Leser gut nachvollziehbar. Von großem Vorteil sind auch die vielen Literaturhinweise, die auch dem Nichtfachmann eine weitergehende Beschäftigung am Punkt ermöglichen. Trotz der oben gemachten Einschränkungen also ein lesenswertes und zumindest für Betriebswirte wichtiges Buch. Michael Ernst-Pörksen (Berlin/West)

Meyer, Regine: Streik und Aussperrung in der Metallindustrie.

Analyse der Streikbewegung in Nordwürttemberg-Nordbaden 1971.

Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1977

(426 S., br., 28,- DM).

In der Einleitung zu ihrer leicht gekürzten und veränderten Dissertation von 1974, schreibt Regine Meyer, sie wolle die Frage beantworten, ob es der Industriegewerkschaft Metall gelungen sei, in einem der härtesten und größten Lohnkämpfe der Geschichte der BRD den konzentrierten (sozial)politischen Angriff der Unternehmervereinigung Gesamtmetall und im weiteren der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände abzuwehren; sie habe sich daher nicht auf den Ablauf der Tarifverhandlungen im engeren Sinne beschränken können. – Nachdem die Autorin in der Einleitung (Kapitel I) ihr Thema umrissen hat, untersucht sie im folgenden Kapitel die ökonomischen Ausgangsdaten der Tarifrunde 1971/72; im Kapitel III schätzt sie kurz die Rolle der verschiedenen Unternehmerverbände und deren Aufgaben ein, und zwar der BDA und des »Gesamtverbandes der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände« (Gesamtmetall), dessen organisatorischer Aufbau und strategisch-taktische Hauptorientierung exakt herausgearbeitet werden. In dem rund 100 Seiten umfassenden Kapitel IV, »Die gesellschaftliche Funktion der Gewerkschaften«, beschreibt Meyer Struktur und Aufgaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes – der im Gegensatz zur BDA keine tarifpolitische Führerschaft seiner angeschlossenen Mitgliedsverbände innehat (49, 98) – und der IG Metall, sowohl was den Vorstand, den Gewerkschaftstag, die Bezirksleitungen, Vertreterversammlung und Ortsverwaltung und Betriebsräte als auch die Großen Tarifkommissionen und die Vertrauenskörper angeht; die Autorin bedauert, daß die satzungsmäßigen Grundeinheiten der IG Metall nicht die (betrieblichen) Vertrauenskörper, sondern die (territorialen) Ortsverwaltungen sind, und weist nach, um wieviel schlagkräftiger die Organisation im ersten Fall sein könnte (158 ff.). Schließlich behandelt sie im Kapitel V die Lohnrunde 1970/71, die als eine der erfolgreichsten in der Geschichte der IG Metall charakterisiert wird.

Gesamtmetall steuerte zielstrebig auf die offene Auseinandersetzung zu (332), wo-

bei ihr die Rechtsprechung über Streik und Aussperrung zu Diensten war (182, 282, 301 ff.). Die IG Metall verhielt sich defensiv (332, 337), u. a. unter Rücksicht auf ihre Finanzen, die einer möglichen Ausweitung eines Streiks über das Tarifgebiet Nordwürttemberg-Nordbaden entgegenstanden. Meyer resümiert (341): »Eine Mobilisierung aller Mitglieder, zügige Verhandlungsführung, schnelle Organisation des Streiks ... und sofortige Einleitung weitergehender Kampfmaßnahmen bei Bekanntwerden des Aussperrungsbeschlusses, Organisation breiter Solidaritätsaktionen in anderen Tarifgebieten bis hin zur Ausdehnung des Streiks auf ein anderes geeignetes Tarifgebiet, z. B. Hamburg – eine solche Vorgehensweise hätte unter Berücksichtigung aller Umstände mit hoher Wahrscheinlichkeit die Metallindustriellen zum Rückzug genötigt, den Kampf verkürzt und zu einem günstigeren Abschluß geführt.«

Dennoch gehört zu einer Beurteilung eines großen Streiks mehr als die Gewichtung seines materiellen Ergebnisses, weshalb sich Meyer mit den organisatorischen, ideologischen und politischen Auswirkungen des Streiks befaßt. Im Organisatorischen spricht sie von einem »Teilsieg« der IG Metall, weil es Gesamtmetall nicht gelungen sei, die Metallarbeiter (und -angestellten) einzuschüchtern, gegen die IG Metall aufzubringen und die Streikfront zu spalten; im Gegenteil verhielten sich gerade die Angestellten (mit Einschränkungen), die ausländischen Beschäftigten und sogar die Unorganisierten vorbildhaft solidarisch, was nicht zuletzt in einem sprunghaften Anstieg der Mitgliederzahlen der IG Metall (349), aber auch in einer wachsenden Beitragsehrlichkeit zum Ausdruck kam (335). Trotz bedeutender Fortschritte konstatiert Meyer – zu Recht – einen eklatanten Widerspruch »zwischen der hohen Kampfmentalität der Streikenden und ihrer gleichzeitigen politischen Orientierungslosigkeit« (352), was die These stütze, »daß politisches Klassenbewußtsein sich nicht spontan aus ökonomischen Kämpfen entwickeln kann, weil die inneren Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft an der Oberfläche nicht sichtbar sind« (ebda).

Man muß die Metalltarifrunde 1971 »auch als Bewährungsprobe für gewerkschaftliche Strategie und Taktik unter schwieriger werdenden ökonomischen und politischen Bedingungen betrachten«, unter denen »die Wahrung des sozialen Besitzstandes und die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit im Vordergrund« stehen (8). Diese Bedingungen waren auch in jüngster Zeit beim Streik der Drucker (1976) und der Hafenarbeiter und der nordwürttembergisch-nordbadischen Metaller (1978) gegeben, bei denen viele Parallelen zum Metallstreik 1971 zu ziehen sind. – Regine Meyers Arbeit gehört in die Hand aktiver Gewerkschafter und des erfreulich großen Teils der Intelligenz, der sich in den letzten Jahren auf der demokratischen Seite formiert hat.

Matthias Dohmen (Wuppertal)

Jungk, Robert: *Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit.* Kindler Verlag, München 1977 (244 S., br., 19,80 DM).

Jungk hat seine Ausführungen »in Angst und Zorn geschrieben. In Angst um den drohenden Verlust von Freiheit und Menschlichkeit. In Zorn gegen jene, die bereit sind, diese höchsten Güter für Gewinn und Konsum aufzugeben.« (X f.). Jungk zielt vor allem darauf ab, diejenigen Gefahren eines expansiven Ausbaus der Atomindustrie vor Augen zu führen, die jenseits der technischen Risiken und ökologischen Gefährdungen die demokratischen Errungenschaften einer Gesellschaft bedrohen. Im »Atomstaat« werden die Orwellschen Visionen von 1984 Wirklichkeit. Daß es genügend Anzeichen für eine Entwicklung dorthin gibt und ein entschlossenes Eintreten dagegen geboten ist, wird mit einer Fülle von Belegen verdeutlicht.

In sieben Kapiteln leuchtet Jungk das vielfältige Spektrum der nuklearen Gefahr aus, die er in eindringlicher Weise exemplarisch an einigen Aspekten darstellt. Angefangen von den Kontaminationsgefahren, denen die Arbeitenden in KKWs ausgesetzt sind, über die skrupellose Unbekümmertheit eines »neuen Typ(s)« (45) von Wissenschaftlern, der in unverantwortlicher Weise immer riesigere und risikoträchtigere Projekte proklamiert, entfaltet er den Bedrohungszusammenhang bis hin zu den politischen Konsequenzen, die aus der Notwendigkeit resultieren, die gewaltigen Sicherheitsrisiken der Atomindustrie zu minimieren. Die verschiedensten Manipulationen werden aufgedeckt, die »liveware« (78) Mensch den Anforderungen der atomaren Gesellschaft anzupassen, sei es, um ihn als »Fehlbarkeitsfaktor« (76) im industriellen Verfahren auszuschalten, sei es, um Protest und Widerstand zu neutralisieren. Dabei erwächst aus der stetigen, weltweiten Proliferation der Kerntechnologie, bei der die BRD eine unrühmliche Rolle einnimmt, eine neue und entscheidende Bedrohung, deren Potential die Tendenzen des Abbaus demokratischer Rechte und Freiheiten auf die Spitze treibt. Die Abwehr potentieller »Atomterroristen« (158) macht ein umfassendes System präventiver Sicherheitsvorkehrungen, lückenloser Überwachung und zunehmender rechtlicher Restriktionen erforderlich, wodurch der Rechtsstaat in ein totalitäres Herrschaftssystem transformiert wird, die potentiellen Gefahren aber keineswegs völlig ausgeräumt werden können. Am Beispiel der emporschnellenden Spirale der »inneren Rüstung« (166) zeigt Jungk, daß dies längst eine reale, ernstzunehmende Entwicklung ist.

Die von Jungk vorgelegten Fakten zeichnen ein beklemmendes Bild atomarer Realitäten, das die Notwendigkeit des Widerstandes dagegen augenfällig macht. Allerdings bleibt Jungks diesbezügliches Engagement bei moralisierender Empörung stehen. Er reduziert den Ursprung allen Übels auf die rein stofflichen Bedingungen und Probleme des nuklearen Brennstoffkreislaufs. Für ihn hat die Beherrschung der Natur durch den Menschen mit der Kernspaltung offensichtlich ihr Ende gefunden. Wenngleich er den Ideologien eine scharfe Absage erteilt, die ihre Legitimation aus einer vorgegebenen technischen Sachgesetzlichkeit gewinnen, sitzt er in Bezug auf die Kernenergie selbst der Vorstellung der »Technik als Herrschaft« auf. Der Verzicht, die spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu thematisieren, und die Beschränkung auf Deskription und beschwörende Appelle laufen dabei gleichsam in einer *nuklearen Konvergenztheorie* zusammen, nach der die geschilderten Tendenzen zwangsläufig und systemunspecifisch im »Atomstaat« münden müssen. Das Resultat dieser Sichtweise, die im Vorwort skizziert wird, offenbart der Ausblick, in dem Jungk seine alternativen Vorstellungen unterbreitet. Die Unfähigkeit, die aufgeführten Gefahren als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse zu bestimmen, in denen die Verwertung des Werts dominierendes Motiv und alleiniger Zweck ist, endet prompt in sozialutopischer Schwärmerei. Wer die Verhältnisse des staatsmonopolistischen Kapitalismus bereits mit Kategorien wie »Produktionsgesellschaft« (208) erfaßt zu haben glaubt, kann auch in den Idealen der »neuen Internationale« (202), wie Jungk das weltweite Potential von Umweltschützern, Kernkraftgegnern und Befürwortern einer »sanften Technik« definiert, die Zielforderungen ausmachen, die dem Kampf gegen die gesellschaftlichen Ursachen und Gefahren der Kernenergie zum Erfolg verhelfen sollen. »Menschliche Schöpferkraft statt Atomkraft« (209) wird dann zum zusammenfassenden strategischen Leitbild – als wäre Atomkraft Produkt unmenschlicher Schöpferkraft. Wer die Befreiung des Menschen von gesellschaftlichen Zwängen fordert, muß jedoch die gesellschaftlichen Bedingungen aufdecken, die dies verhindern und diejenigen gesellschaftlichen Voraussetzungen – gesellschaftliche Verfügung und demokratische Kontrolle der Produktionsmittel – benennen, die dafür zuallererst erkämpft werden müssen. Bleibt Jungks Beitrag in dieser Hinsicht theoretisch unzu-

länglich und praktisch desorientierend, so sind seine Ausführungen gleichwohl ein wichtiges Dokument der Gefahren einer gesellschaftlich unkontrollierten Expansion der Atomindustrie.

Willi Riepert (Marburg)

Maier, Harry: Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstums?
Akademie-Verlag Berlin/DDR 1977 (82 S., br., 3,50 M).

Harry Maier, im Westen vor allem durch seine Forschungen zur Bildungs- und Wachstumsökonomie bekannt, versucht drei Themen miteinander zu kombinieren: (1) eine Exposition des Problems der Rohstoffverknappung; (2) eine Ideologiekritik der bürgerlichen Verarbeitung des Problems (insbesondere durch den *Club of Rome*); (3) einen Beweis der Überlegenheit des Sozialismus bei der Lösung des Problems.

Der Club of Rome konzentriert sich in seinen Ideen zur Überwindung der Krise bekanntlich auf Vorschläge zur Beschränkung des Wachstums. Dem gilt Maiers Ideologiekritik. Der Club of Rome beschwöre die Menschheit mit moralischen Appellen, »um so die Grenzen und Widersprüche, auf die das Kapital im Prozeß seines Wachstums stößt, in allgemeinmenschliche umzudeuten, sie als naturnotwendig und unumstößlich hinzustellen«. (21) Maier stellt dem die These entgegen, daß die Umweltkrise wesentlich auf die Verwertungsbedingungen des Kapitalismus zurückgeführt werden müsse. »Aus diesem Unvermögen entspringen schwerwiegende Störungen des ökologischen Gleichgewichts, sie gefährden Leben und Gesundheit der Menschen.« (51) Die Appelle des Club of Rome werden jedoch fruchtlos bleiben, da die »Reproduktion der natürlichen Umwelt« nicht profitabel sei. Sobald der Schock überwunden sei, werde der Kapitalismus zu ökologisch extensiven Formen der Reproduktion zurückkehren. In der Rationalität des kapitalistischen Systems bleibe die Umwelt »Umwelt« – gehe also nicht als Systemkriterium in die Entscheidungsstruktur mit ein. Die nächste Umweltkrise ist deshalb vorprogrammiert. Nur eine neue Entscheidungsstruktur, in der die Umwelt nicht mehr Umwelt bleibt, sondern ins System mit einbezogen werden kann, biete die Basis für eine grundsätzliche Lösung des Problems. An die Stelle der partialisierten Rationalität des Kapitalismus müsse sozialistische Planung treten. Maier zeigt zum Schluß an einigen Beispielen, wie die Planung in der DDR und der SU das Umweltproblem berücksichtigt.

Maier hat sich auf 82 Seiten viel – zu viel – vorgenommen. Seine Beweisführung bleibt deshalb lückenhaft und läßt Fragen offen. Er hätte sich vermutlich besser auf die Fragestellung konzentrieren können, unter der die Reihe steht, in der die Broschüre erschien: Kritik der bürgerlichen Ideologie. In großen Zügen ist seine Argumentation jedoch stichhaltig; für den Leser in der BRD bleibt es allerdings bedauerlich, daß Maier mit keinem Wort auf Harichs Buch zum gleichen Thema (Kommunismus ohne Wachstum?; vgl. die Rezension in *Das Argument* 101) eingeht, das im Westen Furore machte, wahrscheinlich deshalb, weil es die pessimistischen Zukunftsvisionen des Club of Rome in marxistische Sprache übersetzt.

Michael Masuch (Amsterdam)

Eckey, Hans-Friedrich: Grundlagen der regionalen Strukturpolitik.
Eine problemorientierte Einführung. Bund-Verlag, Köln 1978
(197 S., br. 32,- DM).

Vor dem Hintergrund dauerhafter ökonomischer Krisenerscheinungen wie anhaltende Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen und geringe Wachstumsraten des Sozialprodukts offenbart sich die Hilflosigkeit eines auf die Steuerung von Faktoren der volkswirtschaftlichen Endnachfrage (Globalsteuerung) angelegten wirtschaftspoliti-

schen Instrumentariums. Die Strategie der globalen wachstumsfördernden Maßnahmen hat, statt ein ökonomisches Wachstumsgleichgewicht zu schaffen, lediglich die sich seit Jahren abzeichnenden und in der Krise offen zutage getretenen strukturellen Probleme sichtbar gemacht. Zugleich hat sie aber auch in der jüngeren wirtschaftspolitischen Diskussion die Forderung nach einer Abkehr von Konzepten der Globalsteuerung hin zu einem differenzierten strukturpolitischen Instrumentarium begründet. Die Überwindung der Kluft zwischen diesen politischen Forderungen und der theoretischen Basis, der Kenntnis über strukturpolitische Instrumente und deren Zusammenhänge und Wirkungsweisen, setzt sich das vorliegende Lehrbuch zum Ziel. Allerdings warnt der Autor vor der naiven Erwartung, daß es der Wissenschaft möglich sei, in den Fällen, in denen die Wirkungsmechanismen eines marktwirtschaftlich organisierten Systems nicht den normativ gesetzten Zielen gerecht werden können, über eine deterministische Ziel-Mittel-Beziehung ein zieladäquates wirtschaftspolitisches Instrumentarium aufzuzeigen. Dies gehe an der Struktur real ablaufender machtpolitischer Entscheidungsprozesse vorbei.

Im ersten Teil gibt Eckey kurze Hinweise auf Ursachen und Dimensionen des ökonomischen Strukturwandels. Dazu zählen: Änderungen in der Zusammensetzung der Endnachfrage, unterschiedliche Intensität des technischen Fortschritts in den Sektoren der Volkswirtschaft, Änderungen in der Relation der im Produktionsprozeß eingesetzten Inputfaktoren. Bei der Ableitung der Notwendigkeit der Strukturpolitik aus der Diskrepanz von gesellschaftlichen Leitbildern und dem Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse verweist Eckey auf statische Faktoren wie fehlerhafte Marktstrukturen, mangelnden Wettbewerb und das Auftreten von externen Effekten (Umweltbelastungen) und auf dynamische Faktoren, wie krisenhaften Strukturwandel, fehlende Mobilität der Produktionsfaktoren und die unzureichende Eigenschaft von Preisen als Parameter für zukünftige wirtschaftliche Erfordernisse. – Breiten Raum nimmt die Darstellung der Grundlagen regionaler Strukturentscheidungen ein. Erläutert werden die bekanntesten mikro- und makroökonomischen Standorttheorien, die Erklärungsversuche regionaler Wachstumsstrategien (klassische, keynesianische und auf regionale Ungleichgewichte basierende Wachstumsmodelle) sowie die die Ursachen fehlerhafter struktureller Entwicklungen bedingenden Restriktionen.

Im Unterschied zu anderen Lehrbüchern und Monographien unternimmt Eckey den weiteren Versuch, die Zusammenhänge zwischen sektoraler und regionaler Entwicklung und ihre Bedeutung für eine konsistente Strukturpolitik aufzuzeigen. Gerade dann, wenn sich die Sektoren einer Volkswirtschaft nicht entsprechend den regionalen Standort- und Wachstumstheorien über die Fläche verteilen, sondern sich nur auf wenige Regionen konzentrieren, sind die direkten Verbindungslinien zwischen sektoraler und regionaler Strukturpolitik gezogen. Allerdings sind die Aussagen zu den ausgewählten Bereichen Verkehrs-, Agrar- und Außenwirtschaftspolitik zu wenig konkret, zu ungenau und vor allem angesichts widerstreitender Interessen zwischen den Zielen einer Strukturhaltung und denen einer Strukturgestaltung und Strukturanpassung zu wenig problemorientiert aufbereitet, als daß sie den Ansprüchen eines Lehrbuches genügen würden.

In einem abschließenden Teil unterzieht Eckey die unterschiedlichen Ansätze einer praktizierten Strukturpolitik einer zusammenfassenden Würdigung: Strukturpolitik als Teil einer geschlossenen Konzeption wirtschaftspolitischer Eingriffe auf der einen Seite und als langfristiger grober ordnungspolitischer Rahmen unter Vernachlässigung der Prozeßpolitik auf der anderen Seite. Sein Plädoyer für die Konzeption einer aktiven Strukturpolitik fällt eindeutig aus, wenn auch mit einer allgemein formulierten pragmatischen Begründung: Solange die konzeptionellen Schwächen einer Strukturpolitik aus einem Guß geringer sind als die eines sich selbst überlassenen Krisen er-

zeugenden marktwirtschaftlichen Systems, sei aktives strukturpolitisches Handeln dem Nichtstun in jedem Fall vorzuziehen.

Insgesamt eine brauchbare Darstellung, allerdings mit deutlichen Schwächen dort, wo anstelle einer ausführlichen Erörterung von Problemzusammenhängen, wie sie z. B. bei der Betrachtung von divergierenden strukturpolitischen Interessen in der Praxis und den Versuchen einer wissenschaftlichen Aufarbeitung von Strukturproblemen in der Theorie sichtbar werden, lediglich Querverweise auf entsprechende theoretische Arbeiten zu finden sind.

Detlev Ehrig (Bremen)

Senghaas, Dieter und Ulrich Menzel (Hrsg.): *Multinationale Konzerne und Dritte Welt*. Westdeutscher Verlag, Opladen 1979 (308 S., br., 49,- DM).

In den vorliegenden Untersuchungen wird nicht nur der Versuch unternommen, Bedeutung und Verhältnis der Multinationalen Konzerne (MNK) zur Dritten Welt zu analysieren, sondern darüber hinaus die Problematik von Kontrollmöglichkeiten zu diskutieren. Die Autoren, Angehörige einer Arbeitsgruppe über die Tätigkeiten der MNK in der Dritten Welt, stellen sich mit ihren Arbeitsergebnissen in einen bewußten Gegensatz zu dem 1974 vom Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit veranstalteten Hearing »Tätigkeit und entwicklungspolitischer Einfluß deutscher multinationaler Unternehmen in Entwicklungsländern«, das, von der CDU/CSU-Fraktion initiiert, einer drohenden Legitimationseinbuße der MNK entgegenwirken sollte. Dieser Weißwäscherei stellen die Autoren ein kritisches Konzept gegenüber, das den Gegenstand auf sechs Ebenen zu erfassen sucht: auf der Basis der Auswertung entsprechender Literatur und umfangreichen empirischen Materials werden die Dimensionen von MNK-Aktivitäten in der Dritten Welt, ihre sozioökonomischen Folgen und ihre neueren Aktionsfelder dargestellt und untersucht, sowie die Handlungsspielräume der Staaten der Dritten Welt gegenüber den MNK und die Möglichkeiten von Gegenstrategien und Kontrollchancen erörtert.

Indem Junne Gründe, Typen und regionale Verteilung von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern tableauartig auflistet und analysiert, die am Beispiel der MNK der BRD konkret untersucht werden (Kisker), man die Entwicklung zur »strukturellen Abhängigkeit« der Dritten Welt historisch im Prozeß internationaler Arbeitsteilung begriff (Senghaas/Menzel) und auf den Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Zunahme von MNK-Aktivitäten in Entwicklungsländern und dem meist zu engen nationalen Markt eingeht (Wohlmuth), der für die betroffenen Länder »eine ganz entscheidende Wachstumsschranke« (68) darstellt, gelingt es den Autoren, über die Grenzen nationalstaatlicher Betrachtung hinaus, die Rolle der MNK im Rahmen der Weltwirtschaft zu betrachten. Sie decken die ungeheuere Macht der MNK auf und konstatieren eine Dialektik zwischen wirtschaftlichem Wachstum, besonders im Bereich Rohstoffgewinnung und -verarbeitung, Importsubstitutions- und Exportindustrie als bevorzugtes Investitionsvorhaben der MNK, und bleibendem Massenelend in der Dritten Welt, das gerade in seinen Auswirkungen, z. B. durch Niedrigstlöhne, jene Investitionsanreize schafft, die zwar höchste Profite versprechen, jedoch die Beschäftigungslage der Massen als Voraussetzung zur Beseitigung des Massenelends nicht verbessert. »Mit der zunehmenden Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen ist aber auch eine tendenzielle Verschlechterung der Beschäftigungssituation verbunden . . . Die statistischen Untersuchungen über den Zusammenhang von Wachstum der Beschäftigung und Wachstum der Produktion in der verarbeitenden Industrie zeigen daher auch übereinstimmend die tendenzielle Verlangsamung des Beschäftigungswachstums gegenüber dem Outputwachstum« (88). So steht einer mit importierter Technologie verbundenen sich ausweitenden Produktion ein meist viel zu en-

ger nationaler Markt, einem wachsenden Sozialprodukt eine relative Verarmung gegenüber. So werden die MNK als eines der entscheidenden Hindernisse für die Emanzipation und wirtschaftliche Entwicklung erkannt. Weitere Belege dafür sind die Beiträge von Feder über die »neue Penetration der Landwirtschaften der unterentwickelten Länder« (103) und von Albrecht/Lock, die überraschenderweise eine forcierte Verlagerung von Rüstungsproduktion in die Dritte Welt feststellen. Zugleich verdeutlichen diese Beiträge, daß die MNK bereits im historischen Vorfeld um die Diskussion über eine neue Weltwirtschaftsordnung versuchen, Realitäten zu schaffen, die die Diskussion zu ihren Gunsten beeinflusst bzw. an denen die Diskussion nichts mehr ändern kann.

In diesem Zusammenhang erhält die von Tetzlaff aufgeworfene Frage nach dem »politischen Handlungsspielraum peripher-kapitalistischer Staaten für mehr nationale Emanzipation als auch diejenige nach dem Klassencharakter dieser Herrschaftssysteme« (145) einen besonderen Stellenwert. Er beobachtet in Bezug auf die Herrschaftssicherung und Machtausübung für und durch die MNK eine zunehmende »Flexibilität der MNK-Praktiken als Anpassungszwang« (148). Statt der früher üblichen direkten politischen und militärischen Interventionen – man denke an die Bananenrepubliken der United Fruit – gehen nunmehr die MNK immer mehr dazu über, »durch selektive Integration (der nationalen Elite, R. G.) . . . in die Konzernfilialen . . . »partnerschaftliche« Interessensverfälschungen zu schaffen« (149). Mit anderen Worten: statt des offenen Drucks bevorzugt man nunmehr die Mittel der Korruption, der Bestechung und des Kaufs nationaler Eliten. Leider werden die Ursachen der Notwendigkeit zur »Flexibilität« nur unzureichend analysiert. Tetzlaffs Resümee, daß sich aufgrund korrumpierter Herrschaftsapparate und subtiler Einflußmechanismen der MNK nicht der »politische Handlungsspielraum zur Überwindung von Unterentwicklung . . . in den Ländern der Dritten Welt vergrößert, sondern das internationale kapitalistische System der Ausbeutung . . . stärker geworden ist« (166), kann daher nur bedingt zugestimmt werden. Richtig ist es lediglich in bezug auf das Verhältnis zwischen den MNK und den Staatsapparaten der Dritten Welt, was auch Elsenhanses Thesen zu diesem Verhältnis belegen, die folgende Interessensidentität festmachen: die MNK hängen an ihren Profiten, die Staatsbürokratie an ihren Privilegien, so daß beide »nicht auf tiefgreifenden sozialen Wandel (setzen), weil dieser Wandel sozialistische Elemente der Mobilisierung der Massen mit sich bringt . . .« (179). Leider wird in diesen Betrachtungen der Stand der realen nationalen und internationalen Klassenauseinandersetzungen ausgeklammert. So bleibt eine wichtige politische Dimension für die Analyse unberücksichtigt, von der nämlich die Ursache des Zwangs zur »Flexibilität« her erst verständlich wird.

So kann auch die insgesamt pessimistisch ausfallende Einschätzung der Überwachung und Kontrolle der MNK durch administrative Maßnahmen (Schlupp) und hinsichtlich einer neuen internationalen Arbeitsteilung (Senghaas-Knobloch) nicht überraschen. Richtet man, wie Schlupp, sein Hauptaugenmerk auf die »diversen nationalen Ansätze zur administrativen Überwachung und Kontrolle von Auslandsdirektinvestitionen in den verschiedenen Regionen der Peripherie« (187), dann darf die Feststellung nicht verwundern, daß »all diese Entwicklungen und Tendenzen weder direkte Beiträge zur Überwindung von Unterentwicklung und Abhängigkeit (sind), noch zur Herstellung von Bedingungen der Möglichkeit autozentrierter Entwicklungen« beitragen (227). Bei Senghaas-Knobloch wird dies noch deutlicher, wenn sie darauf aufmerksam macht, daß es im Rahmen der bestehenden Weltwirtschaftsordnung für die »Revenue der peripheren Länder kaum einen Unterschied macht, ob sie ihre Produkte überwiegend über den freien Welthandel, über feste Kontraktpreise oder auf dem Hintergrund konzernmäßiger Kartellierung exportieren« (241).

Hier werden die Grenzen einer lediglich ökonomischen Betrachtung des Verhältnisses MNK und Dritter Welt deutlich. In diesem Rahmen muß man aufgrund des vorgelegten Materials zu einer pessimistisch erscheinenden Perspektive gelangen, die jedoch relativiert wird, würde man den Stand des internationalen Kräfteverhältnisses, der nationalen Befreiungsbewegungen und des Antiimperialismus in die Analyse einbeziehen. Das dies jedoch unterbleibt, macht den Hauptmangel des vorliegenden Bandes aus. Dieser Mangel liegt aber weniger in den einzelnen Beiträgen als vielmehr in der Gesamtkonzeption des Buches begründet. So bleibt nur noch auf die umfangreiche, durch einen thematischen Index erweiterte, Bibliographie hinzuweisen, die die Literaturlage repräsentativ erfaßt.

Rolf Gawrich (Bonn)

Bergmiller, Alfred, und Peter Feldbauer (Hrsg.): Kolonialismus, Imperialismus, Dritte Welt 1. Mit Beiträgen von Alfred Bergmiller, Peter Feldbauer, Hubert Hummer, Helmut Konrad, Jean-Paul Lehnerns, Fritz Schindlecker, Fritz Wimmer. Wolfgang Neugebauer Verlag, Salzburg 1977

(347 S., br., 30,- DM).

-zit. I

Lehnerns, Jean-Paul (Hrsg.): Kolonialismus, Imperialismus, Dritte Welt 2. Mit Beiträgen von Alfred Bergmiller, Christian Delcourt, Peter Feldbauer, Hubert Hummer, Jean-Paul Lehnerns, René Schmidt, Anselm Skuhra.

Wolfgang Neugebauer Verlag, Salzburg 1978 (258 S., br., 30,- DM).

-zit. II

Der zweibändige »Lehrbehelf« ist laut Ankündigung der Herausgeber »der Startband einer neuen Publikationsreihe »Geschichte und Sozialkunde – Reihe Lehrbehelfe«, die »durch Überblicksdarstellungen, Fallstudien, Quellen- und Datenmaterial schwerpunktweise zentrale Stoffgebiete des gleichnamigen Faches für den Unterrichtsbedarf aufarbeiten will« (I/9). Die beiden vorliegenden Bände behandeln das Thema »die Dritte Welt als Gegenwartsproblem und Unterrichtsaufgabe«. Der erste Band soll den Lehrer »über die neuesten Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zum vorgegebenen Problembereich informieren, so daß es ihm möglich ist, die Entwicklung der Abhängigkeitsstrukturen, welche die Welt in Metropolen und periphere Gebiete teilen, als einen durchgehenden, quantitativ wie qualitativ ansteigenden Prozeß zu begreifen« (ebenda). Um dies zu realisieren, bieten die Herausgeber übersichtlich gegliedert, in relativ abgeschlossenen Kapiteln, die Themen Kolonialismus und kommerzielle Expansion Europas im 16., 17. und 18. Jahrhundert (I/21 f.), Industrielle Revolution und klassischer Imperialismus (I/83 f.), Neokolonialismus in Schwarzafrika (I/213 f.) und die Entwicklung der Unterentwicklung in Lateinamerika (I/255 f.). Trotz zum Teil divergierender Meinungen der einzelnen Autoren gelingt den Herausgebern, einen einheitlichen Bezug zu dem zugrundeliegenden Konzept herzustellen und die Problematik von Imperialismus und Dritte Welt deutlich aufzuzeigen. Im zweiten Band werden die historischen Fakten und das Anschauungsmaterial für die konkrete Gestaltung des Unterrichts geliefert. Dazu gehören, neben einer Wiederholung der Kolonialismus-Thematik (II/19 f.), statistische Daten über die Wirtschafts- und Sozialentwicklung in den Metropolen und der Peripherie (II/63 f.), Fallstudien über Indien (II/116 f.), Kuba (II/153 f.) und Chile (II/184 f.), Entwicklungsstrategische Optionen der lateinamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien und Mexiko (II/215 f.), sowie eine Kritik der Behandlung der Unterentwicklungproblematik in den österreichischen Schulbüchern (II/228 f.). Hier werden dem Lehrer keine fertigen Unterrichtseinheiten angeboten, sondern »Handreichungen«, kurze Darstellungen, die »einen problemorientierten Einstieg in das Thema« (II/16) ermöglichen sollen. Dies bleibt allerdings nicht ohne Konsequenzen. Denn einerseits erlaubt dies Experiment eine individuelle Aufarbeitung des vorgegebenen

Stoffes, auf der anderen Seite aber setzt es auf Seiten des Lehrers Vorkenntnisse oder zumindest das Vermögen zu Differenzieren voraus, deren Fehlen zur Vereinfachung der Problematik führen kann. Gut ist hingegen, daß zwei Probleme angesprochen werden, die bislang in der Literatur nur selten aufgegriffen wurden: Die Problematik der Formen informeller Herrschaft der Metropolen über die neugegründeten Staaten (II/44 f.), und die Instrumentalisierung der Befreiungsbewegungen afrikanischer Völker durch die Metropolen, die so ihren Einfluß auf die jungen afrikanischen Staaten erhalten bzw. ausdehnen wollen (II/53 f.). Andererseits ist Senghaas' »autozentriertes Entwicklungsmodell« (I/335 f.), das als Möglichkeit der Überwindung von Unterentwicklung besonders betont wird (I/332 f.), in Frage zu stellen. Denn zugleich wird zugegeben, daß diese Strategie »der dynamischen Entwicklung des Binnenmarktes, in der die Masse der Bevölkerung produktiv eingegliedert ist« (I/335), auf »massive nationale und internationale Gegeninteressen« (I/337) jener Kreise stoßen wird, die »in den ›Entwicklungsländern‹ und in den Metropolen vom derzeitigen System besonders profitieren (und die sie) notfalls auch mit militärischer Intervention« (ebenda) durchsetzen werden. Wozu dann diese, den realen Verhältnissen widersprechende Konzeption in den Mittelpunkt aller Alternativlösungen stellen?

Emmanuel Saridis (Berlin/West)

DAS ARGUMENT 115

Klassen / Kultur / Politik

T. Metscher: Faust und der Streit um das kulturelle Erbe

H. Claas u. K.-H. Götze: Gegenwartsliteratur zwischen Resignation und Widerstand: Enzensbergers »Titanic« und Weiss' »Ästhetik des Widerstands«

W. Busch: Innerlichkeit und Machtstaatsideologie. Trends in den Kulturwissenschaften

Dritte Welt und Erste Welt (II)

P. Joseph: Reform und Konterrevolution: Die USA und die internationale Ökonomie

W. F. Haug: Zum Problem des Eurozentrismus bei Bahro und Dutschke

Sowjetkritik und Antikommunismus

B. Frei und J. Schleifstein: Antworten auf Gollwitzer

Natur und Gesellschaft

H. Epskamp: Ideologische Konsequenzen eines idealistischen Naturbegriffs

V. Schurig: Gegenstand und Geschichte der Soziobiologie
Kongreßankündigungen und -berichte; Besprechungen

Notiz zu Vietnam

Nach dem Erscheinen des Aufrufs von Gollwitzer, Haug und Wulff *Für eine erneute Vietnam-Solidarität* (in *Argument* 112/1978) erhielten die Verfasser eine Reihe von Zuschriften, in denen bedauert wurde, daß der Aufruf nichts zur problematischen Seite der vietnamesischen Politik sage (Massenflucht der Hoa; die Intervention in Kambodscha erfolgte erst später). Die Verfasser des Aufrufs sehen auch, daß man bestimmte Züge der vietnamesischen Politik divergierend beurteilen kann. Sie denken aber, daß – unbeschadet solcher Divergenzen – das vietnamesische Volk unbedingten Anspruch auf unsere Unterstützung hat. Angesichts der Invasion Vietnams durch die VR China auf einer Breite von 700 km und in einer Tiefe von 50 km (Stand vom 18. 2. 79) muß die breiteste Front zur Verteidigung Vietnams gebildet werden. Der chinesischen Außenpolitik stehen wir – gerade weil wir die innenpolitische Entwicklung differenziert beurteilen (siehe den Artikel von Suffa-Friedel) – fassungslos gegenüber. Hier ist eine theoretische Zeitschrift herausgefordert, angesichts dieser Fassungslosigkeit die Arbeit des historisch-materialistischen Begreifens zu organisieren. Viel zu lange sind wir davor zurückgeschreckt, das heiße Eisen China anzufassen.

Zum Spionageverdacht gegen Friedrich Tomberg

Die Nachricht vom Spionageverdacht traf uns wie ein Blitz aus heiterem Himmel, und – wir glaubten kein Wort. Die Nachricht vom »Verschwinden« von Tomberg, ohne daß er uns bis heute ein Wort der Erklärung zukommen ließ, bestürzte uns. Ohne weitere Informationen trafen sich die Redakteure und Gesellschafter des *Argument* und verabschiedeten eine Presse-Erklärung, die wir nachstehend dokumentieren.

Wahrscheinlich ist die Erklärung beim Erscheinen dieses Heftes durch neue Informationen überholt. Einiges kann man schon jetzt zu Protokoll geben. Unsere Massenmedien haben geschlossen reagiert und den Rechtsgrundsatz *im Zweifelsfall für den Angeklagten* verletzt. Der Verdacht reichte ihnen als Beweis. Die rechte Presse piff auf Liberalität, Informationspflicht, Beweise. *Der Verdacht wahr als Anlaß gerade recht*. Dem Unreinen ist alles unrein. Mit geübtem Agentenblick durchschaute sofort – ohne nach einem Atom von Tatsachen oder Beweisen gefragt zu haben – Ernst Otto Maetzke in der »Frankfurter Allgemeinen« vom 15. 2. 79. »Von Lehrern und Schülern« ist die Glosse überschrieben und stellt – natürlich von niemand Bestimmtem redend, nur so im allgemeinen – fest, daß ein solcher Hochschullehrer seine Schüler beobachte und die für Agentendienste, »nicht in erster Linie zu Geheimverrat, sondern zu subversiver Aktion aller Art« Geeigneten dem betreffenden Geheimdienst melde. Das ist die gutbürgerliche Methode. Tags darauf öffnet die ebenso bürgerliche, aber weniger auf Wohlständigkeit bedachte Presse die Schleusen. Ein kleiner Vorgeschmack von der Wiederkehr der alten braunen Hetzflut. Jetzt ist schon das Lehren vom »Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft« eine Agententätigkeit. Es folgen eine Reihe von topoi kritischer Sozial- und Geschichtsphilosophie von links bis rechts, eine Agentenliste der Gedanken. Daß Tomberg vor Jahren einmal auf einer Vorschlagsliste für eine Hochschullehrerstelle an der Freien Universität plazierte war, sieht sich jetzt folgendermaßen an: »Fast wäre es ihm gelungen, mit Hilfe von Einflußagenten der ›DDR‹ in West-Berlin eine Berufung an die Freie Universität durchzusetzen. Als dieser Plan scheiterte, kündigten gleichgesinnte marxistische Dozenten einen ›Warnstreik‹ an.« (identischer Wortlaut in den Springer-Zeitungen »Welt« und »Berliner Morgenpost« im westberliner »Lokal-Anzeiger« vom 17. 2. 79, S. 1)

Blättern wir zurück: Wegen wiederholter Übergehungen der Reihenfolge auf Berufungslisten hatten in der Tat 1973 35 Hochschullehrer des Fachbereichs für Philoso-

phie und Sozialwissenschaften der FU einen Tag lang gestreikt. Ihre Identifikation durch die Springerpresse: *mit Meinungsagenten der DDR gleichgesinnte marxistische Dozenten*. Hier einige der 35 Namen: C. Colpe, H. P. Dreitzel, Th. Pirker, D. Claessens, D. Goldschmidt, K. Heinrich, G. Grohs usw. Man sieht, hier ist der Anlaß nur noch ein – Anlaß zuzuschlagen. Vielleicht sind manche unter dem Eindruck des Holocaust-Schocks eher bereit, die Qualität dieses Hetzjournalismus zu erkennen. Meint es jemand ernst mit Freiheit der Wissenschaft und mit Rechtsstaat? Dies wäre der Augenblick . . .

Erklärung von Verlag und Redaktion *Das Argument* vom 14. 2. 1979

Mit Bestürzung erfahren wir von dem für uns rätselhaften Verschwinden von Friedrich Tomberg. Solange keine handfesten Beweise vorgelegt werden, halten wir die Verdächtigung, Tomberg habe für den Staatssicherheitsdienst der DDR spioniert, für absolut ungläubwürdig.

Wir sehen die Gefahr, daß – wie im Falle des linkssozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Uwe Holtz – ein aus haltlosen Vorwürfen konstruierter Spionageverdacht immer mehr zu einem Mittel wird, Kapitalismuskritik zu kriminalisieren. Wir sehen die Gefahr, daß die Bundesrepublik das tut, was die DDR im Falle Bahro getan hat: radikale wissenschaftliche Gesellschaftskritik mit dem Spionagevorwurf zu unterdrücken.

Verlag und Redaktion des ARGUMENT sind allerdings gleichfalls darüber bestürzt, daß Friedrich Tomberg ihnen bis jetzt keine Stellungnahme zukommen ließ.

Friedrich Tomberg hat seinen ersten, vielbeachteten Beitrag, eine Kritik an Adorno, bereits 1963 im ARGUMENT veröffentlicht. Er wurde danach Ständiger Mitarbeiter des ARGUMENT und trat 1968, als er nach Berlin an die Pädagogische Hochschule kam, in die Redaktion ein.

Seit Ende 1973 nahm Tomberg nur noch unregelmäßig, später überhaupt nicht mehr, an den Redaktionssitzungen teil. Er begründete dies mit seinem schlechten Gesundheitszustand. Am 10. 1. 1979 hat er seinen Austritt aus der Redaktion erklärt.

Bei seinem Rückzug aus der Redaktionsarbeit spielten zweifellos auch Meinungsdivergenzen zur Redaktionsmehrheit eine Rolle. Dem pluralistischen Konzept des ARGUMENT entsprechend wurden diese Differenzen offen in der Zeitschrift ausgetragen. Tombergs letzter größerer Beitrag, »Von der ›Kritischen Theorie‹ zur wissenschaftlichen Weltanschauung«, ist in ARGUMENT 97 und 98, 1976, veröffentlicht. Es handelt sich dabei um eine Abrechnung mit der Frankfurter Schule; der Artikel mündet in eine Kritik am ARGUMENT-Herausgeber. Diese Kritik und die Antwort von W. F. Haug (»Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und eine durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit«) markieren die Meinungsunterschiede und sind unter dem Namen »Haug-Tomberg-Debatte« bekannt geworden. Die Debatte wurde später von anderen Autoren aufgegriffen und als Diskussion über »Intellektuelle und Arbeiterbewegung« im ARGUMENT weitergeführt.

Soweit wir Friedrich Tomberg und seine Schriften kennen, schätzen wir ihn außerordentlich als Denker und engagierten Demokraten.

Wir können uns nicht vorstellen, daß er für einen fremden Geheimdienst gearbeitet haben soll. Er ist absolut anerkannt als Theoretiker und übt seinen Einfluß in aller Offenheit aus.

Wir erklären, daß wir auch keinerlei Verständnis dafür hätten, marxistische Forschung und Lehre mit Spionagetätigkeit zu verbinden; wir hielten dies für dumm und falsch.

Wir befürchten, daß der Spionagevorwurf gegen Friedrich Tomberg seinem Einfluß als marxistischer Theoretiker gilt und daß die Verfolgung marxistischer Intellektueller auf ein anderes Feld verlagert werden soll, nachdem die Berufsverbotspolitik international ins Zwielicht geraten ist.



BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

3 '79

Thema: Grundschule – alle Schüler sind gleich, einige ganz besonders

Hopf / Krappmann / Scherer: Grundschulbericht des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (1. Teil)

Schulbuchzulassung: Gutachten positiv, Buch abgelehnt

G. Vulliamy: Musikerziehung: Schüler-sprache Pop

Fachdidaktische Trendberichte: Englisch

4 '79

Thema: Erziehung als Gewalt

Hopf / Krappmann / Scherer: Grundschulbericht des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (2. Teil)

B. Meyer: Friedenserziehung: Mit »Sicherheitspolitik« unvereinbar

Fachdidaktische Trendberichte: Literatur

12. Jg. 1979

1' 79

BRD

Polizisten im DGB

Die IG-Metall, die stärkste Kraft
Arbeitslosigkeit in der BRD: eine Bestandaufnahme

Ökonomisch-politische Reviews

Frankreich: Ein Jahr nach den Wahlen

Internationalismus

SOST: Thesen zum Eurokommunismus

L. Crespo/M. Loizu: Hat der Eurokommunismus eine Theorie?

E. Balibar: Widersprüche der KPF

Die 91 Thesen der KPI

Die KPF und die Intellektuellen

Interview mit Ramon Tamames

Marxistische Theorie

Kritik der Gewerkschaftskritiker

Kommentare

Bücher und Zeitschriften

5. Jg. 1979

Blätter für deutsche und internationale Politik

12 '78

Kommentare und Berichte

M. Danesch: Zur jüngsten Entwicklung im Iran

K. Thüsing: Wider eine verkehrte Gewaltdiskussion

Hauptaufsätze

H. Gerth-Wellmann: Die EG und die Dritte Welt

J. Radkau: Zur Entwicklungs- und Wirkungsweise des industriellen Kernenergie-Interesses in der BRD

H. Enderlein: Berufsverbote – ein Wendepunkt 1978?

J. Kammler: Die Krise in Portugal (II)

G. Deumlich: Politik für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt

G. Zipfel: Frauenbewegung und Frauenkultur

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Tagungsberichte

K. Bayertz: Bericht über das 3. Bremer Symposium »Wissenschaftsgeschichte«

I. Wick: Bericht über den Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika

23. Jg. 1978

1 '79

Kommentare und Berichte

K. D. Bredthauer: Zur internationalen Situation am Ausgang der siebziger Jahre

U. Albrecht: Nobelpreis für die Belegschaft von Lucas Aerospace?

Hauptaufsätze

M. Niemöller: Dreißig Jahre Bundesrepublik. Erlebnisse und Gedanken

N. Pasti: Politisch-militärische und biologisch-medizinische Gefahren der Neutronenbombe

H.-J. Axt: Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute

J. J. Anel: Aufstieg und Niedergang des Hauses Pachlawi

J. Huffschnid: Entkopplung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Ölkrise

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Wirtschaftsprognosen 1979

Tagungsberichte

N. Paech: Internationale Juristenkonferenz gegen Rassismus und Apartheid

24. Jg. 1979

4

R. J. Brym/B. Neis: Regional factors in the formation of the Fishermen's Protective Union of Newfoundland

E. Cashmore: The social organization of Canadian immigration law

Ch. J. Bruce: The effect of young children on female labor force participation rates

J. F. Klein/J. R. Webb/J. E. DiSanto: Experience with the police and attitude towards the police

M. R. Smith: The effects of strikes on workers

Book Reviews

u. a.:

A. Cutler et al.: Marx's Capital and Capitalism Today (H. Gamberg)

R. A. Carlton et al.: Education, Change and Society: A Sociology of Canadian Education (J. Richardson)

Th. Burger: Max Weber's Theory of Concept Formation: History, Laws, and Ideal Types (G. Oakes)

R. Martin: The Sociology of Power (T. H. White)

M. Montuclard: Orthodoxies, Esquisses sur le discours idéologique et sur le croire chrétien (A. Sales)

Books Received

3. Jg. 1978

Editorial Board: S. D. Clark; G. Fortin; E. Gross; S. Lieberman; M. Schwartz; D. Wrong. – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft Can. \$ 6.00, Jahresabo Can. \$ 18.00. – Bestellungen: Department of Sociology, The University of Alberta, Edmonton, Alberta, Canada T6G 2E1

1 '79

D. Krause-Vilmar: Zur politischen Verfolgung der pädagogischen Intelligenz 1878–1890

M. Krüger: Indoktrination durch kommunistische Lehrer?

K. Ch. Lingelbach: Gibt es eine faschistische Pädagogik?

K.-J. Siegfried: Zur politischen Funktion des Schulbuchs im Faschismus

H. Bauch/E. Schweiger: Die Schulreform 1977/78 im Elementar- und Mittelschulbereich in Italien

M. Du Bois-Reymond: Reformpolitik in Holland: die Basis-School

M. Perche: Das Bildungswesen in Frankreich und die Bildungspolitik der FKP

Arbeit und Bildung

J. Helmchen: Zur Begründung des Rechts auf Bildung

F. Braun/I. Drexel: Bewältigung des Ausbildungsplatzdefizits durch Sonderausbildungsgänge

P. Faulstich/H. Faulstich-Wieland: Neue Bildungsangebote – Qualifikation oder Absorption von Arbeitskraft?

G. Zimmer/N. Rätzfel: Ermöglicht die Qualifikationsentwicklung Bildung für alle?

F. Wiethold: Qualifikationsentwicklung und gewerkschaftliche Berufsbildungspolitik

Kommentare und Berichte

Rezensionen – Dokumentation

5. Jg. 1979

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemeier. – Alle zwei Monate. – Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,- DM. – Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Demokratie und Recht

4 '78

U. Günther: Zum Entwicklungsstand des Arbeitsrechts

W. Däubler: Replik auf die Kritik von U. Günther

W. Stangl/S. Mikinovic: Der Strafprozeß als Herrschaftsverhältnis

N. Paech/H. Altendorf: Berufsverbote – Rechtsprechungübersicht des Jahres 1978

H. Ridder: »Verfassungstreue-Prüfung« – was tun in der sozialliberalen Ära

E. Roppo: Verbraucherschutz

Entscheidungen

Zulassung von Rechtsanwälten – Häberlein II – Personenkontrolle

6. Jg. 1978

1 '79

voraussichtlich u. a.:

H. Kitschelt: Justizapparate als Konfliktlösungsinstanz – Zur Atomrechtsprechung

L. Zechlin: Die französische Richtergewerkschaft

W. Däubler: Systemvergleich im Arbeitsrecht

7. Jg. 1979

3.WELT MAGAZIN

11/12 '78

N. Paech: Auf, auf gegen »Die Neue«

Interview mit A. Papandreou: Die Europavorstellungen der PASOK

Interview mit O. Tambo: Für einen Wirtschaftsboykott Südafrikas

F. Eisenloeffel: Illegales Uran aus Namibia für bundesdeutsche KKW's

F. Eisenloeffel: Rüstet der Philippps-Konzern ORTRAG-Flugplätze in Zaire aus?

Sonderteil: Camp David und die Folgen
Diskussion um die Äthiopien/Eritrea-Berichterstattung von 3WM

G. Omvedt: Kastenkrieg in Indien

L. Marmora: Die Dependenztheorie und ihre bundesrepublikanische Rezeption:

Arbeiter, Campesinos, Intellektuelle: Gespräch mit V. Setelich über die Tupamaro-Bewegung

Kolumbien: Entwicklung und Zersetzung der politischen Bewegung »Firmes«

W. Rodney: Die Working People's Alliance in Guayana

Magazin – Verschiedenes

4. Jg. 1978

KULTUR MAGAZIN

Demokratische
Kunst und
Kulturpolitik

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

12

Editorial

Interview von U. Bircher mit Bundesrat H. Hürlimann: Herr Bundesrat, was verstehen Sie unter Kultur?

Th. Maurer: Der Bund und seine Filme. Die Entwicklung der staatlichen Filmpolitik von der ungeplanten Animation eines kulturellen Prozesses zum professionellen Management eines gesamten Kulturbereichs

M. Schäfer: REGGAE – die tönende Tageszeitung

C. Truninger: Liberation – Tageszeitung ohne Inserate

A. Stüssi: Werkstatt schreibender Frauen

»Grenzüberschreitungen«: Szenen von einer Gruppe der FAUSCH

U. Stettner/M. Wyss: Wie ein Wandbild nicht entsteht

Leserbriefe – Rezensionen

2. Jg. 1978

301/302

J. Dvorak: Der verlorene Imam – Religion und Revolution in Persien

E. Fromm: Konsumreligion – Theologie des Diesseits

F. Geyrhofer: Zum SPD-Parteitag, Köln, 9./10. Dezember 1978

H.-U. Klose: Gebt Berufsfreiheit! Rede auf dem SPD-Parteitag

R. Vahrenkamp: Die BRD und ihre Radikalen

M. Siegert: Direktorendirektorium. Schleichendes Berufsverbot in Österreich

Frauenbewegung

u. a.:

E. Gerstl: Schwarze Botinnen

W. Mayer/K. Riese: Sekretärinnenreport

F. Groszer: Bürogeschichten aus der DDR

G. Fädler/M. Hopp: Klasse Hausfrauen. Arbeitslose mit 40-Stunden-Tag

Österreich

KPÖ verkriecht sich

R. Kohoutek/G. Pirhofer: Das verlorene Paradies. ARENA – zwei Jahre danach

Rezensionen

26. Jg. 1979

Redaktion: Th. Adank, L. Balmer, U. Bircher, P. Eichenberger, I. Hammer, K. Keller, F. van der Kooij, G. Magnaguagno, F. Rueb, L. Rüschi, B. Wyss. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 4,50 sfr/DM, Doppelnummer 5,80 sfr/DM, Jahresabo 30,- sfr/DM, Kulturmagazin, Postfach 3188, CH-3000 Bern 7.

Herausgeber: Günther Nenning. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. – 12 Hefte im Jahr. – Einzelheft 6,30 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48,- DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36,- DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und soziale Politik ★

34

O. Negt: Zur Dialektik der Übergangsperiode in Westeuropa – Lelio Bassos Konzeption der revolutionären Transformation

Ökologie und Marxismus

G. Armanski: Die Herrschaft der Abstraktion über die Sinnlichkeit

M. Massarrat: Über die Ursachen des gegenwärtigen massiven Ausbaus der Kernenergie

H. Migge: Kapitalakkumulation, Umweltschutz und gesellschaftliche Interessen

U. Glaesner/B. Köppl: Die alltägliche Gesundheitszerstörung im industriellen Produktionsprozeß

P. Dudek: Naturwissenschaft und ökonomische Formbestimmtheit – Zur Fortsetzung der Sohn-Rethel-Diskussion

9. Jg. 1979

Herausgegeben von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V.“ – Erscheint viermal im Jahr. – Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,- DM. – Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98

SOCIALISM IN THE WORLD

9

V. Fay: Du monolithisme aux différentes formes de pluralisme politique

A. Sohn-Rethel: Intellectual and Manual Labour

E. Farah: Le socialisme et les régimes politiques des pays arabes

G. M. Gentile: Sur les rapports entre le socialisme et la démocratie

C.-H. Hermansson: A Model of a Dualistic System

V. Dias: Libertés démocratiques et profondes transformations économiques et sociales dans le processus de la révolution portugaise

Discussion

u. a.:

O. Weiss: Démocratie et dictature du prolétariat

V. Fay: Différentes conceptions de la dictature du prolétariat

M. Pečujlić: The Wealth of the Revolutionary Process Recognizes no Single Mould

W. F. Haug: On Democratic Centralism

A. Reis: Socialisme et superstructures politiques

B. A. Strashun: What is the Representative and what Direct Democracy

Views and Opinions

S. Holland: State Power and Strategies for Socialism

R. Štajner: Quelques questions sur le sous-développement économique et le nouvel ordre économique international

2. Jg. 1978

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat, and IC »Komunist«, NIP Komunist, Beograd, Jugoslavia. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

rote blätter

1 '79

W. Schröder: Streik bei Stahl
 G. Hautsch: Sozialpartnerschaft adieu!
 »das da« – ein Blatt für Neonazis?!
 Iran: Der Kampf gegen die Diktatur
 »Bürokratie« – Anmerkungen zu einem Schlagwort
 Klosos »Stamokap«
 »Tatort« – Realismus in Watte
 Interview mit Gisela Elsner
 Beilage: 5. Spartakus-Bundesvorstandstagung
 Jahreshaltsverzeichnis 1978

2/3 '79

Die Hintergründe der Schmiergeldaffäre
 Probleme des 2. Bildungsweges
 W. Beutin: Opinion Leaders der Reaktion: Golo Mann
 F. Noll: Gedanken zum Stahlarbeiterstreik
 S. Lehdorff: Kampagne gegen Vietnam
 M. Opperskalski: Invasion in Kambucha?
 Interview mit Peter Weiss
 Diskussion: Wohngemeinschaft und Familie
 Rezension zu: Ingeborg Drewitz, Gestern war heute
 Interviews mit Wolfgang Staudte und Hansjörg Felmy

9. Jg. 1979

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. – Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riechert. – Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo 14,80 DM. – Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund

SOPO

SOZIALISTISCHE POLITIK

46

Editorial
 Ch. Müller: Analyse des Urteils gegen Hans Apel
 K. Pickshaus/W. Roßmann: Arbeitskämpfe 1978: Ursachen – Probleme – Perspektiven
 J. Hund: Gegenwärtige technologische Entwicklung und Auswirkung auf die Beschäftigtenlage
 H. Jung: Sozialökonomische Analyse der Mittelschichten in der BRD
 J. Zeller: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie
 J. Rohbeck: Krit. Rationalismus: Wissenschaftsmethodologie u. Sozialphilosophie
 H.-J. Rheinberger: Krit. Rationalismus, Naturwissenschaft u. Wissenschaftsgesch.
 J. Glombowski: Schwarz' und Katzensteins Lösungen des Transformationsproblems
 S. Koshimura: Allgemeine Lösungsform für das Transformationsproblem
 R. Katzenstein: Transformationsproblem
 U. J. Jensen: Analytische Wissenschaftsauffassung
 G. Stiehler: Dialektik
 E. Hültenschmidt/G. Schubring: Reduktionistische Wissenschaftsauffassungen (II)
 W. Krause: Wider den psych. Reduktionismus
 A. Regenbogen: Theorien über Historischen Materialismus
 K. Maase: Kulturtheorie-Arbeitstreffen

10. Jg. 1978

Redaktion: H.-W. Franz, P. Franzen, B. Heidtmann, R. Katzenstein, H. Stern, H.-J. Weißbach – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 9,80 DM, Abo (4 Hefte incl. Porto) 36,- DM – Verlag das europäische buch, Thielallee 34, 1000 Berlin 33

Zeitschrift für Sozialpsychologie

Herausgeber: Professor Dr. Hubert Feger / Professor Dr. C.F. Graumann /
Professor Dr. Klaus Holzkamp / Professor Dr. Martin Irle

- empirische Arbeiten
 - theoretische Beiträge
 - kritische Übersichten
 - Diskussionen
 - Forschungsberichte
 - Buchbesprechungen / Zeitschriftenreferate
-

Erscheinungsweise: 4 Hefte jährlich

Abonnementspreise pro Band: SFr./DM 79.–; für Studenten
SFr./DM 39.50

Porto und Versandgebühren: Schweiz/Deutschland SFr. 3.– / DM 4.–
übrige Länder SFr. 8.–

Einzelheft: SFr./DM 23.–; für Studenten SFr./DM 11.50

Einbanddecke: SFr./DM 12.–

Verlag Hans Huber / Bern Stuttgart Wien

NONKONFORM

INFORMATION & ANALYSE ZUR

ÖKOLOGIE- + ALTERNATIV-BEWEGUNG

berichtet monatlich über

- grüne und bunte Wählergemeinschaften
- Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen
- alternative Lebensformen
- »Öko«-Faschismus

Für Nk schreiben u. a. Wolfgang Sternstein, Roland Vogt (BBU), Wolf Dombrowsky (GLU/N), Jacques-Otto Grézer und Jan Peters.

Manuskripteinsendungen: gern gesehen und gewissenhaft bearbeitet (Rückporto erbeten). Nk veröffentlicht auch Positionspapiere von Initiativen, die für Demokratie und Umweltschutz eintreten.

Alternativblätter können kostenfrei nachdrucken, Belege vorausgesetzt.

Redaktionsanschrift: Peter van Spall, Spenerstr. 2, D-1000 Berlin 21, Tel.: 030/392 63 04.

Bestellungen bitte an Verlag STUDIEN VON ZEITFRAGEN – Vertriebsstelle
– Am Schellnhof 14, D-6479 Schotten 16.

Jahres-Abo 1979 (12 Nrn.) DM 22.–

Über die Autoren

Bammé, Arno; Dipl.-Soz. und -Handelslehrer, Lehraufträge an der FU Berlin, Forschungsauftrag »Berliner Handelslehrerprojekt«. Veröffentlichungen: *Qualifikationsentwicklung und Curriculumkonstruktion* (zus. mit anderen, 1976); *Lehrer zwischen Anspruch und Wirklichkeit* (1976); *Erziehung zu beruflicher Mobilität* (1976). Arbeitsgebiet: Berufliche Sozialisation.

Borchers, Wolfgang, geb. 1948; Rechtsassessor an der Uni Gießen; Zeitschriftenveröffentlichungen zu verfassungsrechtlichen Themen. Arbeitsgebiete: Bundesverfassungsgericht; Sozialdemokratische Rechtspolitik.

Breyvogel, Wilfried, Dr. phil., geb. 1942; Akad. Oberrat am Fb Erziehungswissenschaften der Uni Essen. Veröffentlichungen: *Soziale Lage und politisches Bewußtsein der Volksschullehrer 1927–32* (1979). Arbeitsgebiete: Sozialgeschichte der Erziehung, politische Geschichte der Lehrerbewegung; Didaktik.

Chahoud, Tatjana, geb. 1946; Dipl.-Pol., wiss. Ass. an der FU Berlin. Veröffentlichungen: *Multilaterale Entwicklungspolitik – dargestellt am Beispiel der Weltbank* (in: *K. Voll (Hrsg.), Weltmarkt und Peripherie*. 1976). Arbeitsgebiete: Weltmarkt; Probleme der Unterentwicklung.

Degen, Ulrich; Dipl.-Pol., Mitarbeiter im Bundesinstitut für Berufsbildung. Veröffentlichungen: *Qualifikation und berufliche Planung* (1979); Aufsätze zu Kybernetik und sozialen Indikatoren. Arbeitsgebiete: Bildungs- und Gesellschaftsplanung. Mitglied der ÖTV.

Ditterich, Joseph, geb. 1946; Dipl.-Ing. Arbeitsgebiete: selbstreferentielle Systeme, dialektische Logik.

Doerry, Thomas, geb. 1948; wiss. Angestellter und Doktorand am Fb. Gesellschaftswissenschaften der Uni Marburg. Aufsätze zu Faschismus und Neofaschismus. Arbeitsgebiete: Neofaschismus, subjektiver Faktor, materialistische Dialektik. Mitglied in GEW und VVN.

Dohmen, Matthias, vgl. Argument 110

Ehrig, Detlev, geb. 1951; Dipl.-Volkswirt, wiss. Mitarbeiter an der Uni Bremen. Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Hochschuldidaktik; Wirtschaftspolitik. Mitglied der ÖTV.

Enderwitz, Ulrich, vgl. Argument 112

Ernst-Pörksen, Michael, vgl. Argument 112

Freitag-Poppe, Claus-Peter, geb. 1951; Studium der Philosophie und Germanistik, Dozent für politische Bildung bei der DAG. Veröffentlichungen: *Gewerkschaft und Erziehung. Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit* (Hrsg.). Arbeitsgebiete: zeitgen. Wissenschaftstheorie; Wissenschaftsgeschichte.

Gawrich, Rolf, geb. 1949; Studium der Politologie, Soziologie und Kommunikationsforschung in Bonn, Doktorand. Arbeitsgebiete: Theorie der internationalen Beziehungen. Mitglied der GEW.

Geil, Hartmut, vgl. Argument 109

Glass, Daniel, geb. 1947; M. A., Doktorand, freiberuflich in der Erwachsenenbildung tätig. Veröffentlichungen zur VR China. Arbeitsgebiete: Dritte Welt und ihre Rezeption.

Göbel, Eberhard, vgl. Argument 110

Götze, Karl-Heinz, geb. 1947; Staatsexamen in Germanistik, Politologie, Erziehungswissenschaft, 1978 Abschluß der Dissertation, Tätigkeit in Publizistik und Kulturverwaltung; Argument-Redakteur seit 1975. Veröffentlichungen: *Die Entstehung der Literaturwissenschaft als Literaturgeschichte* (in: *Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften* 2, 1974); Zeitschriftenaufsätze. Arbeitsgebiete: Literaturgeschichte Romantik, Vormärz, Gegenwart; Geschichte der Germanistik.

Gottschalk, Hans-Jürgen, geb. 1948; Krankenpflegerausbildung und Tätigkeit als Entwicklungshelfer, Studium der Sozialpädagogik, Pädagogik und Politik. Veröffentlichungen zu Problemen des südlichen Afrika. Arbeitsgebiete: Südafrika; Geschichte der bürgerlichen Pädagogik.

Gransow, Bettina, geb. 1949; M. A., wiss. Ass. am Inst. für Soziologie der FU Berlin. Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiete: Sozialismusanalyse, bes. VR China; DDR. Mitglied der ÖTV.

Große-Oetringhaus, Hans-Martin, vgl. Argument 110

Hahn, Ulla, Dr. phil., geb. 1946; Lehrbeauftragte in Hamburg, Bremen und Oldenburg. Veröffentlichungen: *Literatur in der Aktion* (1978). Arbeitsgebiete: Gegenwarts-, Arbeiter-, DDR-Literatur. Mitglied der IG Druck und Papier; Vorsitzende des VS in Hamburg.

Hampicke, Ulrich, vgl. Argument 111

Hauck, Gerhard, Dr. phil. habil., geb. 1939; wiss. Ass. am Inst. für Soziologie und Ethnologie der Uni Heidelberg. Veröffentlichungen: *Das Elend der bürgerlichen Entwicklungstheorie* (in: V. Brandes, B. Tibi (Hrsg.), *Handbuch 2, Unterentwicklung*, 1975); *Klassengesellschaft und Kastenwesen* (in: C. Sigrist u. a., *Indien. Bauernkämpfe*, 1976). Arbeitsgebiete: Dritte Welt, Entstehung von Klassengesellschaften. Mitglied in GEW und BdWi.

Haug, Wolfgang Fritz, vgl. Argument 108

Hoyos-Vásquez, Guillermo; Professor an der philosophischen Fakultät der Nationalen Universität von Kolumbien in Bogotá; wirkt als Jesuit in einer sozialen Gruppe des Ordens am CINEP (Centro de investigación y educación popular) mit.

Jäger, Michael, vgl. Argument 108

Jantzen, Wolfgang, Dr. phil.; Dipl.-Psychologie, Sonderschullehrer, Prof. an der Uni Bremen. Veröffentlichungen: *Sozialisation und Behinderung* (1974); *Konstitutionsprobleme materialistischer Behindertenpädagogik* (1977); *Behindertenpädagogik, Persönlichkeitstheorie, Therapie* (1978). Arbeitsgebiete: Sozial- und humanwissenschaftliche Grundlegung materialistischer (Behinderten-)Pädagogik.

Kindermann, Wolf, geb. 1951; Studium der Politik, Romanistik und Amerikanistik, z. Zt. Promotion über amerikanische Minderheitenliteratur. Arbeitsgebiete: Geschichte und Kultur der USA. Mitglied der GEW.

Körner, Reinhard, geb. 1946; Dipl.-Sozialwirt. Arbeitsgebiete: Entwicklungssoziologie; Internationale Beziehungen.

Krüger, Michael, vgl. Argument 113

Küntzel, Ulrich, vgl. Argument 109

Lange, Matthias, geb. 1950; Dipl.-Sozialwirt, Doktorand. Arbeitsgebiete: Lebensweise im städtischen Raum; Bürgerinitiativen. Mitglied der GFW.

Laugstien, Thomas, vgl. Argument 113

Leinweber, Ralf; Studium der Politik, Philosophie und Soziologie in Marburg. Arbeitsgebiete: sozialistische Länder, politische Theorien, Entwicklung der BRD. Mitglied des MSB Spartakus und der DKP.

Lindenberger, Thomas, geb. 1955; Studium der Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaft an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands; englische Geschichtswissenschaft. Mitglied der ÖTV und des Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (AWA).

Lorenz, Richard, Dr. phil., geb. 1934; 1956-57 wiss. Ass. am Inst. für Philosophie in Leipzig, wiss. Mitarbeiter bzw. Professor in Marburg, Prof. für Neuere Osteuropäische Geschichte an der GHS Kassel. Veröffentlichungen: *Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik* (1965); *Proletarische Kulturrevolution in Sowjetrußland* (Hrsg., 1969); *Sozialgeschichte der Sowjetunion I 1917-1945* (1976); *Umwälzung einer Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution* (Hrsg., 1977). Arbeitsgebiete: Geschichte Rußlands und der Sowjetunion.

Maase, Kaspar, Dr. phil., geb. 1946; Lektor und wissenschaftlicher Publizist. Veröffentlichungen: *Volkspartei und Klassenkultur* (1974); *Leseinteressen der Arbeiter* (1975); *Arbeitszeit - Freizeit - Freizeitpolitik* (1976). Arbeitsgebiete: Kulturtheorie; Kultur- und Freizeitsoziologie. Mitglied in GEW und BdWi.

Meyer-Renschhausen, Martin, vgl. Argument 112

Priester, Klaus, vgl. Argument 110

Rheinberger, Hans-Jörg, vgl. Argument 111

Riepert, Willi, geb. 1949; Dipl.-Soz. Arbeitsgebiet: gesellschaftliche Aspekte technischer Entwicklung. Mitglied der GEW.

Saridis, Emmanuil, vgl. Argument 112

Schmidlin, Stefan, geb. 1949; Studium der Politikwissenschaft an der FU Berlin, Promotion über frühbürgerliches Schauspiel. Veröffentlichungen: *Strategien der antimonopolistischen Linien in der Schweiz* (in: *Argument 112*). Arbeitsgebiete: Frühbürgerliche Literatur; Pragmalinguistik.

Schindler, Hans, vgl. Argument 109

Schreier, Gerhard, geb. 1953; Industriekaufmann, 2. Bildungsweg, Studium der Wirtschaftswissenschaft, Geschichte und Erziehungswissenschaft an der Uni Bochum.

Seegert, Christian, vgl. Argument 110

Seelbach, Ulrich, geb. 1952; Studium der Germanistik, Philosophie, Politik und Geschichte an der FU Berlin. Zeitschriftenveröffentlichungen. Arbeitsgebiet: Literatur im Feudalismus. Mitglied der GEW.

Suffa-Friedel, Frank, geb. 1950; Studium der Sinologie an der FU Berlin.

Thoma, Heinz, Dr. phil., geb. 1944; wiss. Ass. Veröffentlichungen: *Aufklärung und nachrevolutionäres Bürgertum in Frankreich* (1976). Arbeitsgebiete: Rezeptionsgeschichte; Methodologie. Mitglied in GEW und BdWi.

Thoma-Herterich, Christa, Dr. phil., geb. 1946; Lektorin. Veröffentlichungen: *Zur Kritik der Psychokritik* (1976); *Die »Probe« auf einen Philosophen* (in: *Betr.: Althusser*, 1977); *Biologie und Materialismus* (zus. mit P. M. Kaiser, in: *Theorie und Labor*, 1978). Arbeitsgebiete: Marxismus und Einzelwissenschaften; Materialistische Dialektik.

Tjaden-Steinhauer, Margarete, Dr. phil., geb. 1936; Prof. für Politische Ökonomie an der GHS Kassel. Veröffentlichungen: *Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus* (1973); *Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter* (1975). Arbeitsgebiete: Sozialstruktur; gesellschaftliches Bewußtsein, Sozialpolitik. Mitglied in GEW und BdWi.

von Aster, Michael, geb. 1951; Dipl.-Päd., Studium der Humanmedizin und freiberufliche psychotherapeutische Arbeit. Arbeitsgebiete: Kinder- und Jugendpsychiatrie. Mitglied in ÖTV. Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (dgvt), Verband deutscher Sonderschulen, ADS.

Zimmermann, Michael; Doktorand. Arbeitsgebiete: Sozialgeschichte des Ruhrgebiets; antifaschistischer Widerstand. Mitglied der GEW.

Wir bitten, in **Argument 113** folgenden Satzfehler zu berichtigen:

Im Aufsatz von **Nemitz**, »**Mut zur Erziehung**« als konservativer Spontaneismus, S. 70, 2. Abs., 13. Zeile, im Haug-Zitat: lies »Sie dürften auch gar nicht aus ihrer Funktion der Reproduktion der Produktionsverhältnisse abgeleitet werden.«

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Bock, Helmut, und Dieter Schiller (Hrsg.):</i> Dialog über Tradition und Erbe (<i>C. Thoma-Herterich</i>)	270
<i>Bahner, Werner (Hrsg.):</i> Renaissance, Barock, Aufklärung (<i>H. Thoma</i>) ...	271
<i>Weimann, Robert, u. a. (Hrsg.):</i> Renaissanceliteratur und frühbürgerliche Revolution (<i>S. Schmidlin</i>)	272
<i>Braunbehrens, Volkmar:</i> Nationalbildung und Nationalliteratur (<i>K. H. Götze</i>)	273
<i>Garber, Klaus:</i> Martin Opitz (<i>K. H. Götze</i>)	273
<i>Wahrenburg, Fritz:</i> Funktionswandel des Romans und ästhetische Norm (<i>P. J. Brenner</i>)	276
<i>Kreutzer, Hans-Joachim:</i> Der Mythos vom Volksbuch (<i>U. Seelbach</i>)	277
<i>Beutin, Wolfgang, u. a. (Hrsg.):</i> Berufsverbote. Ein bundesdeutsches Lesebuch (<i>U. Hahn</i>)	277

Soziologie

<i>Horke, Gertraud:</i> Soziologie der Gewerkschaften (<i>C. Seegert</i>)	278
<i>Stindt, Heinrich Meinhard:</i> Verfassungsgebot und Wirklichkeit demokratischer Organisation der Gewerkschaften (<i>C. Seegert</i>)	280
<i>Strutz, Hans:</i> Wandel industriebetrieblicher Organisationsformen (<i>P. Dippoldsmann</i>)	282
<i>Linder, Wolf, u. a.:</i> Erzwungene Mobilität (<i>M. Kriszio</i>)	283
<i>Müller, Michael:</i> Die Verdrängung des Ornaments (<i>M. Lange</i>)	285
<i>Lissner, Ivar:</i> So lebten die Völker der Urzeit (<i>C. Thoma-Herterich</i>)	286

Erziehungswissenschaften

<i>Hurrelmann, Klaus:</i> Erziehungssystem und Gesellschaft (<i>G. Schreier</i>)	286
<i>Altendorf, Hans, u. a.:</i> Arbeiterkinder an den Hochschulen (<i>E. Göbel</i>)	288
<i>Dankwerts, Dankwart:</i> Grundriß einer Soziologie sozialer Arbeit und Erziehung (<i>M. Tjaden-Steinhauer</i>)	289

Psychologie

<i>Pflüger, Peter Michael (Hrsg.):</i> Tiefenpsychologie und Pädagogik (<i>A. Bammé</i>)	292
<i>Schmalt, H. D., und W. U. Meyer (Hrsg.):</i> Leistungsmotivation und Verhalten (<i>H. Schindler</i>)	293
<i>Scitovsky, Tibor:</i> Psychologie des Wohlstands (<i>K. Maase</i>)	294
<i>Keupp, Heinrich:</i> Abweichung und Alltagsroutine (<i>W. Jantzen</i>)	296

Geschichte

<i>Gutsche, Willibald (Hrsg.):</i> Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917 (<i>T. Lindenberger</i>)	297
<i>Bußmann, Walter:</i> Wandel und Kontinuität in Politik und Geschichte (<i>J. Petzold</i>)	298
<i>Kuhn, Hansmartin:</i> Der lange Marsch in den Faschismus (<i>K. Gossweiler</i>) ..	299
<i>Morsey, Rudolf:</i> Der Untergang des politischen Katholizismus (<i>M. Zimmermann</i>)	301

<i>Brüdigam, Heinz</i> : Das Jahr 1933 – Terrorismus an der Macht (<i>W. Kindermann</i>)	303
Soziale Bewegung und Politik	
<i>Albrecht, Gisela</i> : Soweto oder der Aufstand der Vorstädte (<i>H.-M. Große-Oetringhaus</i>)	303
<i>Brückner, Reinhard</i> : Südafrikas schwarze Zukunft (<i>H.-M. Große-Oetringhaus</i>)	303
<i>Sepamla, Siphò</i> : Soweto, das ich liebe (<i>H.-M. Große-Oetringhaus</i>)	303
<i>Berger, Peter L.</i> : Welt der Reichen – Welt der Armen (<i>R. Körner</i>)	305
<i>Weggel, Oskar</i> : Die Außenpolitik der Volksrepublik China (<i>B. Gransow</i>)	306
<i>Janssen, Volker</i> : Politische Herrschaft in Äthiopien (<i>H.-J. Gottschalk</i>)	307
<i>Sigrist, Christian, u. a.</i> : Indien: Bauernkämpfe (<i>D. Glass</i>)	308
<i>Lemàn, Gudrun</i> : Das jugoslawische Modell (<i>K. Priester</i>)	309
<i>Chairoff, Patrice</i> : dossier b... comme barbouzes en France – Une France parallèle, celle des basses œuvres du pouvoir (<i>U. Küntzel</i>)	311
<i>Jaubert, Alain, und Marie José Jaubert</i> : dossier d... comme drogue (<i>U. Küntzel</i>)	311
<i>Guérin, Daniel</i> : Les assassins de Ben Barka (<i>U. Küntzel</i>)	311
<i>Caille, Marcel, und Dominique Decèze</i> : les truands du patronat (<i>U. Küntzel</i>)	311
<i>Gonzales-Mata, Luis M.</i> : Cygne, Mémoires d'un agent secret (<i>U. Küntzel</i>)	311
Jura	
<i>Schaub, Günter</i> : Arbeitsrechtshandbuch (<i>H. Geil</i>)	315
<i>Wassermann, Rudolf</i> : Der soziale Zivilprozeß (<i>W. Borchers</i>)	316
<i>Blank, Michael, u. a.</i> : Wohin treibt der Rechtsstaat? (<i>R. Leinweber</i>)	317
<i>Rückerl, Adalbert (Hrsg.)</i> : Nationalsozialistische Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse (<i>T. Doerry</i>)	318
Ökonomie	
<i>Pasinetti, Luigi L.</i> : Lectures of the Theory of Production (<i>M. Krüger</i>)	319
<i>Hundt, Sönke</i> : Zur Theoriegeschichte der Betriebswirtschaftslehre (<i>M. Ernst-Poerksen</i>)	321
<i>Meyer, Regine</i> : Streik und Aussperrung in der Metallindustrie (<i>M. Dohmen</i>)	322
<i>Jungk, Robert</i> : Der Atomstaat (<i>W. Riepert</i>)	323
<i>Maier, Harry</i> : Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstums? (<i>M. Masuch</i>)	325
<i>Eckey, Hans-Friedrich</i> : Grundlagen der regionalen Strukturpolitik (<i>D. Ebrig</i>)	325
<i>Senghaas, Dieter, und Ulrich Menzel (Hrsg.)</i> : Multinationale Konzerne und Dritte Welt (<i>R. Gawrich</i>)	327
<i>Bergmiller, Alfred, und Peter Feldbauer (Hrsg.)</i> : Kolonialismus, Imperia- lismus, Dritte Welt 1 (<i>E. Saridis</i>)	329
<i>Lehners, Jean-Paul (Hrsg.)</i> : Kolonialismus, Imperialismus, Dritte Welt 2 (<i>E. Saridis</i>)	329